Sitzungsunterlagen

öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates

02.03.2023

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Organisation und Finanzen	**Datum:**	06.01.2023
Aktenzeichen:	01/11620-130/2022/17	**Vorlage Nr.**	**1-0020/23/17-001**

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**	**Behandlung**
Ortsgemeinderat	02.03.2023	öffentlich	Entscheidung

Annahme von Zuwendungen

Sachverhalt:

Die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bedarf nach § 94 Absatz 3 GemO der Genehmigung durch den Gemeinderat, wobei die genannte Vorschrift erst dann Anwendung findet, wenn die Zuwendung im Einzelfall eine Wertgrenze von 100,00 € übersteigt.

Zur Wahrung des Transparenzgebotes erfolgt die Beratung über die Genehmigung solcher Zuwendungen grundsätzlich in öffentlicher Sitzung, es sei denn, dass der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat genehmigt die Annahme/Vermittlung nachfolgender Zuwendungen:

Art der Zuwendung	Zuwendungsgeber	Eingang der Zuwendung	Umfang der Zuwendung	Zuwendungszweck
Geldspende	Paul Joseph Hubert Curfs und Maria Lambertina Louisa Curfs-Hameleers Bolderik 1 NL-6271 EC Gulpen	12.12.2022	250,00 €	Spende für Spielplatz

Der Ortsgemeinderat nimmt die Zuwendung unter der Wertgrenze zur Kenntnis:

Art der Zuwendung	Zuwendungsgeber	Eingang der Zuwendung	Umfang der Zuwendung	Zuwendungszweck
Geldspende	Herrn Wolfgang Merkelbach Burgblick 9 54570 Pelm	18.01.2023	25,00 €	Spende für Jugendarbeit

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Organisation und Finanzen	**Datum:**	15.02.2023
Aktenzeichen:	1/1160-01-17	**Vorlage Nr.**	**1-0096/23/17-004**

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**	**Behandlung**
Ortsgemeinderat	02.03.2023	öffentlich	Entscheidung

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Ortsgemeinde Jünkerath für das Jahr 2023 - Erneute Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Haushaltssatzung nebst Plan für das Haushaltsjahr 2023 wurde dem Ortsgemeinderat durch den Ortsbürgermeister am 30.11.2022 zugeleitet. In der Zeit vom 03.12.2022 bis zum 16.12.2022 hat der Plan gemäß § 97 Abs. 1 GemO zur Einsichtnahme durch die Einwohner offen gelegen. Es wurden keine Vorschläge durch Einwohner eingebracht.
In seiner Sitzung am 22.12.2022 hat der Ortsgemeinderat einstimmig den Haushaltsplan als „verfassungswidrig“ abgelehnt. Dies insbesondere, da der Rat der Meinung ist, dass die finanzielle Ausstattung der Ortsgemeinde seitens des Landes unzureichend ist.

In Abstimmung mit der Ortsgemeinde wird der Plan erneut mit unveränderten Zahlen vorgelegt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 weist im Ergebnishaushalt Erträge in Höhe von 3.097.340 € und Aufwendungen in Höhe von 3.221.680 € aus, so dass ein Jahresfehlbetrag von 124.340 € erwartet wird.

Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt 660 €.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen 36.500 € und die Auszahlungen 249.600 €, sodass ein negativer Saldo von 213.100 € erwartet wird.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit beträgt 212.440 €.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 209.100 € festgesetzt.

Beschluss:

Der der Ortsgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Damit verbunden ist auch eine Anpassung der Hebesätze in § 4 der Haushaltssatzung wie folgt:

Grundsteuer A von bisher 600 v.H. auf 645 v.H.

Grundsteuer B von bisher 600 v.H. auf 700 v.H.

Gewerbesteuer von bisher 400 v.H. auf 415 v.H.

Die Erhöhung der Hebesätze ist unabhängig von der Grundsteuerreform zum 01.01.2025. Zu diesem Zeitpunkt stehen die jetzigen Hebesätze wieder zur Diskusion.

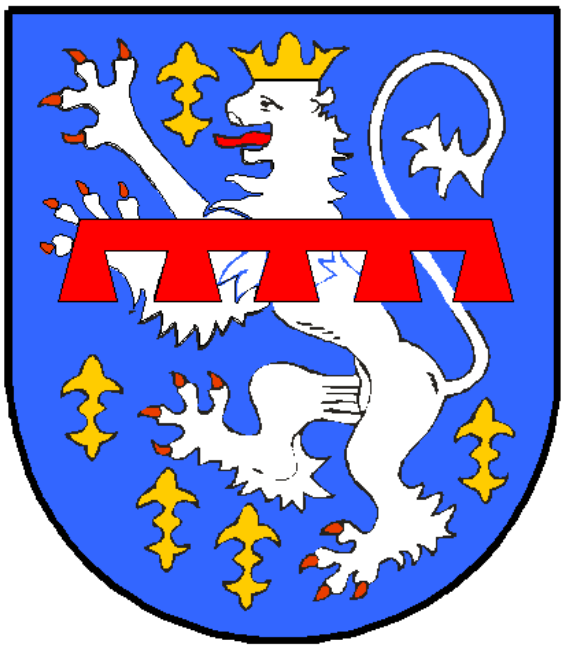
Abstimmung:

Ja …….. Nein …… Enthaltungen ……..

Aufgrund der angespannten, finanziellen Situation der Ortsgemeinde Jünkerath bleibt der Rat bei seiner Meinung, dass die finanzielle Ausstattung des Landes auch nach der Reform des LFAG unzureichend ist. Daher soll der Gemeinde- und Städtebund RLP beauftragt werden, zu prüfen, ob ein Normenkontrollverfahren gegen das LFAG Aussicht auf Erfolg hat. Sollte der GStB zu dem Ergebnis kommen, ein Normenkontrollverfahren hat Aussicht auf Erfolg, wird der Ortsbürgermeister ermächtigt, einen Fachanwalt mit den Normenkontrollverfahren zu beauftragen.

Anlage(n):
2022-11-22 Entwurf HH-Plan Jünkerath 2023

Haushaltssatzung und Haushaltsplan



der
Ortsgemeinde Jünkerath
für das
Haushaltsjahr 2023

Haushaltssatzung

der Ortsgemeinde Jünkerath

für das Jahr 2023

vom …….

Der Ortsgemeinderat hat auf Grund der §§ 95 ff. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz in der derzeit geltenden Fassung folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	3.097.340 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	3.221.680 €
der Jahresüberschuss /**Jahresfehlbetrag** auf	124.340 €

2. **im Finanzhaushalt**

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	660 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	36.500 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	249.600 €
der Saldo aus Investitionstätigkeit auf	-213.100 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	212.440 €

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 €
verzinste Kredite laufendes Jahr auf	209.100 €
verzinste Kredite aus Vorjahren auf	0 €
zusammen auf	**209.100 €**

§ 3 Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer A auf 645 v. H.
- Grundsteuer B auf 700 v. H.
- Gewerbesteuer auf 415 v. H.

§ 5 Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2021 betrug voraussichtlich	1.473.348,37 €.
Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2022 beträgt	1.024.098,37 €.
Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2023 beträgt	899.758,37 €.

§ 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall 15 v. H. der Haushaltsermächtigung (Posten je Teilhaushalt) überschritten sind.
Dieser v. H. Satz gilt auch für die Unerheblichkeitsbegriffe gemäß § 100 Abs. 1 Satz 1 GemO.

§ 7 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 50.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.
Um eine Investition von geringer finanzieller Bedeutung gemäß § 10 Absatz 3 GemHVO handelt es bei einer Investition unterhalb der Wertgrenze von 50.000 €.

Jünkerath, ……
Ortsgemeinde Jünkerath

……..
Nobert Bischof, Ortsbürgermeister

Hinweis:

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach § 95 Abs. 4 erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde zu den Festsetzungen in den §§ 2 und 3 der Haushaltssatzung sind erteilt. Sie haben folgenden Wortlaut:

……

……

……

……

……

54550 Daun, …….. DS
Kreisverwaltung Vulkaneifel
Im Auftrag:

……

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme von …….. bis einschließlich ……. von montags bis donnerstags von 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr und von 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr sowie freitags von 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr (mit Ausnahme von gesetzlichen Feiertagen) im Rathaus Jünkerath, Zimmer Nr. 207, Rathausplatz 1, 54584 Jünkerath, öffentlich aus.

Jünkerath, …….
Ortsgemeinde Jünkerath

……..
Norbert Bischof, Ortsbürgermeister

Vorbericht (§ 6 GemHVO)

zum Haushaltsplan der Ortsgemeinde Jünkerath

für das Haushaltsjahr 2023

Nach § 6 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) soll der Vorbericht einen Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft unter Einbeziehung insbesondere der beiden Haushaltsvorjahre geben.
Die durch den Haushalt gesetzten Rahmenbedingungen sind zu erläutern.

Der Vorbericht enthält ferner einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der Ergebnis- und Finanzplanung.

Insbesondere sind darzustellen:

1. die Entwicklung der Jahresergebnisse (Jahresüberschüsse/Jahresfehlbeträge),
2. die Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge,
3. die Entwicklung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie die sich hieraus ergebenden Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzhaushalte der folgenden Haushaltsjahre,
4. die Entwicklung der Investitionskredite sowie die Belastung des Haushalts durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte,
5. die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung,
6. die Entwicklung des Eigenkapitals,
7. die Veränderungen des Sonderpostens für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Mit dem vorliegenden Haushalt 2023 werden Planergebnisse 2021 ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um ein vorläufiges Ergebnis, da eine Jahresrechnung noch nicht vorliegt. U.a. fehlen noch die Buchungen bezüglich Abschreibungen und Auflösung Sonderposten.

Die letzte geprüfte Jahresrechnung betrifft das Haushaltsjahr 2018.

In der Ortsgemeinde Jünkerath sind zum 30.06.2022 **1.848** Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

I. Entwicklung der Jahresergebnisse (Jahresüberschüsse/Jahresfehlbeträge)

Jahresüberschüsse/Jahresfehlbeträge werden im **Ergebnishaushalt** geplant und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

a) Haushaltsjahr 2021

Die Haushaltssatzung setzt für **das Haushaltsjahr 2021**

im **Ergebnishaushalt**

den Gesamtbetrag der Erträge auf	2.635.150 €
den Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.751.500 €
fest und erwartet damit einen **Jahresfehlbetrag** in Höhe von	**116.350 €**

Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht. Es wird ein Vermögensverzehr beim Eigenkapital erwartet.

b) Haushaltsjahr 2022

Die Haushaltssatzung setzt für **das Haushaltsjahr 2022**

im **Ergebnishaushalt**

den Gesamtbetrag der Erträge auf	2.482.580 €
den Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.931.830 €
fest und erwartet damit einen **Jahresfehlbetrag** in Höhe von	**449.250 €**

Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht. Es wird ein Vermögensverzehr beim Eigenkapital erwartet.

c) Haushaltsjahr 2023

Die Haushaltssatzung setzt für **das Haushaltsjahr 2023**

im **Ergebnishaushalt**

den Gesamtbetrag der Erträge auf	3.097.340 €
den Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	3.221.680 €
fest und erwartet damit einen **Jahresfehlbetrag** in Höhe von	**124.340 €**

Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht. Es wird ein Vermögensverzehr beim Eigenkapital erwartet.

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2022 bedeutet dies eine Verbesserung von 324.910 €.

Der Haushalt 2023 ist geprägt durch die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches in Rheinland-Pfalz. Ursache hierfür ist, dass der Verfahrungsgerichtshof 2020 das Land verpflichtet hat, den kommunalen Finanzausgleich ab dem 01.01.2023 neu zu regeln.
Danach müssen die Nivellierungssätze der Realsteuern auf folgende mindestsätze angehoben werden:

Grundsteuer A von bisher 300 v.H. auf 345 v.H
Grundsteuer B von bisher 365 v.H. auf 465 v.H
Gerwerbesteuer von bisher 365 v.H. auf 380 v.H.

Die Hebesätze der Ortsgemeinde Jünkerath liegen aufgrund der schlechten Finanzsituation schon länger über den neuen Nivellierungssätzen. Damit aber keine Haushaltsverschlechterung eintritt, muss die Ortsgemeinde Jünkerath auf Anraten der Kommunalaufsicht ihre Hebensätze ebenfalls um die veränderten Prozentpunkte anpassen.
Dies berücksichtigend, muss die Ortsgemeinde Jünkerath ab dem 01.01.2023 folgende Hebensätze in der Haushaltssatzung ausweisen:

Grundsteuer A = 645 v.H.
Grundsteuer B = 700 v.H.
Gewerbesteuer = 415 v.H.

Dies hat zur Folge, dass bei der Grundsteuer A Mehrerträge von 700 € zu erwarten sind, bei der Grundsteuer B 49.300 €. Bei der Gewerbesteuer sind höhere Erträge von 26.100 € unterstellt.

Aufgrund der vorläufigen Berechnung erhält die Ortsgemeinde Jünkerath Schlüsselzuweisungen A in Höhe von 362.800 €, Schlüsselzuweisung B in Höhe von 39.200 € und eine Zuweisung für zentrale Orte von 158.500 €.
Der Betrag der Schlüsselzuweisung B unterliegt nicht der Umlagenberechnung.

Bekanntlich kommt auf alle Gemeinden eine höhere Belastung aufgrund der Energiekrise zu.

Nachfolgenden Veranschlagungen wirken sich auf die Haushaltssituation 2023 aus.

- Die Ortsgemeinde hat sich in Abstimmung mit der Kommunaluafsicht entschieden, eine Vollzeitstelle für einen Gemeindearbeitr zu schaffen. Die Kosten belasten den Haushalt mit 29.650 € zusätzlich.

- Bei der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 wurde festgestellt, dass der historische Fernreisewagon am jetztigen Standort nicht mehr verbleiben kann. Eine Umsetzung auf die Park- und Ride-Anlage in der Gewerkschaftsstraße verursacht voraussichtliche Kosten von 15.000 €. Diese sollen durch die Bürgerstiftung gegenfinanziert werden.
- Der Forstetat ist kalkuliert mit einem Überschuss von 15.470 €. Gegenüber der Planung 2022 bedeutet dies eine Verbesserung von 16.800 €.
- Im Zusammenhang mit der Errichtung des Solarparks erhält die Ortsgemeinde Jünkerath auch die EEG-Zulage. Hier ist ein Ertrag von 24.000 € unterstellt.
- Da fast alle Grundstücke im Baugebiet „Kirchenberg“ veräußert sind, möchte die Ortsgemeinde ein neues Baugebiet ausweisen. Für die Erstellung des Bebauungsplanes „Lerchenweg“ mit Lärmgutachten pp. werden 40.000 € eingeplant. Die Kosten waren bereits für 2022 veranschlagt, wurden aber nicht benötigt.
- Bei der Dorfmoderation wurde bemängelt, dass Bänke und Mülleimer in der Ortsgemeinde fehlen. Hierfür sind 5.000 € veranschlagt. Eine mögliche Bezuschussung wird zurzeit geprüft.
- Der Ausbau des Wirtschaftsweges „In der Dell“ verschiebt sich mit unveränderten Kosten ins Jahr 2023.
- Die Kindertagesstätte belastet den Haushalt mit 112.200 €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dich eine Mehrbelastung 22.750 €. Hier macht sich sowohl die Energiekrise bemerkbar, aber auch fallen Mehrkosten an Energie für den Anbau an.
- An Umlagen für Verbandsgemeinde und Kreis müssen insgesamt 1.775.800 € eingeplant werden. Es liegen die bisherigen Umlagesätze zugrunde, Verbandsgemeinde 37,5 v. H. und Kreis 45,7 v. H. Gegenüber 2021 bedeutet dies eine Mehrbelastung von 289.900 €.

d) Haushaltsjahre 2024 bis 2026

Nach § 1 Absatz 2 GemHVO ist die mittelfristige Finanzplanung in den Haushaltsplan integriert, sodass sich zumindest eine Tendenz der Entwicklung der Haushaltssituation aufzeigen lässt, wenn auch ein solcher Ausblick wohl stets vage bleiben wird.

Dies berücksichtigend, werden in den Haushaltsjahren 2024 bis 2026 folgende **Jahresergebnisse** erwartet:

2024 = 93.190 € Jahresüberschuss

2025 = 198.570 € Jahresüberschuss

2026 = 88.450 € Jahresüberschuss

Damit scheint der Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren zu gelingen, wobei die Zahlen sich an den Plandaten 2023 orientieren. Im Jahr 2025 ist die Abrechnung der Wirtschaftswegebeiträge für den Ausbau des Weges Dell eingeplant.
Ebenso enthalten diese Planzahlen keine Sonderaufwendungen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Planungen auch so eintreten.

II. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge werden im **Finanzhaushalt** geplant und in der Finanzrechnung ausgewiesen.

a) Haushaltsjahr 2021

Für das **Haushaltsjahr 2021** wird ein Finanzmittelfehlbetrag von **683.000 €** erwartet.
Dieser setzt sich zusammen aus dem negativen Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 7.200 € und dem negativen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Betrag von 675.800 €.

Der **Haushaltsausgleich** wird **nicht erreicht**, da der negative Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 7.200 € nicht ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten im Betrag von 76.200 € zu finanzieren.

b) Haushaltsjahr 2022

Für das **Haushaltsjahr 2022** wird ein Finanzmittelfehlbetrag von **397.660 €** erwartet.
Dieser setzt sich zusammen aus dem negativen Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 341.810 € und dem negativen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Betrag von 55.850 €.

Der **Haushaltsausgleich** wird **nicht erreicht**, da der negative Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 341.810 € nicht ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten im Betrag von 78.400 € zu finanzieren.

c) Haushaltsjahr 2023

Für das **Haushaltsjahr 2023** wird ein Finanzmittelfehbetrag von **212.440 €** erwartet.

Dieser setzt sich zusammen aus dem positiven Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 660 € und dem negativen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Betrag von 213.100 €.

Der **Haushaltsausgleich** wird **nicht erreicht**, da der positive Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Betrag von 660 € nicht ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten im Betrag von 97.800 € zu finanzieren.

d) Haushaltsjahre 2024 bis 2026

Die mittelfristige Finanzplanung für den Finanzhaushalt lässt folgende Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge erwarten:

2024 = 765.090 € Überschuss
2025 = 330.070 € Überschuss
2026 = 219.960 € Überschuss

Ein Haushaltsausgleich ist möglich, da der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die ordentlichen Tilgungen zu decken.

Tilgungen 2024 = 100.100 € (Saldo = 218.190 €)
Tilgungen 2025 = 100.400 € (Saldo = 323.570 €)
Tilgungen 2026 = 100.100 € (Saldo = 213.460 €)

In diesen Zahlen ist nicht berücksichtigt, dass durch die Investitionen der Tilgungsbetrag in den nächsten Jahren steigen wird. Ebenso sind in den Zahlen 2024 bis 2026 fast keine „Sonderaufwendungen“ enthalten.

III. Entwicklung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie die sich hieraus ergebenden Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzhaushalte der folgenden Haushaltsjahre

1. Haushaltsjahr 2021

Im Haushaltsjahr 2021 sind Investitionen im Gesamtvolumen von 907.500 € eingestellt.

Davon entfallen auf:

a) Anschaffung Spielgeräte Kita Jünkerath 27.500 €

b) Erwerb Ersatzfahrzeug	35.000 €
c) Erneuerung Zaun Kinderspielplatz	5.000 €
d) Ausbau Gehwege Schulstraße	30.000 €
e) Erneuerung Zaun Glaadter Kirche	8.000 €
f) Beleuchtung Radweg/Prinzenallee	30.000 €
g) Pergola/Zaun Einfahrt Bahnhofstraße	4.000 €
j) Renaturierung Kyll	20.000 €
k) Anbau KiTa	748.000 €
Summe:	**907.500 €**

Ein Teil der Maßnahmen hat sich ins Jahr 2022 verschoben.
Im Bereich Kita hat sich die Bauausführung verschoben, sodass die zum Ende Jahres 2021 nicht verbrauchten Mittel ins Jahr 2022 übertragen werden müssen.

2. Haushalts 2022
Im Haushaltsjahr 2022 sind Investitionen im Gesamtvolumen von 175.500 € eingestellt.

Davon entfallen auf:

a) Obere Kyll – natürlich gut: Gehölzbiotop	18.000 €
b) Neugestaltung Spielplatz	50.000 €
c) Ausbau Schulstraße	37.000 €
d) Renaturierung Kyll	40.000 €
e) Beleuchtung Radweg	30.000 €
d) Investitionskostenzuschuss Forstverband	500 €

Teilweise verschieben sich die Maßnahmen ins Haushaltsjahr 2023.

3. Haushalts 2023
Im Haushaltsjahr 2023 sind Investitionen im Gesamtvolumen von 249.600 € eingestellt.

Davon entfallen auf:

a) Beschaffung Einsatzfahrzeug	30.000 €
b) Ankauf Bauhofgebäude	5.000 €
c) Nachfinanzierung Kita	100.000 €
d) Neugestaltung Spielplatz	30.000 €
e) Machbarkeitsstudie Bahnhof	50.000 €

f) Ausbau Schulstraße	30.000 €
g) Begegnungsstätte für Integration	4.000 €
h) Investitionskostenzuschuss Forstverband	600 €

Es wird auf die Erläuterung bei den jeweiligen Produkten verwiesen.

4. Haushaltsjahre 2024 bis 2026

In den Folgejahren stehen einige Maßnahmen an, die Ortsgemeinde nur auf dem Kreditwege stemmen kann. Hieraus entstehen dann weitere Belastungen an Zinsen und Tilgungen, die nicht mehr erwirtschaftet werden können.

Sollte das neue Baugebiet realisiert werden können, so kommt muss die Ortsgemeinde diese Kosten bis zum Verkauf der Baugrundstücke vorfinanzieren.

Daneben steht immer noch der Ausbau der beiden Gemeindestraßen „Don Bosco“ und „Auf dem Wehrt“ zur Diskussion. Bereits jetzt muss man mit Baukosten von 1 Million Euro pro Straße rechnen.

Außerdem soll der Ausbau der Schulstraße im Rahmen des Ausbaus der K 67 im Jahr 2024 erfolgen. Die Maßnahme soll über einen Zuschuss aus dem Investitionsstock mitfinanziert werden. Gleichzeitig müssen die wiederkehrenden Beiträge eingeführt werden.

Eine Umgestaltung des Bahnbereiches kann die Ortsgemeinde nur stemmen, wenn eine hohe Förderung möglich ist.

IV. Entwicklung der Investitionskredite sowie die Belastung des Haushalts durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte

1. Haushaltsjahr 2021

Für das Jahr 2021 wurde eine Kreditgenehmigung von 787.750 € beantragt. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Anschaffung Spielgeräte Kita Jünkerath	17.800 €
Erwerb Ersatzfahrzeug	34.000 €
Zaun Kinderspielplatz	5.000 €
Planungskosten Gehwege Schulstraße	30.000 €
Zaun Glaadter Kirche	8.000 €
Beleuchtung Radweg/Prinzenallee	30.000 €
Pergola/Zaun Einfahrt Bahnhofstraße	4.000 €

Planungskosten Renaturierung Kyll	20.000 €
Anbau KiTa	568.000 €
Insgesamt:	**716.800 €**
Eigenmittel aus Friedhofsgebühren	6.000 €
Kreditbedarf 2021	**710.800 €**
Kreditbedarf aus 2019	**76.950 €**
Kreditermächtigung insgesamt	**787.750 €**

2. Haushaltsjahr 2022

Für das Jahr 2022 wird eine Kreditgenehmigung von 55.350 € beantragt. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Planungskosten Schulstraße	37.000 €
Planungskosten Renaturierung Kyll	40.000 €
Eigenanteil Beleuchtung Radweg	3.000 €
Investitionskostenzuschuss Forstverband	500 €
Insgesamt:	**80.500 €**
Eigenmittel aus Friedhofsgebühren	*6.500 €*
Grundstückserlöse	*18.150 €*
Kreditbedarf 2022	**55.850 €**

Im Jahr 2022 wurde der Anteil für den Anbau der Kita Jünkerath aufgenommen.

3. Haushaltsjahr 2023

Für das Jahr 2023 wird eine Kreditgenehmigung von 209.100 € beantragt. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Einsatzfahrzeug	30.000€
Ankauf Bauhofgrundstück	5.000 €
Nachfinanzierung Kita	100.000 €
Machbarkeitsstudie Bahnhof	50.000 €
Planungskosten Schulstraße	30.000 €
Investitionskostenzuschuss Forstverband	600 €
Insgesamt:	**215.600 €**
Eigenmittel aus Friedhofsgebühren	*6.500 €*
Kreditbedarf 2023	**209.100 €**

4. Haushaltsjahr 2024 bis 2026

Durch die anstehenden Straßenbaumaßnahmen wird die Ortsgemeinde Jünkerath auch weiterhin zur Kreditfinanzierung greifen müssen, da keine Eigenmittel vorhanden sind.

Der Stand der Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten zum Jahresende 2022 beträgt 2.425.395,81 €.
Zum 31.12.2023 sinkt der Stand der Investitionskredite 2.237.684,89 €. Neuaufnahme sind hierin nicht enthalten.

V. Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Kredite zur Liquiditätssicherung dürfen von der Ortsgemeinde nicht aufgenommen werden.
Die Ortsgemeinde ist zur Liquiditätssicherung auf die Inanspruchnahme der von der Verbandsgemeinde aufgenommenen Liquiditätskredite angewiesen.
Dies wird im Finanzhaushalt unter dem Posten-Nr. 39 = Zunahme bzw. Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung abgebildet.

Der vorläufige Finanzmittelbestand zum 31.12.2021 beläuft sich auf minus 764.933,64 €

Zur Finanzierung des vorliegenden Planes ist eine Zunahme der Verbindlichkeit um 101.140 € vorsehen.

VII. Veränderungen des Sonderpostens für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich

Der Sonderposten ist auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen. Die Einstellung in und die Entnahmen aus dem Sonderposten für den kommunalen Finanzausgleich sind in der Ergebnisrechnung nach dem Jahresergebnis auszuweisen.
Dieser Sonderposten ist gemäß § 38 Absatz 5 GemHVO zum Ausgleich zukünftiger Umlageverpflichtungen aus der Verbands- und Kreisumlage zu bilden und betrifft allein die Gewerbesteuer, weil diese bekanntermaßen Schwankungen unterliegt, die sich wiederum maßgeblich auf die Umlagebelastungen auswirken.

Für den Haushalt 2023 wurde kein Sonderposten berechnet.

Gesamtergebnishaushalt

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.786.649,94	1.626.200,00	1.896.600,00	1.897.300,00	1.897.300,00	1.897.300,00
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	326.912,15	408.600,00	709.640,00	708.640,00	699.640,00	699.640,00
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.245,67	140.900,00	139.400,00	139.400,00	305.900,00	139.400,00
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.416,59	67.150,00	86.750,00	86.750,00	86.750,00	86.750,00
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	134.254,83	132.480,00	174.900,00	173.700,00	173.400,00	173.400,00
E 07	Sonstige laufende Erträge	252.569,68	107.250,00	90.050,00	75.050,00	75.050,00	75.050,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**2.554.048,86**	**2.482.580,00**	**3.097.340,00**	**3.080.840,00**	**3.238.040,00**	**3.071.540,00**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	40.633,22	51.240,00	92.990,00	93.910,00	93.930,00	93.940,00
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	487.772,09	778.350,00	723.800,00	531.400,00	586.000,00	531.300,00
E 11	Abschreibungen	0,00	350.580,00	386.430,00	386.430,00	386.430,00	386.430,00
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	1.546.587,86	1.579.380,00	1.888.080,00	1.888.180,00	1.888.180,00	1.888.180,00
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	40.683,45	123.780,00	70.080,00	30.230,00	30.430,00	31.530,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**2.115.676,62**	**2.883.330,00**	**3.161.380,00**	**2.930.150,00**	**2.984.970,00**	**2.931.380,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**438.372,24**	**-400.750,00**	**-64.040,00**	**150.690,00**	**253.070,00**	**140.160,00**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	-6.945,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	53.201,61	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge und Finanzaufwendungen**	**-60.147,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**378.224,88**	**-449.250,00**	**-124.340,00**	**93.190,00**	**198.570,00**	**88.460,00**
E 21	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 22	Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**378.224,88**	**-449.250,00**	**-124.340,00**	**93.190,00**	**198.570,00**	**88.460,00**

Gesamtfinanzhaushalt

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.833.101,12	1.626.200,00	1.896.600,00	1.897.300,00	1.897.300,00	1.897.300,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	326.912,15	296.760,00	571.200,00	570.200,00	561.200,00	561.200,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.435,99	6.800,00	13.100,00	13.100,00	179.600,00	13.100,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.490,38	67.150,00	86.750,00	86.750,00	86.750,00	86.750,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	140.841,65	132.480,00	174.900,00	173.700,00	173.400,00	173.400,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	242.754,84	104.650,00	87.500,00	72.500,00	72.500,00	72.500,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**2.591.536,13**	**2.234.040,00**	**2.830.050,00**	**2.813.550,00**	**2.970.750,00**	**2.804.250,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	40.634,54	45.840,00	87.130,00	88.050,00	88.070,00	88.080,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	465.616,76	778.350,00	723.800,00	531.400,00	586.000,00	531.300,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.559.304,81	1.579.380,00	1.888.080,00	1.888.180,00	1.888.180,00	1.888.180,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	26.661,58	123.780,00	70.080,00	30.230,00	30.430,00	31.530,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe F 09 bis F 14)**	**2.092.217,69**	**2.527.350,00**	**2.769.090,00**	**2.537.860,00**	**2.592.680,00**	**2.539.090,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**499.318,44**	**-293.310,00**	**60.960,00**	**275.690,00**	**378.070,00**	**265.160,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.736,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	53.201,61	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**-55.938,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**443.380,08**	**-341.810,00**	**660,00**	**218.190,00**	**323.570,00**	**213.460,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**443.380,08**	**-341.810,00**	**660,00**	**218.190,00**	**323.570,00**	**213.460,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	19.550,00	95.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	10.548,12	6.500,00	6.500,00	546.900,00	6.500,00	6.500,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	177.047,72	18.150,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**207.145,84**	**119.650,00**	**36.500,00**	**546.900,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	500,00	600,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	274.788,17	175.000,00	249.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.371,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**277.160,08**	**175.500,00**	**249.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-70.014,24**	**-55.850,00**	**-213.100,00**	**546.900,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 34	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag**	**373.365,84**	**-397.660,00**	**-212.440,00**	**765.090,00**	**330.070,00**	**219.960,00**
F 35	+ Aufnahme von Investitionskrediten	72.457,76	55.850,00	209.100,00	0,00	0,00	0,00
F 36	- Tilgung von Investitionskrediten	76.157,17	78.400,00	97.800,00	100.100,00	100.400,00	100.100,00
F 37	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**-3.699,41**	**-22.550,00**	**111.300,00**	**-100.100,00**	**-100.400,00**	**-100.100,00**
F 38	**Veränderung der Forderungen gegenüber VG im Rahmen der Einheitskasse**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 39	**Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber VG im Rahmen der Einheitskasse**	**502.267,01**	**-420.210,00**	**-101.140,00**	**664.990,00**	**229.670,00**	**119.860,00**
F 40	**Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	**-505.966,42**	**397.660,00**	**212.440,00**	**-765.090,00**	**-330.070,00**	**-219.960,00**
F 41	Saldo der durchlaufenden Gelder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 42	**Verwendung Finanzmittelüberschuss/ Deckung Finanzmittelfehlbetrag**	**-505.966,42**	**397.660,00**	**212.440,00**	**-765.090,00**	**-330.070,00**	**-219.960,00**
F 43	**Veränderung der liquiden Mittel (einschließlich durchlaufender Gelder)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Gesamtfinanzhaushalt

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 44	**nachrichtlich: Ausgleich Finanzhaushalt**	**367.222,91**	**-420.210,00**	**-97.140,00**	**118.090,00**	**223.170,00**	**113.360,00**

Teilergebnishaushalt FB 1 Organisation und Finanzen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 02	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	9.800,00	1.000,00	100,00	100,00	100,00	100,00
E 03	+ Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.882,11	52.450,00	69.950,00	69.950,00	69.950,00	69.950,00
E 06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.237,10	800,00	800,00	1.100,00	800,00	800,00
E 07	+ Sonstige laufende Erträge	1.810,00	3.300,00	18.250,00	3.250,00	3.250,00	3.250,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**43.729,21**	**57.550,00**	**89.100,00**	**74.400,00**	**74.100,00**	**74.100,00**
E 09	- Personal - und Versorgungsaufwendungen	26.182,20	34.500,00	34.960,00	34.960,00	34.960,00	34.960,00
E 10	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	80.226,11	60.000,00	74.900,00	55.300,00	54.900,00	54.900,00
E 11	- Abschreibungen	0,00	0,00	150,00	150,00	150,00	150,00
E 12	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	2.399,46	1.480,00	1.480,00	1.480,00	1.480,00	1.480,00
E 13	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 14	- Sonstige laufende Aufwendungen	19.352,36	17.630,00	19.130,00	19.230,00	19.330,00	20.430,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**128.160,13**	**113.610,00**	**130.620,00**	**111.120,00**	**110.820,00**	**111.920,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-84.430,92**	**-56.060,00**	**-41.520,00**	**-36.720,00**	**-36.720,00**	**-37.820,00**
E 17	+ Zins- und sonstige Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 18	- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-84.430,92**	**-56.060,00**	**-41.520,00**	**-36.720,00**	**-36.720,00**	**-37.820,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) des Teilhaushalts**	**-84.430,92**	**-56.060,00**	**-41.520,00**	**-36.720,00**	**-36.720,00**	**-37.820,00**

Teilfinanzhaushalt FB 1 Organisation und Finanzen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	9.800,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.965,90	52.450,00	69.950,00	69.950,00	69.950,00	69.950,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.237,10	800,00	800,00	1.100,00	800,00	800,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	1.810,00	700,00	15.700,00	700,00	700,00	700,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**43.813,00**	**54.950,00**	**86.450,00**	**71.750,00**	**71.450,00**	**71.450,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	26.183,52	29.100,00	29.100,00	29.100,00	29.100,00	29.100,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.866,72	60.000,00	74.900,00	55.300,00	54.900,00	54.900,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	2.399,46	1.480,00	1.480,00	1.480,00	1.480,00	1.480,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	17.175,94	17.630,00	19.130,00	19.230,00	19.330,00	20.430,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**72.625,64**	**108.210,00**	**124.610,00**	**105.110,00**	**104.810,00**	**105.910,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-28.812,64**	**-53.260,00**	**-38.160,00**	**-33.360,00**	**-33.360,00**	**-34.460,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-28.812,64**	**-53.260,00**	**-38.160,00**	**-33.360,00**	**-33.360,00**	**-34.460,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-28.812,64**	**-53.260,00**	**-38.160,00**	**-33.360,00**	**-33.360,00**	**-34.460,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	500,00	600,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**500,00**	**600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-500,00**	**-600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-28.812,64**	**-53.760,00**	**-38.760,00**	**-33.360,00**	**-33.360,00**	**-34.460,00**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 1 Organisation und Finanzen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1113 Öffentlichkeits-arbeit	1114 Gremien	1120 Personal	1146 Versicherungen	1190 Recht	1212 Wahlen	2810 Heimatpflege	5551 Forst	5552 Jagd-genossenschaft	5553 Eigenjagdbezirk
	Zugeordnete Produkte im Teilergebnishaushalt (Bezeichnung)										
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	0	0	0	0	0	0	100	0	0	0
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	62.500	4.200	3.250
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	800	0	0
E 07	Sonstige laufende Erträge	0	2.550	0	0	0	0	15.700	0	0	0
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)**	**0**	**2.550**	**0**	**0**	**0**	**0**	**15.800**	**63.300**	**4.200**	**3.250**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	0	34.960	0	0	0	0	0	0	0	0
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	5.500	0	0	0	0	24.650	44.750	0	0
E 11	Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	150	0	0	0
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	0	0	0	0	0	0	800	300	380	0
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	3.450	6.200	1.100	3.600	2.000	0	0	2.780	0	0
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe E 09 bis E 14)**	**3.450**	**46.660**	**1.100**	**3.600**	**2.000**	**0**	**25.600**	**47.830**	**380**	**0**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Posten E 08 und E 15)**	**-3.450**	**-44.110**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.800**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge u. -aufw. (Saldo der Posten E 17 und E 18)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 20	**Ordentliches Ergebnis (Summe der Posten E 16 und E 19)**	**-3.450**	**-44.110**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.800**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 1 Organisation und Finanzen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1113 Öffentlichkeits-arbeit	1114 Gremien	1120 Personal	1146 Versicherungen	1190 Recht	1212 Wahlen	2810 Heimatpflege	5551 Forst	5552 Jagd-genossenschaft	5553 Eigenjagdbezirk
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) (Summe der Posten E 20, E 21, und E 22)**	**-3.450**	**-44.110**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.800**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	62.500	4.200	3.250
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	800	0	0
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	15.700	0	0	0
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe F 01 bis F 07)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**15.700**	**63.300**	**4.200**	**3.250**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0	29.100	0	0	0	0	0	0	0	0
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	5.500	0	0	0	0	24.650	44.750	0	0
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaus-zahlungen	0	0	0	0	0	0	800	300	380	0
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	3.450	6.200	1.100	3.600	2.000	0	0	2.780	0	0
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**3.450**	**40.800**	**1.100**	**3.600**	**2.000**	**0**	**25.450**	**47.830**	**380**	**0**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo der Posten F 08 u. F 15)**	**-3.450**	**-40.800**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.750**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 19	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Posten F 17 u. F 18)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Summe der Posten F 16 und F 19)**	**-3.450**	**-40.800**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.750**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 21A	außerordentliche Auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 1 Organisation und Finanzen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1113 Öffentlichkeits-arbeit	1114 Gremien	1120 Personal	1146 Versicherungen	1190 Recht	1212 Wahlen	2810 Heimatpflege	5551 Forst	5552 Jagd-genossenschaft	5553 Eigenjagdbezirk
F 21E	außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 22A	Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 22E	Einzahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 23	**Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Su. der Posten F 20, F 21u. F 22)**	**-3.450**	**-40.800**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.750**	**15.470**	**3.820**	**3.250**
F 24	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 25	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 26	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 24 bis F 26)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 28	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	600	0	0
F 29	Auszahlungen für Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 30	Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 31	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 28 bis F 31)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**600**	**0**	**0**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitions-tätigkeit (Saldo d. Posten F 27 u. F 32)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-600**	**0**	**0**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag (Summe der Posten F 23 und F 33)**	**-3.450**	**-40.800**	**-1.100**	**-3.600**	**-2.000**	**0**	**-9.750**	**14.870**	**3.820**	**3.250**

Produktbeschreibung Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 1 Organisation und Finanzen	Arno Fasen

Produktbeschreibung	Pflege und Bewirtschaftung des gemeindeeigenen Waldes zur Holzproduktion und zur Erholung. Ab dem 01.01.2022 unterliegt der Forst der Regelbesteuerung.
Auftragsgrundlage	Gemeindeordnung (GemO), Landeswaldgesetz (LWaldG), Beschlüsse des Ortsgemeinderates.

Teilergebnishaushalt Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**9.500,00**	**1.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
41441000	Zuweisungen lfd. Zwecke Bund	9.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41442000	Zuweisungen lfd. Zwecke Land	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**23.370,11**	**45.000,00**	**62.500,00**	**62.500,00**	**62.500,00**	**62.500,00**
44110019	Erträge aus Verkäufen 19 %	0,00	45.000,00	62.500,00	62.500,00	62.500,00	62.500,00
44110055	Erträge aus Verkäufen 5,5 %	23.370,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	0,00	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
44290010	Waldwildschadensverhütungspauschale	800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**33.670,11**	**46.800,00**	**63.300,00**	**63.300,00**	**63.300,00**	**63.300,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**73.388,44**	**45.050,00**	**44.750,00**	**44.750,00**	**44.750,00**	**44.750,00**
52440000	Verbrauchsmittel	396,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52440019	Verbrauchsmittel 19%	0,00	1.750,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00
52542100	Betriebskostenbeitrag an das Land	0,00	6.100,00	5.600,00	5.600,00	5.600,00	5.600,00
52543200	Erstattung Waldarbeiterlöhne (Gemeinden)	19.611,05	17.300,00	31.350,00	31.350,00	31.350,00	31.350,00
52920000	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen	53.381,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52920019	Sonst. Aufwendungen f. Dienstleistungen 19 %	0,00	19.900,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**462,20**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**
54431000	Umlage Forstverband Obere Kyll	462,20	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**3.231,82**	**2.780,00**	**2.780,00**	**2.780,00**	**2.780,00**	**2.780,00**
56414000	Unfallversicherungen	2.771,98	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00
56419000	Sonstige Versicherungen	79,29	80,00	80,00	80,00	80,00	80,00
56420000	Beiträge an Verbände und Vereine	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
56810000	Grundsteuer	380,55	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**77.082,46**	**48.130,00**	**47.830,00**	**47.830,00**	**47.830,00**	**47.830,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-43.412,35**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-43.412,35**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnishaushalt Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-43.412,35**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	9.500,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	22.835,92	45.000,00	62.500,00	62.500,00	62.500,00	62.500,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**33.135,92**	**46.800,00**	**63.300,00**	**63.300,00**	**63.300,00**	**63.300,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.442,24	45.050,00	44.750,00	44.750,00	44.750,00	44.750,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	462,20	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	2.787,49	2.780,00	2.780,00	2.780,00	2.780,00	2.780,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**23.691,93**	**48.130,00**	**47.830,00**	**47.830,00**	**47.830,00**	**47.830,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**9.443,99**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**9.443,99**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**9.443,99**	**-1.330,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	500,00	600,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**500,00**	**600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-500,00**	**-600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**9.443,99**	**-1.830,00**	**14.870,00**	**15.470,00**	**15.470,00**	**15.470,00**

Investitionen Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege, Umweltschutz
Produktgruppe	555	Land- und Forstwirtschaft, Weinbau
Produkt	5551	Kommunale Forstwirtschaft

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5551-01 Investitionskostenzuschuss Forstverband		-500,00	-600,00			
F 28 Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		500,00	600,00			

Erläuterungen:

Die Auslieferung des neuen Waldarbeiterschutzwagens verzögert und wird erst in 2023 erwartet. Der Forstverband hat beschlossen,

dass kein gebrauchter sondern ein neuer Wagen angeschaft werden soll zu einem Preis von 21.500 €. Hieran muss Jünkerath sich mit 600 € beteiligen.

Teilergebnishaushalt FB 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 02	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	714,15	161.410,00	105.210,00	104.210,00	95.210,00	95.210,00
E 03	+ Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.245,67	140.900,00	139.400,00	139.400,00	305.900,00	139.400,00
E 05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.534,48	14.700,00	16.800,00	16.800,00	16.800,00	16.800,00
E 06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	59.079,65	38.000,00	61.700,00	61.700,00	61.700,00	61.700,00
E 07	+ Sonstige laufende Erträge	245.712,26	103.950,00	71.800,00	71.800,00	71.800,00	71.800,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**328.286,21**	**458.960,00**	**394.910,00**	**393.910,00**	**551.410,00**	**384.910,00**
E 09	- Personal - und Versorgungsaufwendungen	14.451,02	15.860,00	58.030,00	58.950,00	58.970,00	58.980,00
E 10	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	281.176,36	536.250,00	450.500,00	279.200,00	334.200,00	279.500,00
E 11	- Abschreibungen	0,00	321.350,00	318.100,00	318.100,00	318.100,00	318.100,00
E 12	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0,00	5.100,00	5.100,00	5.200,00	5.200,00	5.200,00
E 13	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 14	- Sonstige laufende Aufwendungen	8.018,65	104.900,00	48.950,00	9.000,00	9.100,00	9.100,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**303.646,03**	**983.460,00**	**880.680,00**	**670.450,00**	**725.570,00**	**670.880,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**24.640,18**	**-524.500,00**	**-485.770,00**	**-276.540,00**	**-174.160,00**	**-285.970,00**
E 17	+ Zins- und sonstige Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 18	- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**24.640,18**	**-524.500,00**	**-485.770,00**	**-276.540,00**	**-174.160,00**	**-285.970,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) des Teilhaushalts**	**24.640,18**	**-523.600,00**	**-485.770,00**	**-276.540,00**	**-174.160,00**	**-285.970,00**

Teilfinanzhaushalt FB 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	714,15	70.700,00	10.700,00	9.700,00	700,00	700,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.435,99	6.800,00	13.100,00	13.100,00	179.600,00	13.100,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.524,48	14.700,00	16.800,00	16.800,00	16.800,00	16.800,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	44.988,02	38.000,00	61.700,00	61.700,00	61.700,00	61.700,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	240.994,84	103.950,00	71.800,00	71.800,00	71.800,00	71.800,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**303.657,48**	**234.150,00**	**174.100,00**	**173.100,00**	**330.600,00**	**164.100,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	14.451,02	15.860,00	58.030,00	58.950,00	58.970,00	58.980,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	308.952,58	536.250,00	450.500,00	279.200,00	334.200,00	279.500,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	5.100,00	5.100,00	5.200,00	5.200,00	5.200,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	8.284,83	104.900,00	48.950,00	9.000,00	9.100,00	9.100,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**331.688,43**	**662.110,00**	**562.580,00**	**352.350,00**	**407.470,00**	**352.780,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-28.030,95**	**-427.960,00**	**-388.480,00**	**-179.250,00**	**-76.870,00**	**-188.680,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-28.030,95**	**-427.960,00**	**-388.480,00**	**-179.250,00**	**-76.870,00**	**-188.680,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-28.030,95**	**-427.060,00**	**-388.480,00**	**-179.250,00**	**-76.870,00**	**-188.680,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	19.550,00	95.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	10.548,12	6.500,00	6.500,00	546.900,00	6.500,00	6.500,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	177.047,72	18.150,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**207.145,84**	**119.650,00**	**36.500,00**	**546.900,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	17.938,36	175.000,00	149.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.371,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**20.310,27**	**175.000,00**	**149.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**186.835,57**	**-55.350,00**	**-112.500,00**	**546.900,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**158.804,62**	**-482.410,00**	**-500.980,00**	**367.650,00**	**-70.370,00**	**-182.180,00**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1141 Gebäude	1142 Liegenschaften	1143 Bauhof	3662 Spielplatz	4241 Sportplatz	5111 BPlan	5113 Dorferneuerung	5230 Denkmalschutz und -pflege	5410 Gemeindestraßen	5461 Parkplätze
	Zugeordnete Produkte im Teilergebnishaushalt (Bezeichnung)										
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	0	0	0	100	0	0	10.000	100	74.300	17.500
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	99.500	0
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.900	14.900	0	0	0	0	0	0	0	0
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	56.800	700	0	0	0	0	0	1.600	0
E 07	Sonstige laufende Erträge	0	800	0	0	0	0	0	0	71.000	0
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)**	**2.900**	**72.500**	**700**	**100**	**0**	**0**	**10.000**	**100**	**246.400**	**17.500**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	0	0	57.430	0	0	0	0	0	0	0
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.600	4.500	10.800	2.150	0	0	5.000	0	225.900	1.200
E 11	Abschreibungen	700	0	2.800	200	0	0	0	150	259.200	37.500
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	0	1.600	0	0	3.500	0	0	0	0	0
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	6.100	1.600	800	0	0	40.000	0	0	0	0
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe E 09 bis E 14)**	**16.400**	**7.700**	**71.830**	**2.350**	**3.500**	**40.000**	**5.000**	**150**	**485.100**	**38.700**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Posten E 08 und E 15)**	**-13.500**	**64.800**	**-71.130**	**-2.250**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**-50**	**-238.700**	**-21.200**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge u. -aufw. (Saldo der Posten E 17 und E 18)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 20	**Ordentliches Ergebnis (Summe der Posten E 16 und E 19)**	**-13.500**	**64.800**	**-71.130**	**-2.250**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**-50**	**-238.700**	**-21.200**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**	**71.130**	**-5.350**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-45.280**	**0**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1141 Gebäude	1142 Liegenschaften	1143 Bauhof	3662 Spielplatz	4241 Sportplatz	5111 BPlan	5113 Dorferneuerung	5230 Denkmalschutz und -pflege	5410 Gemeindestraßen	5461 Parkplätze
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) (Summe der Posten E 20, E 21, und E 22)**	**-13.500**	**64.800**	**0**	**-7.600**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**-50**	**-283.980**	**-21.200**
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	10.000	0	0	0
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.900	14.900	0	0	0	0	0	0	0	0
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	56.800	700	0	0	0	0	0	1.600	0
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0	800	0	0	0	0	0	0	71.000	0
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe F 01 bis F 07)**	**2.900**	**72.500**	**700**	**0**	**0**	**0**	**10.000**	**0**	**72.600**	**0**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0	0	57.430	0	0	0	0	0	0	0
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.600	4.500	10.800	2.150	0	0	5.000	0	225.900	1.200
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	1.600	0	0	3.500	0	0	0	0	0
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	6.100	1.600	800	0	0	40.000	0	0	0	0
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**15.700**	**7.700**	**69.030**	**2.150**	**3.500**	**40.000**	**5.000**	**0**	**225.900**	**1.200**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo der Posten F 08 u. F 15)**	**-12.800**	**64.800**	**-68.330**	**-2.150**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**0**	**-153.300**	**-1.200**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 19	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Posten F 17 u. F 18)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Summe der Posten F 16 und F 19)**	**-12.800**	**64.800**	**-68.330**	**-2.150**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**0**	**-153.300**	**-1.200**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 21A	außerordentliche Auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	1141 Gebäude	1142 Liegenschaften	1143 Bauhof	3662 Spielplatz	4241 Sportplatz	5111 BPlan	5113 Dorferneuerung	5230 Denkmalschutz und -pflege	5410 Gemeindestraßen	5461 Parkplätze
F 21E	außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**	**71.130**	**-5.350**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-45.280**	**0**
F 22A	Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	5.350	0	0	0	0	45.280	0
F 22E	Einzahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	71.130	0	0	0	0	0	0	0
F 23	**Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Su. der Posten F 20, F 21u. F 22)**	**-12.800**	**64.800**	**2.800**	**-7.500**	**-3.500**	**-40.000**	**5.000**	**0**	**-198.580**	**-1.200**
F 24	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	30.000	0	0	0	0	0	0
F 25	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 26	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 24 bis F 26)**	**0**	**0**	**0**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 28	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 29	Auszahlungen für Sachanlagen	0	0	35.000	30.000	0	0	50.000	0	30.000	0
F 30	Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 31	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 28 bis F 31)**	**0**	**0**	**35.000**	**30.000**	**0**	**0**	**50.000**	**0**	**30.000**	**0**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitions-tätigkeit (Saldo d. Posten F 27 u. F 32)**	**0**	**0**	**-35.000**	**0**	**0**	**0**	**-50.000**	**0**	**-30.000**	**0**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag (Summe der Posten F 23 und F 33)**	**-12.800**	**64.800**	**-32.200**	**-7.500**	**-3.500**	**-40.000**	**-45.000**	**0**	**-228.580**	**-1.200**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	5510 Öffentliches Grün	5521 Gewässer-unterhaltung	5531 Friedhof	5534 Ehrenfriedhof	5555 Drainagen	5559 Wirtschaftswege	5731 Grillhütte
	Zugeordnete Produkte im Teilergebnishaushalt (Bezeichnung)							
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	0	0	2.300	710	0	200	0
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	22.600	0	0	17.300	0
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	1.500	0	0	0	100
E 07	Sonstige laufende Erträge	0	0	0	0	0	0	0
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)**	**0**	**0**	**26.400**	**710**	**0**	**17.500**	**100**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	0	0	600	0	0	0	0
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.800	0	13.400	200	1.000	173.500	450
E 11	Abschreibungen	0	0	5.950	0	0	11.600	0
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	0	0	0	0	0	0	0
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	0	0	250	0	0	0	200
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe E 09 bis E 14)**	**2.800**	**0**	**20.200**	**200**	**1.000**	**185.100**	**650**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Posten E 08 und E 15)**	**-2.800**	**0**	**6.200**	**510**	**-1.000**	**-167.600**	**-550**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge u. -aufw. (Saldo der Posten E 17 und E 18)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 20	**Ordentliches Ergebnis (Summe der Posten E 16 und E 19)**	**-2.800**	**0**	**6.200**	**510**	**-1.000**	**-167.600**	**-550**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-6.300**	**0**	**-13.000**	**-1.200**	**0**	**0**	**0**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) (Summe der Posten E 20, E 21, und E 22)**	**-9.100**	**0**	**-6.800**	**-690**	**-1.000**	**-167.600**	**-550**
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	700	0	0	0
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	6.800	0	0	6.300	0
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	1.500	0	0	0	100
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	5510 Öffentliches Grün	5521 Gewässer-unterhaltung	5531 Friedhof	5534 Ehrenfriedhof	5555 Drainagen	5559 Wirtschaftswege	5731 Grillhütte
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe F 01 bis F 07)**	**0**	**0**	**8.300**	**700**	**0**	**6.300**	**100**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0	0	600	0	0	0	0
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.800	0	13.400	200	1.000	173.500	450
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0	0	250	0	0	0	200
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**2.800**	**0**	**14.250**	**200**	**1.000**	**173.500**	**650**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo der Posten F 08 u. F 15)**	**-2.800**	**0**	**-5.950**	**500**	**-1.000**	**-167.200**	**-550**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 19	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Posten F 17 u. F 18)	0	0	0	0	0	0	0
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Summe der Posten F 16 und F 19)**	**-2.800**	**0**	**-5.950**	**500**	**-1.000**	**-167.200**	**-550**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 21A	außerordentliche Auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 21E	außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**-6.300**	**0**	**-13.000**	**-1.200**	**0**	**0**	**0**
F 22A	Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.300	0	13.000	1.200	0	0	0
F 22E	Einzahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0
F 23	**Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Su. der Posten F 20, F 21u. F 22)**	**-9.100**	**0**	**-18.950**	**-700**	**-1.000**	**-167.200**	**-550**
F 24	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0	0	0
F 25	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	6.500	0	0	0	0
F 26	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 24 bis F 26)**	**0**	**0**	**6.500**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 28	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0
F 29	Auszahlungen für Sachanlagen	4.000	0	0	0	0	0	0
F 30	Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
F 31	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 28 bis F 31)**	**4.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo d. Posten F 27 u. F 32)**	**-4.000**	**0**	**6.500**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 2 Natürliche Lebensgrundlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	5510 Öffentliches Grün	5521 Gewässer-unterhaltung	5531 Friedhof	5534 Ehrenfriedhof	5555 Drainagen	5559 Wirtschaftswege	5731 Grillhütte
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag (Summe der Posten F 23 und F 33)**	**-13.100**	**0**	**-12.450**	**-700**	**-1.000**	**-167.200**	**-550**

Produktbeschreibung Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Verwaltung der unbebauten Grundstücke der Ortsgemeinde. Ab dem Haushaltsjahr 2022 werden Erträge aus der Verpachtung von Gemeindeflächen für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen eingeplant. Diese Erträge unterliegen dem Soldiarpakt.
Auftragsgrundlage	Gemeindeordnung (GemO), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Gestattungs- und Pachtverträge

Teilergebnishaushalt Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**6.585,22**	**12.800,00**	**14.900,00**	**14.900,00**	**14.900,00**	**14.900,00**
44120000	Mieten und Pachten steuerfrei	6.585,22	12.800,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**31.419,68**	**33.800,00**	**56.800,00**	**56.800,00**	**56.800,00**	**56.800,00**
44243000	Kostenerstattungen von Gemeinden+Gemeindeverbänden	26.401,64	25.800,00	25.800,00	25.800,00	25.800,00	25.800,00
44250001	Kostenerstattungen und Umlagen von Unternehmen	5.018,04	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	0,00	1.000,00	24.000,00	24.000,00	24.000,00	24.000,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**177.351,09**	**22.950,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**
46112000	Erträge a.d.Veräuß. v. Grundstücken und Gebäuden	176.545,63	22.950,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46290000	Sonstige laufende Erträge	805,46	0,00	800,00	800,00	800,00	800,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**215.355,99**	**69.550,00**	**72.500,00**	**72.500,00**	**72.500,00**	**72.500,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**4.345,26**	**25.000,00**	**4.500,00**	**4.500,00**	**59.500,00**	**4.500,00**
52220000	Wasser/Abwasser/Wiederkehrender Beitrag Kanal	2.742,19	3.500,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52311000	Unterhaltung Grundstücke	1.603,07	21.500,00	1.500,00	1.500,00	56.500,00	1.500,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**
54143000	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**1.535,89**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**
56810000	Grundsteuer	1.535,89	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**5.881,15**	**28.200,00**	**7.700,00**	**7.700,00**	**62.700,00**	**7.700,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**209.474,84**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**209.474,84**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**209.474,84**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**

Erläuterungen

Erläuterung zu 44290000

Teilergebnishaushalt Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Solarparks erhält die Ortsgemeinde Jünkerath auch die EEG-Zulage. Diese fließt nicht in den Solidarpakt Erneuerbare Energien.

Erläuterung zu 52311000

voraussichtlicher Anteil an Wirtschaftswegebeiträgen aus der Maßnahme "In der Dell" für die gemeindeeigenen Grundstücke = 55.000 € für das HJ 2025

Teilfinanzhaushalt Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.575,22	12.800,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.938,88	33.800,00	56.800,00	56.800,00	56.800,00	56.800,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	170.553,08	22.950,00	800,00	800,00	800,00	800,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**208.067,18**	**69.550,00**	**72.500,00**	**72.500,00**	**72.500,00**	**72.500,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.464,16	25.000,00	4.500,00	4.500,00	59.500,00	4.500,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	1.535,89	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**6.000,05**	**28.200,00**	**7.700,00**	**7.700,00**	**62.700,00**	**7.700,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**202.067,13**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**202.067,13**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**202.067,13**	**41.350,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	18.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	177.047,72	18.150,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**177.047,72**	**36.150,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	3.093,74	18.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.371,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.465,65**	**18.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**171.582,07**	**18.150,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**373.649,20**	**59.500,00**	**64.800,00**	**64.800,00**	**9.800,00**	**64.800,00**

Investitionen Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	114	Zentrale Dienste
Produkt	1142	Liegenschaften

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-1142-00 Grunderwerb - allgemein	156.047,87	41.100,00				
F 26 Sonstige Investitionseinzahlungen	160.918,52	18.150,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	2.498,74					
F 31 Sonstige Investitionsauszahlungen	2.371,91					
17-1142-01 OK natürlich gut - Feldermausbiotop	-595,00					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	595,00					
17-1142-03 OK natürlich gut- Gehölzbiotop						
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		18.000,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		18.000,00				

Produktbeschreibung Produkt 5111 Raumordnung, Landesplanung, Bauleitplanung

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Die Ortsgemeinde ist im Bereich der Bauleitplanung für die verbindliche Bauleitplanung(Bebauungspläne, städtebauliche Satzungen) zuständig. Hierdurch soll die geordnetebauliche Entwicklung der Ortsgemeinde sichergestellt werden.
Auftragsgrundlage	Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (LBauO), Beschlüsse des Ortsgemeinderates

Teilergebnishaushalt Produkt 5111 Raumordnung, Landesplanung, Bauleitplanung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**0,00**	**40.000,00**	**40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
56255000	Aufwendungen für die Erstellung von Bebauungspläne	0,00	40.000,00	40.000,00	0,00	0,00	0,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**40.000,00**	**40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Erläuterungen

Erläuterung zu 56255000

Ausweisung Neubaugebiet "Lerchenweg"

Teilfinanzhaushalt Produkt 5111 Raumordnung, Landesplanung, Bauleitplanung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	40.000,00	40.000,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**0,00**	**40.000,00**	**40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**0,00**	**-40.000,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Produktbeschreibung Produkt 5113 Dorferneuerung

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Erstellung eines Dorferneuerungskonzeptes und Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen, Beratung Privater. Dorfmoderation pp.
Auftragsgrundlage	Dorferneuerungskonzept, Beschlüsse des Ortsgemeinderates

Teilergebnishaushalt Produkt 5113 Dorferneuerung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**20.000,00**	**10.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
41442000	Zuweisungen lfd. Zwecke Land	0,00	20.000,00	10.000,00	9.000,00	0,00	0,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**20.000,00**	**10.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**230,54**	**0,00**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
52380000	Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 1.000 € netto	0,00	0,00	5.000,00	0,00	0,00	0,00
52910000	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	230,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**0,00**	**56.250,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
56251000	Vergütungen einschl. Reisekosten a.Sachverständige	0,00	56.250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**230,54**	**56.250,00**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**

Erläuterungen

Erläuterung zu 52380000

Aus der Dorfmoderation heraus wurde immer wieder beanstandet, dass Bänke und Mülleimer in der Ortsgemeinde fehlen.
Hierfür ist ein Ansatz von 5.000 € vorgesehen. Ob diese Anschaffungen über Zuschüsse finanziert werden können, wird noch geprüft.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5113 Dorferneuerung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	20.000,00	10.000,00	9.000,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**20.000,00**	**10.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	230,54	0,00	5.000,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	56.250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**230,54**	**56.250,00**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-230,54**	**-36.250,00**	**5.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**50.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**-50.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-230,54**	**-36.250,00**	**-45.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**

Investitionen Produkt 5113 Dorferneuerung

Jünkerath

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5113	Dorferneuerung

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5113-01 Machbarkeitsstudie Bahnhof Jünkerath			-50.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen			50.000,00			

Erläuterungen

Machbarkeitsstudie Bahnhof Jünkerath

Nachdem die Machbarkeitsstudie für die Nutzung des Bahnhofes durch die Gremien abgesegnet wurde, soll es nun in die konkrektere Planung für das Gebäude gehen.

Als Anlaufbetrag sind 50.000 € vorgesehen.

Produktbeschreibung Produkt 4241 Kommunale Sportstätten

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Gemäß Vereinbarung zwischen der Verbandsgemeinde Gerolstein und der Ortsgemeinde Jünkerath zahlt die Sitzgemeinde = OG Jünkerath 20 % der Unterhaltungskosten an der Zentralsportanlage und einschießlich Gebäude an die Verbandsgemeinde.
Auftragsgrundlage	Vereinbarung zwischen Verbandsgemeinde Gerolstein und Ortsgemeinde Jünkerath

Teilergebnishaushalt Produkt 4241 Kommunale Sportstätten

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**3.706,48**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
52313000	Unterhaltung Gebäude	3.706,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**3.500,00**	**3.500,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**
54143000	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	3.500,00	3.500,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**3.706,48**	**3.500,00**	**3.500,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-3.706,48**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-3.706,48**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-3.706,48**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 4241 Kommunale Sportstätten

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.829,47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	3.500,00	3.500,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**2.829,47**	**3.500,00**	**3.500,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-2.829,47**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-2.829,47**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-2.829,47**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-2.829,47**	**-3.500,00**	**-3.500,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**	**-3.600,00**

Produktbeschreibung Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Erschließung, Ausbau und Unterhaltung von Gemeindestraßen einschl. Beleuchtung sowie die Erhebung von Beiträgen für die Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen. Winterdienst/Straßenreinigung der Gemeindestraßen.
Auftragsgrundlage	Baugesetzbuch (BauGB), Landesstraßengesetz (LStrG), Kommunalabgabengesetz (KAG)Beitragssatzungen nach BauGB u. KAG, Beschlüsse des Ortsgemeinderates.Landesstraßengesetz (LStrG), Straßenreinigungssatzung.

Teilergebnishaushalt Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**63.800,00**	**74.300,00**	**74.300,00**	**74.300,00**	**74.300,00**
41510000	Auflösung Sopo Zuwendungen	0,00	63.800,00	74.300,00	74.300,00	74.300,00	74.300,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**103.600,00**	**99.500,00**	**99.500,00**	**99.500,00**	**99.500,00**
43710000	Auflösung Sopo Beiträge	0,00	103.600,00	99.500,00	99.500,00	99.500,00	99.500,00
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**15,34**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
44120000	Mieten und Pachten steuerfrei	15,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**23.202,76**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**	**1.600,00**
44242000	Kostenerstattungen vom Land	13.464,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44243000	Kostenerstattungen von Gemeinden+Gemeindeverbänden	7.630,25	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	2.108,05	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**68.361,17**	**81.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**
46250000	Konzessionsabgaben steuerfrei	68.361,17	81.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**91.579,27**	**250.000,00**	**246.400,00**	**246.400,00**	**246.400,00**	**246.400,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**3.648,47**	**9.940,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
50291000	Vergütungen nebenberuflich Beschäftigte	3.078,05	7.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50490000	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Sonst	555,14	2.180,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50900000	Pausch. Lohnsteuer (auch Zahl. über Knappschaft)	15,28	160,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**216.825,46**	**247.300,00**	**225.900,00**	**225.900,00**	**225.700,00**	**225.700,00**
52200000	Stromkosten	40.412,98	31.400,00	31.400,00	31.400,00	31.400,00	31.400,00
52230000	Abfallbeseitigung	73,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52311000	Unterhaltung Grundstücke	7.654,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52331000	Unterhaltung Brücken, Tunnel, pp.	3.227,88	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52333000	Unterhaltung Stromversorgungsanlagen	30.163,34	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00
52338000	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze pp.	71.406,42	101.000,00	81.000,00	81.000,00	81.000,00	81.000,00
52351000	Wartungs- und Instandsetzungskosten Fahrzeuge	974,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattg.	277,27	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52380000	Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 1.000 € netto	2.997,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52440000	Verbrauchsmittel	15.152,28	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52470000	Sonstige Verbrauchsmittel	0,00	200,00	200,00	200,00	0,00	0,00
52531000	Straßenoberflächenentwässerung VG-Werke	44.000,00	50.900,00	49.500,00	49.500,00	49.500,00	49.500,00
52920000	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen	484,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**245.650,00**	**259.200,00**	**259.200,00**	**259.200,00**	**259.200,00**
53230000	Afa geleistete Investitionskostenzuschüsse	0,00	2.050,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
53510000	Afa Brücken, Tunnel und ingenieurtechn. Anlagen	0,00	60.900,00	60.900,00	60.900,00	60.900,00	60.900,00
53580000	Afa Straßen, Wege, Plätze	0,00	181.200,00	171.500,00	171.500,00	171.500,00	171.500,00
53590000	Afa sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	300,00	24.000,00	24.000,00	24.000,00	24.000,00
53820000	Afa Maschinen und technische Anlagen	0,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00

Teilergebnishaushalt Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**19,84**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
56419000	Sonstige Versicherungen	19,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**220.493,77**	**502.890,00**	**485.100,00**	**485.100,00**	**484.900,00**	**484.900,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-128.914,50**	**-252.890,00**	**-238.700,00**	**-238.700,00**	**-238.500,00**	**-238.500,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-128.914,50**	**-252.890,00**	**-238.700,00**	**-238.700,00**	**-238.500,00**	**-238.500,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-9.550,00**	**-45.280,00**	**-45.990,00**	**-45.990,00**	**-45.990,00**
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	9.550,00	45.280,00	45.990,00	45.990,00	45.990,00
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-128.914,50**	**-262.440,00**	**-283.980,00**	**-284.690,00**	**-284.490,00**	**-284.490,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	15,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.671,54	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	70.441,76	81.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**81.128,64**	**82.600,00**	**72.600,00**	**72.600,00**	**72.600,00**	**72.600,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	3.648,47	9.940,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	248.210,37	247.300,00	225.900,00	225.900,00	225.700,00	225.700,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	19,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**251.878,68**	**257.240,00**	**225.900,00**	**225.900,00**	**225.700,00**	**225.700,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-170.750,04**	**-174.640,00**	**-153.300,00**	**-153.300,00**	**-153.100,00**	**-153.100,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-170.750,04**	**-174.640,00**	**-153.300,00**	**-153.300,00**	**-153.100,00**	**-153.100,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-9.550,00**	**-45.280,00**	**-45.990,00**	**-45.990,00**	**-45.990,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-170.750,04**	**-184.190,00**	**-198.580,00**	**-199.290,00**	**-199.090,00**	**-199.090,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	12.950,00	27.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	540.400,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**12.950,00**	**27.000,00**	**0,00**	**540.400,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	8.246,11	67.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.246,11**	**67.000,00**	**30.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.703,89**	**-40.000,00**	**-30.000,00**	**540.400,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-166.046,15**	**-224.190,00**	**-228.580,00**	**341.110,00**	**-199.090,00**	**-199.090,00**

Investitionen Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	541	Gemeindestraßen
Produkt	5410	Gemeindestraßen

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5410-01 Ausbau Straße " Am Sonnenberg "	-6.968,56			508.000,00		
F 25 Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten				508.000,00		
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	6.968,56					
17-5410-03 Errichtung Buswartehalle pp. Kita	11.672,45					
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	12.950,00					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	1.277,55					
17-5410-05 Erschließung Stichweg "Am Sonnenberg"				32.400,00		
F 25 Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten				32.400,00		
17-5410-08 Ausbau Gehwege Schulstraßen		-37.000,00	-30.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		37.000,00	30.000,00			
17-5410-10 Beleuchtung Radweg/Prinzenallee		-30.000,00				
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		27.000,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		30.000,00				

Erläuterungen

Ausbau Gehwege Schulstraßen

Die Planung hat sich ins Jahr 2023 verschoben. Aufgrund des vorliegenden Angebotes müssen Planungskosten von 30.000 € veranschlagt werden.

Es wird geprüft, ob ein Antrag auf Zuwendung aus dem Investitionsstock gestellt werden kann.

Produktbeschreibung Produkt 5531 Friedhofsverwaltung

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung	Vorhaltung der Friedhöfe nebst Leichenhalle (Friedhof Glaadt).
Auftragsgrundlage	Bestattungsgesetz, Friedhofssatzung.

Teilergebnishaushalt Produkt 5531 Friedhofsverwaltung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**2.350,00**	**2.300,00**	**2.300,00**	**2.300,00**	**2.300,00**
41510000	Auflösung Sopo Zuwendungen	0,00	2.350,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**6.213,00**	**17.800,00**	**22.600,00**	**22.600,00**	**22.600,00**	**22.600,00**
43224000	Entgelte für das Bestattungswesen	6.213,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00
43910000	Auflösung Sopo Grabnutzungsentgelte	0,00	11.000,00	15.800,00	15.800,00	15.800,00	15.800,00
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**1.450,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	1.450,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**7.663,00**	**21.650,00**	**26.400,00**	**26.400,00**	**26.400,00**	**26.400,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**974,54**	**2.930,00**	**600,00**	**610,00**	**630,00**	**640,00**
50291000	Vergütungen nebenberuflich Beschäftigte	784,16	2.240,00	460,00	470,00	480,00	490,00
50490000	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Sonst	179,71	640,00	130,00	130,00	140,00	140,00
50900000	Pausch. Lohnsteuer (auch Zahl. über Knappschaft)	10,67	50,00	10,00	10,00	10,00	10,00
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**24.069,59**	**13.400,00**	**13.400,00**	**13.400,00**	**13.400,00**	**13.400,00**
52200000	Stromkosten	8,50	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
52210000	Heizkosten	0,00	900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
52220000	Wasser/Abwasser/Wiederkehrender Beitrag Kanal	589,80	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
52230000	Abfallbeseitigung	270,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52311000	Unterhaltung Grundstücke	19.516,70	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00
52313000	Unterhaltung Gebäude	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52440000	Verbrauchsmittel	5,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52910000	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	5,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52919100	Erwerb Rasengrabplatten	5,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52920000	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen	0,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52922000	Grabanfertigung	3.668,05	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**5.650,00**	**5.950,00**	**5.950,00**	**5.950,00**	**5.950,00**
53490000	Afa sonstige Gebäuden	0,00	5.550,00	5.850,00	5.850,00	5.850,00	5.850,00
53852000	Afa Geschäftsausstattung	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**239,65**	**250,00**	**250,00**	**250,00**	**250,00**	**250,00**
56411000	Gebäudeversicherungen	133,43	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
56414000	Unfallversicherungen	106,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
56420000	Beiträge an Verbände und Vereine	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**25.283,78**	**22.230,00**	**20.200,00**	**20.210,00**	**20.230,00**	**20.240,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-17.620,78**	**-580,00**	**6.200,00**	**6.190,00**	**6.170,00**	**6.160,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

18.11.22

Teilergebnishaushalt Produkt 5531 Friedhofsverwaltung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-17.620,78**	**-580,00**	**6.200,00**	**6.190,00**	**6.170,00**	**6.160,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-2.850,00**	**-13.000,00**	**-13.200,00**	**-13.200,00**	**-13.200,00**
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	2.850,00	13.000,00	13.200,00	13.200,00	13.200,00
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-17.620,78**	**-3.430,00**	**-6.800,00**	**-7.010,00**	**-7.030,00**	**-7.040,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 5531 Friedhofsverwaltung

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.993,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00	6.800,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.450,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**7.443,00**	**8.300,00**	**8.300,00**	**8.300,00**	**8.300,00**	**8.300,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	974,54	2.930,00	600,00	610,00	630,00	640,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.078,96	13.400,00	13.400,00	13.400,00	13.400,00	13.400,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	244,09	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**27.297,59**	**16.580,00**	**14.250,00**	**14.260,00**	**14.280,00**	**14.290,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-19.854,59**	**-8.280,00**	**-5.950,00**	**-5.960,00**	**-5.980,00**	**-5.990,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-19.854,59**	**-8.280,00**	**-5.950,00**	**-5.960,00**	**-5.980,00**	**-5.990,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-2.850,00**	**-13.000,00**	**-13.200,00**	**-13.200,00**	**-13.200,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-19.854,59**	**-11.130,00**	**-18.950,00**	**-19.160,00**	**-19.180,00**	**-19.190,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	10.548,12	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**10.548,12**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**10.548,12**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**	**6.500,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-9.306,47**	**-4.630,00**	**-12.450,00**	**-12.660,00**	**-12.680,00**	**-12.690,00**

Produktbeschreibung Produkt 5559 Wirtschaftswege

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 2 Bauen und Umwelt	Oliver Schwarz

Produktbeschreibung
Ausbau und Unterhaltung der Feld- und Waldwege. Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für Feld- und Waldwege zur Finanzierung dieser Aufwendungen.
Der Eigenanteil beläuft sich auf 10 %

Auftragsgrundlage
Flurbereinigungsgesetz u. Flurbereinigungsplan, Gemeindeordnung (GemO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Beitragssatzung Feld- und Waldwege.

Teilergebnishaushalt Produkt 5559 Wirtschaftswege

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**56.850,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**
41442000	Zuweisungen lfd. Zwecke Land	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41510000	Auflösung Sopo Zuwendungen	0,00	6.850,00	200,00	200,00	200,00	200,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**8.032,67**	**19.500,00**	**17.300,00**	**17.300,00**	**183.800,00**	**17.300,00**
43230000	Entgelte f. d. Unterhaltung von Straßen, Wegen und	8.032,67	0,00	6.300,00	6.300,00	172.800,00	6.300,00
43710000	Auflösung Sopo Beiträge	0,00	19.500,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**50,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**8.082,67**	**76.350,00**	**17.500,00**	**17.500,00**	**184.000,00**	**17.500,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**7.686,26**	**225.000,00**	**173.500,00**	**7.000,00**	**7.000,00**	**7.000,00**
52338000	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze pp.	7.686,26	225.000,00	173.500,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**27.000,00**	**11.600,00**	**11.600,00**	**11.600,00**	**11.600,00**
53580000	Afa Straßen, Wege, Plätze	0,00	27.000,00	11.600,00	11.600,00	11.600,00	11.600,00
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**7.686,26**	**252.000,00**	**185.100,00**	**18.600,00**	**18.600,00**	**18.600,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**396,41**	**-175.650,00**	**-167.600,00**	**-1.100,00**	**165.400,00**	**-1.100,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**396,41**	**-175.650,00**	**-167.600,00**	**-1.100,00**	**165.400,00**	**-1.100,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**396,41**	**-175.650,00**	**-167.600,00**	**-1.100,00**	**165.400,00**	**-1.100,00**

Erläuterungen

Erläuterung zu 43710000

Voraussichtliche Abrechnung der Beiträge aus der Maßnahme "In der Dell"

Teilergebnishaushalt Produkt 5559 Wirtschaftswege

Jünkerath

Erläuterung zu 52338000

Der Ausbau des Wirtschaftsweges verschiebt sich ins Jahr 2023. Das Kostenvolumen ist unverändert mit 166.500 € veranschlagt.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5559 Wirtschaftswege

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.442,99	0,00	6.300,00	6.300,00	172.800,00	6.300,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**2.492,99**	**50.000,00**	**6.300,00**	**6.300,00**	**172.800,00**	**6.300,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.686,26	225.000,00	173.500,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**7.686,26**	**225.000,00**	**173.500,00**	**7.000,00**	**7.000,00**	**7.000,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-5.193,27**	**-175.000,00**	**-167.200,00**	**-700,00**	**165.800,00**	**-700,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-5.193,27**	**-175.000,00**	**-167.200,00**	**-700,00**	**165.800,00**	**-700,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-5.193,27**	**-175.000,00**	**-167.200,00**	**-700,00**	**165.800,00**	**-700,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-5.193,27**	**-175.000,00**	**-167.200,00**	**-700,00**	**165.800,00**	**-700,00**

Teilergebnishaushalt FB 3 Bürgerdienste

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 02	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	0,00	31.130,00	43.830,00	43.830,00	43.830,00	43.830,00
E 03	+ Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	73.938,08	93.680,00	112.400,00	110.900,00	110.900,00	110.900,00
E 07	+ Sonstige laufende Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**73.938,08**	**124.810,00**	**156.230,00**	**154.730,00**	**154.730,00**	**154.730,00**
E 09	- Personal - und Versorgungsaufwendungen	0,00	880,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 10	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	126.369,62	182.100,00	198.400,00	196.900,00	196.900,00	196.900,00
E 11	- Abschreibungen	0,00	29.230,00	68.180,00	68.180,00	68.180,00	68.180,00
E 12	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	305,00	400,00	600,00	600,00	600,00	600,00
E 13	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 14	- Sonstige laufende Aufwendungen	1.200,81	1.250,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**127.875,43**	**213.860,00**	**269.180,00**	**267.680,00**	**267.680,00**	**267.680,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-53.937,35**	**-89.050,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**
E 17	+ Zins- und sonstige Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 18	- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-53.937,35**	**-89.050,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) des Teilhaushalts**	**-53.937,35**	**-89.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**	**-112.950,00**

Teilfinanzhaushalt FB 3 Bürgerdienste

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	94.616,53	93.680,00	112.400,00	110.900,00	110.900,00	110.900,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**94.616,53**	**103.680,00**	**112.400,00**	**110.900,00**	**110.900,00**	**110.900,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	880,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	129.797,46	182.100,00	198.400,00	196.900,00	196.900,00	196.900,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	555,00	400,00	600,00	600,00	600,00	600,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	1.200,81	1.250,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**131.553,27**	**184.630,00**	**201.000,00**	**199.500,00**	**199.500,00**	**199.500,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-36.936,74**	**-80.950,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-36.936,74**	**-80.950,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-36.936,74**	**-81.850,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	256.849,81	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**256.849,81**	**0,00**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-256.849,81**	**0,00**	**-100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-293.786,55**	**-81.850,00**	**-188.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**	**-88.600,00**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 3 Bürgerdienste

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	3652 Kindertagesstätten	4121 Komm. Gesundheitsförderung	4210 Sportförderung
	Zugeordnete Produkte im Teilergebnishaushalt (Bezeichnung)			
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	43.400,00	430,00	0,00
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	112.400,00	0,00	0,00
E 07	Sonstige laufende Erträge	0,00	0,00	0,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)**	**155.800,00**	**430,00**	**0,00**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	198.250,00	150,00	0,00
E 11	Abschreibungen	67.750,00	430,00	0,00
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	0,00	0,00	600,00
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	2.000,00	0,00	0,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe E 09 bis E 14)**	**268.000,00**	**580,00**	**600,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Posten E 08 und E 15)**	**-112.200,00**	**-150,00**	**-600,00**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge u. -aufw. (Saldo der Posten E 17 und E 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis (Summe der Posten E 16 und E 19)**	**-112.200,00**	**-150,00**	**-600,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) (Summe der Posten E 20, E 21, und E 22)**	**-112.200,00**	**-150,00**	**-600,00**
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	112.400,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 3 Bürgerdienste

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	3652 Kindertagesstätten	4121 Komm. Gesundheitsförderung	4210 Sportförderung
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe F 01 bis F 07)**	**112.400,00**	**0,00**	**0,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	198.250,00	150,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	600,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	2.000,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**200.250,00**	**150,00**	**600,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo der Posten F 08 u. F 15)**	**-87.850,00**	**-150,00**	**-600,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00
F 19	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Posten F 17 u. F 18)	0,00	0,00	0,00
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Summe der Posten F 16 und F 19)**	**-87.850,00**	**-150,00**	**-600,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 21A	außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00
F 21E	außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22A	Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
F 22E	Einzahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
F 23	**Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Su. der Posten F 20, F 21u. F 22)**	**-87.850,00**	**-150,00**	**-600,00**
F 24	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00
F 25	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00
F 26	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 24 bis F 26)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
F 29	Auszahlungen für Sachanlagen	100.000,00	0,00	0,00
F 30	Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
F 31	Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 28 bis F 31)**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo d. Posten F 27 u. F 32)**	**-100.000,00**	**0,00**	**0,00**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 3 Bürgerdienste

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	3652 Kindertagesstätten	4121 Komm. Gesundheitsförderung	4210 Sportförderung
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag (Summe der Posten F 23 und F 33)**	**-187.850,00**	**-150,00**	**-600,00**

Produktbeschreibung Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 3 Bürgerdienste	Bernd Schmitz

Produktbeschreibung	Personal- u. Sachaufwendungen für die Betreuung der Kindergartenkinder der Ortsgemeinden Esch, Feusdorf, Gönnersdorf, Jünkerath und Schüller.
Auftragsgrundlage	Gemeindeordnung (GemO), Kindertagesstättengesetz (KiTaG), Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG),Kindertagesstättenbedarfsplan nach § 80 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII),

Teilergebnishaushalt Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**0,00**	**30.700,00**	**43.400,00**	**43.400,00**	**43.400,00**	**43.400,00**
41442000	Zuweisungen lfd. Zwecke Land	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41510000	Auflösung Sopo Zuwendungen	0,00	20.700,00	43.400,00	43.400,00	43.400,00	43.400,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**73.938,08**	**93.680,00**	**112.400,00**	**110.900,00**	**110.900,00**	**110.900,00**
44243000	Kostenerstattungen von Gemeinden+Gemeindeverbänden	61.319,26	83.680,00	98.400,00	96.900,00	96.900,00	96.900,00
44290000	Kostenerstattungen von Sonstigen	0,00	10.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
44290001	Nebenkostenerstattungen Miete steuerfrei	12.618,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**73.938,08**	**124.380,00**	**155.800,00**	**154.300,00**	**154.300,00**	**154.300,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**	**0,00**	**880,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
50291000	Vergütungen nebenberuflich Beschäftigte	0,00	670,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50490000	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Sonst	0,00	190,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50900000	Pausch. Lohnsteuer (auch Zahl. über Knappschaft)	0,00	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**126.369,62**	**182.000,00**	**198.250,00**	**196.750,00**	**196.750,00**	**196.750,00**
52200000	Stromkosten	6.919,52	6.500,00	21.700,00	21.700,00	21.700,00	21.700,00
52210000	Heizkosten	5.699,30	4.200,00	17.900,00	17.900,00	17.900,00	17.900,00
52230000	Abfallbeseitigung	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52312000	Unterhaltung Außenanlagen	1.073,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52313000	Unterhaltung Gebäude	5.496,18	20.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
52380000	Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 1.000 € netto	0,00	51.000,00	2.500,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52590000	Kostenerstattungen an übrige Bereiche	107.181,49	100.000,00	150.150,00	150.150,00	150.150,00	150.150,00
E 11	**- Abschreibungen**	**0,00**	**28.800,00**	**67.750,00**	**67.750,00**	**67.750,00**	**67.750,00**
53420000	Afa sozialen Einrichtungen	0,00	24.650,00	63.200,00	63.200,00	63.200,00	63.200,00
53830000	Afa Betriebsvorrichtungen	0,00	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
53852000	Afa Geschäftsausstattung	0,00	3.900,00	4.300,00	4.300,00	4.300,00	4.300,00
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**1.200,81**	**1.250,00**	**2.000,00**	**2.000,00**	**2.000,00**	**2.000,00**
56411000	Gebäudeversicherungen	1.200,81	1.250,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**127.570,43**	**212.930,00**	**268.000,00**	**266.500,00**	**266.500,00**	**266.500,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-53.632,35**	**-88.550,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnishaushalt Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-53.632,35**	**-88.550,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	900,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-53.632,35**	**-89.450,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**	**-112.200,00**

Erläuterungen

Erläuterung zu 52200000

Der Anstieg der Energiekosten beruht auf der aktuellen Preissteigerung. Hinzu kommt, dass aufgrund des Anbaus mit einem Mehrverbrauch von ca. 25 % zu rechnen ist.

Erläuterung zu 52380000

Ersatzbeschaffung Netzschaukel, da diese bei der TÜV-Prüfung beanstandet wurde. Kosten ca. 1.500 €

Teilfinanzhaushalt Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	94.616,53	93.680,00	112.400,00	110.900,00	110.900,00	110.900,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**94.616,53**	**103.680,00**	**112.400,00**	**110.900,00**	**110.900,00**	**110.900,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	880,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	129.797,46	182.000,00	198.250,00	196.750,00	196.750,00	196.750,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	1.200,81	1.250,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**131.248,27**	**184.130,00**	**200.250,00**	**198.750,00**	**198.750,00**	**198.750,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-36.631,74**	**-80.450,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-36.631,74**	**-80.450,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-36.631,74**	**-81.350,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	256.849,81	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**256.849,81**	**0,00**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-256.849,81**	**0,00**	**-100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-293.481,55**	**-81.350,00**	**-187.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**	**-87.850,00**

Investitionen Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-3652-01 Erweiterung Kita Jünkerath	-256.849,81		-100.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	256.849,81		100.000,00			

Erläuterungen

Erweiterung Kita Jünkerath

Bedingt durch die steigenden Baupreise und die Verzögerungen bei Bau des Kita-Anbaus müssen voraussichtlich 100.000 € nachfinanziert werden.

Die Inbetriebnahme ist für den Januar 2023 vorgesehen.

Teilergebnishaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.786.649,94	1.626.200,00	1.896.600,00	1.897.300,00	1.897.300,00	1.897.300,00
E 02	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	316.398,00	215.060,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00
E 03	+ Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 07	+ Sonstige laufende Erträge	5.047,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**2.108.095,36**	**1.841.260,00**	**2.457.100,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**
E 09	- Personal - und Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 10	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 11	- Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 12	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.543.883,40	1.572.400,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00
E 13	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 14	- Sonstige laufende Aufwendungen	12.111,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**1.555.995,03**	**1.572.400,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**552.100,33**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
E 17	+ Zins- und sonstige Finanzerträge	-6.945,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 18	- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	53.201,61	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**-60.147,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**491.952,97**	**220.360,00**	**515.900,00**	**519.400,00**	**522.400,00**	**525.200,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) des Teilhaushalts**	**491.952,97**	**220.360,00**	**515.900,00**	**519.400,00**	**522.400,00**	**525.200,00**

Teilfinanzhaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.833.101,12	1.626.200,00	1.896.600,00	1.897.300,00	1.897.300,00	1.897.300,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	316.398,00	215.060,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	-50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**2.149.449,12**	**1.841.260,00**	**2.457.100,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.556.350,35	1.572.400,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**1.556.350,35**	**1.572.400,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**593.098,77**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.736,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	53.201,61	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**-55.938,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**537.160,41**	**220.360,00**	**515.900,00**	**519.400,00**	**522.400,00**	**525.200,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**537.160,41**	**220.360,00**	**515.900,00**	**519.400,00**	**522.400,00**	**525.200,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**537.160,41**	**220.360,00**	**515.900,00**	**519.400,00**	**522.400,00**	**525.200,00**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Steuern, allgemeine Zuweisungen,allgemeine Umlagen	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
	Zugeordnete Produkte im Teilergebnishaushalt (Bezeichnung)		
E 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.896.600	0
E 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	560.500	0
E 03	Erträge der sozialen Sicherung	0	0
E 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0
E 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0
E 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0
E 07	Sonstige laufende Erträge	0	0
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)**	**2.457.100**	**0**
E 09	Personal - und Versorgungsaufwendungen	0	0
E 10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0
E 11	Abschreibungen	0	0
E 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendg	1.880.900	0
E 13	Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0
E 14	Sonstige laufende Aufwendungen	0	0
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe E 09 bis E 14)**	**1.880.900**	**0**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Posten E 08 und E 15)**	**576.200**	**0**
E 17	Zins- und sonstige Finanzerträge	0	0
E 18	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	0	60.300
E 19	**Saldo der Zins- und sonst. Finanzerträge u. -aufw. (Saldo der Posten E 17 und E 18)**	**0**	**60.300**
E 20	**Ordentliches Ergebnis (Summe der Posten E 16 und E 19)**	**576.200**	**-60.300**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) (Summe der Posten E 20, E 21, und E 22)**	**576.200**	**-60.300**
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.896.600	0
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	560.500	0
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0	0

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Steuern, allgemeine Zuweisungen,allgemeine Umlagen	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe F 01 bis F 07)**	**2.457.100**	**0**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0	0
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.880.900	0
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0	0
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0	0
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**1.880.900**	**0**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo der Posten F 08 u. F 15)**	**576.200**	**0**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0	60.300
F 19	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Posten F 17 u. F 18)	0	-60.300
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Summe der Posten F 16 und F 19)**	**576.200**	**-60.300**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0**	**0**
F 21A	außerordentliche Auszahlungen	0	0
F 21E	außerordentliche Einzahlungen	0	0
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**0**
F 22A	Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0
F 22E	Einzahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0
F 23	**Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Su. der Posten F 20, F 21u. F 22)**	**576.200**	**-60.300**
F 24	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0
F 25	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0
F 26	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 24 bis F 26)**	**0**	**0**
F 28	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
F 29	Auszahlungen für Sachanlagen	0	0
F 30	Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0
F 31	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Posten F 28 bis F 31)**	**0**	**0**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo d. Posten F 27 u. F 32)**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte Teilhaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Steuern, allgemeine Zuweisungen,allgemeine Umlagen	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag (Summe der Posten F 23 und F 33)**	**576.200**	**-60.300**

Produktbeschreibung Produkt 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 1 Organisation und Finanzen	Arno Fasen

Produktbeschreibung	Erhebung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer sowie der Hundesteuer und der Zweitwohnungssteuer. Aus dem kommunalen Finanzausgleich erhält die Ortsgemeinde Schlüsselzuweisungen. Gleichzeitig muss die Ortsgemeinde Kreis- und Verbandsgemeindeumlage leisten.
Auftragsgrundlage	Gemeindeordnung (GemO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Abgabenordnung (AO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG), Haushaltssatzung, Hundesteuersatzung, Zweitwohnungssteuersatzung.

Teilergebnishaushalt Produkt 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**	**1.786.649,94**	**1.626.200,00**	**1.896.600,00**	**1.897.300,00**	**1.897.300,00**	**1.897.300,00**
40110000	Grundsteuer A	9.728,40	9.700,00	10.400,00	10.400,00	10.400,00	10.400,00
40120000	Grundsteuer B	289.455,12	288.300,00	337.600,00	337.600,00	337.600,00	337.600,00
40131000	Gewerbesteuerzahlungen laufendes Jahr	656.543,24	600.600,00	723.000,00	723.000,00	723.000,00	723.000,00
40210000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	530.609,95	468.400,00	530.600,00	530.600,00	530.600,00	530.600,00
40220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	203.287,80	173.800,00	203.200,00	203.200,00	203.200,00	203.200,00
40330000	Hundesteuer	14.875,03	12.900,00	13.900,00	13.900,00	13.900,00	13.900,00
40350000	Zweitwohnungssteuer	28.376,00	24.900,00	24.900,00	24.900,00	24.900,00	24.900,00
40521000	Familienleistungsausgleich	53.774,40	47.600,00	53.000,00	53.700,00	53.700,00	53.700,00
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**	**316.398,00**	**215.060,00**	**560.500,00**	**560.500,00**	**560.500,00**	**560.500,00**
41111000	Schlüsselzuweisung A	204.442,00	101.350,00	362.800,00	362.800,00	362.800,00	362.800,00
41112000	Schlüsselzuweisung B			39.200,00	39.200,00	39.200,00	39.200,00
41113000	Schlüsselzuweisung B 2	111.956,00	113.710,00				
41130000	Zuweisung für zentrale Orte			158.500,00	158.500,00	158.500,00	158.500,00
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**						
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**						
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**						
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**						
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**5.347,42**					
46611000	Erträge a.d.Auflös.v. Wertberichtig. auf Forderung	5.347,42					
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**2.108.395,36**	**1.841.260,00**	**2.457.100,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**						
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**						
E 11	**- Abschreibungen**						
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**	**1.543.883,40**	**1.572.400,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**
54310000	Gewerbesteuerumlage	63.815,93	55.400,00	63.200,00	63.200,00	63.200,00	63.200,00
54421000	Allgemeine Umlage Landkreis	795.093,00	816.200,00	980.900,00	980.900,00	980.900,00	980.900,00
54423000	Allgemeine Umlage Verbandsgemeinde	652.429,00	669.700,00	804.900,00	804.900,00	804.900,00	804.900,00
54493000	Sonderumlage Zinsen/Tilgungen Verb. ehem. VG OK	32.545,47	31.100,00	31.900,00	31.900,00	31.900,00	31.900,00
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**						
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**	**12.111,63**					
56551000	Einzelwertberichtigung	12.111,63					
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**1.555.995,03**	**1.572.400,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**552.400,33**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**						

Teilergebnishaushalt Produkt 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**						
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**						
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**552.400,33**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**						
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**						
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**552.400,33**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	1.833.101,12	1.626.200,00	1.896.600,00	1.897.300,00	1.897.300,00	1.897.300,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	316.398,00	215.060,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00	560.500,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**2.149.499,12**	**1.841.260,00**	**2.457.100,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**	**2.457.800,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.556.350,35	1.572.400,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00	1.880.900,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**1.556.350,35**	**1.572.400,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**	**1.880.900,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**593.148,77**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**593.148,77**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**593.148,77**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**593.148,77**	**268.860,00**	**576.200,00**	**576.900,00**	**576.900,00**	**576.900,00**

Produktbeschreibung Produkt 6120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Jünkerath

Verantwortliche Organisationseinheit	Verantwortliche Person(en)
Fachbereich 1 Organisation und Finanzen	Arno Fasen

Produktbeschreibung Zins- und Tilgungsaufwendungen für Investitions- und Inanspruchnahme der Liquiditätskredite der VG-Kasse sowie Zinserträge aus Finanzmittelbeständen.

Teilergebnishaushalt Produkt 6120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
E 01	**+ Steuern und ähnliche Abgaben**						
E 02	**+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**						
E 03	**+ Erträge der sozialen Sicherung**						
E 04	**+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**						
E 05	**+ Privatrechtliche Leistungsentgelte**						
E 06	**+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen**						
E 07	**+ Sonstige laufende Erträge**	**-300,00**					
46228000	Verspätungszuschlag Gewerbesteuer	-300,00					
E 08	**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**-300,00**					
E 09	**- Personal - und Versorgungsaufwendungen**						
E 10	**- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**						
E 11	**- Abschreibungen**						
E 12	**- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen**						
E 13	**- Aufwendungen der sozialen Sicherung**						
E 14	**- Sonstige laufende Aufwendungen**						
E 15	**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**						
E 16	**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	**-300,00**					
E 17	**+ Zins- und sonstige Finanzerträge**	**-6.945,75**					
47920000	Vollverzinsung aus Gewerbesteuer (§233a AO)	-7.324,75					
47990000	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	379,00					
E 18	**- Zins- und sonstige Finanzaufwendungen**	**53.201,61**	**48.500,00**	**60.300,00**	**57.500,00**	**54.500,00**	**51.700,00**
57511000	Zinsaufwendungen an Banken	32.168,21	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
57512000	Zinsaufwendung an Sparkassen	11.693,57					
57514000	Zinsaufwendungen an Girozentralen /Landesbanken	6.881,58					
57910000	Vollverzinsung der Gewerbesteuer (§ 233a AO)	2.458,25					
E 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzerträge und -aufwendungen**	**-60.147,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
E 20	**Ordentliches Ergebnis**	**-60.447,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
E 21	**Außerordentliches Ergebnis**						
E 22	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**						
E 23	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)**	**-60.447,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**

Teilfinanzhaushalt Produkt 6120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
F 01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 07	Sonstige laufende Einzahlungen	-50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 08	**Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 09	Personal- und Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 10	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 12	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 13	Auszahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 14	Sonstige laufende Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 15	**Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungs tätigkeit (Summe der Posten F 09 bis F 14)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 16	**Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 17	Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.736,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 18	Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	53.201,61	48.500,00	60.300,00	57.500,00	54.500,00	51.700,00
F 19	**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und-auszahlungen**	**-55.938,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
F 20	**Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen**	**-55.988,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
F 21	**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 22	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 23	**Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein-und Auszahlungen**	**-55.988,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**
F 24	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 25	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 26	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 27	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 28	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 29	- Auszahlungen für Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 30	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 31	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
F 32	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 33	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
F 34	**Finanzmitttelüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushalts**	**-55.988,36**	**-48.500,00**	**-60.300,00**	**-57.500,00**	**-54.500,00**	**-51.700,00**

Investitionen 2023 Ortsgemeinde Jünkerath

Investitionen Produkt 1142 Liegenschaften

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-1142-00 Grunderwerb - allgemein	156.047,87	41.100,00				
F 26 Sonstige Investitionseinzahlungen	160.918,52	18.150,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	2.498,74					
F 31 Sonstige Investitionsauszahlungen	2.371,91					
17-1142-01 OK natürlich gut - Feldermausbiotop	-595,00					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	595,00					
17-1142-03 OK natürlich gut- Gehölzbiotop						
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		18.000,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		18.000,00				

Investitionen Produkt 1143 Bauhof

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-1143-03 Beschaffung Ersatzfahrzeug			-30.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen			30.000,00			
17-1143-04 Ankauf ehmaliges Bauhofgelände			-5.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen			5.000,00			

Erläuterungen

Beschaffung Ersatzfahrzeug

Die Ortsgemeinde stellt einen hauptamtlichen Gemeindearbeiter ein. Dieser benötig für die Fortbewegung und den Transport von Gerätschaften einen Pritschenwagen. Hierfür sind Kosten von 30.000 € veranschlagt.

Ankauf ehmaliges Bauhofgelände

Bisher hat die Ortsgemeinde ihre Gerätschäften an verschiedenen Stellen deponiert. Nachdem jetzt auch noch ein weiteres Fahrzeug für den Gemeindearbeiter angeschafft werden soll, wurde überlegt, ob die Ortgemeinde Jünkerath nicht einen Teilbereich des ehemaligen Bauhofs der Verbandsgemeinde kauft.
Auf diesem Gelände stehen bereits die Streusalzsilos der Ortsgemeinde Jünkerath. Vorsorglich sind hierfür 5.000 € veranschlagt.

Investitionen Produkt 3652 Kindertagesstätten

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-3652-01 Erweiterung Kita Jünkerath	-256.849,81		-100.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	256.849,81		100.000,00			

Erläuterungen

Erweiterung Kita Jünkerath

Bedingt durch die steigenden Baupreise und die Verzögerungen bei Bau des Kita-Anbaus müssen voraussichtlich 100.000 € nachfinanziert werden.
Die Inbetriebnahme ist für den Januar 2023 vorgesehen.

Investitionen Produkt 3662 Kinderspielplätze

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-3662-02 Neugestaltung Spielplatz	5.100,00					
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	5.100,00	50.000,00	30.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		50.000,00	30.000,00			

Erläuterungen

Neugestaltung Spielplatz

Ein Teil der Spielgeräte sind bereits in 2022 von der Bahnhofsstraße an den Radweg umgezogen. Für die restliche Gestaltung, auch im Bereich des Integrations-platzes, werden 30.000 € erneut veranlagt. Auch hier erfolgt die Finanzierung aus Spenden bzw. der Fluthilfe.

Investitionen 2023 Ortsgemeinde Jünkerath

Investitionen Produkt 5113 Dorferneuerung

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5113-01 Machbarkeitsstudie Bahnhof Jünkerath			-50.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen			50.000,00			

Erläuterungen

Machbarkeitsstudie Bahnhof Jünkerath

Nachdem die Machbarkeitsstudie für die Nutzung des Bahnhofes durch die Gremien abgesegnet wurde, soll es nun in die konkrektere Planung für das Gebäude gehen.

Als Anlaufbetrag sind 50.000 € vorgesehen.

Investitionen Produkt 5410 Gemeindestraßen

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5410-01 Ausbau Straße " Am Sonnenberg "	-6.968,56			508.000,00		
F 25 Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten				508.000,00		
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	6.968,56					
17-5410-03 Errichtung Buswartehalle pp. Kita	11.672,45					
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	12.950,00					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	1.277,55					
17-5410-05 Erschließung Stichweg "Am Sonnenberg"				32.400,00		
F 25 Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten				32.400,00		
17-5410-08 Ausbau Gehwege Schulstraßen		-37.000,00	-30.000,00			
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		37.000,00	30.000,00			
17-5410-10 Beleuchtung Radweg/Prinzenallee		-30.000,00				
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		27.000,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen		30.000,00				

Erläuterungen

Ausbau Gehwege Schulstraßen

Die Planung hat sich ins Jahr 2023 verschoben. Aufgrund des vorliegenden Angebotes müssen Planungskosten von 30.000 € veranschlagt werden.

Es wird geprüft, ob ein Antrag auf Zuwendung aus dem Investitionsstock gestellt werden kann.

Investitionen Produkt 5510 Öffentliches Grün

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5510-01 Begegnungsstätte für Integration	1.500,00		-4.000,00			
F 24 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.500,00					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen			4.000,00			

Erläuterungen

Begegnungsstätte für Integration

Zur Ergänung der Spielfläche mit Figuren pp. werden 4.000 € benötigt. Die Anschaffungen sind fianziert aus Spenden pp. in Vorjahren.

Investitionen Produkt 5521 Gewässerunterhaltung

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5521-01 Renaturierung Kyll	-5.322,67	-40.000,00				
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	5.322,67	40.000,00				

Investitionen 2023 Ortsgemeinde Jünkerath

Investitionen Produkt 5551 Kommunale Forstwirtschaft

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5551-01 Investitionskostenzuschuss Forstverband		-500,00	-600,00			
F 28 Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		500,00	600,00			

Erläuterungen

Investitionskostenzuschuss Forstverband

Die Auslieferung des neuen Waldarbeiterschutzwagens verzögert und wird erst in 2023 erwartet. Der Forstverband hat beschlossen,

dass kein gebrauchter sondern ein neuer Wagen angeschaft werden soll zu einem Preis von 21.500 €. Hieran muss Jünkerath sich mit 600 € beteiligen.

Investitionen Produkt 5731 Kommunale allgemeine Einrichtungen

Jünkerath

Nr. Bezeichnung	Jahres-ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Finanzplan 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026
17-5731-01 Neubau Grillhütte	-1.275,84					
F 29 Auszahlungen für Sachanlagen	1.275,84					

Stellenplan

Organisationseinheit Beschäftigte	Besoldungs-gruppe, Entgelt-gruppe	Einstiegs-amt	Zahl der Stellen			Stellenvermerke[2] (z. B. ku, kw) und Erläuterungen[3] (z. B. ATZ AP/FP, Ersatzstelle, Leerstelle, Beurlaubung, Kostentragung durch Dritte, Verlagerung von... bzw. nach ...)
			Soll Haushaltsjahr 2023	Haushaltsvorjahr 2022		
				Soll	Ist 30.06.2022 (tatsächliche Besetzung)[1]	Haushaltsjahr 2023
1	2	3	4	5	6	7
A. Ortsgemeinde Jünkerath						
Fachbereich 2 - Natürliche Lebensgrundlagen und Bauen						
1143 Bauhof						
Beschäftigte/r	EG 5		1,00	0,00	0,00	
Summe Beschäftigte Fachbereich 2			1,00	0,00	0,00	
B. Zusammenfassung						
Beschäftigte Ortsgemeinde Jünkerath			1,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Bewirtschaftungsregelungen im Haushaltsplan

1. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Kontengruppen 50 und 51) fallen nicht unter die gegenseitige Deckungsfähigkeit des jeweiligen Teilergebnishaushalts. Das gleiche gilt für die Personal- und Versorgungsauszahlungen (Kontengruppen 70 und 71) des jeweiligen Teilfinanzhaushalts.

2. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie die Personal- und Versorgungsauszahlungen werden über die jeweiligen Teilhaushalte hinaus im Gesamtergebnis- bzw. Gesamtfinanzhaushalt für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

3. Die Bilanziellen Abschreibungen (Kontengruppen 53) fallen nicht unter die gegenseitige Deckungsfähigkeit des jeweiligen Teilergebnishaushalts.

4. Die Bilanziellen Abschreibungen werden über die jeweiligen Teilhaushalte hinaus im Gesamtergebnishaushalt für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

5. Die Aufwendungen für die internen Leistungsbeziehungen fallen nicht unter die gegenseitige Deckungsfähigkeit des jeweiligen Teilergebnishaushalts.

6. Die Aufwendungen für die internen Leistungsbeziehungen werden über die jeweiligen Teilhaushalte hinaus im Gesamtergebnishaushalt für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Bilanz 2018 der Ortsgemeinde Jünkerath

Bilanz

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	31.12. Haushalts-vorjahr	31.12. Haushaltsjahr
A 1	**Anlagevermögen**		**11.694.674,80**	**11.495.424,19**
A 1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		**15.502,00**	**13.463,00**
A 1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00	1,00
A 1.1.2	Geleistete Zuwendungen			
A 1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse		15.501,00	13.462,00
A 1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert			
A 1.1.5	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände			
A 1.2	**Sachanlagen**		**11.679.171,80**	**11.481.960,19**
A 1.2.1	Wald, Forsten		688.990,54	695.855,30
A 1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücks-gleiche Rechte		131.233,26	133.578,84
A 1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		938.652,23	939.812,23
A 1.2.4	Infrastrukturvermögen		9.096.930,08	8.797.004,04
A 1.2.5	Bauten auf fremdem Grund und Boden		1.879,00	1.798,00
A 1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler		3.547,77	3.489,77
A 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		20.846,00	17.565,00
A 1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung		43.109,00	47.045,00
A 1.2.9	Pflanzen und Tiere			
A 1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		753.983,92	845.812,01
A 1.3	**Finanzanlagen**		**1,00**	**1,00**
A 1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen			
A 1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen			
A 1.3.3	Beteiligungen			
A 1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
A 1.3.5	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		1,00	1,00
A 1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen			
A 1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens			
A 1.3.8	Sonstige Ausleihungen			
A 2	**Umlaufvermögen**		**678.172,89**	**555.975,19**
A 2.1	**Vorräte**		**462.803,44**	**445.183,15**
A 2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
A 2.1.2	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen			
A 2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren		462.803,44	445.183,15
A 2.1.4	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte			
A 2.2	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		**215.369,45**	**110.792,04**
A 2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		205.950,11	136.171,35
A 2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		39.908,42	1.943,02
A 2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen			
A 2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
A 2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen			
A 2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich		3,35	-0,10
A 2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände			
A 2.2 EWB	abzüglich Einzelwertberichtigung auf Forderungen		-23.933,82	-23.893,82
A 2.2 PWB	abzüglich Pauschalwertberichtigung auf Forderungen		-6.558,61	-3.428,41
A 2.2 WBA	abzüglich Wertberichtigung aus der Abzinsung von Forderungen			
A 2.3	**Wertpapiere des Umlaufvermögens**			

Bilanz 2018 der Ortsgemeinde Jünkerath

Bilanz

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	31.12. Haushalts-vorjahr	31.12. Haushaltsjahr
A 2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen			
A 2.3.2	Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens			
A 2.4	**Kassenbestand, Bundesbankguthaben,Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kredit-instituten und Schecks**			
A 3	**Ausgleichsposten für latente Steuern**			
A 4	**Rechnungsabgrenzungsposten**		**2.670,40**	
A 4.1	Disagio			
A 4.2	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		2.670,40	
A 5	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**			
AKTIVA	**Bilanzsumme Aktiva**		**12.375.518,09**	**12.051.399,38**

Bilanz 2018 der Ortsgemeinde Jünkerath

Bilanz

Jünkerath

Nr.	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	31.12. Haushalts-vorjahr	31.12. Haushaltsjahr
P 1	**Eigenkapital**		**1.340.369,88**	**1.420.818,37**
P 1.1	Kapitalrücklage		1.810.029,43	1.340.879,88
P 1.2	Sonstige Rücklagen			
P 1.3	Ergebnisvortrag			
P 1.4	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		-469.659,55	79.938,49
P 2	**Sonderposten**		**6.926.717,50**	**6.897.839,37**
P 2.1	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		44.432,60	
P 2.2	**Sonderposten zum Anlagevermögen**		**6.743.941,90**	**6.762.779,37**
P 2.2.1	Sonderposten aus Zuwendungen		3.106.680,54	3.010.159,02
P 2.2.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		3.006.493,70	2.883.346,70
P 2.2.3	Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen		630.767,66	869.273,65
P 2.3	Sonderposten für den Gebührenausgleich			
P 2.4	Sonderposten mit Rücklagenanteil			
P 2.5	**Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten**		**137.403,00**	**134.120,00**
P 2.6	Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungs-entgelte		940,00	940,00
P 2.7	Sonstige Sonderposten			
P 3	**Rückstellungen**		**73.149,00**	**79.750,00**
P 3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		73.149,00	79.750,00
P 3.2	Steuerrückstellungen			
P 3.3	Rückstellungen für latente Steuern			
P 3.4	Sonstige Rückstellungen			
P 4	**Verbindlichkeiten**		**4.035.281,71**	**3.652.991,64**
P 4.01	Anleihen			
P 4.02	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		2.253.510,06	2.183.565,33
P 4.02.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen		2.253.510,06	2.183.565,33
P 4.02.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditäts-sicherung			
P 4.03	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
P 4.04	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen			
P 4.05	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		108.343,18	-1.379,10
P 4.06	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen			
P 4.07	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			
P 4.08	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
P 4.09	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweck-verbänden, Anstalten des öffentlichen Recht, rechts-fähigen kommunalen Stiftungen		22.105,02	
P 4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich		1.632.430,84	1.440.038,54
P 4.11	Sonstige Verbindlichkeiten		18.892,61	30.766,87
P 5	**Rechnungsabgrenzungsposten**			
PASSIVA	**Bilanzsumme Passiva**		**12.375.518,09**	**12.051.399,38**

Übersicht über die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (Berechnung der sog. freien Finanzspitze)

	Lfd. Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
			in €					
Entstehungsrechnung	1	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Posten F 23 GemHVO)	einschließlich Zinsauszahlungen für bereits genehmigte Kredite: -7.200,00	-341.810,00	einschließlich Zinsauszahlungen für bereits genehmigte Kredite und für geplante, noch nicht genehmigte Kredite: 660,00	218.190,00	323.570,00	213.460,00
	2	abzüglich Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von bereits genehmigten Investitionskrediten (§ 2 Abs. 1 Satz 1 F 36 GemHVO)	76.200,00	78.400,00	97.800,00	100.100,00	100.400,00	100.100,00
	2a	abzüglich Mindesttilgung lt. KEF-Vertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	3	**= "Zwischensumme"**	-83.400,00	-420.210,00	-97.140,00	118.090,00	223.170,00	113.360,00
Verwendungsrechnung	4	abzüglich Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von geplanten, aber noch nicht genehmigten Investitionskrediten (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Posten F 36 GemHVO)			0,00	0,00	0,00	0,00
	5	**freie Finanzspitze (Ziel in allen Jahren: _> 0)**	-83.400,00	-420.210,00	-97.140,00	118.090,00	223.170,00	113.360,00

Endfällige Kredite	€
Jahr 2023	0,00
Jahr 2024	207.592,39
Jahr 2025	414.712,25

Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung	
31.12.2020	1.267.200,65
31.12.2021	764.933,64
31.12.2022	1.185.144,00

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der der Kreditaufnahmen und ähnlicher Verträge

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Stand Beginn des Haushaltsvorjahres	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
		in €		
1	Anleihen			
2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	1.945.741	2.425.396	2.327.685
3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	764.934	1.185.144	1.286.284
4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, denen Kreditaufnahmen wirtschaftslich gleichkommen.	0	0	0
5	**Summe der Verbindlichkeiten**	**2.710.675**	**3.610.540**	**3.613.969**

Schuldenübersicht für den Zeitraum 31.12.2022-31.12.2023

Akte Nr	Darlehensgeber Verwendungszweck	Auszahlungstag Ursprungsbetrag	Zinssatz zum Zeitpunkt der Berichtsgeneri in %	Zinsfestschreibung/ Enddatum	Stand 01.01.2023	Umschuld. Zug. Neuaufn.	Zinsen Jahr 2023	Tilgung Jahr 2023	Umschuldung Tilgung	Stand 31.12.2023
Gemeinde 17 Jünkerath										
Darlehensart 3 Sparkassen										
17-001	Kreissparkasse Vulkaneifel (FAD 143522)	01.07.2009 59.992,27	3,990	30.09.2024 30.12.2036	37.993,14	0,00	1.484,63	2.108,89	0,00	35.884,25
17-006	Kreissparkasse Vulkaneifel (FAD 143522) Umschuldung	30.01.2009 291.350,70	4,105	31.01.2024 30.06.2036	182.176,52	0,00	7.318,58	10.468,38	0,00	171.708,14
17-008	Kreissparkasse Vulkaneifel (FAD 143522)	01.10.2012 112.002,31	2,290		86.455,57	0,00	1.956,09	2.778,63	0,00	83.676,94
17-014	Kreissparkasse Vulkaneifel (FAD 143522) Streusalzsilo, Kita, Buswartehalle, Rasenmäher	01.12.2021 72.457,76	0,639	01.12.2031 15.11.2046	69.557,76	0,00	437,52	2.900,00	0,00	66.657,76
Summe Darlehensart 3		**535.803,04**			**376.182,99**	**0,00**	**11.196,82**	**18.255,90**	**0,00**	**357.927,09**
Darlehensart 4 Landesbanken										
17-003	Helaba (FAD 158574) Vermögenshaushalt 2000	27.06.2001 63.911,49	5,580	30.09.2025 30.09.2025	11.414,71	0,00	548,08	4.296,40	0,00	7.118,31
17-007	Norddeutsche Landesbank Nord LB (FAD 159994) Umschuldung KSK = 95.067,45 Neuaufnahme 2009 =64.708,74 € Neuaufnahme 2010 = 74.700 €	30.05.2011 234.476,19	3,870	30.06.2039 30.06.2039	166.344,12	0,00	6.330,51	7.433,25	0,00	158.910,87

Schuldenübersicht für den Zeitraum 31.12.2022-31.12.2023

Akte Nr	Darlehensgeber Verwendungszweck	Auszahlungstag Ursprungsbetrag	Zinssatz zum Zeitpunkt der Berichtsgeneri in %	Zinsfestschreibung/ Enddatum	Stand 01.01.2023	Umschuld. Zug. Neuaufn.	Zinsen Jahr 2023	Tilgung Jahr 2023	Umschuldung Tilgung	Stand 31.12.2023
17-015	Investitions- und Strukturbank (FAD 154694) Erweiterung Kita	01.08.2022 568.000,00	2,460	01.08.2042 15.12.2060	560.900,00	0,00	13.667,15	14.200,00	0,00	546.700,00
Summe Darlehensart 4		**866.387,68**			**738.658,83**	**0,00**	**20.545,74**	**25.929,65**	**0,00**	**712.729,18**
Darlehensart 6 Sonstige öffentliche Sonderrechnungen										
17-010	Kreditanstalt für Wiederaufbau (FAD 138026) Sanierung Verkehrsstation Bahnhof Jünkerath	15.01.2016 514.500,00	0,820	15.08.2025 15.05.2045	334.182,86	0,00	2.694,61	14.856,00	0,00	319.326,86
Summe Darlehensart 6		**514.500,00**			**334.182,86**	**0,00**	**2.694,61**	**14.856,00**	**0,00**	**319.326,86**
Darlehensart 7 priv. Unternehmen										
17-004	DZ HYP (FAD 154692)	30.06.2010 354.200,00	3,460	30.09.2039 30.09.2039	244.000,42	0,00	8.300,21	11.039,11	0,00	232.961,31
17-005	DZ HYP (FAD 154692)	28.04.2006 314.600,00	4,370	30.12.2032 30.12.2032	160.402,88	0,00	6.794,50	13.245,54	0,00	147.157,34
17-009	Volksbank Eifel eG (FAD 144764) Teilbetrag von 172.300 € - Anteil von 62,33%	01.12.2015 107.400,00	1,500	30.11.2025 30.03.2053	90.679,25	0,00	1.346,67	2.412,17	0,00	88.267,08
17-011	DZ HYP (FAD 154692) Umschuldungen aus Zinsfestscheibungen 2017	16.10.2017 386.158,30	2,250	30.09.2047 30.06.2051	343.247,61	0,00	7.649,49	8.762,23	0,00	334.485,38
17-012	DZ HYP (FAD 154692) Umschuldungen aus Zinsfestscheibungen 2018	19.10.2018 151.232,82	1,290	30.09.2028 30.06.2057	138.040,97	0,00	1.765,24	3.210,32	0,00	134.830,65
Summe Darlehensart 7		**1.313.591,12**			**976.371,13**	**0,00**	**25.856,11**	**38.669,37**	**0,00**	**937.701,76**
Summe Gemeinde 17		**3.230.281,84**			**2.425.395,81**	**0,00**	**60.293,28**	**97.710,92**	**0,00**	**2.327.684,89**

Übersicht über die Entwicklung der Jahresergebnisse			
lfd.Nr.	Ergebnis (gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 Posten E 23 GemHVO)	Jahr	Betrag in €
1	5. Haushaltsvorjahr (festgestelltes Jahresergebnis)	2018	79.938,49
2	4. Haushaltsvorjahr (festgestelltes Jahresergebnis)	2019	105.210,00
3	3. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Jahresergebnis)	2020	63.670
4	2. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Rechnungsergebnis)	2021	-116.350
5	1. Haushaltsvorjahr (Ansatz des Haushaltsvorjahres - einschl. Nachträge)	2022	-449.250
6	Jahresergebnis (Ansatz des Haushaltsjahres)	2023	-124.340
7	Zwischensumme		-441.122
8	1. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2024	93.190
9	2. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2025	198.570
10	3. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2026	88.460
11	**Summe**		**-60.902**

Übersicht über die Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse und -fehlbeträge					
ldf.Nr.	Ergebnis	Jahr	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen F 23	./. planmäßige Tilgung F 36	= vorzutragende Beträge
			in €		
1	aus Haushaltsvorjahren vorzutragende Beträge davon aus:				
2	5. Haushaltsvorjahr (festgestelltes Jahresergebnis)	2018	102.591	68.821	33.770,11
3	4. Haushaltsvorjahr (festgestelltes Jahresergebnis)	2019	220.060	76.450	143.610,00
4	3. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Jahresergebnis)	2020	181.920	74.700	107.220,00
5	2. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Rechnungsergebnis)	2021	-7.200	76.200	-83.400,00
6	1. Haushaltsvorjahr (Ansatz des Haushaltsvorjahres - einschl. Nachträge)	2022	-341.810	78.400	-420.210,00
7	Jahresergebnis (Ansatz des Haushaltsjahres)	2023	660	97.800	-97.140,00
8	vorzutragender Betrag				-316.150
9	geplanter Vortrag 1. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2024	218.190	100.100	118.090
10	geplanter Vortrag 2. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2025	323.570	100.400	223.170
11	geplanter Vortrag 3. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2026	213.460	100.100	113.360
12	**Summe**				**138.470**

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals			
lfd. Nr.	Ergebnis (gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 Posten E 23 GemHVO)	Betrag in €	nachrichtlich: aufgelaufenes Eigenkapital in €
1	Eigenkapital zum 31.12. des dritten Haushaltsvorjahres = 2020	63.670	1.589.698,37
2	+ vorläufiges Jahresergebnis des zweiten Haushaltsvorjahres = 2021	-116.350	1.473.348,37
3	+ Ansatz für Jahresergebnis des Haushaltsvorjahres = 2022	-449.250	1.024.098,37
4	+ Ansatz für Jahresergebnis des Haushaltsjahres = 2023	-124.340	899.758,37
5	+ geplantes Jahresergebnis des Haushaltsfolgejahres = 2024	93.190	992.948,37
6	+ geplantes Jahresergebnis des 2. Haushaltsfolgejahres = 2025	198.570	1.191.518,37
7	+ geplantes Jahresergebnis des 3. Haushaltsfolgejahres = 2026	88.460	1.279.978,37

Gemeinde: Jünkerath

Berechnung der Kreis- und Verbandsgemeindeumlage
Haushaltsjahr 2023

Stand : Oktober 2022, Umlagegrundlagen auf Basis Orientierungsdaten vom 10.11.2022

Bezeichnung	Umlage-grundlagen	Umlagesätze			Kreisumlage aufgrund der einzelnen Um-lagegrundlagen	Verbandsge-meindeumlage aufgrund der einzelnen Um-lagegrundlagen	Sonderumlage Atl-Schulden aufgrund der einzelnen Um-lagegrundlagen	Umlagen insgesamt
		Kreisumlage v.H.	Verbandsge-meindeumlage v.H.	Sonderumlage "Alt-Schulden" v.H.	Euro	Euro	Euro	Euro
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Steuerkraftzahlen								
Grundsteuer A	5.630	45,70	37,50	1,4872	2.572	2.111	83	4.766
Grundsteuer B	215.881	45,70	37,50	1,4872	98.657	80.955	3.210	182.822
Gewerbesteuer	606.289	45,70	37,50	1,4872	277.074	227.358	9.016	513.448
Gemeindeanteil a.d.Est.	547.572	45,70	37,50	1,4872	250.240	205.339	8.143	463.722
Ausgleichsleistung § 21 LFAG	55.766	45,70	37,50	1,4872	25.485	20.912	829	47.226
Gemeindeanteil a.d.U.st.	193.697	45,70	37,50	1,4872	88.519	72.636	2.880	164.035
Gewerbsteuerkompensation	-	45,70	37,50	1,4872	-	-	-	-
Schlüsselzuweisungen	362.893	45,70	37,50	1,4872	165.842	136.084	5.396	307.322
Zuweisung § 19 LFAG	158.508	45,70	37,50	1,4872	72.438	59.440	2.357	134.235
Insgesamt	**2.146.236**	**-**	**-**		**980.827**	**804.835**	**31.914**	**1.817.576**

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Organisation und Finanzen	**Datum:**	24.01.2023
Aktenzeichen:	1-55500-141-01	**Vorlage Nr.**	**1-0060/23/17-002**

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**	**Behandlung**
Ortsgemeinderat		öffentlich	Entscheidung

3. Änderung der Verbandsordnung Forstverband Obere Kyll

Sachverhalt:

In der Verbandsversammlung vom 17.11.2021 hat der Forstverband beschlossen, den Forstverband für weitere Gemeinden aus der Verbandsgemeinde Gerolstein zu öffnen und aktiv auf die Gemeinden zuzugehen und für deren Beitritt zu werben.

Dies ist erfolgt und die Gemeinden Kalenborn-Scheuern und Duppach haben im November bzw. Dezember 2022 per Ratsbeschluss den Beitritt zum Forstverband beschlossen. Der Beitrittsvollzug erfordert eine Änderung der Verbandsordnung. Zudem hat die Ortsgemeinde Hallschlag ihren Austritt aus dem Forstverband zum 31.12.2023 beantragt, was ebenso entsprechend in der Verbandsordnung berücksichtigt werden muss.

Neben der Änderung der Verbandsmitglieder wurden formelle Änderungen mit aufgenommen, da sich die Verbandsordnung textlich noch auf die Verbandsgemeinde Obere Kyll bezogen hat.

Der Entwurf der 3. Änderung der Verbandsordnung ist als Anlage der Vorlage beigefügt. Das rückwirkende Inkrafttreten der 3. Änderung der Verbandsordnung zum 01.01.2023 ist nach Auskunft der Errichtungsbehörde zulässig.

Die Änderung der Verbandsordnung bedarf des zustimmenden Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit, der Zustimmung der Errichtungsbehörde (Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel) sowie den zustimmenden Beschlüssen aller Räte der bisherigen Verbandsmitglieder.

Die Verbandsversammlung des Forstverbandes hat am 31.01.2023 die 3. Änderung der Verbandsordnung beschlossen. Nunmehr hat die Ortsgemeinde Jünkerath hierüber zu beraten und zu entscheiden.
Anschließend wird, nach Vorlage aller zustimmenden Beschlüsse der Verbandsmitglieder, die Zustimmung der Errichtungsbehörde eingeholt. Nach deren Zustimmung erfolgt die Bekanntmachung der 3. Änderung der Verbandsordnung und damit geht das Inkrafttreten dieser Änderung zu den dort genannten Zeitpunkten einher.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat stimmt der 3. Änderung der Verbandsordnung des Forstverbands Obere Kyll zu.

Anlage(n):
Entwurf 3. Änderung Verbandsordnung

3. Änderung der Verbandsordnung des Forstverbandes Obere Kyll vom……..

Die Kreisverwaltung Vulkaneifel als die nach § 5 KomZG zuständige Behörde stellt hiermit aufgrund des § 4 Abs. 2 KomZG folgende 3. Änderung der Verbandsordnung fest:

Artikel 1

§ 1 erhält folgende Neufassung:
Verbandsmitglieder sind:
Ortsgemeinden Birgel, Duppach, Esch, Feusdorf, Gönnersdorf, Hallschlag, Jünkerath, Kalenborn-Scheuern, Kerschenbach, Lissendorf, Ormont, Reuth, Scheid, Schüller, Stadtkyll, Steffeln.

Artikel 2

§ 3 Satz 2 erhält folgende Neufassung:
Er hat seinen Sitz in Gerolstein.

Artikel 3

§ 6 Abs.1 Satz 3 erhält folgende Neufassung:
Wird als Verbandsvorsteher der jeweilige Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein gewählt, hat er in der Verbandsversammlung beratendes Stimmrecht.

Artikel 4

§ 7 Abs.3 erhält folgende Neufassung:
Die geänderten reduzierten Holzbodenflächen werden jeweils zum 01.01. des Haushaltsjahres gemäß der amtlichen Mitteilung des Forstamtes Gerolstein festgelegt.

Artikel 5

§ 10 Abs.1 Satz 3 erhält folgende Neufassung:
Die Umlage ist in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. an den Forstverband (Verbandsgemeindekasse Gerolstein) zu entrichten.

Artikel 6

§ 12 erhält folgende Neufassung:
Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen in den Bekanntmachungsorganen der Verbandsgemeinde Gerolstein.

Artikel 7

§ 1 erhält folgende Neufassung:
Verbandsmitglieder sind:
Ortsgemeinden Birgel, Duppach, Esch, Feusdorf, Gönnersdorf, Jünkerath, Kalenborn-Scheuern, Kerschenbach, Lissendorf, Ormont, Reuth, Scheid, Schüller, Stadtkyll, Steffeln.

Artikel 8

Diese 3. Änderung der Verbandsordnung bedarf der Feststellung durch die Aufsichtsbehörde.
Artikel 1 bis 6 treten zum 01.01.2023 in Kraft.
Artikel 7 tritt zum 01.01.2024 in Kraft.

Daun, den _____

Kreisverwaltung Vulkaneifel

Im Auftrag:

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Bauen und Umwelt	**Datum:**	14.02.2023
Aktenzeichen:	FB 2 - 51122-17-bo-	**Vorlage Nr.**	**2-0044/23/17-003**

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ortsgemeinderat	02.03.2023	öffentlich	Entscheidung

Bebauungsplan "Auf dem Wehrt - 5. Änderung" - Entwurfsberatung u. Beschluss zur frühzeitige Offenlage gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat Jünkerath hat in seiner Sitzung am 15.09.2022 die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Auf dem Wehrt“ - Sondergebiet Einzelhandel - beschlossen. Anlass für die Planänderung ist die Absicht des ortsansässigen Drogeriemarktes, sich zu vergrößern und hierzu innerhalb des Änderungsbereiches des Bebauungsplanes seinen Standort auf die Grundstücke, Flur 15, Nr. 72/14 und 72/19 zu verlagern.

Die Fläche für den geplanten Neubau steht im Eigentum des ebenfalls im Änderungsbereiches angesiedelten Lebensmitteldiscounters, welcher vorliegend auch als Investor auftritt. Ziel des Planverfahrens ist die für die geplante Umsiedlung und damit verbundenen Erweiterung der Verkaufsfläche eines discounterorientierten Drogeriemarktes von ca. 450 m² auf max. 705 m² die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes erfolgt im zweistufigem Regelverfahren gemäß § 30 BauGB, da die raumordnerische Prüfung ebenfalls in diesem Verfahren erfolgen soll. Der Investor hat das Planungsbüro PE Becker, Kall, mit der Änderung des Bebauungsplanes beauftragt, welches bereits einen Vorentwurf für die heutige Sitzung erarbeitet hat.

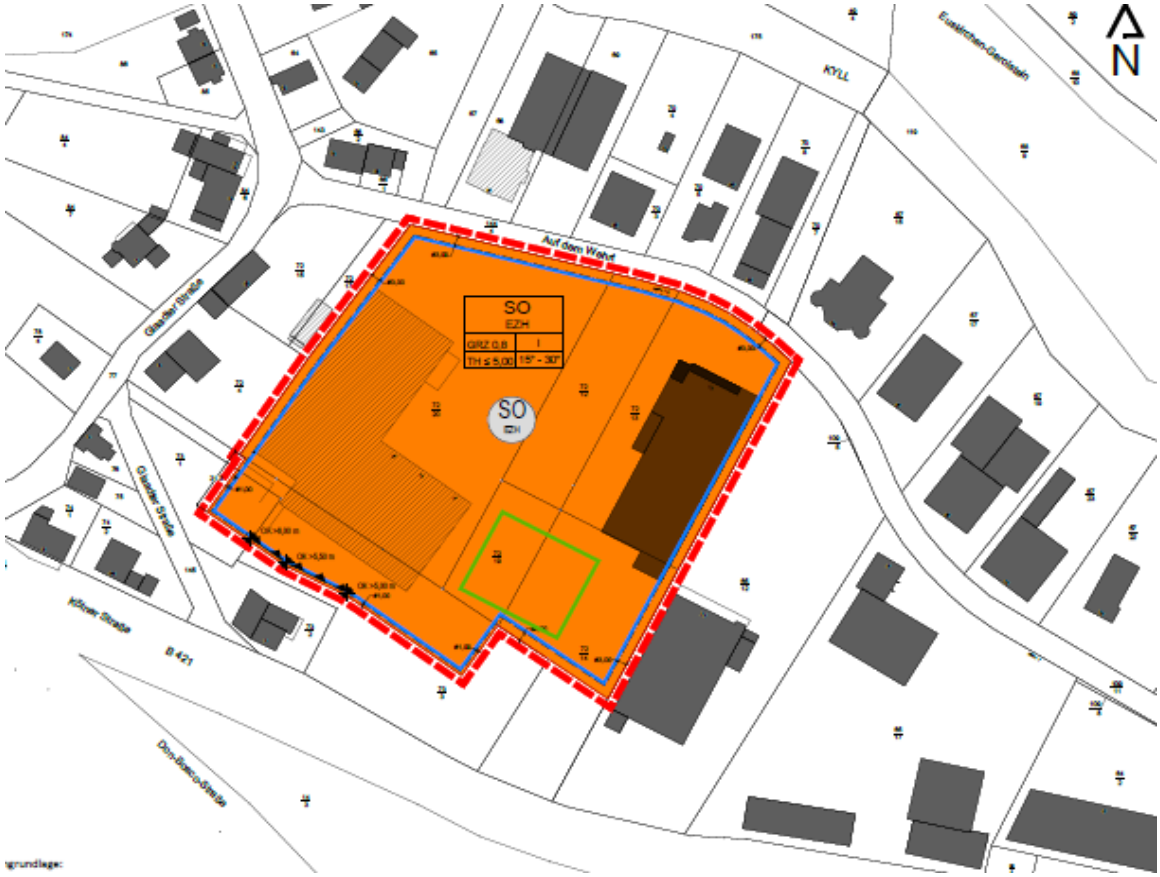
Der ca. 1,7 ha große Änderungsbereich liegt am westlichen Rand des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Auf dem Wehrt“ und umfasst die Flurstücke Gemarkung Jünkerath, Flur 15, Nr. 72/12, 72/13, 72/14 (tlw.), 72/19, 72/20, 73/1 (tlw.), 73/3 (tlw.).

Beschlussvorschlag:

Nach eingehender Beratung billigt der Ortsgemeinderat die in der heutigen Sitzung vorgelegten Entwurfsunterlagen für die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Auf dem Wehrt“ einschl. der integrierten raumordnerischen Prüfung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Offenlage gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB in die Wege zu leiten.

Der räumliche Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung ist aus der nachfolgenden Übersichtskarte ersichtlich:



Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Aufstellung des Bebauungsplanes werden aufgrund eines noch abzuschließenden städtebaulichen Vertrages vom Investor übernommen.

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:
Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen beifolgenden Personen Ausschließungsgründe vor:
.
Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Anlage(n):
A.d.Wehrt, Planzeichnung
A.d.Wehrt, Begründung
A.d.Wehrt, Umweltbericht
A.d.Wehrt, FB Artenschutz

5. Änderung Bebauungsplan "Auf dem Wehrt"
"Sondergebiet Einzelhandel - Auf dem Wehrt" in der Ortsgemeinde Jünkerath

vor der Änderung (Stand: 3. Änderung)

Maßstab 1:1000 -im Original-

0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 m

nach der 5. Änderung



Datengrundlage:
Geobasisinformation der Vermessungs- und Katasterverwaltung mit Stand 28. Juli 2006



Datengrundlage:
Geobasisinformation der Vermessungs- und Katasterverwaltung mit Stand 07. November 2022

LEGENDE:

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

SO EZH — Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO)

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

0,8 — Grundflächenzahl GRZ (Beispiel)
I — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß (Beispiel)
TH ≤ 5,00 — Traufhöhe als Höchstmaß (Beispiel)

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Private Grünflächen

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGLUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

A1 — Einbindung in Natur und Landschaft

SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB) (3. Änderung)

Anbauverbotszone von 20,00m entlang der B 421 gem. § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)

Lärmschutzwand: Mindesthöhe gemäß Eintrag in der Planzeichnung über Oberkante des geplanten Geländes des Anlieferhofs (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

123/45 — Flurstücksgrenze laut Kataster, Flurstücksnummer laut Kataster

18.0 — Bemaßung

Gebäude laut Kataster

NUTZUNGSSCHABLONE

Art der baulichen Nutzung	SO EZH		Beispiel
Grundflächenzahl	GRZ 0,8	I	Zahl der Vollgeschosse
Traufhöhe als Höchstmaß	TH≤5,00	15°- 30°	Dachneigung

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 5. Änderung (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen, hier: Lärmschutzwand (siehe 3. Änderung), Mindesthöhe gem. Eintrag in der Planzeichnung über Oberkante (OK) des geplanten Geländes des Anlieferhofs

Umgrenzung des geplanten Drogeriemarktes (nachrichtlich)

Rechtsgrundlagen

- in der jeweils zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung (BauNVO, LBauO) bzw. des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung -

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18.12.1990 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.01.1991 (BGBl. I S. 58).

Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 24.11.1998 (GVBl. 1998, S. 365).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542).

Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LNatSchG RLP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283).

Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG RLP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.2015 (GVBl. 2015, S. 127).

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502).

Denkmalschutzgesetz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.03.1978 (GVBl. 1978, S. 159).

Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO RLP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. 1994, S. 153).

Bezugsquelle für DIN-Normen und VDI-Richtlinien:
Hrsg: Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
(Tel.: 030/2601-0; Fax: 030/2601-1260)

Aufstellungsbeschluss

Der Ortsgemeinderat hat am __.__.202_ gemäß § 2 Abs. 1 und § 12 Abs. 2 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 5. Änderung "Sondergebiet Einzelhandel-Auf dem Wehrt" des Bebauungsplans "Auf dem Werth" beschlossen. Der Beschluss wurde am __.__.202_ ortsüblich bekanntgemacht.

Jünkerath, den .....

.....
Ortsbürgermeister

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die ortsübliche Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte am ..... .
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde durchgeführt vom ..... bis einschließlich ..... .

Jünkerath , den .....

.....
Ortsbürgermeister

Frühzeitige Beteiligung der Behörden

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom ..... über die Planung unterrichtet und zur Stellungnahme bis spätestens ..... aufgefordert.

Jünkerath , den .....

.....
Ortsbürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung mit Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen hat nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ..... bis ..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ..... mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gegeben, dass Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Jünkerath, den .....

.....
Ortsbürgermeister

Beteiligung der Behörden

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ..... von der öffentlichen Auslegung unterrichtet und zur Abgabe von Stellungnahmen bis spätestens ..... aufgefordert worden.

Jünkerath, den .....

.....
Ortsbürgermeister

Satzungsbeschluss

Die Bebauungsplanänderung ist nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gemäß § 1 Abs. 6 u. 7 BauGB vom Rat der Ortsgemeinde Jünkerath am ..... gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen worden.

Jünkerath, den .....

.....
Ortsbürgermeister

Ausfertigung

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplans mit dem Willen des Ortsgemeinderates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet. Die Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB wird hiermit angeordnet.

Jünkerath, den .....

.....
Ortsbürgermeister

Inkrafttreten

Die ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte am ..... mit dem Hinweis, dass die Planunterlagen während der Öffnungszeiten bei der Verbandsgemeindeverwaltung von jedermann eingesehen werden können. Mit dieser Bekanntmachung ist die Bebauungsplanänderung in Kraft getreten.

Jünkerath den .....

.....
Ortsbürgermeister

1 PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄSS BAUGESETZBUCH

1.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Für das Plangebiet wird folgende Nutzung festgesetzt:

SO_{EZH} Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung 'Gebiet für großflächige Einzelhandelsbetriebe' (gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO)

Allgemein zulässig sind:

Ein großflächiger Verbrauchermarkt inklusive Getränkemarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 1.400 m², der ein Vollsortiment an Nahrungs- und Genussmitteln und ein breites Sortiment an Ge- und Verbrauchsgütern des kurz- und mittelfristigen Bedarfs führt.

Ein discountorientierter Drogeriemarkt mit einer Verkaufsfläche von max. 705 m².

Ein discountorientierter Textilmarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 600 m².

Ein großflächiger 'Discounter' mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.000 m², dessen Sortiment sich aus Lebensmitteln und Gegenständen des sonstigen Bedarfs einschließlich freiverkäuflichen Arzneimitteln zusammensetzt.

1.2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 ff. BauNVO)

1.2.1 Grundflächenzahl

Es ist eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 als Höchstmaß festgesetzt.

1.2.2 Zahl der Vollgeschosse

Es ist I Vollgeschoss als Höchstmaß festgesetzt.

1.2.3 Höhe der baulichen Anlagen
(§ 16 Abs.2 Nr.4 und § 18 Abs.1 BauNVO i.V.m. § 88 Abs. 6 LBauO)

Die Traufhöhe ist als Höchstmaß festgesetzt. Es ist eine Traufhöhe von maximal 5,00 m zulässig.

Definition der Traufhöhe:
Als Traufhöhe gilt der senkrechte Abstand zwischen der Höhenlage des unteren Bezugspunktes und der Höhenlage der Traufkante. Die Traufkante ist gleich der Schnittkante zwischen den Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks und der Oberkante der Dachhaut. Bei Pultdächern gilt die niedrigste Schnittkante zwischen den Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks und der Oberkante der Dachhaut als Traufkante.

Bestimmung des unteren Bezugspunktes
Der untere Bezugspunkt ist jeweils der höchste Punkt der der straßenzugewandten Gebäudefassade vorgelagerten erschließenden Straßenverkehrsfläche der Straße 'Auf dem Wehrt'.

1.3 HÖHENLAGE DER BAUKÖRPER
(§ 9 Abs. 2 BauGB)

Erdgeschossfußbodenhöhe (EGF):
Die Erdgeschoßfußbodenhöhe (Sockelhöhe) der baulichen Anlagen darf max. 1,00 m über dem höchsten Punkt der der straßenzugewandten Gebäudefassade vorgelagerten erschließenden Straßenverkehrsfläche der Straße 'Auf dem Wehrt' liegen.

1.4 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.

1.5 FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, GARAGEN UND NEBENANLAGEN
(§ 9 Abs.1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 und § 14 BauNVO)

Garagen im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 Abs. 1 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Nicht überdachte Stellplätze und deren Zufahrten sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

1.6 ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

1.6.1 Einbindung in Natur und Landschaft (Ordnungsbereiche „A1")

In den Ordnungsbereichen „A1" ist in privaten Grünflächen eine Anpflanzung von Laubbäumen und Sträuchern als geschlossene Hecke anzulegen. Je angefangene 50 m² sind in diesen Flächen mindestens 25 Sträucher und 1 Laubbaum im gestuften Aufbau zu pflanzen.

1.7 SONSTIGE GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN

1.7.1 Zeitliche Umsetzung von grünordnerischen Maßnahmen
(§§ 18 – 21 BNatSchG)

Die „Einbindung in Natur und Landschaft' (Ordnungsbereiche „A1') ist spätestens in der Pflanzperiode durchzuführen, die der Nutzungsfähigkeit der jeweiligen baulichen Anlagen auf den privaten Baugrundstücken folgt.

1.8 ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDESIMMISSIONSCHUTZGESETZES ODER ZUR VERMEIDUNG ODER MINDERUNG SOLCHER EINWIRKUNGEN ZU TREFFENDE BAULICHE UND SONSTIGE TECHNISCHE VORKEHRUNGEN
(§ 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB)

Zum südwestlich angrenzenden Grundstück 'Kölner Straße Nr. 7', Parz.-Nr. 73/2, Flur 15, ist eine Stützmauer als Lärmschutzwand mit den erforderlichen Mindesthöhen über der Oberkante des geplanten Geländes des Anlieferhofs gemäß Eintrag in der Planzeichnung zu errichten.

2 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEMÄSS LANDESBAUORDNUNG VON RHEINLAND-PFALZ (LBAUO)

2.1 ÄUSSERE GESTALTUNG VON BAULICHEN ANLAGEN UND VON WERBEANLAGEN
(§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 LBauO)

2.1.1 Dachform und Dachneigung

Im Plangebiet sind für Hauptgebäude nur Satteldächer und Pultdächer mit einer Dachneigung von 15° bis 30° zulässig. Das Satteldach muss auf beiden Seiten der Firstlinie die gleiche Dachneigung haben.

Bei Nebengebäuden sind auch Flachdächer zulässig.

2.1.2 Dacheindeckung

Für die Dacheindeckung sind nicht-glänzende Materialien zu verwenden.

Zulässig sind unglasierte Pfannen und Dachziegel in den Farbbereichen schwarz, grau, braun und rotbraun, vorbewitterte Zinkeindeckungen, Trapezbleche, Kunststoffbahnen in den Farbbereichen grau bis schwarz und Dachbegrünungen.

2.1.3 Fassaden und Wandgestaltung

Unzulässig sind Fassadenverkleidungen aus Kunststoff oder Asbestzement sowie alle Arten von glänzenden oder glasierten Materialien; in untergeordnetem Maße werden Verkleidungen mit Zink-Titan- oder Wellblech zugelassen.

2.1.4 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Werbeanlagen entlang der B 421 sind unzulässig.

Werbeanlagen an Fassaden sind nur an der zur Straße 'Auf dem Wehrt' orientierten Fassadenseite zulässig. Sie dürfen eine Größe von 10 m² nicht überschreiten.

Freistehende Werbeanlagen (Werbepylone), die unabhängig von Gebäuden auf den Grundstücken der Leistung errichtet werden, sind nur entlang der Straße 'Auf dem Wehrt' zulässig. Sie dürfen eine Höhe von 6,00 m – gemessen über dem tatsächlichen Gelände - nicht überschreiten. Ausgenommen hiervon sind Fahnen. Die werbewirksame Fläche darf maximal 20 m² pro Ansichtsseite betragen.

Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sowie Aufschüttungen für Werbeanlagen sind nicht zulässig.

3 ANHANG ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

3.1 HINWEISE AUF SONSTIGE ZU BEACHTENDE VORSCHRIFTEN SOWIE RICHTLINIEN

1. Gemäß § 202 BauGB ist Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen. Nähere Ausführungen zum Vorgehen enthält die DIN 18915 bezüglich des Bodenabtrags und der Oberbodenlagerung. Die DIN 19731 ist ebenfalls zu berücksichtigen.
2. Für die Abwicklung der Bauarbeiten gilt die DIN 18920 'Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen'
3. Für die Bepflanzung der öffentlichen und privaten Flächen ist der 11. Abschnitt des Landesnachbarrechtsgesetzes (LNRG) Rheinland-Pfalz 'Grenzabstände für Pflanzen' zu beachten.
4. Für das vorhandene 0,4 kV-Kabel (HAK) des bestehenden Aldi-Marktes ist ein Schutzstreifen von 1,0 m Breite (0,5 m Breite beiderseits der Leitungsachse) freizuhalten, in dem eine Bebauung, das Anpflanzen von tiefwurzelndem Gehölz und sonstige leitungsgefährdende Maßnahmen untersagt sind. Es wird darauf hingewiesen, dass auch zu den vorhandenen RWE-Leitungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes, und zwar zu dem 0,4-kV-Kabel in der Straße 'Auf dem Wehrt' und zu dem 20-kV-Kabel auf dem Lidl-Grundstück', die parallel zu den Grundstücksgrenzen zum Plangebiet liegen und teilweise sehr nahe an den Geltungsbereich heranrücken, der o. g. Schutzstreifen freizuhalten ist.
5. Anpflanzungen sind mit der RWE Rhein-Ruhr Netzservice GmbH, Gerolstein, abzustimmen. Die Abstände von den vorgesehenen Bepflanzungen zu den geplanten/ vorhandenen Leitungen sind gemäß den VDE-Bestimmungen und dem "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen einzuhalten.
6. Die vorhandenen Leitungen der EVM, Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Gerolstein, sind bei der bei Planung zu beachten. Änderungen sind frühzeitig mit der EVM abzustimmen.
7. Die Anforderungen der DIN 1054, DIN 4020 und DIN 4124 an den Baugrund sind zu beachten.
8. Auf die Bestimmungen des Denkmalschutz- und -pflegesetzes (DSchPflG) wird hinzuweisen. Im Plangebiet zu Tage tretende archäologische Funde (z. B. Mauern, Erdverfärbungen, Ziegel, Scherben, Münzen usw.) sind unverzüglich zu melden (§ 17 DSchPflG). Die Fachbehörde der Archäologischen Denkmalpflege für die Kreise Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, Daun und Trier-Saarburg sowie die Stadt Trier ist das Rheinische Landesmuseum Trier, Weimarer Allee 1, 54290 Trier und jederzeit unter Telefon 0651/9774-0 oder Fax 0651/9774-222 zu erreichen.
9. Nach der vorliegenden Überschwemmungsgebietskartierung liegt ein Teilbereich der vorgesehenen Baugebietsfläche, innerhalb das s. g. "überschwemmungsgefährdeten Gebiets" der Kyll. Das "überschwemmungsgefährdete Gebiet", welches in seiner flächenmäßigen Ausdehnung über das an der Kyll zukünftig verbindlich festzusetzende Überschwemmungsgebiet hinausgeht, dient lediglich der Information sowie der Sensibilisierung der Bewohner und weist Gebiete aus, die bei einem noch selteneren Hochwasserereignis - als dem der rechtsgültigen Abgrenzung zugrunde liegenden Ereignis nach § 31 b WHG - überschwemmt werden. Das "überschwemmungsgefährdete Gebiet" wird lediglich nachrichtlich in den Überschwemmungsgebietskarten dargestellt. Dennoch sollte auch in diesen Bereichen dem Besorgnisgrundsatz gem. § 19 g WHG wegen der stets möglichen Gefahr einer Gewässerverunreinigung im Hochwasserfall (bereits bei zeitweisig hohen Grundwasserständen) z. B. durch Auftrieb in besonderer Weise Rechnung getragen werden.
10. Der § 10 Abs. 4 der Landesverordnung über Anlagen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung - VAWs) ist zu beachten.
11. Sollten bei Baumaßnahmen Abfälle (z.B. Bauschutt, Hausmüll etc.) angetroffen werden oder sich sonstige Hinweise (z.B. geruchliche/visuelle Auffälligkeiten) ergeben, ist die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Trier umgehend zu informieren.
12. Die Anbauverbotszone gemäß § 9 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG) von 20,00 m entlang der B 421 ist einzuhalten.

3.2 PFLANZENLISTE

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind ausschließlich ungiftige regionaltypische und standortgerechte Laubgehölze anzupflanzen, beispielsweise die folgenden Arten:

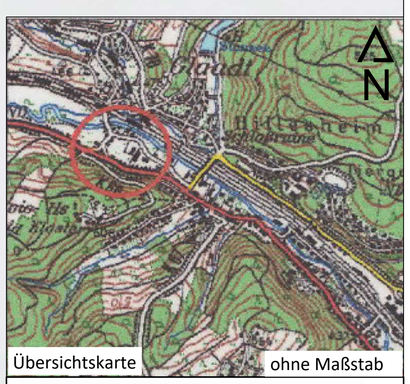
Laubbäume und Sträucher zur „Einbindung in Natur und Landschaft' (Ordnungsbereiche „A1')

Laubbäume:
Hochstämme, mind. dreimal verpflanzt, Stammumfang mind. 14 cm:

Acer campestre	-	Feld-Ahorn
Acer platanoides	-	Spitz-Ahorn
Acer pseudoplatanus	-	Berg-Ahorn
Carpinus betulus	-	Hainbuche
Fagus sylvatica	-	Rotbuche
Fraxinus excelsior	-	Gemeine Esche
Populus tremula	-	Zitter-Pappel
Prunus avium	-	Vogel-Kirsche
Quercus petraea	-	Traubeneiche
Sorbus aucuparia	-	Vogelbeere
Tilia cordata	-	Winter-Linde
Tilia platyphyllos	-	Sommer-Linde

Sträucher:
Sträucher, mind. zweimal verpflanzt:

Corylus avellana	-	Hasel
Crataegus laevigata	-	Zweigriffliger Weißdorn
Rosa arvensis	-	Kriechende Rose



Übersichtskarte — ohne Maßstab

PE Becker GmbH
Kölner Str. 23-25
D-53925 Kall
PE BECKER GmbH PLANUNG + ENTWICKLUNG
Zukunft ist planbar!
info@pe-becker.de • www.pe-becker.de
Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40

Ortsgemeinde Jünkerath	Stand: 10.02.2023
5. Änderung Bebauungsplan "Auf dem Wehrt"	Jennifer Conzen M. A.
Vorentwurf (Vorabzug)	M. 1 : 1000 -im Original-
	24-581

Bebauungsplan „Auf dem Wehrt“, Ortsgemeinde Jünkerath

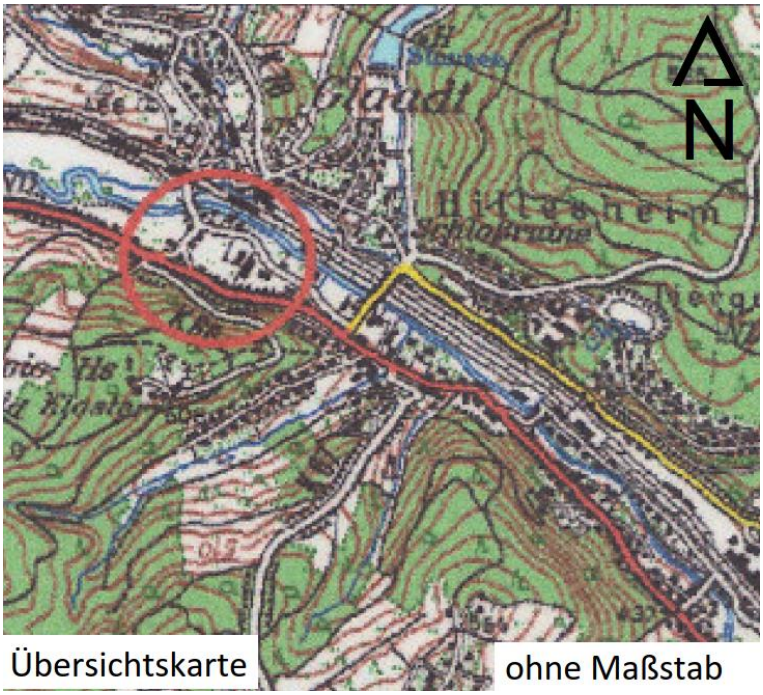
Begründung

Gemäß §§ 9 Abs. 8 und 2a Baugesetzbuch (BauGB)
(Anlage ohne satzungsmäßige Bedeutung)

mit integrierter vereinfachter raumordnerischer Prüfung

5. ÄNDERUNG

TEIL I: Allgemeiner Teil
Stand: Vorentwurf, 10.02.2023



Übersichtskarte ohne Maßstab

Auftraggeber	ALDI SE & Co. KG Humboldtstraße 38-44 50171 Kerpen
Auftragnehmer:	PE Becker GmbH Kölner Str. 23-25 D-53925 Kall PE BECKER GmbH PLANUNG + ENTWICKLUNG Zukunft ist planbar! info@pe-becker.de • www.pe-becker.de Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40
Bearbeitung:	Jennifer Conzen M. A.
Projektnummer:	24-581

INHALTSVERZEICHNIS

DARLEGUNG DER ALLGEMEINEN ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG 4

1. Verfahren 4
1.1 Verfahrensart 4
1.2 Verfahrensablauf inkl. Ergebnisse der Beteiligungsverfahren 4

2. Anlass, Erforderlichkeit, Ziele und Zwecke der Planaufstellung 4

3. Räumlicher Geltungsbereich und Bestandteile des Bebauungsplans 5

4. Ausgangssituation: Beschreibung des Planbereichs 6
4.1 Stadträumliche Einbindung 6
4.2 Bebauungspläne / Historie 6
4.3 Derzeitige Bebauung und Nutzung 6
4.4 Erschließung 7
4.5 Ver- und Entsorgung 7
4.6 Natur, Landschaft, Umwelt 7
4.7 Eigentumsverhältnisse 7
4.8 Belange des Denkmalschutzes 7

5. Übergeordnete Planungen 7
5.1 Landesentwicklungsprogramm IV, Einhaltung der Zielvorgaben 7
5.2 Regionaler Raumordnungsplan Trier 9
5.3 Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan 10
5.4 Sonstige städtebaulichen Planungen / Konzepte der Gemeinde 10
5.5 Fachplanungen 11

6. Erläuterung für die vereinfachte raumordnerische Prüfung gem. § 16 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 18 Landesplanungsgesetz 11
6.1 Antragsunterlagen 11
6.2 Erläuterung zur vereinfachten raumordnerischen Prüfung 12
6.3 Alternativenprüfung 12
6.4 Fazit 12

7. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB); Örtliche Bauvorschriften / bauordnungsrechtliche Festsetzungen 13

8. Auswirkungen der Planung 14
8.1 Einzelhandelsstruktur 14
8.2 Verkehrstechnische Erschließung, Ver- und Entsorgung, Trinkwasser, Löschwasser, Entwässerung, Niederschlagswasserbeseitigung 14
8.3 Immissionsschutz, Zonierung 15
8.4 Umweltbelange, Vermeidung und Ausgleich 15
8.4.1 Natur, Landschaft und Umwelt 15
8.4.2 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen 16
8.4.3 Kompensationsmaßnahmen 16
8.5 Flächenbilanz 16
8.6 Belange des Hochwasserschutzes, Bodenschutzes und Klimaschutzes 16
8.7 Bodenordnung, Kosten 16

9. Kennzeichnungen und Hinweise 16

DARLEGUNG DER ALLGEMEINEN ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG

1. Verfahren

1.1 Verfahrensart

Die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt nach Rücksprache mit der Kreisverwaltung Vulkaneifel im zweistufigem Regelverfahren gemäß § 30 BauGB, da die raumordnerische Beurteilung ebenfalls in diesem Verfahren erfolgen soll.

Das Bebauungsplanverfahren wird nach § 2 und § 2 a BauGB als „vollständiges“ Bebauungsplanverfahren mit zwei Beteiligungsrunden und Umweltprüfung, die in Form des Umweltberichts dokumentiert wird (gesondertes Dokument), durchgeführt. In den Umweltbericht integriert ist ein Fachbeitrag Naturschutz. Darüber hinaus wurde ein Fachbeitrag Artenschutz (ASVP) erstellt.

Das Planverfahren wird nicht als Vorhabenbezogener Bebauungsplan betrieben, sondern als Angebotsplanung gemäß § 8 BauGB.

1.2 Verfahrensablauf inkl. Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

Am 15.09.2022 wurde vom Ortsgemeinderat der Beschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ gefasst. Der Beschluss wurde durch _____ vom __.__.202_ ortsüblich bekannt gemacht.

2. Anlass, Erforderlichkeit, Ziele und Zwecke der Planaufstellung

Der Lebensmitteldiscounter im Änderungsbereich betreibt in Jünkerath seit 1989 die Filiale im Fachmarktzentrum „Auf dem Wehrt“ und ist auch Eigentümer der Liegenschaft. Südlich des Filialgebäudes befindet sich eine bisher unbebaute Reservefläche, die sich innerhalb der geltenden Baugrenzen des Bebauungsplans befindet. Diese soll mit einem Drogeriemarkt bebaut werden, für den bereits ein Betreiber gefunden ist.

Der Drogerie-Betreiber unterhält am Standort (auf dem benachbarten Grundstück) seit Jahren eine kleine, in der Verkaufsfläche nach eigenen Maßstäben nicht mehr zeitgemäße, Filiale und möchte sich vergrößern.

Die Vorgaben des Bebauungsplans decken die angestrebte, größere Verkaufsfläche des Drogeriemarktes aktuell nicht ab. Es sind Drogeriesortimente bis ca. 450 m² Verkaufsfläche vorgesehen. Der Neubau soll max. 705 m² Verkaufsfläche vorsehen.

Mit der Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ soll die geplante Vergrößerung der Verkaufsfläche des Drogeriemarkts ermöglicht werden.

Verbunden mit der 5. Änderung des Bebauungsplans ist, aufgrund der beabsichtigen Größenordnung der Einzelhandelsbetriebe im Änderungsbereich, die Erforderlichkeit zur Durchführung einer vereinfachten raumordnerischen Prüfung gemäß § 16 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 18 Landesplanungsgesetz, zu beantragen bei der Unteren Landesplanungsbehörde.

Gemäß der vor Verfahrensbeginn erfolgten Abstimmung mit der Kreisverwaltung Vulkaneifel kann die vereinfachte raumordnerische Prüfung ausnahmsweise gleichzeitig, parallel zur Bebauungsplanänderung erfolgen und die notwendigen Informationen dazu können als eigenes Kapitel in die Begründung zur Bebauungsplanänderung aufgenommen werden. Die Auswirkungsanalyse der BBE Handelsberatung GmbH (Köln, März 2022) ist den Unterlagen zur Bebauungsplanänderung beizufügen.

3. Räumlicher Geltungsbereich und Bestandteile des Bebauungsplans

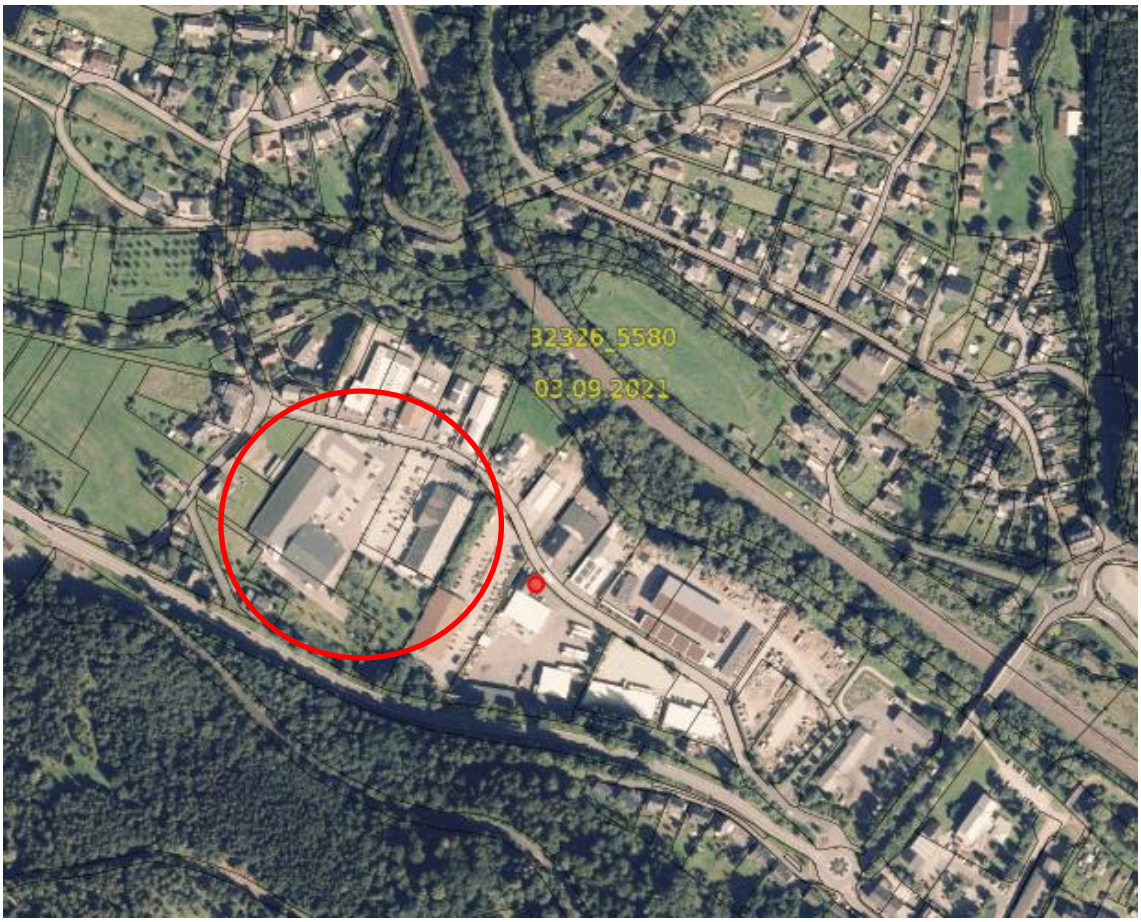


Abbildung 1: Luftbild mit Kennzeichnung des Änderungsbereichs (roter Kreis)

Der ca. 1,7 ha große Änderungsbereich am westlichen Rand des Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ und umfasst die Flurstücke 72/12, 72/13, 72/14 (tlw.), 72/19, 72/20, 73/1 (tlw.), 73/3 (tlw.), Flur 15, Gemarkung Jünkerath. Begrenzt wird das Plangebiet im Norden durch die Straße „Auf dem Wehrt“, im Osten durch das Gelände eines weiteren Lebensmitteldiscounters, südlich grenzt eine Grünfläche an den Änderungsbereich, westlich angrenzend befinden sich ein Teilbereich der Grünfläche und die Bebauung entlang der Glaadter Straße. Die eindeutige Abgrenzung des Plangebiets ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Der Bebauungsplan besteht aus:

- Dem Plan mit den zeichnerischen Festsetzungen und

- Den textlichen Festsetzungen.

Die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt. Sie ist unterteilt in:

- Die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung
- Den Umweltbericht (separates Dokument), PE Becker GmbH (Feb. 2023)

Zusätzlich sind bzw. werden dem Bebauungsplan beigefügt:

- Auswirkungsanalyse (BBE Handelsberatung GmbH, März 2022)
- Artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASVP, PE Becker GmbH, Feb. 2023)
- Antrag auf eine vereinfachte raumordnerische Prüfung gem. § 18 LPlG (Kap. 6 der Begründung)

4. Ausgangssituation: Beschreibung des Planbereichs

4.1 Stadträumliche Einbindung

Der Änderungsbereich liegt in der Ortsgemeinde Jünkerath, Verbandsgemeinde Gerolstein, Landkreis Daun / Vulkaneifel im Norden von Rheinland-Pfalz, nah der Grenze zu Nordrhein-Westfalen.

Nördlich des Gewerbegebiets befindet sich die Kyll mit daran angrenzender Bahnstrecke Euskirchen-Trier. Nordwestlich befindet sich der fußläufig erreichbare Ortsteil Glaadt, östlich ein dicht bebauter Bereich mit dem Rathaus. Westlich, Richtung Niederkyll, endet die Bebauung Jünkeraths.

4.2 Bebauungspläne / Historie

Der Bebauungsplan „Auf dem Wehrt“ wurde in seiner ursprünglichen Fassung 1982 rechtkräftig. Er setzte entlang der Straße „Auf dem Wehrt“ zunächst mehrere Flächen eines Gewerbegebiets fest, woraufhin sich eine entsprechende Bebauung und Nutzungsstruktur entwickelt hat. Im Süden zur B 421 hin und im Westen an der Glaadter Straße setzt der Bebauungsplan einige Flächen als Mischgebiet fest.

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplans wurde Ende 1994 eingestellt. Die 2. und 4. Änderung betreffen das östliche Ende des Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ (Einmündungsbereich der Straße „Auf dem Wehrt“ auf die B 421).

Die 3. Änderung, Rechtskraft 2007, betrifft den Geltungsbereich der vorliegenden 5. Änderung. Hier wurde die Gewerbefläche am westlichen Rand des Bebauungsplans südlich der Straße „Auf dem Wehrt“ in ein Sondergebiet Einzelhandel umgewandelt, um dort weitere Einzelhandelsnutzungen ansiedeln zu können. Auf dieser Änderung baut die vorliegende 5. Änderung auf.

4.3 Derzeitige Bebauung und Nutzung

Im Änderungsbereich befinden sich derzeit Einzelhandelsnutzungen in Form eines Lebensmitteldiscounters, eines Supermarkts, eines Textilfachmarkts und eines Drogeriemarkts. Unmittelbar benachbart – außerhalb des Änderungsbereichs - befindet sich ein weiterer

Lebensmitteldiscounter. Für die vorhandenen Nutzungen sind im Änderungsbereich ausreichend Stellplätze vorhanden.

4.4 Erschließung

In Jünkerath befindet sich der Änderungsbereich im Gewerbegebiet „Auf dem Wehrt“ am westlichen Ortseingang und ist über die gleichnamige Straße verkehrlich erschlossen. Über einen Kreisverkehr an der B 421 (Kölner Straße) ist das Gewerbegebiet auch überörtlich angebunden.

4.5 Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung der vorhandenen Nutzungen ist durch Anschluss an bestehende Systeme sichergestellt. Die Leitungen verlaufen in der Straße „Auf dem Wehrt“; die Entwässerung erfolgt im Trennsystem.

4.6 Natur, Landschaft, Umwelt

Der Änderungsbereich ist durch die bauliche Nutzung der ansässigen Einzelhandelsbetriebe geprägt und überwiegend versiegelt.

Die für die Ansiedlung des Drogeriemarkts vorgesehene Fläche ist eine bislang unbebaut gebliebene Grünfläche mit jungen Einzelbäumen.

4.7 Eigentumsverhältnisse

Die ALDI Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG des im Änderungsbereich ansässigen Lebensmitteldiscounters ist auch Eigentümerin der von der Bebauungsplanänderung betroffenen Fläche, so dass keine eigentumsrechtlichen Sachverhalte zu beachten sind.

4.8 Belange des Denkmalschutzes

Im Plangebiet sind keine Baudenkmäler vorhanden. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind zudem weder Bodendenkmäler noch landschaftskulturell bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche betroffen.

5. Übergeordnete Planungen

5.1 Landesentwicklungsprogramm IV, Einhaltung der Zielvorgaben

Zum Bereich „Öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen (großflächiger Einzelhandel)“ sind dem LEP IV folgende Zielaussagen zu entnehmen:

- Die Errichtung und Erweiterung von Vorhaben des großflächigen Einzelhandels ist nur in zentralen Orten zulässig (**Zentralitätsgebot**). Betriebe mit mehr als 2.000 m² Verkaufsfläche (VFK) kommen nur in Mittel- und Oberzentren in Betracht (Z 57).
- Die Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben mit innenstadtrelevanten Sortimenten ist nur in städtebaulich integrierten Bereichen, das heißt in Innenstädten und Stadt- sowie Stadtteilzentren, zulässig (**städtebauliches Integrationsgebot**). Die städtebaulich integrierten Bereiche (»zentrale Versorgungsbereiche« im

Sinne des BauGB) sind von den zentralen Orten in Abstimmung mit der Regionalplanung verbindlich festzulegen und zu begründen. Diese Regelungen müssen auch eine Liste innenstadtrelevanter und nicht innenstadtrelevanter Sortimente umfassen (Z 58).

- Die Ansiedlung und Erweiterung großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit nicht innenstadtrelevanten Sortimenten ist auch an **Ergänzungsstandorten** der zentralen Orte zulässig. Diese sind ebenfalls von den Gemeinden in Abstimmung mit der Regionalplanung festzulegen und zu begründen. Innenstadtrelevante Sortimente sind als Randsortimente auf eine innenstadtverträgliche Größenordnung zu begrenzen. (Z 59)
- Durch die Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben dürfen weder die Versorgungsfunktion der städtebaulich integrierten Bereiche der Standortgemeinde noch die der Versorgungsbereiche (Nah- und Mittelbereiche) benachbarter zentraler Orte wesentlich beeinträchtigt werden (**Nichtbeeinträchtigungsgebot**). Dabei sind auch die Auswirkungen auf Stadtteile von Ober- und Mittelzentren zu beachten. (Z 60)
- Der Bildung von Agglomerationen nicht großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit innenstadtrelevanten Sortimenten außerhalb der städtebaulich integrierten Bereiche ist durch Verkaufsflächenbegrenzungen in der Bauleitplanung entgegenzuwirken (**Agglomerationsverbot**). Haben sich bereits Agglomerationsbereiche außerhalb der städtebaulich integrierten Bereiche gebildet, so sind diese als Sondergebiete des großflächigen Einzelhandels in der Bauleitplanung auszuweisen und in ihrem Bestand festzuschreiben.

Der geplante Drogeriemarkt -für sich allein betrachtet- ist mit max. 705 m² Verkaufsfläche nicht großflächig und unterliegt somit nicht den Zielvorgaben des Landesentwicklungsprogramms.

Für die Einzelhandelsbetriebe bzw. das Sondergebiet insgesamt ist festzuhalten: Grundsätzlich ist Jünkerath, im Verbund mit Stadtkyll, als Grundzentrum eingestuft und entspricht mit den hier vorhandenen Nutzungen bzw. geplanten Umsiedlung des Drogeriemarktes dem **Zentralitätsgebot.** Das **städtebauliche Integrationsgebot** ist erfüllt, da sich der Änderungsbereich innerhalb des zentralen Versorgungsbereichs (Nahversorgungsbereich „Auf dem Wehrt“) befindet und durch das Einzelhandelskonzept auch eine Sortimentsliste vorliegt. Es handelt sich nicht um einen **Ergänzungsstandort**. Die Einhaltung des **Nichtbeeinträchtigungsgebots** ist durch die den Planunterlagen beigefügte Auswirkungsanalyse (BBE Handelsberatung GmbH, Köln, März 2022) nachgewiesen. Das **Agglomerationsverbot** ist durch die Festsetzung eines Sondergebiets „Gebiet für großflächige Einzelhandelsbetriebe“ mit einer Reglementierung der Verkaufsflächen im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ ebenfalls berücksichtigt worden.

Die Ziele des Landesentwicklungsprogramms IV werden demnach eingehalten.

5.2 Regionaler Raumordnungsplan Trier

Die Fläche des Plangebiets ist im Regionalen Raumordnungsplan (RROP) Region Trier 1985 (mit Teilfortschreibung 1995) als Industrie- und Gewerbegebiet innerhalb des Unterzentrums und Gewerblichen Entwicklungsstandorts Stadtkyll und Jünkerath dargestellt. Überlagert wird dies durch eine großflächige Signatur „Schwerpunktbereich der weiteren Fremdenverkehrsentwicklung“.

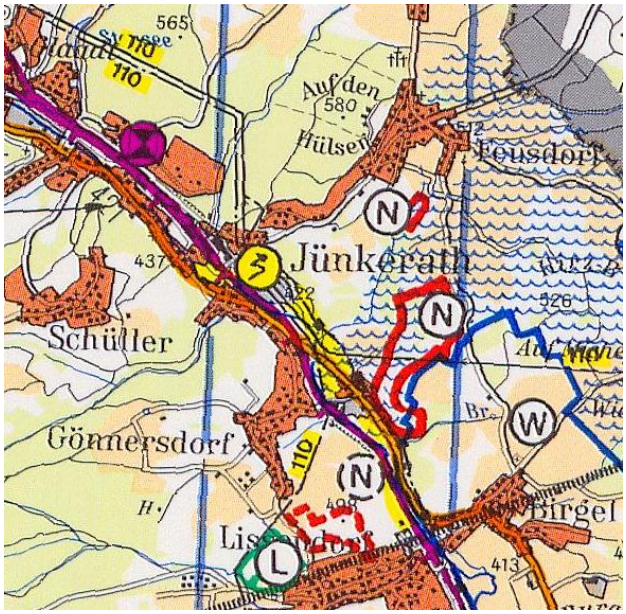


Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Regionalen Raumordnungsplan Trier (1985)

Der Regionale Raumordnungsplan Region Trier befindet sich in Neuaufstellung. Im 2014 öffentlich ausgelegten Entwurf wird der Geltungsbereich weiterhin als Siedlungsfläche Industrie und Gewerbe innerhalb des Grundzentrums Jünkerath dargestellt. Die überlagernde Signatur ist kennzeichnet die Region nun als „Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus“.

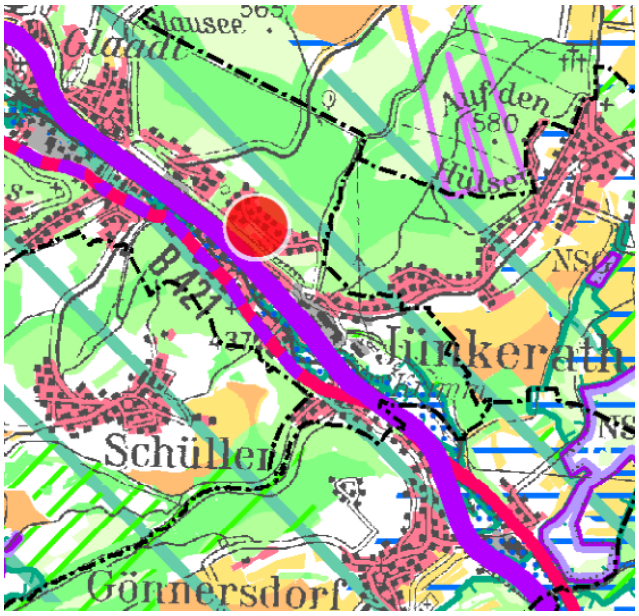


Abbildung 3: Ausschnitt aus dem Regionalen Raumordnungsplan Trier (Entwurf 2014)

5.3 Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan

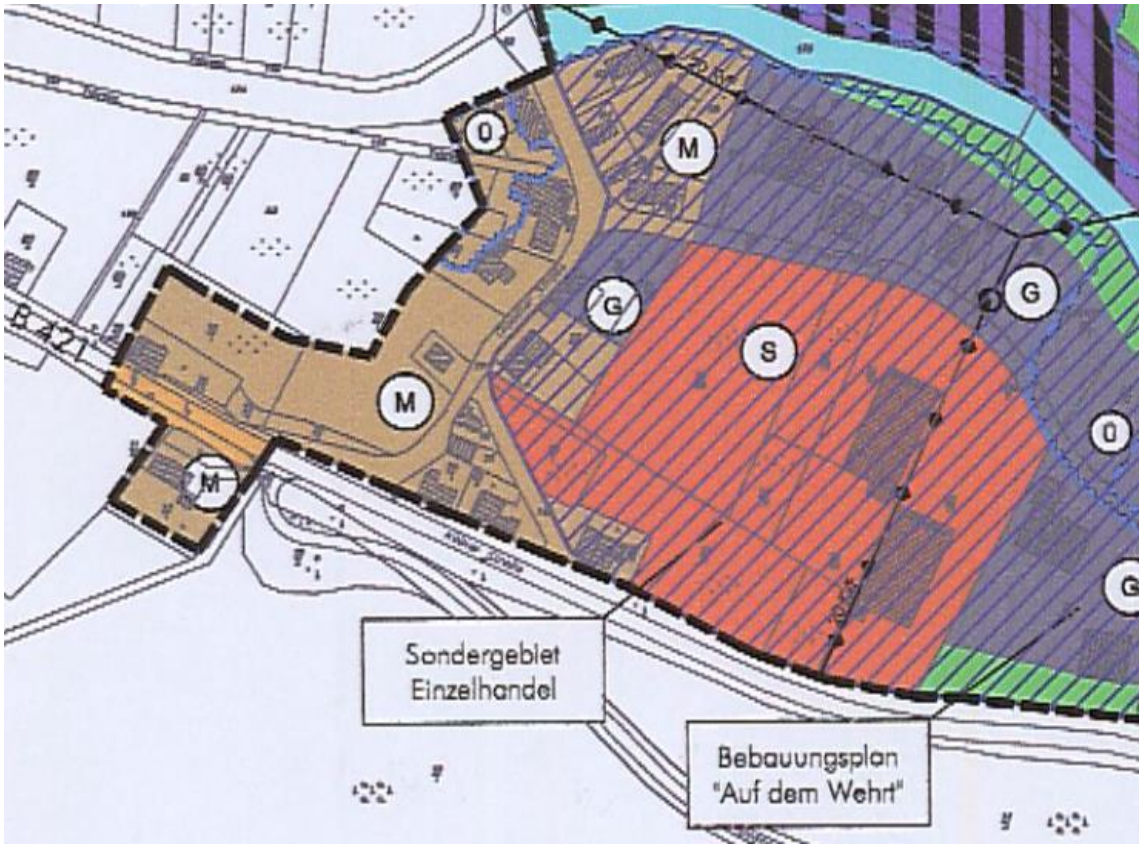


Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Obere Kyll

Die Flächen des Änderungsbereichs sind im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde -seinerzeit noch- Obere Kyll, heute Teil der Verbandsgemeinde Gerolstein, bereits als „Sondergebiet Einzelhandel“ dargestellt. Die zunächst als Einzelfortschreibung vorgesehene Anpassung der Darstellung wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (2006/2007) vorgenommen.

Landschaftsplanerische Vorgaben sind im Änderungsbereich und dessen unmittelbarer Umgebung nicht dargestellt. Auch das Überschwemmungsgebiet der Kyll berührt den Änderungsbereich nicht.

5.4 Sonstige städtebaulichen Planungen / Konzepte der Gemeinde

Für die Verbandsgemeinde Obere Kyll (mittlerweile Teil der Verbandsgemeinde Gerolstein) gibt es ein vom Verbandsgemeinderat beschlossenes „Einzelhandels- und Zentrenkonzept“ (08.11.2018).

Darin wird Jünkerath, gemeinsam mit Stadtkyll, die Funktion eines Grundzentrums zugesprochen, welches die Versorgung der Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden ermöglicht. Dabei wird der Zentrale Versorgungsbereich in Jünkerath dreigeteilt. Das Hauptzentrum wird entlang der Kölner Straße (B 421) definiert, ein Nebenzentrum befindet sich an der Bahnhofstraße. „Auf dem Wehrt“ ist als Nahversorgungsbereich definiert, wo sich aus ursprünglich rein gewerblichen Flächen ein Sondergebiet Einzelhandel entwickelt hat.

5.5 Fachplanungen



Abbildung 5: Lageplan des Vorhabens zur Verlagerung des Drogeriemarktes

Zur 5. Änderung des Bebauungsplans liegt bereits eine konkrete Vorhabensplanung (Bauvoranfrage vom Dezember 2021) vor, die bis zum Abschluss des Bauleitplanverfahrens ruhend gestellt wurde. Darin wird ein Drogeriemarkt mit 690 m² Verkaufsfläche und 900 m² Nutzungsfläche auf den Flurstücken 72/14 und 72/19 vorgesehen.

Zum Vorhaben wurde bereits eine Auswirkungsanalyse (BBE Handelsberatung GmbH, Köln, März 2022) erarbeitet, die zu dem Ergebnis kommt, „dass infolge der in der Gemeinde Jünkerath geplanten Ansiedlung eines Drogeriemarktes keine städtebaulich oder raumordnerisch relevanten beeinträchtigenden Auswirkungen zu erwarten sind“.

6. Erläuterung für die Durchführung einer vereinfachten raumordnerischen Prüfung gem. § 16 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 18 Landesplanungsgesetz zur Umsiedlung eines Drogeriemarkts im Bereich der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“

6.1 Antragsunterlagen

Die für die vereinfachte raumordnerische Prüfung vorgelegten Unterlagen bestehen aus:

- Detailplan für das Vorhaben
- Auswirkungsanalyse (BBE Handelsberatung GmbH, März 2022)
- Einzelhandels- und Zentrenkonzept Verbandsgemeinde Obere Kyll (bdS Kommunalberatung, 08.11.2018)
- Vorentwurf des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, 5. Änderung, bestehend aus:

- Planzeichnung mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen
- Begründung (inkl. Erläuterung für die Durchführung einer vereinfachten raumordnerischen Prüfung)
- Umweltbericht inkl. Fachbeitrag Naturschutz
- Artenschutzrechtlicher Vorprüfung (ASVP)

6.2 Erläuterung zur vereinfachten raumordnerischen Prüfung

Die Entwicklung von großflächigem Einzelhandel bedarf gem. § 16 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 18 Landesplanungsgesetz eines Raumordnungsverfahrens. Allerdings ist die Durchführung eines formellen Raumordnungsverfahrens auf Grund der geplanten Geschossfläche von unter 6.000 m² nicht erforderlich. Da insbesondere großflächige Einzelhandelsbetriebe in der Regel raumbedeutsam sind, ist die Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen und Grundsätzen von Landesplanung und Raumordnung zu prüfen. Auf Grund der gut einschätzbaren Gesamtsituation kann dies, in Abstimmung mit der Unteren Landesplanungsbehörde, als vereinfachte raumordnerische Prüfung (vrP) gemäß § 18 Landesplanungsgesetz (LPIG) durchgeführt werden. Auf ein formelles Raumordnungsverfahren wird im vorliegenden Fall verzichtet. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung soll – integriert in die Beteiligung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens- durchgeführt werden.

6.3 Da sich die Inhalte einer vereinfachten raumordnerischen Prüfung im Wesentlichen mit denen der Begründung zur Bebauungsplanänderung decken, wird auf ein separates Dokument zur vereinfachten raumordnerischen Prüfung verzichtet. Für Erläuterungen sind die entsprechenden Kapitel der Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, ggf. ergänzend die umweltplanerischen Fachbeiträge, heran zu ziehen.Alternativenprüfung

Räumliche Alternativen sind vorliegend nicht zu prüfen, da das Vorhaben aufgrund seiner Einzelhandelseigenschaft und der Flächenverfügbarkeit an den Standort gebunden ist. Eine Nichtdurchführung der Planung würde den Drogerie-Standort in Jünkerath gefährden, da im Bestand keine moderne wettbewerbsfähige Drogerie-Filiale realisierbar ist.

Eine Verlagerung des Vorhabens an andere Stelle ist aufgrund der landes- und regionalplanerischen Vorgaben nicht ohne weiteres möglich. Eine ausreichend große und planungsrechtlich geeignete Fläche steht an anderer Stelle derzeit nicht zur Verfügung.

6.4 Fazit

Zwecks Erweiterung der Verkaufsfläche des bereits ansässigen Drogeriemarktes soll auf angrenzenden Flächen im Eigentum des benachbarten Lebensmitteldiscounters ein Neubau errichtet werden, so dass die Drogerie-Filiale dorthin umziehen kann. Die Standortwahl ergibt sich aus planungsrechtlichen Vorgaben, konkret der Lage innerhalb des Sondergebiets „Gebiet für großflächige Einzelhandelsbetriebe“ innerhalb des zentralen Versorgungsbereichs von Jünkerath.

Die hierzu im Vorfeld erstellte Auswirkungsanalyse stellt abschließend fest, „dass infolge der in der Gemeinde Jünkerath geplanten Ansiedlung eines Drogeriemarktes keine städtebaulich oder raumordnerisch relevanten beeinträchtigenden Auswirkungen zu erwarten sind.“

Es sind keine zu berücksichtigenden erheblichen und dauerhaften Beeinträchtigungen der Schutzgüter durch das Projekt zu erkennen, da an den planungsrechtlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans keine Änderungen vorgenommen werden, die sich auf Schutzgüter auswirken könnten.

Lediglich durch die nachfolgende Umsetzung des Bauvorhabens auf der bisher unbebauten Fläche könnten Belange des Artenschutzes durch Entfernung der Vegetation betroffen sein, was durch geeignete Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen wird.

Durch die vorgesehene Änderung ergibt sich keine Zunahme der Versiegelung; Eingriffe in Natur und Landschaft sind daher nicht zu erwarten. Aufgrund der ausschließlich textlichen Änderung des Bebauungsplans und der Lage des Änderungsbereichs innerhalb der bestehenden Bebauung ist eine Beeinträchtigung von Schutzgebieten nicht zu erwarten. Es kann für alle im Wirkraum des Projektes relevanten besonders geschützten Arten das Auftreten von projektbedingten Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausgeschlossen werden, da sich das Projektgebiet für diese nicht als Habitat eignet. Da eine geringe Grundwasserneubildungsrate vorliegt, ist hinsichtlich dieser Funktion von einer relativ geringen Empfindlichkeit gegenüber Versiegelung auszugehen.

Für die 3. Änderung des Bebauungsplans (2006/2007) wurde von der Kreisverwaltung Daun mit Datum vom 12.06.2006 eine landesplanerische Stellungnahme nach § 20 Landesplanungsgesetz (LPlG) abgegeben. Darin wurde das Benehmen gem. § 20 Landesplanungsgesetz erteilt und die Einhaltung der landesplanerischen Vorgaben bestätigt. Im Rahmen der vorliegenden Bebauungsplanänderung bleiben die Rahmenbedingungen im Wesentlichen unverändert, lediglich die Verkaufsflächenobergrenze für den discountorientierten Drogeriemarkt wird angehoben.

7. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB); Örtliche Bauvorschriften / bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Die Planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden durch die 5. Änderung des Bebauungsplans lediglich in einem Punkt modifiziert. Unter Festsetzung 1.1 Art der baulichen Nutzung wurde im Rahmen der 3. Änderung formuliert:

„Allgemein zulässig sind:

[…]

Ein discountorientierter Drogeriemarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 450 m².“

Das geplante Vorhaben, die Verlagerung des Drogeriemarkts in den zu errichtenden Neubau, geht mit einer Erweiterung der Verkaufsfläche einher, so dass diese Festsetzung anzupassen ist und zukünftig ein Drogeriemarkt mit einer Verkaufsfläche von max. 705 m² zulässig ist.

Die sonstigen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen der 3. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, inkl. der örtlichen Bauvorschriften, gelten somit unverändert weiter. Der geplante Gebäudestandort befindet sich innerhalb der bereits durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche im Sondergebiet Einzelhandel.

8. Auswirkungen der Planung

8.1 Einzelhandelsstruktur

Durch die Änderung des Bebauungsplans wird die Verlagerung des Standortes des Drogeriemarktes ermöglicht. Dieser kann damit seine Verkaufsfläche auf bis zu 705 m² ausdehnen. Laut Auswirkungsanalyse der BBE Handelsberatung GmbH vom März 2022 sind dadurch keine städtebaulich oder raumordnerisch relevanten Beeinträchtigungen zu erwarten.

Für den bisherigen Drogeriestandort mit ca. 450 m² Verkaufsfläche muss, nach dessen Verlagerung in den geplanten Neubau, eine Folgenutzung gefunden werden. Diese darf keine nahversorgungs- und zentrenrelevanten Kernsortimente (gem. Jünkerather-Stadtkyller-Lissendorfer-Liste) umfassen. Für den Standort „Auf dem Wehrt“ gilt lt. Einzelhandels- und Zentrenkonzept Verbandsgemeinde Obere Kyll (2018) ohnehin, dass sowohl im Sondergebiet als auch im Gewerbegebiet keine zusätzlichen Anbieter mit zentrenrelevantem Kernsortiment zulässig sind.

8.2 Verkehrstechnische Erschließung, Ver- und Entsorgung, Trinkwasser, Löschwasser, Entwässerung, Niederschlagswasserbeseitigung

Das Plangebiet ist durch bestehende Zufahrten von der Straße „Auf dem Wehrt“ aus erschlossen. Die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz ist über die Kölner Straße (B 421) gegeben.

Eine signifikante Zunahme der Verkehrsbewegungen aufgrund der 5. Änderung des Bebauungsplans und der darauf folgenden Verlagerung des Drogeriemarktes sind nicht zu erwarten, da der Drogeriemarkt bereits am Standort vorhanden ist und durch die kleinräumige Verlagerung lediglich eine Verkaufsflächenerweiterung erfährt.

Die Versorgung des Plangebietes mit Strom, Gas und fernmeldetechnischen Einrichtungen kann durch die örtlichen Versorgungsträger erfolgen, sofern das jeweilige Leitungsnetz entsprechend angepasst bzw. ergänzt wird.

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser und Löschwasser kann durch den örtlichen Versorgungsträger erfolgen. Eine entsprechende Anpassung des Leitungsnetzes ist ggf. erforderlich.

Gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegen stehen.

Das Schmutz- und Niederschlagswasser kann über das bestehende Trennsystem abgeführt werden. Entsprechendes wurde durch die Verbandsgemeindewerke bereits in Aussicht gestellt. Die erforderlichen Anträge sind im Zuge der konkreten Vorhabensplanung einzureichen. Auf die bestehende Anschlusssituation, dass Teilflächen der Flurstücke des geplanten Drogeriestandorts bereits am Trennsystem angeschlossen sind, wurde hingewiesen. Sofern ein Verkauf des Hinterliegergrundstücks geplant ist, ist ein Leitungsrecht einzutragen.

8.3 Immissionsschutz, Zonierung

Im Rahmen der städtebaulichen Abwägung ist die Sicherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse nach §1 Abs. 6 BauGB geboten, für die die Belange des Immissionsschutzes eine zentrale Bewertungsgrundlage darstellen.

Die immissionsschutzrechtliche Situation bleibt im Änderungsbereich unverändert. Im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ wurde auch eine Schalltechnische Untersuchung (ISU, Bitburg, Sept. 2006) vorgelegt, woraus sich die Auflage zur Errichtung einer Lärmschutzwand an der südwestlichen Grenze des Sondergebiets ergibt. Diese bleibt im vorliegenden Verfahren unverändert bestehen.

8.4 Umweltbelange, Vermeidung und Ausgleich

Nach § 1, Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Sie sollen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Tiere, der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Luft und des Klimas, das Wirkungsgefüge zwischen Ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt berücksichtigen. Alle berührten Umweltbelange sind auf bauleitplanerischer Ebene (zuerst im FNP, anschl. im BPlan, im sog. „Abschichtungsprinzip“) in einem „Umweltbericht (UB)“ (nach § 2 Abs. 4 u. § 2a BauGB) zu erfassen, zu bewerten und – als gesonderter Teil der Begründung - in die Abwägung einzustellen. Sofern durch das Bauleitplanverfahren Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild gemäß § 1a BauGB in Verbindung mit § 14 BNatSchG ausgelöst werden sollten, werden diese gemäß § 18 BNatSchG bis zur Offenlage des Bebauungsplanes geregelt.

Demgemäß wird für das Bebauungsplanverfahren gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt. Die Darstellung der ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes sowie die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen erfolgt bis zur Entwurfsfassung im Umweltbericht (mit integriertem Landschaftspflegerischem Fachbeitrag) (PE Becker GmbH, ____ 2023) als separatem Teil der Begründung.

Nach europäischem Recht müssen bei jeglichen Eingriffsplanungen alle streng und auf europäischer Ebene besonders geschützten Arten berücksichtigt werden. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplan) müssen auch die artenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG, welche bei der Umsetzung des Bebauungsplans entstehen, im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Vorprüfung (ASVP) abgeprüft werden. Die Auswirkungen und mögliche Konflikte der Planung in Bezug auf planungsrelevante Arten im Sinne der Definition des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) des Landes Nordrhein-Westfalen sind zu untersuchen. Ein entsprechender Fachbeitrag wird erarbeitet und den Planunterlagen beigefügt.

8.4.1 Natur, Landschaft und Umwelt

Die im rechtsgültigen Bebauungsplan festgesetzten eingriffsrelevanten planungsrechtlichen Ausweisungen werden unverändert beibehalten. Mit der Änderung sind daher keine zusätzlichen Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden.

8.4.2 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Die im rechtsgültigen Bebauungsplan festgesetzten eingriffsrelevanten planungsrechtlichen Ausweisungen werden unverändert beibehalten. Mit der Änderung sind daher keine zusätzlichen Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden.

Lediglich aus der Artenschutzvorprüfung resultiert eine Vermeidungsmaßnahme zum Artenschutz aufgrund der im Zuge der späteren Baumaßnahme erforderlichen Gehölzentfernung.

8.4.3 Kompensationsmaßnahmen

Die im rechtsgültigen Bebauungsplan festgesetzten eingriffsrelevanten planungsrechtlichen Ausweisungen werden unverändert beibehalten. Mit der Änderung sind daher keine zusätzlichen Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden, es entsteht somit kein Kompensationsbedarf im Rahmen der vorliegenden Bebauungsplanänderung.

8.5 Flächenbilanz

Der rd. 17.130 m² große Änderungsbereich ist (und bleibt) zu 100 % als Sondergebiet „Gebiet für großflächige Einzelhandelsbetriebe“ festgesetzt.

8.6 Belange des Hochwasserschutzes, Bodenschutzes und Klimaschutzes

Die Anhebung der Verkaufsflächenobergrenze hat keine Auswirkungen auf Belange des Hochwasser-, Boden- und Klimaschutzes.

8.7 Bodenordnung, Kosten

Die von der Änderung betroffenen Flurstücke sind bereits erschlossen und befinden sich im Eigentum des Antragstellers, so dass hier keine Kosten entstehen. Bodenordnende Maßnahmen in Form von Grenzregelungen sind im Verfahren nicht erforderlich. Ergänzende Regelungen, z.B. im Zuge des Verkaufs der Teilfläche für den Drogeriemarkt, können unabhängig von diesem Verfahren erfolgen.

Kosten für Erschließungsaufwendungen werden auf die begünstigten Grundstückseigentümer / Vorhabenträger des Bebauungsplangebietes umgelegt. Für die ggf. erforderlichen zusätzlichen Anschlüsse an die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wer-den Beiträge / Abgaben erhoben.

Ergänzende Regelung von Details zwischen Gemeinde und Vorhabenträger kann auf vertraglichem Wege erfolgen.

9. Kennzeichnungen und Hinweise

Zu diesem Bebauungsplan gehören auch weiterhin die unter „3 Anhang zu den Textlichen Festsetzungen“ aufgeführten Hinweise (Ziffer 3.1) sowie eine Pflanzliste (Ziffer 3.2).

Weitere nicht unmittelbar im BPlan-Verfahren zu lösende Sachverhalte, wie z.B. Immissionsschutz- und Brandschutzauflagen, Feuerwehr- und Rettungspläne, gestalterische Regelungen, Beachtung (oder Umverlegung) vorhandener Leitungen, wasserrechtliche Regelungen zur Abwasser- und Niederschlagswasserentsorgung, Absicherung und Durchführung von

Artenschutz- und Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets, etc. sind bei den noch nachfolgenden Bauausführungsplanungen bzw. im Genehmigungsverfahren zu regeln.

ORTSGEMEINDE JÜNKERATH

5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“

Gemarkung:	Jünkerath
Verbandsgemeinde:	Gerolstein
Kreis:	Landkreis Vulkaneifel
SGD:	Nord
Land:	Rheinland-Pfalz

- **Umweltbericht (UB) mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz (FBN)**

Stand: Januar 2023 Vorentwurf

Bearbeitung durch:
Jennifer Conzen M. A.

PE Becker GmbH
Kölner Str. 23-25
D-53925 Kall

PE BECKER GmbH
PLANUNG + ENTWICKLUNG
Zukunft ist planbar!

info@pe-becker.de • www.pe-becker.de
Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis **3**

1 Einleitung **4**

2 Grundlegende Informationen zur Planung **4**

2.1 Anlass der Planung *5*

3 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen, Fachplänen und sonstigen Regelwerken **5**

3.1 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen *5*
3.1.1 Fläche, Boden 6
3.1.2 Wasser 6
3.1.3 Klima und Luft 7
3.1.4 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt 8
3.1.5 Orts- und Landschaftsbild/Erholung 9
3.1.6 Mensch, Gesundheit 9
3.1.7 Kultur- und Sachgüter 11

3.2 Ziele des Umweltschutzes in Fachplänen *11*

4 Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes **12**

4.1 Geologie, Fläche und Boden *12*

4.2 Flächenverbrauch bzw. Flächenneuinanspruchnahme *14*

4.3 Wasser *14*

4.4 Klima und Luft *15*

4.5 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt *15*

4.6 Natura 2000-Gebiete *18*

4.7 Orts- und Landschaftsbild/Erholung *18*

4.8 Mensch, einschl. der menschlichen Gesundheit und der Bevölkerung insgesamt *19*

4.9 Kultur- und Sachgüter *19*

4.10 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern (incl. NATURA 2000-Gebiete) *19*

5 Auswirkungsprognose bei Durchführung der Planung **20**

5.1 Fläche, Boden *20*

5.2 Flächeninanspruchnahme *20*

5.3 Wasser *20*

5.4 Klima und Luft *20*

5.5 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt *20*

5.6 Natura 2000-Gebiete *20*

5.7 Orts- und Landschaftsbild/Erholung *21*

5.8 Mensch, einschl. der menschlichen Gesundheit und der Bevölkerung insgesamt *21*

5.9 Kultur- und Sachgüter *21*

5.10 Auswirkungen durch Störfallbetriebe *21*

6 Alternative Planung **21**

7 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung **22**

8 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen 22

8.1 Schutzgutübergreifende Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung 22

8.2 Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen (inkl. Nutzung regenerativer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie), sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwasser 22

8.3 Maßnahmen zum sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden gemäß § 1a (2) BauGB 23

8.4 Maßnahmen zum Klimaschutz gemäß § 1a (5) BauGB 24

8.5 Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung 24

8.6 Kompensationsmaßnahmen 24

9 Zusätzliche Angaben 25

9.1 Methodik, Merkmale und technische Verfahren der Umweltprüfung 25

9.2 Probleme bei der Erstellung des Umweltberichtes 25

9.3 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Planung (Monitoring) 25

10 Zusammenfassung 25

11 Referenzen 27

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Übersichtskarte zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ 4
Abbildung 2: Ausschnitt Regionaler Raumordnungsplan Region Trier, Entwurf Januar 2014 11
Abbildung 3: Ausschnitt Flächennutzungsplanung Verbandsgemeinde Obere Kyll (heute VG Gerolstein) 12
Abbildung 4: Bodenformengesellschaften 13
Abbildung 5: Gewässer im Bereich des Plangebiets 14

Tabelle 1: Vogelarten mit Angabe zum Status im Untersuchungsraum und Gefährdung gemäß Roter Liste Rheinland-Pfalz 17

1 Einleitung

Für Bauleitplanverfahren ist für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Absatz 6 Nummer 7 und § 1a BauGB grundsätzlich eine Umweltprüfung gem. Anlage 1 zum BauGB durchzuführen (§ 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB). Im Rahmen der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ ist somit ebenfalls eine Umweltprüfung durchzuführen. In dieser Prüfung sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen der Baumaßnahme nach § 2a Abs. 4 BauGB zu ermitteln und zu bewerten. Dazu zählt neben den Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds auch die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im vorliegenden Umweltbericht gemäß Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 und §§ 2a und 4c BauGB dargestellt. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan. Grundlage der Beurteilung der Umweltauswirkungen sind die Begründung, die textliche Festsetzung und die zeichnerische Darstellung zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ der Gemeinde Jünkerath (PE Becker GmbH 2023 a-c). Integriert wurde der Fachbeitrag Naturschutz einschließlich der Eingriffsbilanzierung.

Den Planunterlagen ist eine artenschutzrechtliche Prüfung der Stufe 1 (ASVP) beigefügt. Durch diese Prüfung wurde gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB die Vereinbarkeit der Bauleitplanung mit den Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes zum Artenschutz sichergestellt.

2 Grundlegende Informationen zur Planung

Ziel der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ ist die Erweiterung der maximal zulässigen Verkaufsfläche der bereits ansässigen Drogerie-Filiale. Diese soll durch Umsiedlung in einen Neubau auf einer bisher unbebauten Fläche innerhalb der Baugrenzen des bestehenden Sondergebiets für den Einzelhandel vergrößert werden. Der Änderungsbereich wird in Abbildung 1 dargestellt. Für weitere Informationen wird auf die Planzeichnung und die dazugehörige Begründung zur Bebauungsplanänderung verwiesen (PE Becker GmbH, 2023).

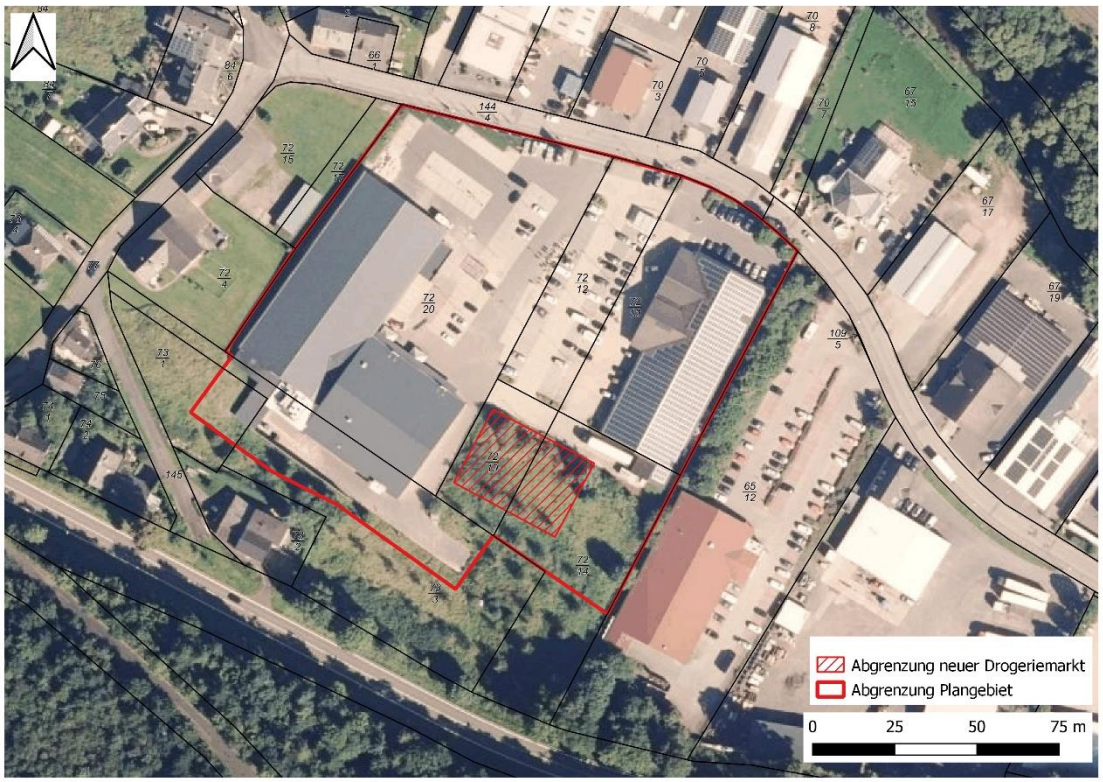


Abbildung 1: Übersichtskarte zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“

2.1 Anlass der Planung

Der ortsansässige Drogeriemarkt möchte sich vergrößern und hierzu innerhalb des Änderungsbereichs des Bebauungsplans seinen Standort verlagern, um den Anforderungen an eine moderne Marktgestaltung gerecht werden zu können. Ziel des Planverfahrens ist für die geplante Umsiedlung und der damit verbundenen Erweiterung der Verkaufsfläche die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, indem die maximal zulässige Verkaufsfläche eines discountorientierten Drogeriemarkts von ca. 450 m² auf max. 705 m² angehoben wird.

3 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen, Fachplänen und sonstigen Regelwerken

Mit der Änderung des BauGB vom 20.07.2004 wurden die europarechtlichen Vorgaben zur Umweltprüfung im Bereich der Bauleitplanung umgesetzt. Grundlage für die Erstellung des Umweltberichts bildet dabei § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB, in dem die Vorgaben zu den Belangen des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen sind, dargestellt werden.

Das Erfordernis zur Aufstellung eines Fachbeitrags Naturschutz (FBN) ergibt sich aus dem BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) und dem § 1a (3) des BauGB (Baugesetzbuch). Dieses besagt, dass ein Planungsträger bei Eingriffen, die auf Grund eines nach öffentlichem Recht vorgesehenen Fachplans vorgenommen werden sollen, einen Fachbeitrag Naturschutz zu erstellen hat. Der FBN hat gemäß den gesetzlichen Anforderungen zum Ziel, vermeidbare Beeinträchtigungen zu identifizieren und deren Unterlassung sicherzustellen. Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft müssen begründet sein und sind zu minimieren und auszugleichen bzw. ist durch geeignete landschaftspflegerische Maßnahmen Ersatz zu schaffen. Hierbei sind die im BNatSchG festgelegten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 BNatSchG) sowie die Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele (§ 2 BNatSchG) und deren Grundsätze zu beachten.

Konkrete Vorgehensweisen bei unvermeidbaren Eingriffen in Natur und Landschaft werden in den §§ 15 bis 17 BNatSchG erläutert. Das BNatSchG regelt mit § 17 Abs. 4, Satz 1, dass von dem Verursacher eines Eingriffes zur Vorbereitung der Entscheidungen und Maßnahmen zur Durchführung des § 15 BNatSchG in einem nach Art und Umfang des Eingriffs angemessenen Umfang die für die Beurteilung des Eingriffes erforderlichen Angaben zu machen sind - insbesondere über:

- Ort, Art, Umfang und zeitlichen Ablauf des Eingriffs sowie
- die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und zum Ersatz der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft einschließlich Angaben zur tatsächlichen und rechtlichen Verfügbarkeit der für den Ausgleich und Ersatz benötigten Flächen.

Darüber hinaus soll der FBN nach § 17 Abs. 4 BNatSchG auch Angaben zu den zur Sicherung des Zusammenhanges des Schutzgebietssystems „NATURA 2000“ notwendigen Maßnahmen und den vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen nach diesem Gesetz enthalten, sofern diese Vorschriften für das Vorhaben von Belang sind.

3.1 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen

Innerhalb der für die Bauleitplanung relevanten Fachgesetze werden allgemeine Grundsätze und Ziele formuliert, die in der Umweltprüfung herausgestellt werden sollen. Im Folgenden werden die wichtigsten Zielaussagen dieser Gesetze vorgestellt. Grundsätzlich sieht das BauGB in § 1 Abs. 6

Nr. 7 für die Aufstellung von Bauleitplänen vor, die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

3.1.1 Fläche, Boden

Ziel des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) ist es, die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern und wiederherzustellen. Gemäß § 1 BBodSchG sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren sowie Beeinträchtigungen des Bodens in seinen natürlichen Funktionen und seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich zu vermeiden. Die Bodenschutzklausel des BauGB (§ 1a Abs. 2) gibt zudem vor, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Landwirtschaftliche, als Wald oder zu Wohnzwecken genutzte Flächen sollten nur im notwendigen Umfang genutzt werden.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Fläche, Boden	Bundesbodenschutzgesetz	Ziele des BBodSchG sind • Der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als o Lebensgrundlage und –raum für Menschen, Tiere und Pflanzen o Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen o Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz) o Archiv für Natur- und Kulturgeschichte o Standorte für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen • Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen • Die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten durch Gewässerverunreinigungen
	Baugesetzbuch	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden. Außerdem dürfen landwirtschaftliche, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen nur im notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen des Weiteren durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastete Böden.

3.1.2 Wasser

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gilt nach § 2 WHG für oberirdische Gewässer, Küstengewässer sowie das Grundwasser. Es sollen diese Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt werden. Die Gewässerbewirtschaftung soll aus diesem Grund nachhaltig geschehen.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Wasser	Wasserhaushaltsgesetz	Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktion.

3.1.3 Klima und Luft

Hinsichtlich der Schutzgüter Klima und Luft gelten die Ziele des BImSchG, die in § 1 Abs. 1 geregelt sind. Demnach ist der Zweck des BImSchG Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen. Des Weiteren sollen laut § 1 Abs. 2 BImSchG schädliche Umwelteinwirkungen durch Emissionen in Luft, Wasser und Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft vermieden und vermindert werden.

Ebenfalls relevant für die Schutzgüter Klima und Luft sind die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum BImSchG. Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen solche. Das BauGB regelt in § 1a Abs. 5, dass den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden soll.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Klima	Bundesimmissions-schutzgesetz	Das Immissionsschutzrecht gibt den Schutz vor Gefahren, erheblichen Beeinträchtigungen und erheblichen Belästigungen vor. Zugleich eröffnet es Möglichkeiten auf den vorbeugenden Immissionsschutz. Das Immissionsschutzrecht wirkt nicht mit verbindlichen Vorgaben unmittelbar auf die Bauleitplanung. Seine rechtlichen Grundlagen greifen auf der Ebene der Anlagenzulassung. Allerdings muss dem Immissionsschutzrecht insoweit Rechnung getragen werden, dass der Bauleitplan vollzugsfähig ist, von daher gilt: Die Einhaltung bindender Werte bei der Planumsetzung muss gewährleistet sein. Der Plan wäre unwirksam, wenn seine Umsetzung an immissionsschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde.
	incl. Verordnungen	Nicht bindende Orientierungswerte können im Einzelnen überschritten werden. Bei Einhaltung der Grenz- und Richtwerte sind Interessen der Emittenten und der Immissionsbetroffenen gegeneinander abzuwägen. Im Interesse des vorbeugenden Emissionsschutzes kann den Emittenten die Ausnutzung von Grenz- und Richtwerten verwehrt werden.
	22.BImSChV	Grenzwerte, Toleranzmargen und Alarmschwellen für bestimmte Luftschadstoffe, Vorgaben für Bestandsaufnahmen und Gebietseinstufungen, bei der Bauleitplanung Berücksichtigung der Vorgaben als abwägungsbeachtlicher Belang im Umweltbericht.
	23.BImSchV	Kfz-bedingte Schadstoffe wurde mit der 33. BImSchV aufgehoben bietet jedoch „Faustformeln“ für die Abschätzung der Belastung.
	33.BImSchV	Programm zur Vermeidung von Ozonkonzentrationen und zur Einhaltung von Emissionshöchstgrenzen (Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, flüchtigen organischen Verbindungen und Ammoniak) ist von der Bundesregierung aufzustellen, dieses Programm kann ggf. abwägungsrelevanter Belang sein.

	TA Luft	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt.
	BauGB	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.
	BauGB	Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

3.1.4 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die Ziele für die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und ihre biologische Vielfalt sind im BNatSchG geregelt. Demnach sind Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind (§ 1 Abs. 1 BNatSchG).

Seit der Novellierung des BNatSchG 2007 und 2009 müssen die Artenschutzbelange bei allen Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Bundesnaturschutzgesetz	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass: - die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, - die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, - die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Berücksichtigung aller naturschutzrechtlich relevanten Schutzgebietskategorien.
	BauGB	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere u. a. die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, und das Wirkungsgefüge zwischen Ihnen sowie die Landschaft, die biologische Vielfalt und ferner die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1(7) Nr.7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) zu berücksichtigen. Eingriffsregelung gem. BauGB, Abwägende Prüfung von

		Maßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich erheblicher Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft. Festsetzungen zum Naturschutz.
NATURA 2000	§§ 44 ff BNatSchG	Es ergibt sich die Notwendigkeit der Durchführung einer Artenschutzprüfung bei allen Bauleitplanverfahren.
	Vogelschutzrichtlinie (V-RL)	Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume. Alle Vogelarten des Anhangs I der V-RL, alle regelmäßig auftretenden Zugvogelarten, Sicherstellung von Überleben und Vermehrung im Verbreitungsgebiet auch Mauser und Überwinterungsgebiete von Zugvogelarten im Wanderungsgebiet, Gebiet muss nach ornithologischen Kriterien zu den für die Erhaltung der Arten zahlen und flächenmäßig geeigneten Gebieten gehören, Pflicht der Mitgliedsstaaten zur Ausweisung entsprechender Schutzgebiete bei Erfüllung der Voraussetzung Art. 4 (1,2) der VRL.
	FFH RL	Sicherung der Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen Natürliche Lebensraumtypen, Habitate der Arten, prioritäre Lebensraumtypen und Arten je nach Anhang der FFH - RL, Meldung der Gebiete durch Mitgliedsstaaten, Erstellung einer Liste der EU-Kommission (1998), Ausweisung besonderer Schutzgebiete durch die Mitgliedsstaaten binnen 6 Jahren, Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG wäre auf der bauleitplanerischen Ebene abzuarbeiten (u.a. Prüfung von Alternativlösungen, zwingende Gründe öffentlichen Interesses, die überwiegen).

3.1.5 Orts- und Landschaftsbild/Erholung

Gemäß § 1 Abs. 4 und 6 des BNatSchG soll die Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft gepflegt, entwickelt und gegebenenfalls wiederhergestellt werden.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz	Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.
	BauGB	Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.

3.1.6 Mensch, Gesundheit

Für den Menschen als Schutzgut sind die Vorgaben des BauGB § 1 Abs. 6 relevant, welche die Vermeidung von Emissionen und damit gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung sicherstellen. Ebenfalls zur Anwendung kommen das BImSchG,

die Technische Anleitung Lärm und Technische Anleitung Luft, die den Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche und Luftverunreinigungen festsetzen.

Schutzgut	Quelle	Mensch
Mensch, Gesundheit	Baugesetzbuch	Allgemeine Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen. Weitere Belange nach §1 BauGB Festsetzungsmöglichkeiten zum Immissionsschutz gem. § 9
	BauNVO	Nutzungsbezogene Gliederung, eigenschaftsbezogene Gliederung von Baugebieten.
	Bundesimmissionsschutzgesetz incl. Verordnungen	Das Immissionsschutzrecht gibt den Schutz vor Gefahren, erheblichen Beeinträchtigungen und erheblichen Belästigungen vor. Zugleich eröffnet es Möglichkeiten auf den vorbeugenden Immissionsschutz. Das Immissionsschutzrecht wirkt nicht mit verbindlichen Vorgaben unmittelbar auf die Bauleitplanung. Seine rechtlichen Grundlagen greifen auf der Ebene der Anlagenzulassung. Allerdings muss dem Immissionsschutzrecht insoweit Rechnung getragen werden, dass der Bauleitplan vollzugsfähig ist, von daher gilt: Die Einhaltung bindender Werte bei der Planumsetzung muss gewährleistet sein. Der Plan wäre unwirksam, wenn seine Umsetzung an immissionsschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde. Nicht bindende Orientierungswerte können im Einzelnen überschritten werden. Bei Einhaltung der Grenz- und Richtwerte sind Interessen der Emittenten und der Immissionsbetroffenen gegeneinander abzuwägen. Im Interesse des vorbeugenden. Emissionsschutzes kann den Emittenten die Ausnutzung von Grenz- und Richtwerten verwehrt werden.
	Insbesondere 16.BImSchV	Bindende Grenzwerte bei Errichtung oder wesentlicher Änderung von Straßen und Schienenwegen, bindend auch für die Bauleitplanung (Lärm).
	18.BImSchV	Richtwerte für Sportanlagen, Prüfung der Verträglichkeit geplanter Sportanlagen (Lärm).
	§ 50 BImSchG	Räumliche Trennung von Gebieten mit emissionsträchtiger Nutzung und immissionsempfindlicher Nutzung als Abwägungsdirektive (kein Etikettenschwindel bei Gebietsausweisung).
	TA Lärm	Richtwerte für die Zulassung von Anlagen die § 5 und § 22 BImSchG unterliegen, Anwendung auf gewerbliche Anlagen bei zulässigen Grenzwertfestsetzungen, Grundlage für die Ermittlung des IFSP und von Emissionskontingenten nach der DIN 45691 (Lärm).
	DIN 18005	Orientierungswerte für die städtebauliche Planung (Lärm), anzustrebende Werte von Verkehrs- und Gewerbelärm bei der Ausweisung von Baugebieten, deren Überschreitung abwägend zu rechtfertigen ist.
	22.BImSchV	Grenzwerte, Toleranzschwellen und Alarmwerte bestimmter Luftschadstoffe, Vorgaben für Bestandsaufnahme und Gebietseinstufung bzgl. Luftschadstoffen in der Bauleitplanung Berücksichtigung als abwägungsrelevanter Belange im Umweltbericht.

3.1.7 Kultur- und Sachgüter

Zum Schutzgut der Kultur- und Sachgüter zählen die (Kultur-)Denkmäler, die nach §1 Abs. 1 des Denkmalschutzgesetzes im Land Rheinland-Pfalz (DSchG RLP) zu erhalten, zu pflegen, deren Zustand zu überwachen und Gefahr von Ihnen abzuwenden ist.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Kultur- und Sachgüter	BauGB	Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und –entwicklung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung von Bauleitplänen.
	BNatSchG	Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere u.a. Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau-, und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.
	DSchG	Bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen.

3.2 Ziele des Umweltschutzes in Fachplänen

Regionalplanung

Der Regionale Raumordnungsplan Region Trier befindet sich in Neuaufstellung. Im 2014 öffentlich ausgelegten Entwurf wird Jünkerath als Grundzentrum mit Siedlungsflächen für - im Wesentlichen - Wohnnutzung dargestellt. Der Geltungsbereich wird (wie auch im RROP 1985) als Siedlungsfläche Industrie und Gewerbe, mit einer überlagernden Signatur „Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus“ (zuvor „Schwerpunktbereich der weiteren Fremdenverkehrsentwicklung“) dargestellt.

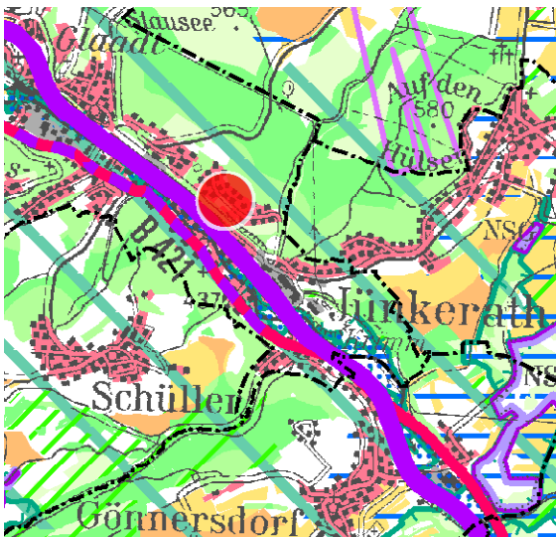


Abbildung 2: Ausschnitt Regionaler Raumordnungsplan Region Trier, Entwurf Januar 2014

Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Obere Kyll (heute Verbandsgemeinde Gerolstein) ist der Änderungsbereich bereits als Sondergebiet Einzelhandel dargestellt (siehe Abbildung 3). Der Bebauungsplan gilt somit als aus dem FNP entwickelt. Eine Änderung des FNP ist nicht erforderlich. Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzgebietsausweisungen, so dass keine Konflikte mit Schutzgütern zu erwarten sind.

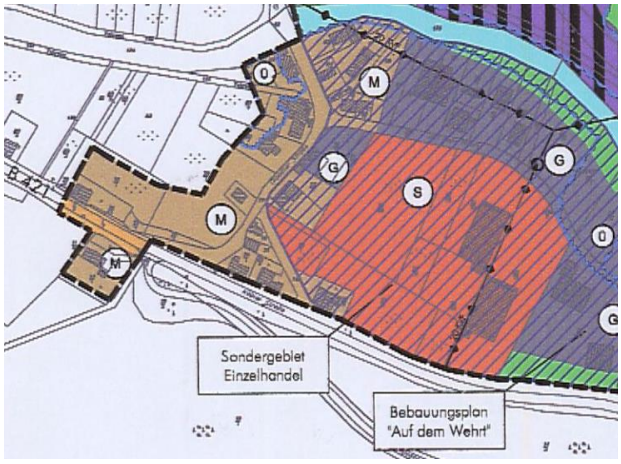


Abbildung 3: Ausschnitt Flächennutzungsplanung Verbandsgemeinde Obere Kyll (heute Verbandsgemeinde Gerolstein)

4 Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes

Der Umweltzustand und die besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand werden nachfolgend auf das jeweilige Schutzgut bezogen dargestellt.

Für das Plangebiet liegt allerdings ein rechtskräftiger Bebauungsplan vor, an dessen planungsrechtlichen Festsetzungen in Bezug auf die bauliche Inanspruchnahme der Flächen im Änderungsbereich keine Änderung erfolgt.

Insofern wird die Situation der einzelnen Schutzgüter in den nachfolgenden Kapiteln auf Basis der rechtskräftigen Festsetzungen des Bebauungsplans (Stand: 3. Änderung) bewertet.

4.1 Geologie, Fläche und Boden

Böden sind eine unserer wesentlichen Existenzgrundlagen. Sie wirken als Filter und Puffer gegenüber Schadstoffeinträgen und schützen Gewässer und das Grundwasser. Sie sind Bestandteil der natürlichen Wasser- und Stoffkreisläufe und elementarer Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Darüber hinaus können Böden Auskunft über die natürliche Entstehung und die historische Nutzung geben und stellen ein wertvolles und komplexes Archiv der Kultur- und Naturgeschichte dar.

Im Plangebiet befinden sich Böden aus solifluidalen Sedimenten, sowie im Umfeld Böden aus solifluidalen oder fluviatilen Sedimenten (LGB 2023, Abb. 4). Die Böden stammen aus dem Devon (LGB 2023).

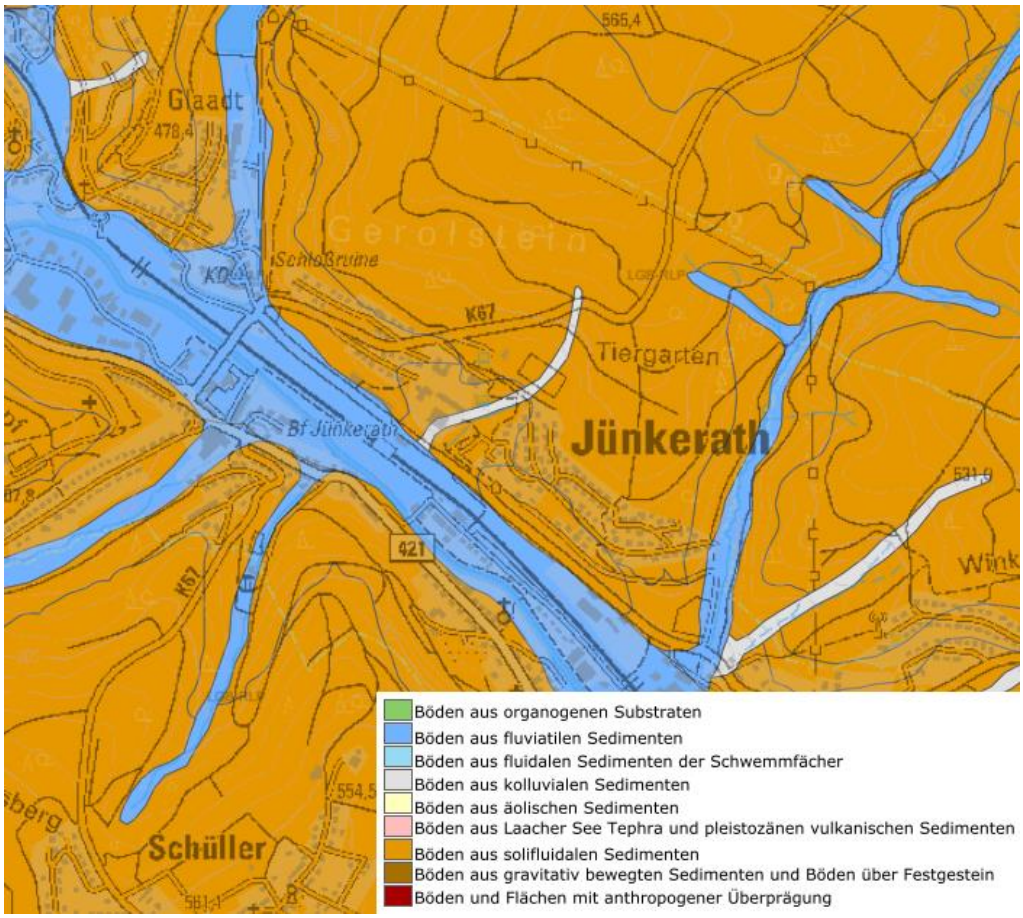


Abbildung 4: Bodenformengesellschaften

Böden, die als Archiv der Kultur- und Naturgeschichte geschützt sind, sind im Plangebiet nicht bekannt.

Empfindlichkeiten

Grundsätzlich sind alle Böden unabhängig von ihrer Art und Ausbildung sehr hoch empfindlich gegenüber Flächenverlust und Versiegelung, da unersetzbare Funktionen nicht mehr erfüllt werden können. Diese Empfindlichkeit besteht jedoch nur bei Böden, die nicht durch Umlagerungen etc. vorbelastet sind. Die Empfindlichkeit des Bodens gegenüber Schadstoffakkumulation ist im Wesentlichen abhängig von Bodenart/Tongehalt, Humusgehalt und pH-Wert. Im Hinblick auf die oben beschriebene Bodenfunktion „Schutz und Puffer gegenüber Schadstoffen“ ist eine reziproke Einstufung der Empfindlichkeit der Böden insgesamt zu erwarten. Hierbei ist jedoch eine standörtlich umso höhere Empfindlichkeit zu erwarten je höher der Tonanteil des Bodens ist. Gegenüber einer Veränderung des Wasserhaushaltes sind alle grund- und stauwasserbeeinflussten Böden hoch empfindlich, dies gilt insbesondere für die im direkten Umfeld eines Quellzuflusses vorhandenen, wassergeprägten, Böden.

Vorbelastungen

Nahezu vollständige Versiegelungen sind im Plangebiet und dessen Umgebung in Form von Gebäuden und Parkplatzflächen vorhanden. Der Änderungsbereich wird durch Einzelhandelsbetriebe bereits intensiv genutzt.

4.2 Flächenverbrauch bzw. Flächenneuinanspruchnahme

Der Änderungsbereich ist ca. 135 m breit und etwa ebenso tief, umfasst also rd. 1,7 ha. Die dortige Sondergebietsfläche ist durch Festsetzung einer überbaubaren Grundstücksfläche („Baufenster“, umlaufend 3 m Abstand zur Grenze des Sondergebiets) bereits bebaubar. Die Fläche ist überwiegend durch Gebäude und Stellplatzanlagen in Anspruch genommen. Die Umsiedlung des Drogeriemarktes erfolgt innerhalb dieser überbaubaren Fläche.

4.3 Wasser

Nördlich des Änderungsbereichs, hinter der Bebauung entlang der Straße „Auf dem Wehrt“, verläuft die Kyll, die zur Mosel entwässert und deren ökologischer Zustand 2021 als mäßig angegeben wird (s. Abb. 5).

Der Änderungsbereich liegt außerhalb festgesetzter Überschwemmungsgebiete der Kyll, jedoch mit Teilflächen innerhalb des hochwassergefährdeten Gebiets. Der Bereich des geplanten Bauvorhabens ist außerhalb der gefährdeten Bereiche gelegen.

Die Kyll gilt im Bereich der Ortslage Jünkerath als deutlich bis stark strukturell verändert, außerhalb der Ortslage als mäßig bis deutlich verändert. Es handelt sich um einen grobmaterialreichen, silikatischen Mittelgebirgsbach (MUEEF 2023).

Die Grundwasserlandschaft des Plangebiets wird von devonischen Schiefern und Grauwacken geprägt. Die mittlere jährliche Grundwasserneubildung beträgt 50 mm. Die Grundwasserüberdeckung ist im Gebiet ungünstig.

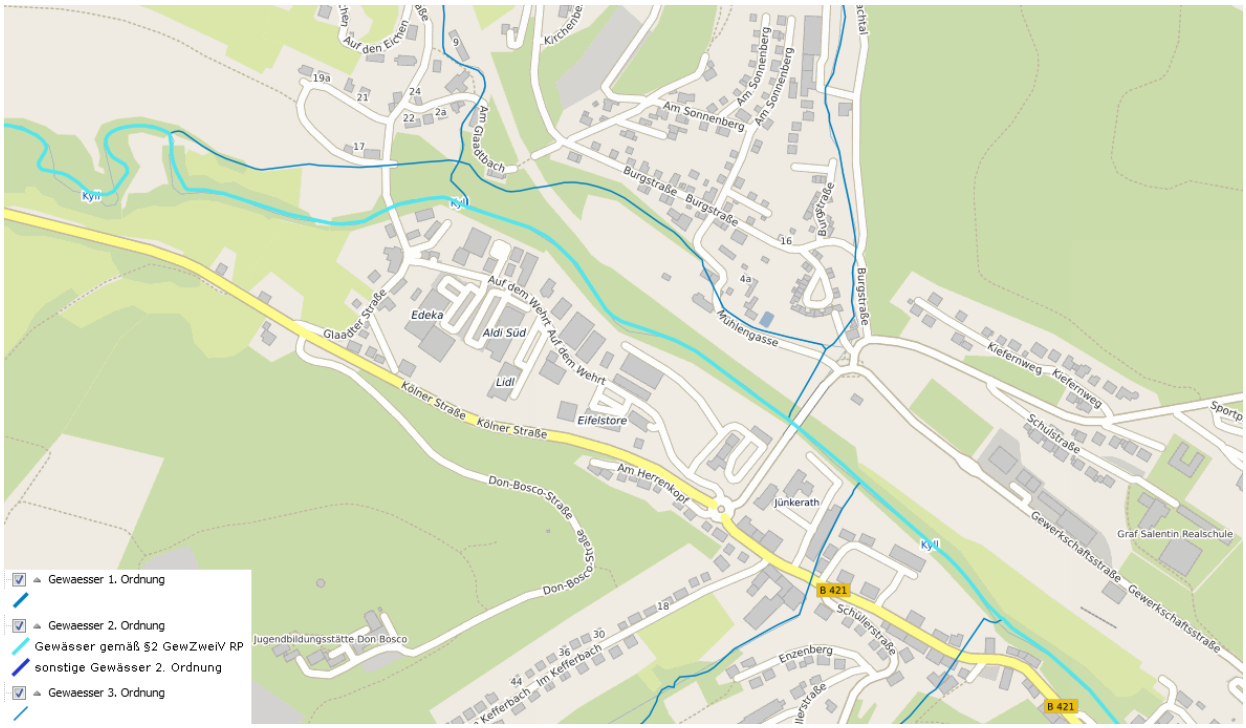


Abbildung 5: Gewässer im Bereich des Plangebiets

Empfindlichkeiten

Durch Versiegelung verringert sich die Grundwasserneubildungsfläche. Je höher die Grundwasserneubildungsrate desto empfindlicher ist das Grundwasser gegenüber Versiegelung. Da eine geringe Grundwasserneubildungsrate vorliegt, ist hinsichtlich dieser Funktion von einer relativ geringen Empfindlichkeit gegenüber Versiegelung auszugehen.

Vorbelastungen

Vorbelastungen, z.B. durch Verkehr und Gewerbe (umliegende Betriebsgelände) sowie durch ortsübliche und ferntransportierte Schadstoffe sind ohne Detailuntersuchungen nicht quantifizierbar. Die Gewässerstrukturgüte ist für die nördlichen Zuläufe zur Kyll mit sehr stark bis vollständig verändert angegeben.

4.4 Klima und Luft

Großklimatisch betrachtet zählt Rheinland-Pfalz zum warm-gemäßigten Regenklima mit einer mittleren Temperatur des wärmsten Monats nicht über 23°C und die kälteste nicht unter – 2° C.
Im Plangebiet sind laut dem rheinland-pfälzischen Landschaftsinformationssystem LANIS (2023) keine Luftaustauschbahnen und Wirkräume bekannt.

Empfindlichkeiten

Insgesamt ist von einer eher geringen Empfindlichkeit gegenüber Versiegelungen auszugehen, da sich im Umfeld keine klimatisch stark belasteten Siedlungsbereiche unterhalb des Planungsgebietes befinden. Aufgrund der Topografie des Geländes ist von einer geringen Empfindlichkeit gegenüber einer Anreicherung mit Schadstoffen auszugehen.

Vorbelastungen

Durch die angrenzenden Gewerbe- und Wohnflächen, die Straßen und die Bahnlinie ist von gewissen Vorbelastungen auszugehen. Insgesamt ist die Durchlüftung des großräumigeren Landschaftsbereichs als gut einzustufen. Die thermische Belastung des Kylltals ist - großräumig betrachtet – als gering einzustufen. Die Gebäudekörper und die morphologischen Veränderungen der Geländeoberfläche haben das natürliche Abflussregime der Luft verändert.

4.5 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Im Änderungsbereich wäre als heutige potenzielle natürliche Vegetation ein Stieleichen-Hainbuchenwald und südlich angrenzend an den Änderungsbereich ein Hainsimsen-Buchenwald vorhanden.

Biotope

In der Umgebung (bis 500 m) des Plangebiets liegen die Biotopkomplexe „Kyll zwischen Stadtkyll und Jünkerath“ (BK-5605-0274-2011) und „Wälder und Quellbäche südlich von Jünkerath“ (BK-5605-0284-2010). Schutzziele dieser Gebiete sind

- Erhalt der strukturellen Vielfalt der Kyll sowie der typischen Artenzusammensetzung der Auwälder des Kylltals bzw.
- Erhalt der naturnahen Gewässerstrukturen und des wenig überformten Wasserhaushaltes der Aue sowie Erhalt und Förderung naturnaher Waldstrukturen.

Der Bereich der Kyll gilt darüber hinaus als internationales Schutzgebiet FFH-Gebiet „Obere Kyll und Kalkmulden der Nordeifel“ (FFH-7000-028).

In einer Entfernung von ungefähr 1.200 m südwestlich des Plangebietes befindet sich das Naturschutzgebiet „Sängscheid bei Stadtkyll“ (NSG-7100-167). Schutzzweck ist die Erhaltung

1. von Zwergstrauchheiden und Borstgrasrasen als Lebensraum seltener, bestandsgefährdeter Tier- und Pflanzenarten sowie
2. des charakteristischen durch herkömmliche Nutzungsformen entstandenen Zustandes von Natur und Landschaft aus landeskundlichen Gründen.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Geltungsbereichs des rechtkräftigen Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ (Stand: 3. Änderung). Der überwiegend vorkommende Biotoptyp ist versiegelte Fläche (HN 1, Biotopwert 0). Durch die vorgesehene Änderung ergibt sich keine Zunahme der Versiegelung; Eingriffe in Natur und Landschaft sind daher nicht zu erwarten. Da hier auf Basis des bestehenden B-Plans (3. Änderung) bilanziert wird, für dessen Aufstellung bereits Kompensation erbracht wurde (siehe Umweltbericht zur 3. Änderung), und die kompensationserheblichen Festsetzungen unverändert bleiben, erfordert die verfahrensgegenständliche Änderung der Verkaufsfläche für einen Drogeriemarkt keine erneute Bilanzierung.

Artenschutz, allgemein

Die Auswirkungen der Planung auf das örtlich relevante Artenspektrum werden in der den Planunterlagen beigefügten Artenschutzprüfung (Stufe 1) behandelt.

Ziel dieser fachgutachterlichen Expertise war es, festzustellen, ob es durch die Realisierung der Bebauungsplan-Änderung zu einem Eintritt von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nach §§ 44 BNatSchG kommt, da ein Bebauungsplan, dessen Inhalt nur unter Verletzung artenschutzrechtlicher Vorschriften verwirklicht werden könnte, nicht vollzugsfähig wäre, weil er der Maßgabe des § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB nicht gerecht würde. Ein nicht vollzugsfähiger Bebauungsplan ist nicht „erforderlich“ i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB und damit nichtig (vgl. BVerwG, Beschluss vom 25.8.1997 – 4 NB 12.97).

Artenschutz

Es kann für alle im Wirkraum des Projektes relevanten besonders geschützten Arten das Auftreten von projektbedingten Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausgeschlossen werden, da sich das Projektgebiet für diese nicht als Habitat eignet.

Artenschutz (Vögel)

Das Plangebiet liegt im TK25-Blatt 5605 „Stadtkyll“. Hierfür sind die in Tabelle 1 dargestellten geschützten Vogelarten in ARTeFAKT aufgeführt.

Deutscher Name	RL-RP	RL-D	FFH/ VSR	Schutz
Baumfalke		3	Sonst. Zugvogel	§§§
Baumpieper	2	V		§
Bluthänfling	V	V/ V w		§
Braunkehlchen	1	3/ V w	Art. 4 (2): Brut	§
Eisvogel	V		Anh. I: VSG	§§
Grauammer	2	3	Sonst. Zugvogel	§§
Graureiher			Sonst. Zugvogel	§
Grauspecht	V	2	Anh. I: VSG	§§
Hohltaube			Sonst. Zugvogel	§
Kiebitz	1	2/ V w	Art. 4(2): Rast	§§
Kormoran			Art. 4 (2): Rast	§
Kranich			Anh. I: VSG	§§§
Neuntöter	V		Anh. I: VSG	§
Raubwürger	1	2/ 2w	Sonst. Zugvogel	§§
Raufußkauz			Anh. I: VSG	§§§
Rotmilan	V	3 w	Anh. I: VSG	§§§
Schwarzkehlchen		V	Sonst. Zugvogel	§
Schwarzmilan			Anh. I: VSG	§§§
Schwarzspecht			Anh. I: VSG	§§
Schwarzstorch		V w	Anh. I: VSG	§§§
Silberreiher			Anh. I: VSG	
Stockente	3		Art. 4(2): Rast	§
Teichhuhn	V	V	Art. 4 (2): Rast	§§
Uhu			Anh. I: VSG	§§§
Waldschnepfe	V	V/ V w	Art. 4 (2): Rast	§
Wendehals	1	2/3 w	Art. 4 (2): Brut	§§
Wespenbussard	V	V/ V w	Anh. I: VSG	§§§
Wiesenpieper	1	V	Art. 4 (2): Brut	§
Zwergtaucher	V		Art. 4 (2): Rast	§

Tabelle 1: Vogelarten mit Angabe zum Status im Untersuchungsraum und Gefährdung gemäß Roter Liste Rheinland-Pfalz

Der Schutz der Vogelarten, die in der Nähe menschlicher Besiedlung auch in störungsreichen Arealen leben, erfolgt durch Berücksichtigung der im Fachbeitrag Artenschutz aufgeführten Vermeidungsmaßnahme V1 – Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit.

4.6 Natura 2000-Gebiete

Das nächstgelegene Natura 2000 Gebiet (FFH-5605-306, Obere Kyll und Kalkmulden in der Nordeifel) befindet sich in einer Entfernung von ungefähr 90 m nördlich des Plangebiets. Als vorkommende Tierarten sind Lampetra planeri (Bachneunauge) und Cottus gobio (Groppe) aus der Gruppe der Fische und Rundmäuler sowie die Schmetterlingsarten Lycaena helle (Blauschillernder Feuerfalter), Euphydryas aurinia (Skabiosen-Scheckenfalter) und Euplagia quadripunctaria (Spanische Flagge) beschrieben.

Im Randbereich des FFH-Gebiets bzw. nächstgelegen zum Änderungsbereich befinden sich die folgenden Typen der gesetzlich geschützten Biotope, die unter Schutz zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften stehen:

- BT-5605-0788-2011: Kyll oberhalb Jünkerath
- BT-5605-0848-2011: Auwald an der Kyll am westlichen Ortsrand von Jünkerath
- BT-5605-0789-2011: Weiden-Auwald an der Kyll zwischen Sägewerk und Niederkyll und Jünkerath
- BK-5605-0284-2011: Wälder und Quellbäche südlich von Jünkerath

Diese und auch die etwas weiter entfernten Biotope beziehen sich auf Gewässer und deren Auenbereiche sowie Wälder.

Empfindlichkeiten

Insgesamt ist von einer eher geringen Empfindlichkeit gegenüber der geplanten weiteren Versiegelung im weiteren Umfeld auszugehen, da sich im direkten Umfeld bereits versiegelte Fläche in Form von Wohn- und Gewerbegebietsbebauungen befindet und die Schutzziele durch den geplanten Neubau nicht beeinträchtigt werden.

Vorbelastungen

Aufgrund der anthropogenen Überprägung durch die südlich gelegene Bebauung und die nördlich entlang führende Bahnstrecke ist von einer Vorbelastung auszugehen.

4.7 Orts- und Landschaftsbild/Erholung

Die Landschaft ist dem Oberen Kylltal zuzuordnen. Die Kyll bildet im Oberlauf ein bis zu 500 m breites Tal mit der Talsohle auf 450 bis 490 m ü. NN und damit rund 80 –100 m tiefer als die Taloberkante. Die steilen Talhänge sind durch zahlreiche, tief eingekerbte Nebenbäche der Kyll zerschnitten. Wald und intensiv ackerbaulich oder als Wirtschaftsgrünland genutztes Offenland liegen in vergleichbaren Anteilen vor, wobei auf den Quarzitrücken Waldnutzung dominiert und im Kylltal Wald und Offenland wechseln.

Empfindlichkeiten

Empfindlichkeiten in Bezug auf die Erholungsfunktion und das menschliche Wohlbefinden ergeben sich in geringem Maße aus Lärm-, Licht- und Schadstoffbelastungen. Freie Sichtbeziehungen, sowie

zusammenhängende Bereiche für die Erholung der Bevölkerung sind zudem empfindlich gegenüber einer optischen und tatsächlichen Zerschneidung.

Vorbelastungen

Aufgrund der unmittelbaren Nähe des Plangebietes zu bereits vorhandenen Bebauungen der Ortschaft mit Wohn- und Gewerbegebiet und der Bebauung im Plangebiet selbst ist eine Vorbelastung vorhanden. Zusätzlich verlaufen südlich des Plangebiets die B 421, im Norden des Plangebiets die Kyll und die Bahnstrecke als zerschneidende Elemente der Landschaft.

4.8 Mensch, einschl. der menschlichen Gesundheit und der Bevölkerung insgesamt

Das Plangebiet wird durch Einzelhandelsbetriebe genutzt. Die unmittelbare Umgebung innerhalb der Ortslage Jünkerath ist gewerblich genutzt, z.T. ist auch Wohnnutzung vorhanden. Dies führt bereits zu einer Beeinträchtigung. Das Planumfeld, außerhalb der Siedlungsflächen, mit seinen offenen Flächen, Wäldern und dem Stausee tragen zur Erholung bei.

Empfindlichkeiten

Maßgeblicher Bestandteil bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch ist der Immissionsschutz. Dabei stehen die Wahrung der Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen im Vordergrund, die sich insbesondere in dem Aspekt Schutz des Wohnens und des Wohnumfelds äußern.

Vorbelastungen

Durch die bestehenden Nutzungen im Änderungsbereich und dessen Umgebung bestehen bereits entsprechende Vorbelastungen durch Immissionen von Schadstoffen, Lärm und Licht. Durch die geplante Ergänzungsbebauung im Änderungsbereich wird es zu einer geringfügigen Ausweitung dieser Störungen kommen.

4.9 Kultur- und Sachgüter

Nördlich des Plangebiets liegen zwei Quereinhäuser, ein Wohnhaus, ein Wegekreuz und eine Hofanlage, nordöstlich das Schloss Jünkerath („Burgruine Glaadt“) als Kulturdenkmäler. Durch die Entfernung zum Plangebiet wird es allerdings nicht zu einer Beeinträchtigung dieser kommen. Nach aktuellem Kenntnisstand liegen im Plangebiet selbst keine Kultur- und Sachgüter vor.

In dem angegebenen Planungsbereich sind keine erdgeschichtlich relevanten Fundstellen bekannt. Auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht wird hingewiesen (§§ 16-20 DSchG RLP).

4.10 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern (incl. NATURA 2000-Gebiete)

Die nach Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge zu betrachten. Die aus methodischen Gründen auf Teilsegmente des Naturhaushaltes bezogenen Auswirkungen betreffen also ein stark vernetztes und komplexes Wirkungsgefüge.

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine besonderen Wechselwirkungen ersichtlich, die zu erheblichen negativen Auswirkungen beitragen könnten.

5 Auswirkungsprognose bei Durchführung der Planung

Üblicherweise wären hier die durch das Planvorhaben ermöglichten Baumaßnahmen und die potenziell damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt schutzgutbezogen darzustellen. Auf die dazu durchzuführende Konfliktanalyse, in der die bau- und anlagebedingten nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich der naturschutzfachlich relevanten Beeinträchtigungen dargestellt werden, kann hier jedoch weitgehend verzichtet werden.

5.1 Fläche, Boden

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Boden / Fläche wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.2 Flächeninanspruchnahme

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Zusätzliche Fläche wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht in Anspruch genommen.

5.3 Wasser

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Wasser wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.4 Klima und Luft

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Klima und Luft wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.5 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt, sofern eine Gehölzentfernung außerhalb der Vogelbrutzeit (siehe Vermeidungsmaßnahme der ASVP) erfolgt.

5.6 Natura 2000-Gebiete

Die nächstgelegene Fläche des Natura 2000-Schutzgebietssystems befindet sich etwa 90 m nördlich des Plangebiets. Es handelt sich hierbei um das Gebiet „Obere Kyll und Kalkmulden in der Nordeifel“ (FFH-5605-306), hier betreffend den Kyllverlauf. Aufgrund der ausschließlich textlichen Änderung des Bebauungsplans und der Lage des Änderungsbereichs innerhalb der bestehenden Bebauung ist eine Beeinträchtigung nicht zu erwarten.

5.7 Orts- und Landschaftsbild/Erholung

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche – umgeben von Bestandsbebauung - errichtet werden. Das Schutzgut Ort- und Landschaftsbild / Erholung wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.8 Mensch, einschl. der menschlichen Gesundheit und der Bevölkerung insgesamt

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Mensch wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.9 Kultur- und Sachgüter

Der neu zu errichtende Baukörper soll innerhalb der durch die 3. Änderung festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Das Schutzgut Kultur- und Sachgüter wird durch die 5. Änderung des Bebauungsplans nicht über das bisher zulässige Maß hinaus beeinträchtigt.

5.10 Auswirkungen durch Störfallbetriebe

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle und Katastrophen zu erwarten sind, auf die Schutzgüter unter Kapitel 3 nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen. Die Ansiedlung von Störfallbetrieben im Sondergebiet ist nicht zulässig. Derartige Betriebe sind im unmittelbaren Umfeld auch nicht vorhanden. Bei der Ansiedlung von Störfallbetrieben (z.B. in den Gewerbegebietsflächen) wären weitergehende Regelungen aus der 12. BImSchV in Verbindung mit dem Trennungsgebot nach § 50 BImSchG zu beachten. Die Anforderungen aus dem einschlägigen sog. „KAS-18-Leitfaden“ („Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung — Umsetzung § 50 BImSchG“ (2. überarbeitete Fassung Nov. 2010); KAS = „Kommission für Anlagensicherheit“ beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) für potentielle Störfall-Betriebe können im Falle einer solchen Ansiedlung durch Einhaltung der erforderlichen „Achtungs-(=Schutz-)Abstände“ Berücksichtigung finden.

6 Alternative Planung

Der Änderungsbereich ist im rechtsgültigen Bebauungsplan „Auf dem Wehrt“ bereits als Sondergebiet Einzelhandel, jedoch bisher mit geringerer Verkaufsfläche für einen discountorientierten Drogeriemarkt, festgesetzt.

Die Anhebung der max. zulässigen Verkaufsfläche und eine Umsiedlung auf die bisher unbebaute Fläche innerhalb der überbaubaren Fläche des Sondergebiets ist von Vorteil, da weiterhin eine gute Anbindung an den Verkehr gewährleistet ist und bisherige Kundenbeziehungen erhalten werden können. Durch die im Sondergebiet vorhandenen Einzelhandelsbetriebe und die an den Änderungsbereich angrenzenden Gewerbeflächen ist bereits eine Vorbelastung vorhanden. Eine Alternative Planung an anderer Stelle hätte somit einen größeren ökologischen Schaden zur Folge.

Die Inanspruchnahme der gewünschten Baufläche ist somit unumgänglich zur Verwirklichung städtebaulicher, wirtschaftlicher und ökologischer Ziele.

7 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung

Für den Änderungsbereich besteht ein rechtskräftiger Bebauungsplan, so dass eine Bebauung auch ohne die hier gegenständliche 5. Bebauungsplanänderung zulässig ist. Für die Schutzgüter ergeben sich keine zusätzlichen Auswirkungen, unabhängig davon, ob der Änderungsbereich gem. der 3. oder 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ beurteilt wird, da Gegenstand der 5. Änderung lediglich eine (textliche) Verkaufsflächenerweiterung ist.

8 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen

Nach § 1a Abs. 3 BauGB müssen Maßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB bezeichneten Bestandteilen dargelegt werden. Nicht unbedingt erforderliche Beeinträchtigungen sind durch die planerische Konzeption zu unterlassen beziehungsweise zu minimieren und Wertverluste sind durch Aufwertung von Teilflächen soweit möglich innerhalb des Gebietes bzw. außerhalb des Gebietes durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

8.1 Schutzgutübergreifende Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Der Verursacher eines Eingriffes ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen (§ 13 BNatSchG). Außerdem ist der Verursacher angehalten, die Beeinträchtigung des Naturhaushaltes durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu mindern.

V 1 Die im Geltungsbereich umzusetzende Vermeidungsmaßnahme wird im Folgenden beschrieben.

Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit

Zur Vermeidung eines Verstoßes gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind die erforderlichen Gehölzrodungen außerhalb der Vogelbrutzeit auszuführen, also im Zeitraum 01. Oktober bis 28./29. Februar. Abweichungen von diesem Zeitraum sind möglich, wenn im Bereich der zu rodenden Gehölze dann keine aktuellen Bruten der genannten Arten bestehen. Hierzu ist eine begleitende Vorab-Kontrolle durch eine fachkundige Person durchzuführen und gegenüber der Unteren Naturschutzbehörde schriftlich zu bestätigen.

8.2 Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen (inkl. Nutzung regenerativer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie), sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwasser

Entwässerung, Niederschlagswasserbeseitigung

Gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Das unbelastete Niederschlagswasser der Dachflächen wird gesammelt und soweit wie möglich versickert oder für Bewässerungszwecke oder ähnliches zurückgehalten, damit es weitestgehend dem Grundwasser zugeführt werden kann, ohne dass es direkt abgeleitet wird.

Die Entwässerung (Schmutz- und Niederschlagswasser) erfolgt im Trennsystem an den vorhandenen Kanal in der Straße „Auf dem Wehrt“. Für Niederschlagswasser besteht eine Einleiterlaubnis in die Kyll. Der hohe Grundwasserstand im Plangebiet lässt keine Rückhalte- und Versickerungsmaßnahmen zu.

Immissionsschutz, Zonierung

Im Rahmen der städtebaulichen Abwägung ist die Sicherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse nach §1 Abs. 6 BauGB geboten, für die die Belange des Immissionsschutzes eine zentrale Bewertungsgrundlage darstellen.

Die immissionsschutzrechtliche Situation bleibt im Änderungsbereich unverändert. Im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ wurde auch eine Schalltechnische Untersuchung (ISU, Sept. 2006) vorgelegt, woraus sich die Auflage zur Errichtung einer Lärmschutzwand an der südwestlichen Grenze des Sondergebiets ergibt. Diese bleibt im vorliegenden Verfahren unverändert bestehen.

8.3 Maßnahmen zum sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden gemäß § 1a (2) BauGB

Im Rahmen der Baumaßnahmen wird es zwangsläufig zu Beeinträchtigungen des Aspektes Boden hinsichtlich Versiegelung, Verdichtung, Umlagerung und Stoffbelastung kommen. Ein möglichst schonender und sparsamer Umgang mit Grund und Boden ist gem. § 1a, Abs. 2 BauGB in allen bauleitplanerischen Verfahren anzustreben.

Folgende Vermeidungsmaßnahmen sind zu beachten:

Vermeidung V-B 1.1:

Der Oberboden ist entsprechend § 202 BauGB (Schutz des Mutterbodens), der DIN 19731 und der DIN 18915 (Bodenarbeiten für vegetationstechnische Zwecke) von allen Bau- und Betriebsflächen gesondert abzutragen, zu sichern und zur späteren Wiederverwendung zu lagern. Für die Lagerung müssen wertvolle Flächen in der Umgebung der Baumaßnahme ausgenommen werden, eine Lagerung auf bereits gestörten Flächen ist anzustreben. Zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zum Schutz vor Erosion sind Oberbodenmieten spätestens nach sechs Wochen mit geeignetem Saatgut einzusäen, wahlweise sind die Bodenmieten abzudecken. Nach Möglichkeit sind zumindest die obersten 20 cm des Bodenprofils wieder auf dem Baugrundstück einzubringen.

Vermeidung V-B 1.2:

Unbelasteter Erdaushub ist einer Wiederverwendung zuzuführen, eine Deponierung ist nur in begründeten Fällen zulässig.

Vermeidung V-B 1.3:

Es ist darauf zu achten, dass die Erschließung der Baustelle über bereits vorhandene Strukturen erfolgt. Die angrenzenden Flächen dürfen nicht mit schweren Maschinen befahren werden.

Vermeidung V-B 1.4:

Baustelleneinrichtungsflächen sind nach Möglichkeit auf versiegelten Flächen einzuplanen, vorzugsweise sind unbefestigte Böden in möglichst geringem Umfang in Anspruch zu nehmen.

Vermeidung V-B 1.5:

Verhaltensregeln während des Baubetriebs (ordnungsgemäße Inspektion der Fahrzeuge, kontrollierter Umgang mit gefährlichen Stoffen, Verwendung biologisch abbaubarer Hydraulikflüssigkeiten, Mitführen von Havarie-Sets für Ölunfälle) sind einzuhalten.

Durch die Vermeidungs- und Verringerungsmaßnahmen lassen sich nachhaltige Beeinträchtigungen nicht gänzlich ausschließen. Erhebliche negative Auswirkungen durch Bodenverdichtung und Veränderungen der Bodenstruktur werden jedoch reduziert. Es verbleibt eine erhebliche nachhaltige Beeinträchtigung der Bodenfunktionen durch Neuversiegelung, sowie ein Flächenverlust, für den bereits im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplans Kompensation erbracht wurde.

8.4 Maßnahmen zum Klimaschutz gemäß § 1a (5) BauGB

Bauleitpläne sollen im Rahmen des Klimaschutzes Maßnahmen beschreiben, die einerseits dazu im Stande sind, dem Klimawandel entgegenzuwirken und andererseits eine Adaption an die Folgen der klimatischen Veränderungen zu ermöglichen. Die rechtlichen Vorgaben zum Zwecke der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie sowie der Nutzung erneuerbarer Energien sind beachtlich.

1. Eine energieoptimierte Bauweise, Gebäudeform und -ausrichtung sowie eine umweltfreundliche Infrastruktur (Energieversorgung, Verkehrsanbindung) ist anzustreben.
2. Die Anlage von Photovoltaik- und oder Solaranlagen ist anzustreben - öffentliche Förderprogramme diesbezüglich sollten möglichst in Anspruch genommen werden.

8.5 Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Der Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich eines rechtskräftigen Bebauungsplans. Durch die vorgesehene 5. Änderung ergibt sich keine zusätzliche Versiegelung über den bisher bereits zulässigen Versiegelungsgrad hinaus. Eingriffe in Natur und Landschaft sind in diesem Zusammenhang (Bedarf an Grund und Boden) somit nicht zu erwarten.

Im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplans wurden unvermeidbare Eingriffe in Form von entfallenden Grünflächen / Grünstreifen bzw. Flächen für Anpflanzungen durch grünordnerische Festsetzungen im südlichen Teil des damaligen Änderungsbereichs (Ordnungsbereich A1) ausgeglichen.

Da durch die vorliegende 5. Änderung des Bebauungsplans ausschließlich eine Anhebung der Verkaufsflächenobergrenze für einen discountorientierten Drogeriemarkt und darüber hinaus keine Änderung an den planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen erfolgt, ergibt sich kein zusätzlicher Eingriff durch diese 5. Änderung und somit auch kein Ausgleichserfordernis.

8.6 Kompensationsmaßnahmen

Kompensationsmaßnahmen sind für das vorliegende Verfahren zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ nicht zu formulieren, da die geplante Bebauung und der damit verbundene Eingriff planungsrechtlich bereits durch die 3. Änderung des Bebauungsplans zulässig wären. Aus

der Anhebung der Verkaufsflächenobergrenze für einen discountorientierten Drogeriemarkt resultiert kein zusätzliches Kompensationserfordernis.

9 Zusätzliche Angaben

9.1 Methodik, Merkmale und technische Verfahren der Umweltprüfung

Bei der Umweltprüfung zur 5. Änderung des Bebauungsplans wurden folgende Fachinformationssysteme und sonstigen Informationen ausgewertet:

- LANIS (2023): Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung
- Wasserwirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz (2023)
- Regionaler Raumordnungsplan Region Trier (Entwurf 2014)
- Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Obere Kyll (2009, heute Teil der Verbandsgemeinde Gerolstein)

9.2 Probleme bei der Erstellung des Umweltberichtes

Bei der Bearbeitung und Erstellung dieses Umweltberichtes mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz und dem Fachbeitrag zum Artenschutz sind keine nennenswerten Probleme aufgetreten.

9.3 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Planung (Monitoring)

Nach § 4 c BauGB überwachen die Kommunen als Träger der Planungshoheit die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitplanung eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Absatz 3 Satz 2 und von Maßnahmen nach § 1a Absatz 3 Satz 4 BauGB. Unter unvorhergesehenen Auswirkungen sind diejenigen Umweltauswirkungen zu verstehen, die nach Art und / oder Intensität nicht bereits Gegenstand der Abwägung waren. Die Kommunen können dabei neben eigenen Überwachungsmaßnahmen insbesondere auch auf anderweitige Quellen zurückgreifen.

Als Monitoring-Maßnahmen können auch genutzt werden:

- Auswertung von Umweltinformationen aus Überwachungsmaßnahmen der zuständigen Umweltfachbehörden,
- Kenntnisnahme und Nutzung möglicher Informationen von sachkundigen Spezialisten.

10 Zusammenfassung

Im vorliegenden Umweltbericht mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz werden die Eingriffe, die mit der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ verbunden sind, ermittelt und bei Bedarf werden geeignete Maßnahmen zu Vermeidung, zum Ausgleich und Ersatz der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft entwickelt. Voraussetzung hierfür ist die Ermittlung und Bewertung von Natur und Landschaft im Plangebiet.

Ziel der 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ ist es, innerhalb des bestehenden Sondergebiets die zulässige Verkaufsfläche für den Drogeriemarkt zu erweitern und somit für die geplante Umsiedlung des bestehenden Drogeriemarktes die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Zugleich ist mit der Umsiedlung die Inanspruchnahme einer bisher unbebaut gebliebenen Fläche innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche verbunden, wobei die Inanspruchnahme der gewünschten Baufläche aus planungsrechtlicher Sicht bereits durch die Festsetzungen der 3. Änderung des Bebauungsplans zulässig und für die geplante Nutzung unumgänglich ist.

Im vorliegenden Umweltbericht wurden die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter Boden, Fläche, Wasser, Klima, Luft, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Natura-2000-Gebiete, Orts- und Landschaftsbild, Erholung, Mensch und menschliche Gesundheit, Kultur- und Sachgüter, sowie Auswirkungen durch Störfallbetriebe bewertet. Aufgrund des bereits vorliegenden rechtskräftigen Bebauungsplans sind durch die 5. Änderung (und das damit verfolgte ausschließliche Ziel der Verkaufsflächenerweiterung) keine Auswirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten und somit auch keine Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen erforderlich.

Es kann für alle im Wirkraum des Projektes relevanten besonders geschützten Arten das Auftreten von projektbedingten Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausgeschlossen werden. Der Schutz derjenigen Vogelarten, die in der Nähe menschlicher Besiedlung auch in störungsreichen Arealen leben, erfolgt unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahme V1 – Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit.

Im Rahmen der integrierten landschaftspflegerischen Begleitplanung wurde auf eine Eingriffs- und Ausgleichbilanzierung und damit verbundene Kompensationsmaßnahmen verzichtet, da der bauliche Eingriff bereits durch die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans (Stand: 3. Änderung) zulässig ist und somit durch die 5. Änderung keine (ökologische) Wertminderung des betroffenen Gebietes eintritt.

Bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahme werden erhebliche, nachhaltige Umweltauswirkungen wirkungsvoll vermieden.

11 Referenzen

Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Obere Kyll (heute Teil der Verbandsgemeinde Gerolstein)

LBG (2023): BFD5 L. Landesamt für Geologie und Bergbau [Hrsg.], https://mapclient.lgb-rlp.de/?app=lgb&view_id=17. Letzter Zugriff: 10.02.2023

LANIS (2023): Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung https://geodaten.naturschutz.rlp.de/kartendienste_naturschutz/. Letzter Zugriff: 10.02.2023

MKUEM (2023): Ministerium für Klima, Umwelt, Energie und Mobilität: Gefahrenkarte HQ10, HQ100, HQextrem. URL: https://hochwassermanagement.rlp-umwelt.de/servlet/is/200041/ (Stand: 10.02.2023).

PE Becker GmbH (2023a): Textliche Festsetzungen zur 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, Kall.

PE Becker GmbH (2023b): Planzeichnung: 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, Kall.

PE Becker GmbH (2023c): Begründung 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, Kall.

PE Becker GmbH (2023d): 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“, Ortsgemeinde Jünkerath, Landkreis Vulkaneifel – Fachbeitrag Artenschutz (ASVP), Kall.

Regionaler Raumordnungsplan der Region Trier, Entwurf (2014)

SGD [Struktur- und Genehmigungsdirektion] Nord (2023): Wasserschutzgebiete. https://sgdnord.rlp.de/de/wasser-abfall-boden/wasserwirtschaft/schutzgebiete/wasserschutzgebiete/. Zugriff: 10.02.2023.

Wasserwirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz (2022) https://gda-wasser.rlp-umwelt.de/. Zugriff: 10.02.2023.

Ortsgemeinde Jünkerath
5. Änderung des Bebauungsplans
„Auf dem Wehrt“
Jünkerath

Gemarkung:	Jünkerath
Ortsgemeinde:	Jünkerath
Landkreis:	Vulkaneifel
Regierungsbezirk:	Trier
Land:	Rheinland-Pfalz

- **Fachbeitrag Artenschutz**

Stand: Januar 2023

Bearbeitung durch:
Lucia Schwierz, Jennifer Conzen, Dr. Susanne Vaeßen

PE Becker GmbH
Kölner Str. 23-25
D-53925 Kall

PE BECKER GmbH
PLANUNG + ENTWICKLUNG
Zukunft ist planbar!

info@pe-becker.de • www.pe-becker.de
Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40

PE Becker GmbH • Kölner Str. 23 - 25 • D-53925 Kall
Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40
info@pe-becker.de • www.pe-becker.de

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis ..... **II**

1 Veranlassung und Prüfinhalte **3**

2 Rechtliche Grundlagen **4**

3 Baubeschreibung und Wirkfaktoren des Vorhabens **7**

4 Relevanzprüfung **8**

5 Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen **14**

5.1 Maßnahmen zur Vermeidung *14*

5.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen *15*

6 Fazit **16**

7 Literatur **17**

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Abgrenzung des Plangebiets im Luftbild 3
Abbildung 2: Planbereich, unmaßstäblich, genordet, Auszug aus städtebaulicher Planung 7

Tabelle 1: Qualitative Bewertung der potenziellen faunistisch relevanten Auswirkungen des Projektes 8
Tabelle 2: Ergebnis der Relevanzprüfung 11

PE Becker GmbH • Kölner Str. 23 - 25 • D-53925 Kall
Tel. +49 (0)2441 - 9990-0 • Fax +49 (0)2441 - 9990-40
info@pe-becker.de • www.pe-becker.de

1 Veranlassung und Prüfinhalte

In der Gemeinde Jünkerath ist geplant, auf einem bisher unbebauten Teilbereich zweier Flurstücke innerhalb des zentralen Versorgungsbereichs „Auf dem Wehrt“, im Geltungsbereich und innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche des rechtskräftigen Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ (Stand: 3. Änderung), einen Fachmarkt mit ca. 705 m² Verkaufsfläche zu errichten.

Im nachfolgenden Luftbild ist der überplante Bereich durch eine rote Umgrenzung, der geplante Standort des Fachmarkts durch eine rote Schraffur gekennzeichnet.

Der Bundesgesetzgeber hat 2009 durch die Neufassung der §§ 44 und 45 BNatSchG die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben, umgesetzt.

Die Artenschutzprüfung gemäß §§ 44 und 45 BNatSchG ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung eines Bauvorhabens.

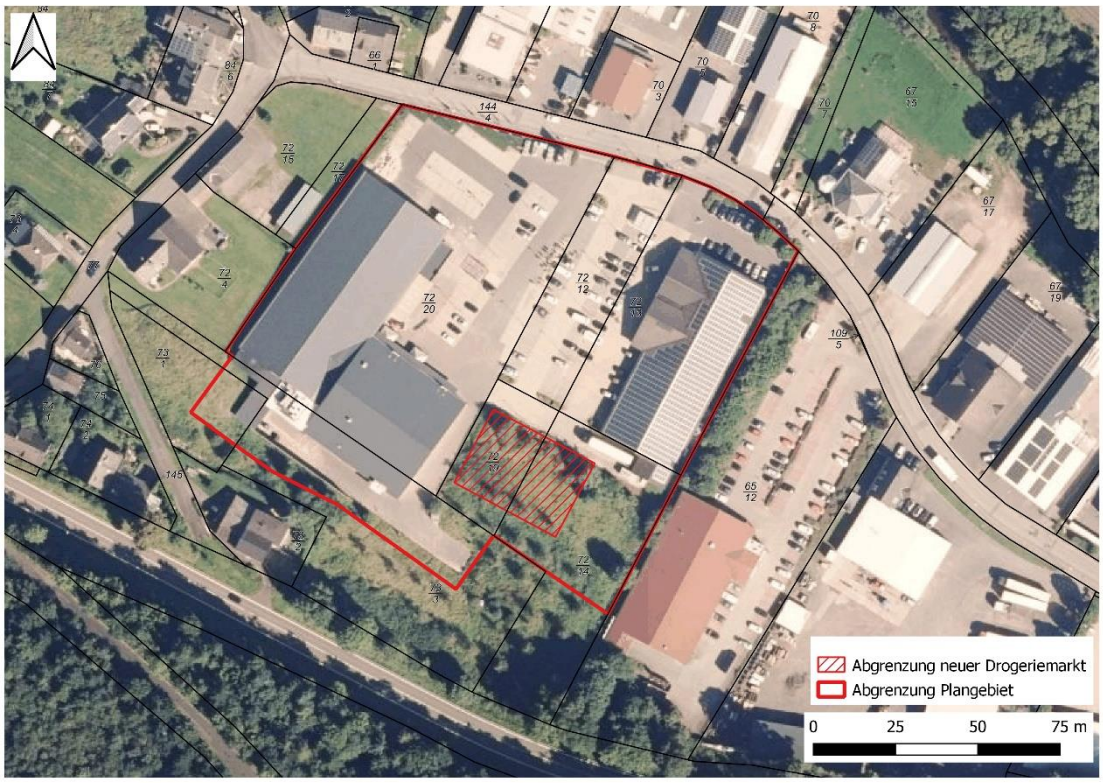


Abbildung 1: Abgrenzung des Plangebiets im Luftbild

Eine Beeinträchtigung von FFH-Lebensraumtypen ist nicht zu erwarten, da nicht in das **FFH-Gebiet** eingegriffen wird. Ein Vorkommen von Arten von gemeinschaftlichem Interesse ist im Plangebiet nicht zu erwarten.

Im vorliegendedn Fachbeitrag Artenschutz der artenschutzrechtlichen Prüfung werden:

- die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle heimischen europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie), die durch das Vorhaben erfüllt werden können, ermittelt und dargestellt.

Als **Datengrundlagen** wurden u.a. für die artenschutzrechtliche Prüfung herangezogen:

- Liste für Arten in Rheinland Pfalz des LUWG RP: "Arten mit besonderen rechtlichen Vorschriften sowie Verantwortungsarten“, Stand: 20.01.2015"
- Datenbank ARTEFAKT des LfU Rheinland-Pfalz (lanis.rlp.de)

2 Rechtliche Grundlagen

Zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vor Beeinträchtigungen durch den Menschen sind auf gemeinschaftsrechtlicher und nationaler Ebene umfangreiche Vorschriften erlassen worden. Europarechtlich ist der Artenschutz in den Artikeln 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 - FFH-Richtlinie - (ABl. EG Nr. L 206/7) sowie in den Artikeln 5 bis 7 und 9 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 - Vogelschutzrichtlinie - (ABl. EG Nr. L 103) verankert.

Aufgrund der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Urteil vom 10.01.2006 (C-98/03) wurde das Bundesnaturschutzgesetz zum 12.12.2007 (BGBl I S 2873), in Kraft getreten am 18.12.2007, geändert.

Alle Gesetzeszitate beziehen sich im Folgenden - falls nicht anders angegeben - auf die Neufassung des BNatSchG vom 29.7.2009, zuletzt geändert am 19. 6.2020 (BGBl Teil 1 Nr. 1328, 1362).

Der Bundesgesetzgeber hat durch die Neufassung der §§ 44 und 45 BNatSchG die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben, umgesetzt. Dabei hat er die Spielräume, die die Europäische Kommission bei der Interpretation der artenschutzrechtlichen Vorschriften zulässt, rechtlich abgesichert.

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 ergänzt:

1. *Für nach § 15 Abs. 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Abs. 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5.*

2. *Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen*

    1. *das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlichen anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,*

    2. *das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,*

    3. *das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*

3. *Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.*

4. *Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.*

5. *Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.*

Entsprechend obigem Satz 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 21 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie die heimischen europäischen Vogelarten gem. Art. 1 Vogelschutzrichtlinie.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Projektzulassung die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein.

Artikel 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie und Art. 9 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie sind hierbei zu beachten.

Als für Siedlungsbauvorhaben einschlägige Ausnahmevoraussetzungen muss nachgewiesen werden, dass:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, vorliegen,
- zumutbare Alternativen, die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen, nicht gegeben sind,

- keine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes der Population einer Art zu erwarten ist bzw. bei derzeitig schlechtem Erhaltungszustand eine Verbesserung nicht behindert wird.

Unter Berücksichtigung des Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie bedeutet dies bei Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie:

- das Vorhaben darf zu keiner Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes führen und
- das Vorhaben darf bei Arten, die sich derzeit in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, diesen nicht weiter verschlechtern.

Bei europäischen Vogelarten darf das Vorhaben den aktuellen Erhaltungszustand nicht verschlechtern (Aufrechterhaltung des Status Quo).

3 Baubeschreibung und Wirkfaktoren des Vorhabens

Die 5. Änderung des Bebauungsplans „Auf dem Wehrt“ der Ortsgemeinde Jünkerath ist nicht mit bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen auf die Tierwelt verbunden. Die daraus resultierende Bebauung einer bisherigen Freifläche ist potenziell mit bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen auf die Tierwelt verbunden.

Die projektbedingten Auswirkungen werden zusammenfassend auf der Grundlage der Planung des Bauvorhabens aufgeführt.

Zur Bewertung der artenschutzrechtlichen Auswirkungen des Projektes sind die vorhandenen Vorbelastungen aus dem bestehenden Sondergebiet, der vorhandenen verkehrlichen Nutzung und der wohnortnahen Freizeitnutzungen zu berücksichtigen.

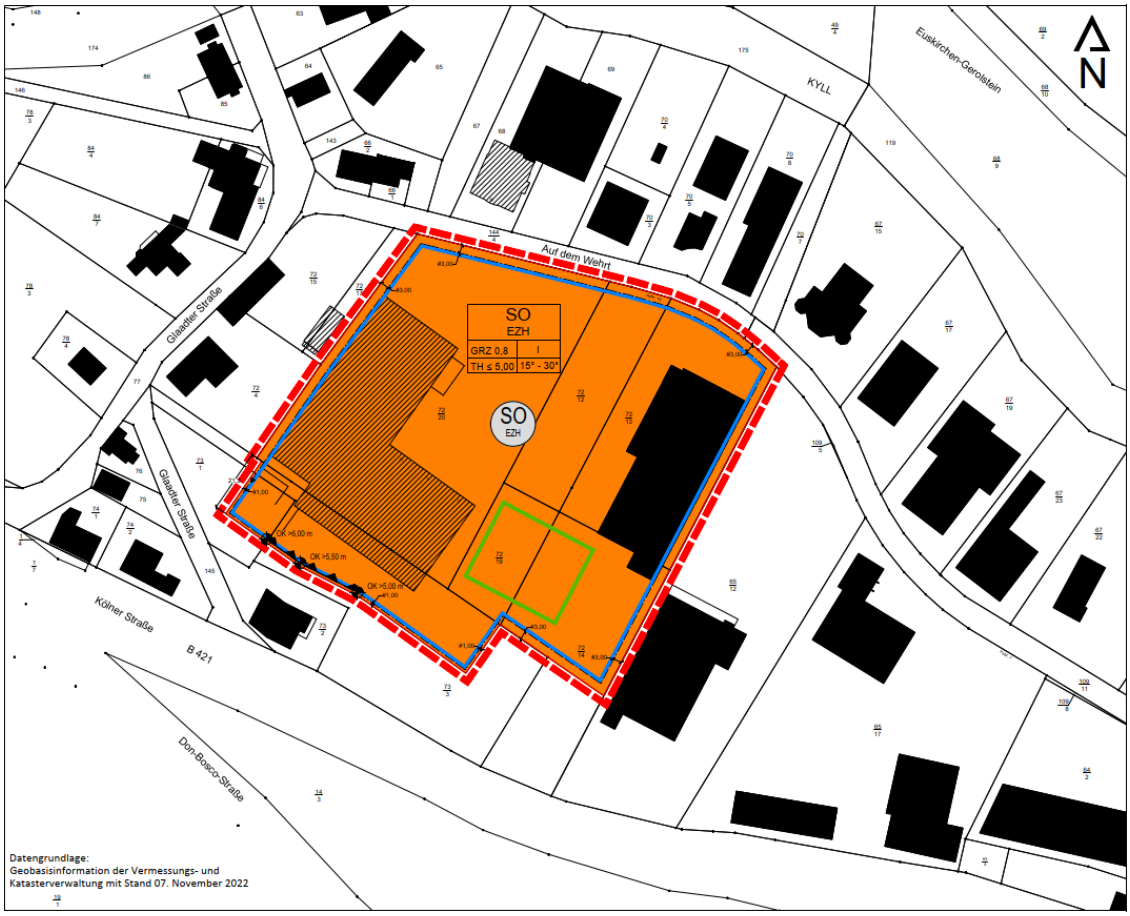


Abbildung 2: Planbereich, unmaßstäblich, genordet, Auszug aus städtebaulicher Planung

Die Bewertung der Projektwirkungen wird nachfolgend tabellarisch vorgenommen.

Tabelle 1: Qualitative Bewertung der potenziellen faunistisch relevanten Auswirkungen des Projektes

Projektwirkung	Bewertung
Lebensraumverlust durch Überbauung	Vorgesehen ist die Bebauung eines bisher unbebaut gebliebenen Teilbereichs innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche des Sondergebiets „Auf dem Werth“ am südwestlichen Rand der Ortslage Jünkerath. Hier soll ein Drogeriemarkt mit max. 705 m² Verkaufsfläche entstehen. Städtebauliche Eckwerte des Sondergebiets: Grundflächenzahl (GRZ) 0,8 Geschossigkeit: I Durch Neuversiegelung gehen bei Realisierung der geplanten Bebauung voraussichtlich insgesamt 0,24 ha Biotopflächen verloren. Die betroffene Grünfläche ist mit jungen Einzelbäumen bepflanzt worden und wird zum Parkplatz hin von einer Gebüschreihe begleitet.
Habitatbeeinträchtigung durch Immissionen	Baubedingte Beeinträchtigungen durch Immissionen erfolgen durch Maschineneinsatz während der Bautätigkeit. Betriebsbedingt können Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit dem KfZ-Verkehr im Plangebiet sowie durch betriebsbedingte Immissionen entstehen. Aufgrund der vorhandenen Einzelhandelsstrukturen im Plangebiet ist hier jedoch mit keiner signifikanten Änderung aufgrund des Vorhabens zu rechnen.
Zerschneidung von Lebensräumen	Das Plangebiet grenzt an drei Seiten (Norden, Osten, Westen) an bestehende Gewerbeflächen an. Südlich bleibt ein mehrere Meter tiefer Grünstreifen erhalten, dahinter befindet sich eine Straße. Es treten keine Neuzerschneidungen von Lebensräumen auf.
Beeinträchtigung durch Störungen (bau- und betriebsbedingt)	Baubedingte Störungen erfolgen durch Maschineneinsatz während der Errichtung des Fachmarktgebäudes. Betriebsbedingt können geringfügige Störungen im Zusammenhang mit dem KFZ-Verkehr im Plangebiet sowie durch betriebsbedingte Immissionen entstehen.

4 Relevanzprüfung

In der Artenschutzprüfung werden alle Arten behandelt, deren Vorkommen im Wirkraum des Projektes zu erwarten ist. Arten, deren Habitatansprüche im Untersuchungsgebiet nicht erfüllt sind, werden nicht betrachtet. In der folgenden Tabelle sind die in ARTeFAKT aufgeführten Arten für das TK 5605 Stadtkyll dargestellt.

Deutscher Name	RL-RP	RL-D	FFH/ VSR	Schutz
Europäischer Biber	0	V	II, IV, V	§§
Haselmaus	3	G	IV	§§
Luchs	0	2	II, IV	§§§
Wildkatze	4	3	IV	§§§
Bechsteinfledermaus	2	2	II, IV	§§

Braunes Langohr	2	V	IV	§§
Fransenfledermaus	1		IV	§§
Graues Langohr	2	2	IV	§§
Großer Abendsegler	3	V	IV	§§
Großes Mausohr	2	V	II, IV	§§
Kleiner Abendsegler	2	D	IV	§§
Kleine Bartfledermaus	2	V	IV	§§
Mückenfledermaus	(neu)	D	IV	§§
Teichfledermaus	II	D	II, IV	§§
Wasserfledermaus	3		IV	§§
Zwergfledermaus	3		IV	§§
Baumfalke		3	Sonst. Zugvogel	§§§
Baumpieper	2	V		§
Bluthänfling	V	V/ V w		§
Braunkehlchen	1	3/ V w	Art. 4 (2): Brut	§
Eisvogel	V		Anh. I: VSG	§§
Grauammer	2	3	Sonst. Zugvogel	§§
Graureiher			Sonst. Zugvogel	§
Grauspecht	V	2	Anh. I: VSG	§§
Hohltaube			Sonst. Zugvogel	§
Kiebitz	1	2/ V w	Art. 4(2): Rast	§§
Kormoran			Art. 4 (2): Rast	§
Kranich			Anh. I: VSG	§§§
Neuntöter	V		Anh. I: VSG	§
Raubwürger	1	2/ 2w	Sonst. Zugvogel	§§
Raufußkauz			Anh. I: VSG	§§§
Rotmilan	V	3 w	Anh. I: VSG	§§§
Schwarzkehlchen		V	Sonst. Zugvogel	§

Schwarzmilan			Anh. I: VSG	§§§
Schwarzspecht			Anh. I: VSG	§§
Schwarzstorch		V w	Anh. I: VSG	§§§
Silberreiher			Anh. I: VSG	
Stockente	3		Art. 4(2): Rast	§
Teichhuhn	V	V	Art. 4 (2): Rast	§§
Uhu			Anh. I: VSG	§§§
Waldschnepfe	V	V/ V w	Art. 4 (2): Rast	§
Wendehals	1	2/3 w	Art. 4 (2): Brut	§§
Wespenbussard	V	V/ V w	Anh. I: VSG	§§§
Wiesenpieper	1	V	Art. 4 (2): Brut	§
Zwergtaucher	V		Art. 4 (2): Rast	§
Mauereidechse		V	IV	§§
Schlingnatter	4	3	IV	§§
Zauneidechse		V	IV	§§
Geburtshelferkröte	4	3	IV	§§
Gelbbauchunke	3	2	II, IV	§§
Kreuzkröte	4	V	IV	§§
Blauschillernder Feuerfalter	1	3	II, IV	§§
Quendel-Ameisenbläuling	2	3	IV	§§
Skabiosen-Scheckenfalter	1	2	II	§
Bachneunauge	2		II	§
Groppe	2		II	
Edelkrebs	1	1	V	§§
Arnika	3	3	V	§
Gewöhnliches Weißmoos		V	V	§
Keulen-Bärlapp		3	V	§
Moorbärlapp	2	3	V	§
Sprossender Bärlapp	3	V	V	§

Aus den Arten, die aufgrund verschiedener Quellenangaben für das Untersuchungsgebiet gelistet wurden, wurden im Rahmen einer Relevanzprüfung diejenigen Arten „herausgefiltert“ (Abschichtung), für die eine verbotstatbeständliche Betroffenheit durch das jeweilige Projekt mit

hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann (Relevanzschwelle) und die daher einer detaillierten artenschutzrechtlichen Prüfung nicht mehr unterzogen werden müssen.

In der Tabelle "Ergebnis der Relevanzprüfung" ist die Einschätzung des Vorkommens und der Betroffenheit der Arten im Untersuchungsgebiet dargelegt.

Im Weiteren wird die artenschutzrechtliche Prüfung nur für Arten durchgeführt, die für das Untersuchungsgebiet relevant sind.

Tabelle 2: Ergebnis der Relevanzprüfung

Auswertung für TK: 5605 Stadtkyll		**Relevanz für den Projektraum**			
Artengruppe (Kürzel)	**Artname**	**Potenzielle Lebensräume** im Projektraum	**Potenzielles Vorkommen der Art** im Projektraum	**Beeinträchtigung** durch das Projekt	**Ausschlussgründe für die Art**
A = Amphibien, Fi = Fische, Fl= Fledermäuse, He = Heuschrecken, Kä = Käfer, Kr = Krebse, Li = Libellen, Mu = Muscheln, Na = Nachtfalter, P = Pflanzen, Re = Reptilien, Sä = Säuger, S = Schnecken, Sp = Spinnen, Ta = Tagfalter, Vö = Vögel		- = nicht vorhanden + = vorhanden (+) = vermutet			
Re	Zauneidechse	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Re	Schlingnatter	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Re	Mauereidechse	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
A	Gelbbauchunke	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
A	Geburtshelferkröte	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
A	Kreuzkröte	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fi	Bachneunauge	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fi	Groppe	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Kr	Edelkrebs	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Ta	Blauschillernder Feuerfalter	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Ta	Quendel-Ameisenbläuling	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Ta	Skabiosen-Scheckenfalter	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet

Fl	Bechsteinfledermaus	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Braunes Langohr	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Fransenfledermaus	+	(+)	-	Keine essentiellen Habitatstrukturen betroffen
Fl	Graues Langohr	+	(+)	-	Keine essenziellen Habitate betroffen
Fl	Großer Abendsegler	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Großes Mausohr	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Kleiner Abendsegler	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Kleine Bartfledermaus	+	(+)	-	Keine essenziellen Habitate betroffen
Fl	Mückenfledermaus	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Teichfledermaus	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Wasserfledermaus	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Fl	Zwergfledermaus	+	(+)	-	Keine essenziellen habitate betroffen
Sä	Europäischer Biber	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Sä	Haselmaus	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Sä	Wildkatze	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Sä	Luchs	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Baumfalke	+	(+)	-	Keine geeigneten Brutplätze im Gebiet
Vö	Baumpieper	-	-	-	Keine Brutstätten betroffen
Vö	Bluthänfling	+	(+)	-	Keine Brutstätten betroffen
Vö	Braunkehlchen	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Eisvogel	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Grauammer	+	(+)	-	Keine Brutstätten betroffen

Vö	Graureiher	+	(+)	-	Keine Brutstätten betroffen
Vö	Grauspecht	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Hohltaube	+	(+)	-	Keine essentiellen Habitatstrukturen betroffen
Vö	Kiebitz	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Kormoran	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Kranich	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Neuntöter	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Raubwürger	+	(+)	-	Keine Brutstätten betroffen
Vö	Raufußkauz	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Rotmilan	+	(+)	-	Keine Brutstätten betroffen
Vö	Schwarzkehlchen	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Schwarzmilan	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Schwarzspecht	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Schwarzstorch	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Silberreiher	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Stockente	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Teichhuhn	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Uhu	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Waldschnepfe	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Wendehals	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Wespenbussard	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Vö	Wiesenpieper	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet

Vö	Zwergtaucher	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Pfl	Arnika	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Pfl	Gewöhnliches Weißmoos	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Pfl	Keulen-Bärlapp	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Pfl	Moorbärlapp	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet
Pfl	Sprossender Bärlapp	-	-	-	Keine geeigneten Habitate im Gebiet

5 Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

5.1 Maßnahmen zur Vermeidung

Für das jetzige Planverfahren werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung durchgeführt, um Gefährdungen von europäischen Vogelarten oder von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu vermeiden oder zu mindern.

a) Europäische Vogelarten

V1 Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit

Zur Vermeidung eines Verstoßes gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind die erforderlichen Gehölzrodungen außerhalb der Vogelbrutzeit auszuführen, also im Zeitraum 01. Oktober bis 28./29. Februar. Abweichungen von diesem Zeitraum sind möglich, wenn im Bereich der zu rodenden Gehölze dann keine aktuellen Bruten der genannten Arten bestehen. Hierzu ist eine begleitende Vorab-Kontrolle durch eine fachkundige Person durchzuführen und gegenüber der Unteren Naturschutzbehörde schriftlich zu bestätigen.

Die Gehölzverluste betreffen voraussichtlich zum Großteil Vogelarten mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit oder Arten, die den Raum ausschließlich als fakultative Nahrungsgäste und/oder Durchzügler nutzen.

Für diese Arten liegt bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahme kein Verstoß gegen die Verbote des §44 Abs. 1 BNatSchG vor (d. h. keine erhebliche Störung der lokalen Population, keine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten sowie keine unvermeidbaren Verletzungen oder Tötungen und kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko).

Die betroffene Grünanlage ist wegen ihrer Nähe zu anthropogenen Störungen (Parkplätze, Straße, Einzelhandel), sowie durch die geringe Deckung als Habitatfläche insbesondere für ein Brutgeschehen für entsprechende Arten (z. B. Wiesen- und Baumpieper, Raubwürger, Grauammer) ungeeignet. Diese Arten finden im Umfeld der Planung bessere Möglichkeiten. Zudem ist die Grünanlage durch die Gewerbeflächen und die Straße in allen Richtungen von weiteren Habitaten isoliert, was sie noch weniger attraktiv macht.

b) Anhang-IV-FFH-Arten

Folgende möglichen Eingriffstatbestände sind potenziell denkbar:

1. Baubedingter Lärm, Stäube und Bewegungsunruhe können Fledermäuse an ihren Ruhe- und Fortpflanzungsstätten während der Fortpflanzungsperiode stören, sofern Quartiere im Umfeld vorhanden sind. Dies ist jedoch aufgrund der Nutzung in diesem Fall eindeutig nicht zu erwarten, da keine geeigneten Bäume oder Gebäude im unmittelbaren Umfeld vorhanden sind. Zudem würde die Störung während der Bauzeit das jetzige Maß nicht nennenswert übersteigen, da im Gebiet bereits jetzt sehr intensive menschliche Störungen vorliegen (Fahrzeuge, Personen, Zulieferverkehr etc.).

2. Anlagebedingte Verluste von Quartierpotenzialen für baumhöhlennutzende Fledermäuse sind mit dem geplanten Projekt ebenfalls nicht verbunden, da es auf dem Gelände keine Bäume gibt, die eine nennenswerte Dicke aufweisen, um überhaupt Höhlen auszubilden. Baumhöhlenverluste sind daher nicht zu erwarten..

3. Betriebsbedingt sind keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

5.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gem. § 44 Abs. 5 S. 3 BNatSchG bzw. CEF-Maßnahmen ("continuous ecological functionality-measures", Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität) werden durchgeführt, um Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG zu vermeiden. Die Ermittlung der Verbotstatbestände erfolgt unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen.

Da in den betroffenen jungen Gehölzbeständen keine Höhlen oder Horste zu erwarten sind, die sich als mehrfach nutzbarer Brutplatz eignen, sind CEF-Maßnahmen zum Ersatz besagter Brutplätze ebenfalls nicht erforderlich.

Im Plangebiet sind keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von gefährdeten Wiesenbrutvögeln zu erwarten, da diese im Umfeld deutlich besser geeignete Standorte finden und eine sehr hohe Störungsintensität vorliegt.

Im Plangebiet werden ebenfalls keine Brutplätze größerer Greifvögel wie des Rotmilans erwartet, da sich der junge Baumbestand auch hierfür nicht eignet und die Störungsintensität zu hoch ist.

Planungsbedingt kommt es zu Verlusten von Nahrungshabitaten durch Überbauung von Grünfläche kommen. Jedoch sind in dem stark anthropogen geprägten Bereich ohnehin nur sehr unempfindliche Arten zu erwarten, die problemlos auch im Umfeld Nahrung finden können.

Die Überbauung von Grünflächen wird daher im vorliegenden Fall nicht als erhebliche Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes geschützter Vogelarten bewertet, weil sie sehr klein ist, keine essenziellen Habitatbestandteile (z B. Brutstandorte, essentielle Nahrungsplätze) darstellt, stark durch Menschen frequentiert wird und von umliegenden Habitaten durch Bebauung abgekapselt ist. Im weiteren Umfeld des Eingriffes stehen großflächig strukturreiche Grünlandkomplexe in deutlich geringer durch Siedlung und Verkehr vorbelasteten Räumen als attraktive Habitate zur Verfügung.

a) Anhang-IV-FFH-Arten

Fledermäuse

Die Ableitung und Quantifizierung von vorgreifenden Ausgleichsmaßnahmen für die Fledermausfauna erfolgt ausgehend von den festgestellten und vom Projekt voraussichtlich betroffenen Quartierpotenzialen und Individuenzahlen als worst-case-Betrachtung.

Da in dem betroffenen Baumbestand aufgrund der geringen Stärke keine Höhlen vorkommen, sind hier auch keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

6 Fazit

Hinsichtlich der projektbedingten Betroffenheit von besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten wurden die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit den europarechtlichen Vorgaben zum Artenschutz (FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie) berücksichtigt.

Hierzu wurde ein Fachbeitrag Artenschutz mit einer Artenschutzprüfung der Stufe 1 nach § 44 BNatSchG zur möglichen Betroffenheit für die besonders geschützten Arten erarbeitet.

Die Prüfung berücksichtigt die europäischen Vogelarten und die Anhang-IV-FFH-Arten.

Es kann für alle im Wirkraum des Projektes relevanten besonders geschützten Arten das Auftreten von projektbedingten Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausgeschlossen werden, da sich das Projektgebiet für diese nicht als Habitat eignet. Der Schutz der übrigen Vogelarten, die in der Nähe menschlicher Besiedlung auch in störungsreichen Arealen leben, erfolgt unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungsmaßnahme V1.

7 Literatur

Gesetze, Normen und Richtlinien

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (BUNDESNATURSCHUTZGESETZ - BNATSCHG) in der Fassung vom 29.07.2009, zuletzt geändert am 19. 6.2020.

BUNDESARTENSCHUTZVERORDNUNG (BARTSCHV) –Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten. Vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S.258, 896; zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl, I S. 2542).

RICHTLINIE DES RATES 92/43/EWG VOM 21. MAI 1992 ZUR ERHALTUNG DER NATÜRLICHEN LEBENSRÄUME SOWIE DER WILD LEBENDEN TIERE UND PFLANZEN (FFH-RICHTLINIE); ABl. Nr. L 206 vom 22.07.1992, zuletzt geändert durch die Richtlinie des Rates 97/62/EG vom 08.11.1997 (ABl. Nr. 305)

RICHTLINIE 97/62/EG DES RATES VOM 27. OKTOBER 1997 zur Anpassung der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt. - Amtsblatt Nr. L 305/42 vom 08.11.1997.

RICHTLINIE 2009/147/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 30. NOVEMBER 2009 ÜBER DIE ERHALTUNG DER WILD LEBENDEN VOGELARTEN E); Amtsblatt Nr. L 20/7 vom 26. 1.2010.

Fachbezogene Literatur

ARBEITSKREIS FLEDERMAUSSCHUTZ, RHEINLAND-PFALZ (1992): Rote Liste der bestandsgefährdeten Fledermäuse (Mammalia: Chiroptera) in Rheinland-Pfalz - Vorschlag einer Neufassung, Fauna Flora Rheinland-Pfalz 6: 1051-1063, Landau.

FROEHLICH & SPORBECK GMBH & CO. KG (2020): Leitfaden Artenschutz. Fachbeitrag Artenschutz Mustertexte bei Straßenbauvorhaben in Rheinland-Pfalz.

LAMBRECHT, H. & J. TRAUTNER (2007): Fachinformationssystem und Fachkonventionen zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP. Endbericht zum Teil Fachkonventionen. Stand Juni 2007.

LANDESBETRIEB STRAßEN UND VERKEHR RHEINLAND-PFALZ (2005): Handbuch streng geschützte Arten in Rheinland-Pfalz. CD-Rom, Stand 12.07.2005.

LANDESBETRIEB STRAßEN UND VERKEHR RHEINLAND-PFALZ (2006): Handbuch der Vogelarten in Rheinland-Pfalz. CD-Rom, Stand 6.10.2006.

MEINIG, H., BOYE, P. & R. HUTTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Biologische Vielfalt 70(1). Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands. Band 1: Wirbeltiere. S. 115-153. Bonn-Bad Godesberg.

RYSLAVY, T., H. G. BAUER, B. GERLACH, O. HÜPPOP, J. STAMMER, P. SÜDBECK & C. SUDFELDT (2021): Rote Liste der Brutvögel (Aves) Deutschlands. 6. Fassung, 30. September 2020. Berichte zum Vogelschutz Bd. 57: S. 13-112.

SKIBA, R. (2003): Europäische Fledermäuse, Die Neue Brehm-Bücherei, Westrap Wissenschaften, Hohenwarsleben.

SÜDBECK, P. ET AL. (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.

Weiterführende Literatur zu den Artvorkommen ist im Handbuch der streng geschützten Arten Rheinland-Pfalz und im Handbuch der Vogelarten in Rheinland-Pfalz aufgeführt.

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Organisation und Finanzen	**Datum:**	15.02.2023
Aktenzeichen:	1/11111-17 - fa	**Vorlage Nr.**	**1-0123/23/17-005**

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**	**Behandlung**
Ortsgemeinderat		öffentlich	Entscheidung

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz - Beitritt der Ortsgemeinde

Sachverhalt:

1. Gegenstand und Ziel des Beschlusses …

… ist der Beitritt zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP). Dieses Angebot wurde von den kommunalen Verbänden und dem Land ausgearbeitet. Mit dem Beitritt verpflichtet sich eine Kommune, ihre Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes (Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. Ausbau von CO_2-Senken) bzw. der Anpassung an die Klimawandelfolgen (Hitze, Dürre, Starkregen usw.) zu forcieren und besonders ambitioniert vorzugehen.

Hierzu benennt jede Kommune bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie in Angriff zu nehmen beabsichtigt. Diese Ziele/Maßnahmen sind Grundlage für eine individuelle Beratung, die für jede beitretende Kommune zur Umsetzung von Maßnahmen zusätzlich über den KKP vom Land angeboten wird.

Die verbandsangehörigen Städte und Gemeinden geben keine eigene Beitrittserklärung ab, sondern sind als Anlage zu der Beitrittserklärung der Verbandsgemeinde zu führen (siehe Anlage 4 – Beitrittserklärung – letzte Seite).

2. Allgemeiner Hintergrund

Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich das Land Rheinland-Pfalz zum Ziel gesetzt, die Emissionen an Treibhausgasen drastisch zu reduzieren und bis spätestens 2040 (lt. Koalitionsvertrag) klimaneutral zu werden – und damit dazu beizutragen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zudem gilt es, die Folgen des Klimawandels durch geeignete und wirksame Anpassungsmaßnahmen zu bewältigen.

Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, auch und insbesondere auf der kommunalen Ebene. Denn auf dieser Ebene werden die konkreten Rahmenbedingungen für die notwendigen Maßnahmen gesetzt, insbesondere in den Bereichen Bauleitplanung, Erzeugung erneuerbarer Energien sowie Mobilität / ÖPNV.

Die Kommunalen Spitzenverbände, der Verband kommunaler Unternehmen (VkU), die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Land haben sich daher darauf verständigt, den Kommunalen Klimapakt einzurichten. Grundlage hierfür ist die Gemeinsame Erklärung vom 29. November 2022 (Anlage 1).

3. Eckpunkte des Kommunalen Klimapakts

Der Kommunale Klimapakt besteht im Kern aus einem gegenseitigen Leistungsversprechen: Die beitretenden Kommunen forcieren ihr Engagement im Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimawandelfolgen und bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Landes. Im Gegenzug fördert und begleitet die Landesregierung die Kommunen bei der Umsetzung

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

ihrer Maßnahmen mit passgenauen Angeboten und Leistungen. Der Kommunale Klimapakt wurde zunächst für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart, ist aber auf Dauer angelegt und soll 2024 für die Folgejahre mit allen Beteiligten fortgeschrieben werden.

4. Bisherige Aktivitäten

Die Verbandsgemeinde Gerolstein hat bereits eine Reihe von Maßnahmen zum Klimaschutz bzw. zur Klimawandelanpassung umgesetzt bzw. deren Umsetzung eingeleitet; hervorzuheben sind insbesondere

- Energetische Sanierung von Gebäuden der VG Gerolstein (beispielhaft seien aufgeführt: Turnhallen Jünkerath, Lissendorf, Stadtkyll, Rathaus Hillesheim, Teile der RS+ in Jünkerath und Hillesheim)
- Nutzung von alternativen Energieträgern (z. B. Installation von Hackschnitzelanlagen in verschiedenen Gebäuden der VG)
- Teilfortschreibung des FNP Gerolstein für erneuerbare Energien (mit der Ausweisung von weiteren Eignungsflächen Windenergie, Steuerungsrahmen im Bereich der FF-PVA)
- Erstellung von Hochwasser- und Starkregenschutzkonzepten - HWSK (für alle Gemeinden der VG Gerolstein soll ein HWSK erstellt werden, wobei für ¾ der Gemeinden bereits Aufträge erteilt worden sind)
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- und vieles mehr…

5. Verstärktes Engagement im Rahmen des Kommunalen Klimapakts

Mit dem Beitritt zum Kommunalen Klimapakt ist die Selbstverpflichtung verbunden, unsere Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen über das bisherige Maß hinaus zu verstärken. Hierzu benennt jede Kommune mit dem Beitritt bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie zu diesem Zweck zu verfolgen bzw. in Angriff zu nehmen beabsichtigt. Für die Verbandsgemeinde Gerolstein kommen folgende Ziele/Maßnahmen in Betracht:

1) Klimaschutzstrategie /-konzept für die VG Gerolstein einschl. Optimierung der verwaltungsinternen Abläufe
2) Einführung / Optimierung eines systematischen Energiemanagements
3) Realisierung / Beteiligung / Betreibung von Erneuerbare Energien-Anlagen
4) Unterstützung und Schaffung von attraktiven Maßnahmen im Bereich der Mobilität in der VG Gerolstein
5) Energetische Sanierung / Optimierung von Gebäuden.

(Die v. g. Ziele / Maßnahmen sind in der Anlage 2 näher beschrieben und erläutert, warum wir gerade diese Maßnahmen priorisieren – ein Orientierungsrahmen des Landes ist als Anlage 3 beigefügt).

Diese Ziele bzw. Maßnahmen werden nach dem Beitritt im Zuge des exklusiv für die „KKP-Kommunen“ zur Verfügung stehenden Beratungsangebots nochmals im Einzelnen besprochen, dabei im jeweiligen kommunalen Kontext eingeordnet und priorisiert, je nach Bedarf auch modifiziert, revidiert oder ergänzt, um im Ergebnis ein Paket an wirksamen, effektiven und auch im Hinblick auf den finanziellen Aufwand effizienten Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen und so einen bestmöglichen Beitrag zur zeitnahen Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. zur Anpassung an Klimawandelfolgen zu leisten.

Das Ergebnis dieser Beratung wird im Nachgang nochmals in den kommunalen Gremien beraten und die dann noch erforderlichen Folgebeschlüsse gefasst.

Um diesen Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen, wird die Verwaltung entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitstellen sowie in der Beitrittserklärung eine zentrale Ansprechperson in der Verwaltung benennen und deren Stellvertretung sicherstellen. Dies werden in der Verbandsgemeinde zunächst Arno Fasen und als Vertretung Oliver Schwarz sein.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat dem Verbandsgemeinderat in seiner Sitzung am 06.02.2023 den Beitritt der Verbandsgemeinde Gerolstein zum Kommunalen Klimapakt zu den genannten Rahmenbedingungen empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat fasst folgenden Beschluss:

Die Ortsgemeinde tritt dem Kommunalen Klimapakt bei. Damit verpflichtet sie sich, ihre Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen zu verstärken und dabei ambitioniert vorzugehen. Sie benennt dazu folgende Ziele und Maßnahmen und bringt diese in das weitere Verfahren ein:

6) Klimaschutzstrategie /-konzept für die VG Gerolstein einschl. der Städte / Ortsgemeinden
7) Einführung / Optimierung eines systematischen Energiemanagements für die Gebäude der Gemeinde
8) Realisierung / Beteiligung / Betreibung von Erneuerbare Energien-Anlagen
9) Unterstützung und Schaffung von attraktiven Maßnahmen im Bereich der Mobilität in der Gemeinde
10) Energetische Sanierung / Optimierung von Gebäuden.

(Alternativ: hier Ziele eintragen und gleiche Anzahl oben streichen– Achtung max. 5 Ziele):

_____

_____

_____

_____

_____

Auf dieser Basis wird die Verwaltung beauftragt,

- die Beitrittserklärung der Gemeinde (letzte Seite – Anlage 4) gemäß diesem Beschluss in der vorgegebenen Form zeitnah an das MKUEM abzugeben,
- zu prüfen, welche der über den KKP zur Verfügung stehenden Beratungsangebote in Anspruch genommen werden sollen und diese zeitnah und proaktiv anzufordern sowie
- entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitzustellen, um den Beratungs- und Umsetzungsprozess zu unterstützen.

Anlage 1 - Gemeinsame Erklärung zum KKP
Anlage 2 - KKP - Ziele u. Maßnahmen VG
Anlage 3 - Orientierungshilfe Massnahmen KKP
Anlage 4 - Beitrittsformular Klimapakt

Kommunaler
Klimapakt
Rheinland-Pfalz

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

MEHR KOMMUNALER KLIMASCHUTZ UND KOMMUNALE ANPASSUNG AN DIE KLIMAWANDELFOLGEN

RheinlandPfalz
StädtetagRLP
Landkreistag Rheinland-Pfalz
GStB Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
VKU Verband Kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Rheinland-Pfalz

I. Ausgangssituation

Die wachsende Zahl und die Intensität der Extremwetterereignisse machen deutlich, dass der globale Klimawandel bereits drastische Auswirkungen auf Menschen und Umwelt entfaltet. Umso größer ist die Notwendigkeit, umfangreiche Maßnahmen zum Klimaschutz und zum Erhalt der Biodiversität und der Ökosystemdienstleistungen zu ergreifen, um den weltweiten Temperaturanstieg auf unter 2 Grad, wenn möglich 1,5 Grad zu begrenzen und damit die Folgen des Klimawandels noch einzudämmen. Zugleich müssen Schritte zur Anpassung an die bereits auftretenden und zukünftig zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels eingeleitet werden. Damit stehen alle klimawirksamen Emissionen und Anpassungspotenziale im Fokus. Dabei fällt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu, denn die Maßnahmen müssen lokal umgesetzt werden.

Zahlreiche Kommunen in Rheinland-Pfalz haben die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Handelns erkannt und engagieren sich daher bereits seit vielen Jahren bei der Erarbeitung kommunaler Konzepte und der Umsetzung der Maßnahmen. Es fehlt jedoch häufig an den notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen, an etablierten Prozessen und Strukturen sowie an einer klimaschutzorientierten Genehmigungspraxis, um ambitionierten Klimaschutz vor Ort effizient umsetzen zu können. Einige Kommunen benötigen bei der Umsetzung einer systematischen Bewältigung der anstehenden Probleme im Zusammenhang mit Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen mehr Unterstützung.

Die Regierungsparteien haben sich auf Initiative der kommunalen Seite im Koalitionsvertrag 2021–2026 zum Ziel gesetzt, die Kommunen mit einem Kommunalen Klimapakt (KKP) noch stärker und ressortübergreifend zu unterstützen, um gemeinsam das Ziel „Klimaneutrales Rheinland-Pfalz“ (2035–2040) zu erreichen. Das Land betrachtet dabei die Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes und der Anpassung an die Klimawandelfolgen als eine Investition in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz.

Die kommunalen Spitzenverbände (KSV), die Energieagentur RLP (EARLP), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die Landesregierung einschließlich ihres Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen (RLP-KfK) haben sich daher darauf verständigt, gemeinsam einen Kommunalen Klimapakt einzurichten, um die Kommunen bedarfs- und wirkungsorientiert bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimawandelfolgen im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu unterstützen.

II. Kernelemente des Kommunalen Klimapakts

Die unterzeichnenden Parteien haben folgendes gemeinsames Verständnis über die Grundstruktur und die Eckpunkte für die Ausgestaltung des Kommunalen Klimapakts:

- Der Kommunale Klimapakt besteht im Kern aus einem gegenseitigen Leistungsversprechen: Die beitretenden Kommunen forcieren ihr Engagement im Klimaschutz und in der Anpassung an die Klimawandelfolgen und bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Landes (Landesgesetz zur Förderung des Klimaschutzes, Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021-2026, Klimaneutrales RLP im Korridor 2035-2040), entlang gemeinsam definierter Handlungsfelder (vgl. Anlage 1).
  Im Gegenzug unterstützt das Land die Kommunen durch konkrete und bezogen auf die jeweilige Ausgangslage zugeschnittene zusätzliche Unterstützungsleistungen dabei, ihre Maßnahmen effizient umsetzen zu können.
  Davon ausgehend identifizieren die Kommunen anhand ihrer räumlichen Situation und lokalen Struktur die für sie geeignetsten Maßnahmen.

- Der Beitritt zum Kommunalen Klimapakt ist für alle Landkreise, kreisfreien sowie kreisangehörigen Städte, Verbands- und Ortsgemeinden auf freiwilliger Basis möglich und erfolgt durch die Abgabe einer entsprechenden Erklärung. Ein Beitritt wird ab dem 1. Quartal des Jahres 2023 möglich sein. Der Beitritt von Ortsgemeinden muss über die Verbandsgemeindeverwaltung gebündelt erfolgen.

- Der Kommunale Klimapakt ist kein statisches Gebilde, sondern vielmehr ein kontinuierlicher Prozess. Daher wird er stufenweise fortgeschrieben und in Form aufeinander aufbauender Phasen wirksam. Dies immer dem Verständnis folgend, dass Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen sowohl auf Landesals auch auf kommunaler Ebene Querschnittsaufgaben sind, die ein systematisches, mutiges Vorgehen aller staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen erfordert. Der Fortschreibungszyklus richtet sich nach dem Unterstützungsbedarf sowie nach der Aufstellung des Landeshaushaltes.

- Noch im Jahr 2022 startet die erste Phase des Kommunalen Klimapakts für die Kommunen mit der Vorbereitungsphase für den Beitritt zum Kommunalen Klimapakt zum 1. Quartal 2023. Ab 2023 soll der Klimapakt auf Basis des Landeshaushalts 2023/24 dann seine unmittelbare Wirkung entfalten. Für den Zeitraum ab 2025 setzen sich alle Beteiligten gemeinsam das Ziel, den Kommunalen Klimapakt nach einer Evaluierung der ersten beiden Phasen in eine dritte Phase zu führen, nach den sich dann ergebenden Erfordernissen.

- Die konkrete Ausarbeitung der einzelnen Phasen ist Aufgabe einer bereits etablierten Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Partner zusammensetzt (KKP Arbeitsgruppe). Die Abstimmung zwischen den Ressorts der Landesregierung erfolgt federführend durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität.

III. Starterphase 2022/2023 (Erste Phase)

Ziel dieser ersten Phase ist der schnellstmögliche Einstieg in den Kommunalen Klimapakt auf Basis der für 2022 und für 2023 verfügbaren Ressourcen und Haushaltsmittel. Die Kommunen können ab dem 1. Quartal 2023 an dem Klimapakt teilnehmen; die Teilnahme setzt insbesondere einen Ratsbeschluss voraus, mit dem sich die Kommune verpflichtet, ihre Anstrengungen im Hinblick auf die Klimaschutzziele des Landes weiter zu verstärken und – je nach individueller Ausgangslage – schrittweise weitergehende und über das Bisherige hinausgehende Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an die Klimawandelfolgen zu ergreifen.

Bereits für das Haushaltsjahr 2022 stellt das Land für die Ausgestaltung und Umsetzung des Kommunalen Klimapaktes Finanzmittel in Höhe von 4 Mio. EUR zur Verfügung, um beispielsweise folgende Maßnahmen vorzubereiten:

- Entwicklung einer Online-Plattform (inkl. Beratungs- und Förderübersicht).
- Das Land nimmt eine Evaluation der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die kommunalen Aktivitäten zu Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen in Bezug auf relevante Hemmnisse und potenzielle Optimierungsansätze vor. Hierfür wird eine systematische Analyse der Regelwerke des Landes vorgenommen, um rechtliche Hemmnisse und Zielkonflikte bei der Umsetzung der Maßnahmen zu Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen identifizieren zu können. Die KSV werden an der Evaluation beteiligt.
  Angestrebt wird unter Einbindung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), transparente Kriterien darzustellen, damit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimawandelfolgen auch von finanzschwachen Kommunen unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kommunalaufsicht erfolgreich umgesetzt werden können.

Zum 1. Quartal 2023 entfaltet der Kommunale Klimapakt seine unmittelbare Wirkung:

- Das Land fördert teilnehmende Kommunen gezielt und baut bedarfsorientierte Beratungsangebote (Förderung, Vergabe, Umsetzungsplanung) bei der EARLP und dem RLP-KfK zusätzlich aus- bzw. neu auf (Anlage 2). Die teilnehmenden Kommunen werden Schritt für Schritt von diesen Beratungs- und Fördermaßnahmen profitieren können.
- Das Land, die EARLP und das RLP-KfK erstellen standardisierte Instrumente und Hilfestellungen wie Leitfäden und Auslegungshilfen mit teilnehmenden Kommunen. Diese werden weiteren Kommunen zur Verfügung gestellt.
- Eine effiziente und transparente Projektsteuerung für den Kommunalen Klimapakt wird aufgebaut. Ziel ist eine zügige und unbürokratische Umsetzung des KKP.

Innerhalb des Kommunalen Klimapaktes erfolgt dabei auch eine systematische Bestandsaufnahme, Analyse und Evaluierung der bestehenden Landesförderprogramme im Bereich Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen bezüglich der Fördergegenstände, des Fördervolumens und der Förderverfahren. Bewertet werden soll u. a. die Effizienz der Maßnahmen in Bezug auf den Mitteleinsatz, die Relevanz, die Klimawirkung und der Praxisbezug der Maßnahmen sowie die Praktikabilität der Verwaltungsvorschriften. Die Ergebnisse der Evaluation sollen inklusive konkreter Handlungsempfehlungen zeitnah vorliegen. Bei der Weiterentwicklung der Förderangebote des Landes soll der Fokus auf einem unbürokratischen und transparenten Mitteleinsatz liegen. Neue Fördergegenstände sind bedarfsorientiert anzulegen. Die KSV werden in die Prozesse eingebunden.

IV. Fortschreibung 2023/2024 (zweite Phase)

Die zweite Phase hat zum Ziel, die Umsetzung von Maßnahmen mit wirksamem Klimaschutz bzw. Anpassung an die Klimawandelfolgen einzuleiten bzw. weiter voranzubringen. Wesentlich ist dabei die gezielte Umsetzung von Maßnahmen zu den beschriebenen Handlungsfeldern in den teilnehmenden Kommunen sowie deren meilensteinbasierte Planung und Steuerung im Rahmen von individuellen Klimaschutzfahrplänen. Dabei werden die Kommunen fachlich kompetent und umsetzungsorientiert durch die EARLP sowie das RLP-KfK und deren Kooperationspartner unterstützt.

Ein besonders ambitioniertes Vorgehen von Kommunen wird dabei auch durch verstärkte Unterstützungsangebote angereizt bzw. honoriert. Dazu erarbeitet die KKP Arbeitsgruppe Qualitätsstufen, welche die unterschiedlichen Ausgangsniveaus der Kommunen widerspiegeln und pro Stufe Beratungs- und Förderleistungen des Landes abbilden. Zusätzlich wird angestrebt, dass zukünftig bei ausgewählten Förderprogrammen im Bereich Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung die Klimapakt Kommunen je nach Qualitätsstufe eine erhöhte Förderquote erhalten sollen.

Klimaschutz funktioniert nicht zum Nulltarif. Zahlreiche Maßnahmen sind mit kostenintensiven Investitionen verbunden. Viele kommunale Leistungen werden daher durch Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes flankiert. Über die etablierten Förderprogramme hinaus hat die Landesregierung angekündigt, die Kommunen bei ihren Investitionen in den Klimaschutz und in die Anpassung an die Klimafolgen zu unterstützen. Sie wird für die Haushaltsjahre 2023/24 Fördermittel von zusätzlich 250 Millionen Euro zur Verfügung stellen (Kommunales Investitionsprogramm), damit Kommunen weitere Klimainvestitionen tätigen können. Die Fördermittel sollen allen Kommunen – unabhängig von der Teilnahme am Kommunalen Klimapakt unbürokratisch ausgezahlt werden und weiteren Kommunen zusätzlich über ein Wettbewerbsverfahren zugutekommen. Die Klimapakt Kommunen erhalten im Rahmen des Investitionsprogramms Unterstützung bei der Initialisierung und Planung der Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an die Klimawandelfolgen zum effizienten und strukturierten Einsatz der Mittel.

Der Umsetzungsfortschritt und die Zielerreichung des Kommunalen Klimapaktes wird in regelmäßigen KKP Arbeitsgruppensitzung festgestellt und erörtert. Die Umsetzung der Zuwendungen wird wie oben aufgeführt von den am Prozess Beteiligten auf ihre Wirkung bezogen geprüft und nach Durchführung der Maßnahmen evaluiert. Die KKP Arbeitsgruppe entwickelt auf dieser Basis die Meilensteine, Ziele und Strategien des Kommunalen Klimapaktes kontinuierlich weiter und koordiniert sich bezüglich der externen Kommunikation.

Die Eckpunkte für die Fortschreibung 2023/2024 geben die Vereinbarungen der Parteien zum Zeit punkt der Unterzeichnung des Kommunalen Klimapakts wieder. Je nach der Entwicklung des Bedarfs und der aktuellen Situation werden ggf. Maßnahmen angepasst bzw. weitere Maßnahmen durch die Partner des Kommunalen Klimapaktes vereinbart. Dazu erfolgen regelmäßige Gespräche im Rahmen der KKP Arbeitsgruppe.

V. Absichtserklärung Fortschreibung 2025

Die ersten beiden Phasen des Kommunalen Klimapakts 2022/23 und 2023/24 sollen als Grundlage für eine dritte Fortschreibung evaluiert werden. Die Kriterien hierfür werden kontinuierlich spätestens aber Ende 2023 gemeinsam entwickelt.

Die Partner des Kommunalen Klimapaktes werden die Ergebnisse der Evaluation sowie alle weiteren Entwicklungen bei der Fortschreibung berücksichtigen, um ein bedarfsgerechtes Angebot erstellen zu können.

VI. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt zum 29. November 2022 in Kraft. Die Partner vereinbaren, dass der Kommunale Klimapakt zunächst bis nach Ablauf der zweiten Phase (Ende 2024) gilt. Für die Zeit danach wird eine Fortschreibung mit langfristiger Perspektive angestrebt, um die Daueraufgaben des Klimapakts kontinuierlich meistern zu können. Zum Ende einer jeden Phase wird der Umsetzungsstand sowie die Zieler- reichung in der KKP Arbeitsgruppe evaluiert und das weiteren Vorgehen sowie die Planungen gemeinsam angepasst.

gez. Katrin Eder

Staatsministerin, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz

gez. David Langner

Vorsitzender des Vorstands, Städtetag Rheinland-Pfalz

gez.Michael Hauer

Staatssekretär, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz

gez. Aloysius Söhngen

Landesvorsitzender, Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz

gez. Daniela Schmitt

Staatsministerin, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

gez. Achim Schwickert

Vorsitzender des Vorstands, Landkreistag Rheinland-Pfalz

gez. Michael Ebling

Staatsminister, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

gez. Wolfgang BühringVKU

Vorsitzender des Vorstands, Verband kommunaler Unternehmen e. V., Landesgruppe Rheinland Pfalz

Anlage 1– Handlungsfelder Kommunaler Klimapakt

Wesentliche Herausforderungen und Handlungsfelder im Rahmen eines Kommunalen Klimapaktes Rheinland-Pfalz

Vorbemerkung: Viele Kommunen sind bereits aktiv im Bereich Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen und bringen Eigenmittel und eigene Ressourcen ein.

Die Arbeitsgruppe Kommunaler Klimapakt hat für den Klimaschutz und die Anpassung an die Klimawandelfolgen Handlungsfelder identifiziert, in denen die Kommunen, das Land, der Bund und die EU sukzessive tätig werden müssen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern (u. a. Klimaschutzziele Land, Bund, EU).

Zur Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele und zur effizienten Gestaltung der nachfolgend vorskizzierten Handlungsfelder benötigen die Kommunen zusätzliche und nachhaltige direkte sowie indirekte finanzielle als auch strukturelle Unterstützung durch das Land, die EU, den Bund, die Wirtschaft – zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die bestehende strukturelle Unterstützung durch die kommunalen Spitzenverbände.

Handlungsfeld	Wichtigste Handlungsbedarfe
1. **Strukturelle Voraussetzungen in den Kommunen/den kommunalen Verwaltungen**	Organisatorische Implementierung als kommunale Querschnittsaufgabe **Personal:** Personelle Verstetigung und Verstärkung auf fachlicher und konzeptioneller Ebene, u. a. nach auslaufender Bundesförderung **Konzepte:** Erstellung/Fortschreibung kommunaler Klimastrategien/ Klimafahrpläne und dazugehörige Fachberatung **Finanzen:** Finanzielle Verstärkung und Entwicklung neuer Finanzierungsmöglichkeiten; Abstimmung Kommunalaufsicht, Flexibilisierung der Haushalte an Projektförderung (Bund/EU)
2. **Instrumente (operative Ebene)**	Implementierung bereits vorhandener Instrumente und deren Weiterentwicklung sowie Einführung neuer Instrumente, insbesondere ein flächendeckendes kommunales Energiemanagement

Handlungsfeld	Wichtigste Handlungsbedarfe
3. Organisations- und Geschäftsmodelle für kommunale Klima-Projekte	Unterstützung bei Entwicklung und Umsetzung (ggf. neuer) Organisations- und Geschäftsmodelle für Projekte in einzelnen Fokusbereichen (Bsp. Energiegesellschaften, interkommunale Kooperationen, AÖR, PPP und Kooperationen v.a. im Bereich EE, Gebäude, Verkehr, Wasserstoff etc.)
4. Nachhaltige Finanzierungsinstrumente	Verbesserung und Ausbau der Finanzierung kommunaler Klimaschutz- und Klimawandelfolgenanpassungsmaßnahmen Entwicklung neuer Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. Intracting, Nahverkehrsabgabe) Schaffung von Finanzierungs-Modellen auf Basis Lebenszykluskostenrechnung inklusive Berücksichtigung einheitlicher CO_2-Folgekosten
5. Klimagerechte Bauleitplanung	Unterstützung bei der stärkeren Berücksichtigung von Klimaschutz- und Klimawandelfolgenanpassungsaspekten in der kommunalen Bauleitplanung (u. a. Flächeninanspruchnahme) im Rahmen der bauplanungsrechtlichen Abwägung Aufzeigen von Best-Practice-Beispiele Überprüfung vorhandener / Vorgabe neuer raumordnerischer Ziele und Grundsätze mit Bezug zu (kommunalem) Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen.
6. Klimagerechte Kommunalentwicklung	(Fachliche und finanzielle) Unterstützung insbesondere bei den folgenden Handlungsfeldern: Umsetzung einer klimagerechten Verkehrsentwicklung, u. a. Stärkung des Umweltverbunds, Aufbau Ladeinfrastruktur, nachhaltige City-Logistik, klimaorientierte Verkehrsplanung, etc. Stärkung der grünen, blauen und beigen Infrastruktur Stärkung der Klimaresilienz der KommunalwälderEtablierung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Kreislaufwirtschaft/BaumaßnahmenAnpassung der Ver- und EntsorgungsinfrastrukturHochwasser- und Starkregenvorsorge, Erstellung von örtlichen Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzepten Hitzeschutz im öffentlichen Raum und Erarbeitung von Akutmaßnahmen im Sinne eines Hitzeaktionsplans (unter Berücksichtigung von Worst-Case-Szenarien) Entwicklung konzeptioneller Grundlagen für Maßnahmenplanung Naturnahe, klimaresiliente Renaturierung

Handlungsfeld	Wichtigste Handlungsbedarfe
7. Klimafreundliche kommunale Beschaffung	„Klimafreundliche“ Rahmenverträge für kommunale Beschaffungen sowie Musterausschreibungen jeweils für branchenspezifische Lieferungen und Leistungen, die zugleich praxisgerecht und rechtssicher sind Entwicklung von Kriterien für eine klimagerechte Vergabe (Leistungsbeschreibung) Beratung/Schulung der Vergabestellen Standardisierung von Verwaltungsvorschriften und Handlungsleitfäden
8. Prozessoptimierung Klimaförderung	Ausbau der auf Klimamaßnahmen spezialisierten strukturellen und bedarfsgerechten Förder- und Vergabeberatung und Prozessbegleitung Aufbau einer ressortübergreifenden digitalen Förderdatenbank Erleichterung des Zugangs zur Förderung durch Bürokratieabbau/ unkomplizierte Förderprogramme Verbesserung des Fördermittelmanagements (z. B. „Lotsenstellen“)
9. Klimagerechte Kommunalhaushalte	Kommunale Haushalte „fit machen“ für die Bewältigung der Anforderungen aus Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen u. a. durch gezielte Schulungsprogramme und Haushaltstools Schaffung und Ausweitung finanzieller Handlungsspielräume Identifizierung und Behebung haushälterischer Hindernisse Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Divestmentstrategien
10. Strukturierte Aus-, Fort- und Weiterbildungen zu Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung	Zielgerichtete und qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung (u. A. der Hauptamtlichen; Sensibilisierung des Ehrenamts in Räten und Ausschüssen sowie Aus- und Fortbildung von Dienstleistern für Kommunen, wie z. B. Planungsbüros und Handwerksbetriebe)

Handlungsfeld	Wichtigste Handlungsbedarfe
11. **Unterstützung bei der Klimakommunikation auf allen Ebenen**	Motivation von Bürger*innen und Unternehmen zum Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung; Unterstützung der Kommunen bei der Akzeptanzsteigerung Intensivierung und Fortentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit, inklusive öffentlicher Beteiligungsprozesse, wie z. B. Einbindung in Fachforen zur Erarbeitung und Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen
12. **Monitoring, Steuerungsinstrumente**	Fortschritte im Klimaschutz und bei der Klimawandelfolgenanpassung transparent machen und evaluieren Indikatorensystem (Impact- und Response-Indikatoren)/Checklisten erarbeiten
13. **Bündelung der klimabezogenen Aktivitäten aller relevanten Akteure**	Optimierung der Vernetzung der klimabezogenen Aktivitäten aller relevanten Akteure: „effizientes Netzwerken“; Bündelung der Aktivitäten, Vermeidung von Doppelstrukturen, Nutzung von Synergieeffekten Etablierung einer operativen KKP RLP Koordinationsplattform

Anlage 2

Bedarfsorientierte Beratungsleistungen für KKP-Kommunen:

- Die teilnehmenden KKP-Kommunen[1] erhalten **eine substantielle und intensive (Umsetzungs-) Beratung im Bereich Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung**
- Je nach Bedarf zur Verfügung stellen von **Instrumenten und Tools** (bspw. für Energiemanagement etc.)
- Konkrete Unterstützung beim **Beantragen und Abrufen von Bundes- und Landesfördermitteln im Bereich Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung**
- Gemeinsame **Erarbeitung von Klimaschutz- und Klimawandelfolgenanpassungsstrategien für teilnehmende KKP-Kommunen**
- Individuelle Unterstützung bei der Initialisierung und Planung der Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an die Klimawandelfolgen zum **effizienten und strukturierten Einsatz der Mittel des angekündigten kommunalen Investitionsprogramms**.

[1] Abhängig von den personellen und organisatorischen Kapazitäten sowie den vorhandenen Haushaltsmitteln.

Kommunaler Klimapakt RLP (KKP)
Beitritt der Verbandsgemeinde Gerolstein

-Vorschläge für Ziele und Maßnahmen der VG Gerolstein -

Die folgenden Ziele & Maßnahmen haben wir aus der Orientierungshilfe, welche den Kommunen zum KKP zur Verfügung gestellt werden, entnommen, teilweise an die VG angepasst und begründet. Diese Orientierungshilfe ist dieser Vorschlagsliste als Anlage beigefügt.

Im Rahmen des Kommunalen Klimapaktes Rheinland-Pfalz (KKP) soll die Verbandsgemeinde sich auf fünf wesentliche Ziele / Maßnahmen konzentrieren, welche in der Beschlussfassung des Verbandsgemeinderates benannt werden sollen und in der Beitrittserklärung aufzuführen sind. Die Umsetzung der Maßnahmen soll in der ersten Stufe in den Jahren 2023 und 2024 erfolgen. Das Land beabsichtigt im Jahre 2024 eine Fortschreibung des KKP.

Aus Sicht der Verwaltung könnte die Verbandsgemeinde Gerolstein folgende Ziele und Maßnahmen im Rahmen der ersten Stufe des Kommunalen Klimapaktes RLP auf den Weg bringen bzw. durchführen.

1) Klimaschutzstrategie /-konzept für die VG Gerolstein einschl. Optimierung der verwaltungsinternen Abläufe:

- Erstellung eines Leitbildes für die klimagerechte Weiterentwicklung der Verbandsgemeinde Gerolstein sowie Berücksichtigung des Klimaschutzes als auch der Anpassung an Klimawandelfolgen bei allen relevanten kommunalen Entscheidungen und Planungsprozessen
- Erarbeitung von Strategien, Fahrplänen oder Konzepten im Bereich Klimaschutz / Anpassung an Klimawandelfolgen
- Etablierung von Verfahrensweisen zum Schutz der Prioritäten für die Anpassung an Klimawandelfolgen.
- Integration der im eigenen Leitbild / in der eigenen Strategie entwickelten Prioritäten in allen betroffen kommunalen Verwaltungsaufgaben (Aufbau- und Ablauforganisation)
- Etablierung ressortübergreifender Arbeitsgruppen, Lenkungskreisen, Expertengremien zur Bearbeitung von Schwerpunktthemen
- Schulung aller Mitarbeiter:innen in Sachen Klimaschutz (Etablierung Klimaschutz als eigene ständige Aufgabe der VG durch externe Anbieter per Inhouse Seminaren und Workshops)

Erläuterungen:
Es ist notwendig, dass man sich auf politischer Ebene klar zum Klimaschutz / Anpassung an Klimawandelfolgen bekennt und zukünftige Entscheidungen unter Berücksichtigung dieser Punkte trifft.
Es sollte eine Strategie entwickelt werden, welche Maßnahmen als nächstes angegangen werden und wie die Festlegung von Prioritäten bei den in Aufstellung befindlichen Konzepten (Hochwasser- und Starkregenschutzkonzept, Radverkehrskonzept, pp) aussehen soll.
Diese politischen Entscheidungen müssen sodann in der bestehenden Verbandsgemeindeverwaltung integriert werden und zwar als eine dauerhafte Aufgabe der Verwaltung. Dies muss in allen Sachgebieten der Verwaltung integriert und etabliert werden.

2) Einführung / Optimierung eines systematischen Energiemanagements

- Optimierung des bereits vorhandenen Energiemanagements (z.B. durch Automatisierung einzelner Abläufe wie Verbrauchserfassung oder Auswertung durch neue Software)
- Intensivierung der Schulungen aller verantwortlichen Personen / Nutzern zu einem klimagerechten Verhalten.

Erläuterungen:
In der Verbandsgemeinde werden eine Vielzahl von kommunalen Gebäuden vorgehalten. Ein systematisches und möglichst automatisiertes Energiemanagement sollte zeitnah aufgebaut werden, um Klimaschutzmaßnahmen messbar zu machen bzw. entsprechende Abweichungen / Unregelmäßigkeiten zeitnah zu erkennen.
Vor allem aber das Nutzerverhalten in den vielseitigen Einrichtungen wird entscheidend auf den Energieverbrauch Einfluss haben, so dass die Nutzer auch in öffentlichen Gebäuden sensibilisiert werden.

3) Realisierung / Beteiligung / Betreibung von Erneuerbare Energien -Anlagen:

- Vollständige systematische Erfassung der Potenzialflächen für Dach-PV-Anlagen auf den kommunalen Liegenschaften
- Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf den gemeindeeigenen kommunalen Dachflächen
- Kommunale Beteiligung an einem WEA- oder PV-Projekt im Gebiet der VG Gerolstein
- Analyse der Potenziale für Biomasse-Energieerzeugung mit Wald(rest)holz aus dem eigenen Gemeindegebiet

Erläuterungen:
Den eingeschlagenen Weg durch die Errichtung einer eignen Sparte „Energie“ im Bereich der Verbandsgemeindewerke sollte konsequent fortgeführt werden. Gebäude und Anlagen der gesamten Verbandsgemeinde sollten bewertet werden und sukzessiv mit PV-Anlagen ausgestattet werden.
Mit der in Aufstellung befindlichen Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für erneuerbare Energien werden derzeit die Voraussetzungen für die Realisierung von Windenergieprojekten und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geschaffen. Es sollte intensiv geprüft werden, ob eine kommunale Beteiligung ins Auge gefasst werden kann.
Unter Berücksichtigung der hohen Waldanteile sollte die Verbandsgemeinde sich Gedanken machen, ob und inwiefern eine eigene Energieerzeugung möglich ist.

4) Unterstützung u. Schaffung von attraktiven Maßnahmen im Bereich der Mobilität in der VG Gerolstein

- Schaffung von attraktiven Gemeinschaftsverkehr-Maßnahmen durch z. B. Mitfahrerbänke, Mitfahrer-Plattformen, Schaffung und Unterstützung von Carsharing-Angeboten, Schaffung eines Systems von öffentlich verfügbaren Leihfahrrädern
- Verbesserung des Angebotes von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und ÖPNV-Haltestellen
- Ausbau des Radwegenetzes für den Alltagsverkehrs
- Ausbau der Ladeinfrastruktur

Erläuterungen:
Der ÖPNV ist Aufgabe des Landkreises und kann daher von der Verbandsgemeinde nur bedingt beeinflusst werden. Die anderen Verkehre sollten aber von uns in den Blick genommen werden, um Möglichkeiten zu schaffen, Mobilität auch in unserer ländlich geprägten Region anders zu denken.
Die v. g. Maßnahmen sind bereits in Teilen in der Umsetzung. Diese sollten fortgeführt werden und in Abstimmung mit der Bevölkerung geklärt werden, welche weiteren Angebote nachgefragt und genutzt werden könnten.

5) Energetische Sanierung / Optimierung von Gebäuden:

- Energetische Grundsanierung kommunaler Liegenschaften;
- Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z.B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u.ä.)
- Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften;

Erläuterungen:
Leider befinden sich immer noch eine Vielzahl von Gebäuden in der VG Gerolstein in einem Zustand, der energetisch alles andere als optimal bezeichnet werden kann. Es sollte insofern eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, welche energetischen Sanierungen in naher Zukunft angegangen werden.
Hierbei sollten nicht nur sehr kostenintensive Generalsanierungen in den Blick genommen werden, sondern auch kleine Maßnahmen, die eine schnelle Verbesserung mit sich bringen.

Im Rahmen der politischen Willensbildung stehen wir anderen alternativen Zielen / Maßnahmen offen gegenüber. Wir haben uns bei der Entscheidung für diese Ziele / Maßnahmen von den verschiedenen politischen Beratungen und Entscheidungen leiten lassen. Diese Ziele / Maßnahmen waren in vergangenen Sitzungen der VG Gerolstein bereits Gegenstand einer Beratung gewesen.

Im Rahmen der Sitzung des BPU werden wir auch darstellen, warum wir die anderen Themen im ersten Schritt nicht enger in den Blick genommen haben.

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

Die nachfolgende Zusammenstellung dient ausschließlich dazu, Ihnen die Auswahl und kurze Beschreibung Ihrer individuell angestrebten Ziele und Maßnahmen in der Beitrittserklärung zu erleichtern. Sie enthält eine Vielzahl möglicher und oft gewählter Maßnahmen zum Klimaschutz bzw. zur Klimawandelanpassung. Selbstverständlich können Sie auch andere, selbst gewählte Maßnahmen nennen, die hier nicht aufgeführt sind.

Ob und wie eine der hier genannten oder von Ihnen ausgewählten Maßnahmen unter das KIPKI fällt bzw. über die einschlägigen Förderprogramme finanziert werden kann, richtet sich ausschließlich nach der KIPKI-Positivliste bzw. den jeweiligen Förderrichtlinien.

Beispielhafte Maßnahmen zur kommunalen Anpassung an Klimawandelfolgen

Ziele	**Maßnahmen**	**Weitere Informationen**
Strukturen und Zusammenarbeit schaffen		
Etablierung des politischen Willens und der Handlungsmotivation in der Verwaltung zur Anpassung an Klimawandelfolgen	• Formulierung eines Leitbildes zur klimagerechten Kommunalplanung (nachhaltige Planung unter Berücksichtigung von (Klimaschutz und) Anpassung an Klimawandelfolgen) • Berücksichtigung der Anpassung an Klimawandelfolgen bei allen relevanten kommunalen Planungsprozessen, Strategien, Strukturen und Zielen • Etablierung von Verfahrensweisen zum Schutz der Prioritäten für die Anpassung an Klimawandelfolgen	

Institutionalisierung eines Klimawandelanpassungs-managements	• Zuständigkeit mind. einer Person für die Bearbeitung des Themas „Anpassung an Klimawandelfolgen“ (z. B. Klimawandel-Anpassungsmanager*in) • Etablierung von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen, Lenkungskreisen, Expertengremien o. Ä. zur Bearbeitung von Schwerpunktthemen, wie bspw. Erarbeitung und Umsetzung Hitzeaktionsplan, Wassermanagement, etc. • Schulung von Verwaltungsmitarbeiter*innen zum Thema Klimawandel und Anpassung an Folgen	
Ausbau der Öffentlich-keitsarbeit und Partizipation	• Identifikation von relevanten Stakeholdern sowie Zielgruppen und Einbindung in die Erarbeitung der Klimaanpassungsstrategie • Erarbeitung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie zur klimagerechten Stadtentwicklung; Festlegung von Zielen, Beteiligten und Motivationspotentialen der Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation • Implementierung und kontinuierliche Pflege einer expliziten Klimawandelseite auf der kommunalen Homepage, die (Klimaschutz und) Anpassung an Klimawandelfolgen adressiert und über Aktivitäten zum Thema sowie Fortschritt von Prozessen berichtet (bspw. Sachstandsberichte der Strategie zur Anpassung an Klimawandelfolgen) • Durchführung von Aushandlungs- und Beteiligungsformaten zur Partizipation unterschiedlicher Akteur*innengruppen (Kommunen, Umwelt- und Wirtschaftsverbände, Vereine, Initiativen, Unternehmen, Bürger*innenforen / -räte etc.) • Umsetzung eines Projektes zur Anpassung an Klimawandelfolgen (z. B. Begrünung, Entsiegelung, Hitzeminderung, Starkregenvorsorge) zwischen Kommunalverwaltung und Bürger*innen • Umgestaltung eines öffentlichen Gebäudes / Platzes. Nutzung der modellhaften klimagerechten Umgestaltung zur Sensibilisierung der Bevölkerung • Kriteriengeleitete Evaluation und ggf. Nachjustierung der Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation	

Klimawandelfolgen erfassen		
Durchführung von Betroffenheits- und Vulnerabilitätsanalysen zu einzelnen Sektoren bzw. Klimarisiken (Starkregen, Hitze, Dürre)	• Verwendung von Hochwasser- und Starkregengefährdungskarten zur Identifikation von Entstehungsgebieten und Abflussbahnen sowie Ableitung von Betroffenheiten • Erstellung von Karten zur Visualisierung der Wohn- und Aufenthaltsorte besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen und kritischer Infrastrukturen in Bezug auf Hitze- und/oder Starkregenereignisse sowie Ableitung von Betroffenheiten • Identifikation von Gewässerstrecken, die Defizite in Strukturen, Engstellen, Gefahrenpunkte und Notabflusswege aufweisen sowie Ableitung von Betroffenheiten • Ableitung von Maßnahmen in der Fläche sowie an Gewässern, zur Berücksichtigung bei Planungen in Land- und Forstwirtschaft, der regionalen und kommunalen Planung sowie der Straßenbauplanung • Erstellung von Stadtklimagutachten und Kaltluftsimulationen zur Identifikation und Beschreibung von lokal und regional relevanten hitzebedingten Risiken • Nutzung interaktiver Unterstützungstools zur Bewertung individueller Vulnerabilität und Effektivität geplanter Maßnahmen	[1] [2,3] [4–6]
Erstellung einer ganzheitlichen Klimarisikoanalyse (Starkregen, Hitze, Dürre)	• Erstellung einer Klimarisikoanalyse nach DIN EN ISO 14091: 2021 unter Berücksichtigung der folgenden Schritte: • Vorbereitung: Definition von Zielen und Ergebnissen, Bestandsaufnahme (Festlegung des Kontextes), Zusammenstellung des Projektteams, Festlegung des Anwendungsbereiches und der Methodik, Planung der Durchführung • Durchführung: Screening der Klimawandelfolgen, Erstellung von Wirkungsketten, Zusammenstellung von Daten und Ermittlung von Indikatoren, Analyse und Bewertung der Auswirkungen, Bewertung der Anpassungskapazität, Interpretation der Ergebnisse • Nachbereitung: Zusammenstellung zentraler Ergebnisse, zielgruppenspezifische Kommunikation der Ergebnisse	[7,8]

Integration der Anpassung an Klimawandelfolgen in Planungsinstrumente (Bauleit- und Flächennutzungsplanung)	• Beschluss zur Durchführung eines „Climate Proofing“ bei jeder Planung auf Basis vorliegender Planungsgrundlagen oder neu zu erstellender Gutachten (bspw. Auswirkungen der Maßnahme auf Temperaturen, Niederschlagsabfluss, Versickerung, Biodiversität im Stadtgebiet). Eine Verschlechterung ist nicht zulässig • Integration von Maßnahmen zur Anpassung an Klimawandelfolgen in Bebauungsplänen (z. B. Begrünungsmaßnahmen (Dach-, Fassadenbegrünung), Schottergarten-Verbot, Vorgaben zur Regenwasserversickerung, etc.) • Erstellung eines Fachkatasters für Maßnahmen zur Anpassung an Klimawandelfolgen zur Anwendung in GIS. Berücksichtigung des Fachkatasters bei allen zukünftigen Planungen • Sicherung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftschneisen als langfristige Vorbehaltsflächen	[9,10]
Anpassungsmaßnahmen ausarbeiten		
Etablierung bzw. Erhöhung der Starkregenvorsorge	• Erstellung eines örtlichen Hochwasservorsorgekonzeptes • Organisation in einer Hochwasserpartnerschaft • Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen im Außenbereich: Umsetzung von Maßnahmen zum natürlichen Hochwasserrückhalt (z. B. durch Renaturierung von Gewässern), Flächensicherung für den Hochwasserschutz, Umsetzung der Empfehlungen des Informationspaketes zur Hochwasservorsorge des Landesamtes für Umwelt RLP • Veränderung oder Entfernung von Engstellen innerörtlicher Gewässer (abflussbehindernde Einbauten wie Brücken, Stege, Mauern, etc.) • Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau des dezentralen Regenwasserrückhaltes (Versickerung, Retention und Ableitung großer Niederschlagsmengen) • Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen zum Schutz kommunaler Liegenschaften (im Gebäude, am Gebäude und um das Gebäude herum) • Optimierung Katastrophenschutz: Verbesserung der Feuerwehreinsätze (z. B. Darstellung speziell zu überwachender Einsatzstellen), Verbesserung der Warnung der Bevölkerung (Einführung eines Sirenensignaltons für Hochwasser/Starkregen, Festlegung einer Meldekette zwischen Ortschaften,	[11,12]

	Installation örtlicher Pegel zur Präzisierung der Kommunikation), Ergänzung eines gemeindlichen Notfallkonzeptes im Alarm- und Einsatzplan Hochwasser	
Etablierung bzw. Erhöhung der Hitze- und Dürrevorsorge	• Etablierung eines Bereitschaftsdienstes für hitzevulnerable Personen, welcher während Hitzewellen telefonische und persönliche Betreuung und Einkaufshilfe leistet; Mobilisierung von Hilfsorganisationen zur Unterstützung im Akutfall • Etablierung eines Warnsystems der Bevölkerung vor extremer Hitze • Erstellung eines Akut- und Vorsorgeplans zur Bewältigung extremer Dürre: Bewässerungskonzept, Akutplan für Landwirtschaft- und Gewässerschutz, Waldbrandschutz, Akut-Maßnahmen zum Schutz des Grund-/Trinkwassers, stehender und Fließgewässer • Umsetzung von Elementen eines Schwammstadtkonzeptes zur Erhöhung des Regenwasserrückhalts, der Verdunstungsleistung, der Grundwasserneubildung und der Wasserverfügbarkeit - auch unter Nutzung von Grauwasser (z. B. Anlage von Tiefbeeten, begrünten Mulden, Baumrigolen) • Umwandlung von grauer in eine grün-blaue Infrastruktur (Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsflächen, Stadtplätzen, Brachflächen, Quartieren sowie Anlage von Wasserflächen) • Errichtung von Trinkwasserbrunnen • Erarbeitung eines Hitzeaktionsplans und Beschluss zur Umsetzung: Festsetzung von Akutmaßnahmen mind. bei Eingang der Warnstufe 2 des Deutschen Wetterdienstes und Formulierung mittel-/langfristiger Maßnahmen zur Minderung der Erwärmung des Siedlungsgebietes	[13]
Erarbeitung spezifischer Anpassungsstrategien	• Bewahrung und Erhöhung der grünen Infrastruktur: Erstellung eines Baum- und Grünflächenkatasters, Erarbeitung und Beschluss einer Grünflächen-Strategie zum Erhalt, zur klimagerechten Pflege und Anpassung sowie zum Ausbau der kommunalen Grünflächen, Vernetzung bestehender Grün- und Freiräume • Erarbeitung einer Strategie zum Wassermanagement: Berücksichtigung des veränderten Niederschlagsregimes, Installation von Speichersystemen für Niederschlagswasser, Bewahrung der Trinkwasserneubildung, Schutz von Wasserorganismen, Ableit-, Retentions- und Versickerungsplan zur Starkregenvorsorge, Bewässerungsplan für Grünflächen	

	• Berücksichtigung des Klimawandels und Integration entsprechender Maßnahmen zur Anpassung in Tourismus-, Wald-, Einzelhandelsstrategien etc.	
Erarbeitung einer ganzheitlichen Anpassungsstrategie	• Erstellung und Beschluss einer ganzheitlichen Strategie zur Anpassung an Klimawandelfolgen, die integrativ mit anderen Politiken, Strategien und Planungen harmonisiert ist: Qualitative und quantitative Zielsetzungen, z. B. Minimierung von Umweltrisiken, Schutz der Bevölkerung, Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Multikriterielle Prüfung der Maßnahmen hinsichtlich Wirksamkeit, Robustheit, Nachhaltigkeit, finanzielle Tragbarkeit, Flexibilität, positiver Nebeneffekte. Erarbeitung eines Fahrplans mit festgelegten Zeithorizonten für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen.	[8,14]
Monitoring, Evaluation und Nachsteuerung etablieren		
Überwachung von Klimawandelfolgen und Nachjustierung von Anpassungsmaßnahmen	• Dokumentation und Auswertung von Schäden, die durch extreme Witterungsereignisse und andere Klimawandelfolgen entstanden sind sowie Veränderungen durch umgesetzte Maßnahmen • Einführung eines Monitorings zur Erfassung der Erkrankungen durch Hitze • Festlegung von Zielpunkten, die eine Bewertung und Nachjustierung der Anpassungsmaßnahmen erlauben (Regelmäßige Erfassung von Erfolgen / Misserfolgen) • Überprüfung der Maßnahmen zur Anpassung (z. B. Klimaberichte, Nachsteuerung)	

1. Starkregengefahrenkarten Landesamt für Umwelt RLP; https://lfu.rlp.de/de/startseite/2021/starkregenkarten/.
2. Anforderungen an Die Berücksichtigung Klimarelevanter Belange in Kommunalen Planungsprozessen. Leitfaden Für Kommunen.
3. Mergner, S.; Platz, F.; Hofstetter, Dr. W.; Kleber, Dr. A.; Blättner, B.; Grewe, Prof. Dr. H.A.; Rosin, V.; Schoierer, Dr. J.; Mertes, H. Hitzevulnerable Stadtgebiete in Worms 2022.
4. Future Cities Adaptation Compass Available online: http://www.future-cities.eu/project/adaptation-compass/.
5. Klimalotse Available online: https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/werkzeuge-der-anpassung/klimalotse.
6. Urban Adaptation Support Tool Available online: https://climate-adapt.eea.europa.eu/en/knowledge/tools/urban-ast/step-0-0.
7. Prost, L.; Voß, M.; Kahlenborn, W.; Schnauser, I. *Klimarisikoanalysen auf kommunaler Ebene. Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der ISO 14091*; DIN Deutsches Institut für Normung e. V., UBA, Eds.; 2022;
8. *Anpassung an die Folgen des Klimawandels – Anforderungen Und Leitlinien Zur Anpassungsplanung Für Kommunale Verwaltungen Und Gemeinden (ISO/TS 14092:2020)*; DIN Deutsches Institut für Normung e. V., Ed.; Beuth Verlag, 2020;
9. Witte, H.A. Klima-Check in der Bauleitplanung. 53.
10. Jacoby, C.; Beutler, K. Konzeptioneller-Leitfaden-Klimafolgenabschaetzung-Zum-Fn-Stand-06-13.Pdf 2013.
11. *Leitfaden. Der Weg zum örtlichen Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzept [ÖHSVK]*; Kompetenzzentrum Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement, Ed.; 2022;
12. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM); Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge(IBH) *Leitfaden zur Erstellung örtlicher Hochwasservorsorgekonzepte für Starkregenereignisse in ländlichen Mittelgebirgslagen*; 2017;
13. Janson, D.; Rosin, V.; Jordan, H.A. Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Städte und Kommunen. 44.
14. DAS Merkblatt Nachhaltiges Anpassungsmanagement.

Beispielhafte Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz

Ziele	Maßnahmen	Weitere Informationen
Willensbildung, Leitbilder, Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation		
Leitbilder und Klimaschutzstrategie/-konzept für die Kommune	• Erstellung eines Leitbildes für die klimagerechte Weiterentwicklung der Stadt/Gemeinde/des Landkreises (mit Zielen wie Nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDG21 - Teilziel Klimaschutz, THG-Reduzierung) sowie Berücksichtigung des Klimaschutzes bei allen relevanten kommunalen Entscheidungen und Planungsprozessen; • Erarbeitung, Aktualisierung oder Fortschreibung von Strategien, Fahrplänen oder Konzepten im Bereich Klimaschutz (beispielsweise Klimaschutzkonzept mit konkreten THG-Einsparzielen nach Sektoren unter Einbindung relevanter Interessen-, Akteur- und Zielgruppen; • Fortschreibung eines bereits erstellten Klimaschutzkonzepts unter Einbindung relevanter Interessen-, Akteur- und Zielgruppen; insbesondere Aktualisierung der sektoralen THG-Einsparziele;	
Sensibilisierung und Motivation aller unterschiedlichen Akteursgruppen zum Ergreifen eigener (privater) Anstrengungen zur THG-Reduktion	• Zielgruppengerechte Angebote für Einwohner/innen, Vereine, örtliche Initiativen, Unternehmen, lokale Verbände usw. beispielsweise in Form von Anliegerversammlungen, Foren, jährlicher Klimaschutztag o.ä.; • Unterstützung von Veranstaltungen Dritter mit dem gleichen Ziel (z.B. zur privaten Gebäudebeheizung, zu Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, zur privaten Dach-PV o.ä.); • Hinwirken auf monatliches Angebot einer Energieberatung der Verbraucherzentrale in kommunalen Räumlichkeiten; • Fortlaufende Verbesserung der Information und Sensibilisierung der Rats- und Ausschussmitglieder in allen Klimathemen, z.B. Inhouse-Veranstaltungen;	

Information über die Klimaschutzaktivitäten der Kommune	• Schaffung spezieller Klimaschutz-Themenseiten auf der eigenen Homepage zur Information, Motivation bzw. zur Darstellung aller kommunalen Aktivitäten; • Regelmäßige Durchführung entsprechender Bürgerversammlungen;	
Kommunale Verwaltung: Aufgaben und Funktionen, Organisation, know-how		
Klimaschutzorientierte Optimierung der verwaltungsinternen Abläufe; Klimaschutz als Querschnittsaufgabe	• Integration der im eigenen Leitbild / in der eigenen Strategie entwickelten Prioritäten in alle betroffenen kommunalen Verwaltungsaufgaben (Aufbau- und Ablauforganisation); • Integration von Funktionen wie "Klimaschutzmanagement" oder "Klimalotse" in die Organisation (z.B. Schaffung einer entsprechenden Stabstelle); • Künftig Prüfung aller Kommunalbeschlüsse im Hinblick auf die Klimarelevanz ("Klimacheck", wie u.a. für Bauleitplanung, Verkehrsplanung, Gebäudeplanungen, Vergaben, ÖPNV usw.) • Etablierung ressortübergreifender Arbeitsgruppen, Lenkungskreisen, Expertengremien o.ä. zur Bearbeitung von Schwerpunktthemen; • Schulung aller Verwaltungsmitarbeiter/innen in Sachen Klimaschutz (z.B. Schulungsangebote externer Anbieter, Inhouse-Seminaren oder workshops mit externer Unterstützung)	
Klimafreundliche Beschaffung	• Integration der Lebenszykluskosten in das Beschaffungswesen; • Beschaffung nur noch hocheffizienter elektrischer Geräte; • Entsprechende Schulung der Verwaltungsmitarbeiter/innen bzw. der Vergabestellen;	
Energiemanagement		
Einführung / Optimierung eines systematischen Energiemanagements	• Erstmalige Einführung eines systematischen Energiemanagements • Optimierung des bereits vorhandenen Energiemanagements (z.B. durch Automatisierung einzelner Abläufe wie Verbrauchserfassung oder Auswertung durch neue Software);	

Verbesserung des "Energetischen know-hows" im Haupt- und Ehrenamt	• Schulung aller verantwortlichen Personen (Hausmeister, Liegenschaftsverwaltung) • Schulung auch der ehrenamtlich Verantwortlichen (z.B. für Dorfgemeinschaftshäuser) • Schulung aller Beschäftigten in klimagerechtem Verhalten: Heiz- und Lüftungsverhalten, Stand-by-Stromverbrauch usw.; Einführung verbindlicher Regelungen dazu (z.B. Dienstanweisung);	
Ausbau der Erneuerbaren Energien		
Weitere Potenziale für erneuerbare Energien systematisch herausarbeiten	• Systematische Erfassung der Potenzialflächen für Dach-PV-Anlagen auf den kommunalen Liegenschaften; • Systematische Erfassung der Potenzialflächen für Freiflächen-PV-Anlagen und Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen; • Zeitnahe Fortschreibung der F-Plans zur Schaffung zusätzlicher Potenziale / Flächen für Windkraft und/oder Freiflächen-PV;	
Eigene EE-Anlagen bauen und betreiben oder sich daran beteiligen	• Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf allen geeigneten kommunalen Dachflächen; • Kommunale Beteiligung an einem WEA- oder PV-Projekt im Stadt-/Gemeindegebiet; • Analyse der Potenziale für Biomasse-Energieerzeugung mit Wald(rest)holz aus dem eigenen Gemeindewald; ggf. in Kooperation mit privaten Unternehmen oder einer Bürgergenossenschaft;	
Unterstützung Dritter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien	• Umsetzung eines Gemeinschaftsprojekts zwischen Kommunalverwaltung und Bürger/innen; • Unterstützung der Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft o.ä. mit dem Ziel, z.B. private Dachflächen für PV zu gewinnen;	
Wasserstoff	• Initiierung und Umsetzung von Wasserstoffprojekten	

Bauleitplanung und Stadt-/Gemeindeentwicklung		
Klimafreundliche Bauleitplanung	• Konsequente Priorisierung der Planungsleitsätze (§ 1 und § 1a BauGB) zum Themenfeld Klimaschutz; • Künftig entsprechende Festsetzungen in den B-Plänen (z.B. Pflicht zur Solarnutzung, Kompakte Bauweisen; THG-minimierte Wärmeerzeugung usw.); • Verstärkte Integration klimaschutzrelevanter Maßnahmen in die städtebaulichen Verträge bzw. Erschließungsverträge; • Verstärkte Innenbereichsentwicklung anstelle von Neubaugebieten;	
Kommunale Wärmeleitplanung in Angriffe nehmen; Wärmewende	• Einarbeitung der Verwaltung in die Ziele, Konzepte und Instrumente für eine kommunale Wärmeleitplanung (durch Schulungen usw.); • Einstieg in die Erstellung einer kommunalen Wärmeleitplanung unter Nutzung der (neuen) Fördermöglichkeiten; • Systematische Prüfung auf Potentiale für kalte Nahwärmenetze in Rahmen einer Wärmeleitplanung; Mitverlegung zukunftsfähiger Infrastruktur bei Straßenbauvorhaben (z.B. Leitungen / Leerrohre für Nahwärmenetze);	
Mobilität, ÖPNV, Fuhrpark und Dienstreisen		
Klimagerechter kommunaler Fuhrpark	• Systematische Erfassung der Potenziale für Umstellung des ÖPNV auf THG-minimierte Antriebe; • Erstellung von Leitlinien für die Beschaffung klimagerechter Fahrzeuge bezogen auf die jeweiligen Einsatzbereiche (Dienst-PkW, Einsatzfahrzeuge, ÖPNV, Baumaschinen usw.);	
Klimagerechte Dienst- und Pendlermobilität	• Einführung eines klimagerechten betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Kommune; auch im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschland-Tickets; • Beschaffung von Dienstfahr-/-lastenrädern für lokale Dienstwege;	

Attraktivere Gemeinschaftsverkehre	• Ausbau des ÖPNV-Angebots (ggf. näher erläutern) • Schaffung neuer Mitfahrerparkplätze bzw. von P+R - Parkplätzen; • Einrichtung von Mitfahrerbänke im Stadt-/Gemeindegebiet • Schaffung oder Unterstützung eines öffentlichen Carsharing-Angebots; öffentlichkeitswirksames Bewerben von Sharing-Angeboten; • Bevorrechtigung des ÖPNV an Lichtsignalanlagen	
Mehr Fahrradmobilität in der Kommune	• Digitale Erfassung und Ausbau des Radwegenetzes; • Schaffung oder Unterstützung eines Systems von öffentlich verfügbaren Leihfahrrädern; Nutzung auch für Dienstfahrten; • Verbesserung des Angebots von Fahrradabstellanlagen, vor allem an Bahnhöfen	
Unterstützung klimagerechter privater Mobilität	• Systematische Ermittlung von Standorten für den Ausbau der Ladeinfrastruktur; • Systematische Ermittlung der Potenziale für die Privilegierung von ÖPNV und Radverkehr; ggf. auch für Elektrofahrzeuge; • Schaffung öffentlicher Parkmöglichkeiten, die für klimagerechte Fahrzeuge vorbehalten sind; • Freigabe spezieller vorteilhafter Spuren (z.B. Busspuren) für klimagerechte Fahrzeuge; • Aufbau eines schulischen Mobilitätsmanagements	
Logistik	• Erarbeitung von nachhaltigen Logistik-Konzepten für die sog. „letzte Meile“	

Gebäude / Liegenschaften / Innen- und Außenbeleuchtung		
Energetische Sanierung bzw. Optimierung	• Erstellung energetischer Leitlinien für die Sanierung und den Neubau kommunaler Liegenschaften; • Energetische Grundsanierung kommunaler Liegenschaften; • Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z.B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u.ä.) • Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften;	
Klimafreundliches Bauen	• Einführung von Gebäude-Materialpässe • Einsatz von wiederverwertbaren und neuartigen Baumaterialien	
Stromverbrauch reduzieren	• Forcierte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung; • Vermeidung jeglichen stand-by Verbrauchs durch schaltbare Steckerleisten;	

TOP Ö 8

Kommunaler
Klimapakt
Rheinland-Pfalz

BEITRITTSERKLÄRUNG

DER VERBANDSGEMEINDE | DER STADT | DES LANDKREISES

Gerolstein

ZUM KOMMUNALEN KLIMAPAKT

ZWISCHEN DEM LAND RHEINLAND-PFALZ
UND DEN KOMMUNALEN VERBÄNDEN RHEINLAND-PFALZ

RheinlandPfalz
StädtetagRLP
Landkreistag Rheinland-Pfalz
GStB Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
VKU VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V. LANDESGRUPPE RHEINLAND-PFALZ

BEITRITTSERKLÄRUNG

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, in Rheinland-Pfalz Treibhausgasneutralität in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 zu erreichen. Das Pariser Klimaschutzabkommen gibt vor, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, um die verheerenden Folgen der globalen Erwärmung abzuschwächen.

Das Erreichen dieser Klimaschutzziele bedarf erheblicher Anstrengungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. International, bundes- und landesweit müssen die Treibhausgasemissionen auf ein neutrales Niveau abgesenkt, der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Energieeffizienz und Energieeinsparung entsprechend intensiviert und unsere wertvollen natürlichen Treibhausgassenken geschützt werden. Das erfordert die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Anpassung an die nunmehr unvermeidbaren, bereits spürbaren und zukünftig zu erwartenden Klimawandelfolgen. Beides geschieht insbesondere auf der kommunalen Ebene. Die zwischen der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband der Kommunalen Unternehmen-Landesgruppe Rheinland-Pfalz getroffene Vereinbarung trägt dieser Tatsache Rechnung. Darüber hinaus sind alle gesellschaftlichen Akteure aufgerufen, beim Klimaschutz und der Anpassung an die Klimawandelfolgen aktiv zu werden.

Unsere Verbandsgemeinde/Stadt/unser Landkreis

Gerolstein

möchte einen Beitrag hierzu leisten, indem wir klimagerechtes Handeln (Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen) verstärken und gegenüber kommunalen Akteuren sowie Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Wir forcieren daher unser Engagement im Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimawandelfolgen und bekennen uns zu den Klimaschutzzielen des Landes.

Des Weiteren streben wir an (bitte zutreffendes anzukreuzen)

☒ eine Klimaschutzstrategie und Strategie zur Anpassung an die Klimawandelfolgen zu entwickeln/die Ortsgemeinden bei der Entwicklung zu unterstützen oder

☐ vorhandene Strategien (Klimaschutzkonzept, Konzept zur Anpassung an Klimawandelfolgen, etc.) kontinuierlich anzupassen und weiterzuentwickeln/die Ortsgemeinden dahingehend zu unterstützen.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

Die Verbandsgemeinde/Stadt/der Landkreis Gerolstein
nimmt ihre/seine Rolle in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen ernst und möchte die unten aufgeführten Maßnahmen in Angriff nehmen.

Zu Ihrer Orientierung steht Ihnen hier eine Liste von beispielhaften Maßnahmen zur Verfügung.

Die beitretenden Ortsgemeinden führen ihre Maßnahmen separat in Anlage 1 auf und fügen diese der Beitrittserklärung bei.

Maßnahmen im Klimaschutz*

- zu ergänzen nach Beschlussfassung -

* verpflichtend auszufüllen (maximal vier Zeilen)

Maßnahmen zur Anpassung an die Klimawandelfolgen*

- zu ergänzen nach der Beschlussfassung -

* verpflichtend auszufüllen (maximal vier Zeilen)

Der Verbandsgemeinderat/Stadtrat/Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.02.2023
über den Beitritt zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz beraten und dem Beitritt sowie den Ausführungen der Beitrittserklärung zugestimmt. Der Ratsbeschluss ist der Beitrittserklärung zum Kommunalen Klimapakt beigefügt.

Die Ansprechperson für den Kommunalen Klimapakt ist:

Name: Arno Fasen (Fachbereichsleiter)

E-Mail: arno.fasen@gerolstein.de Tel.: 06591/131024

Gerolstein, 24.02.2023

Ort, Datum Bürgermeister/-in, Oberbürgermeister/-in, Landrat/-rätin

BEITRITTSERKLÄRUNG

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

Hinweis: Diese Seite ist nur von Verbandsgemeinden auszufüllen.

Die Verbandsgemeinde Gerolstein
tritt gemeinsam mit folgenden Ortsgemeinden auf Grundlage der jeweiligen Ratsbeschlüsse, die der Verbandsgemeindeverwaltung vorliegen, dem Kommunalen Klimapakt bei:

Die Beratung in den Gremien der Städte und Ortsgemeinden steht aktuell noch aus. Sobald entsprechende Entscheidungen vorliegen, werden wir diese nachreichen.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

Anlage 1

Hinweis: Diese Seite ist von den beitretenden Ortsgemeinden auszufüllen.

Die Ortsgemeinde
nimmt ihre/seine Rolle in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen ernst und möchte die unten aufgeführten Maßnahmen in Angriff nehmen:

Zu Ihrer Orientierung steht Ihnen hier eine Liste von beispielhaften Maßnahmen zur Verfügung.

Maßnahmen im Klimaschutz*

* verpflichtend auszufüllen (maximal vier Zeilen)

Maßnahmen zur Anpassung an die Klimawandelfolgen*

* verpflichtend auszufüllen (maximal vier Zeilen)

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Bauen und Umwelt	**Datum:**	17.02.2023
Aktenzeichen:	FB 2-	**Vorlage Nr.**	**2-0050/23/17-007**

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ortsgemeinderat	02.03.2023	öffentlich	Entscheidung

Machbarkeitsstudie Bahnhof - Beschluss der zukünftigen Art der Nutzungen

Sachverhalt:

Die Ortsgemeinde Jünkerath hat im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Dorfmoderation auch eine Machbarkeitsstudie zum Bahnhofsgebäude in Auftrag gegeben. Die Vorstellung erfolgte am 07.12.2022 in der öffentlichen Bürgerversammlung. Eckpunkte der Studie waren die von der Gemeinde und auch den Bürgern gewünschten Prämissen. Es galt die Fragestellung der Möglichkeit der technischen Umsetzung unter Beachtung der bautechnischen Gegebenheiten zu klären und zugleich die Kostenstrukturen zu beleuchten.
In vielen Gesprächen der Lenkungsgruppe aus Gemeinderat, Verwaltung, Stadtentwickler, Architekten und ehrenamtlichen Bürgern wurden 3 Varianten herausgearbeitet.

Variante 1: rein öffentliche Nutzung, Rückbau von Teilen der ehem. Bahnhofsgastronomie (Saal) unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Auflagen

EG: Multifunktionsräume der OG, mit Küche, Sitzungssaal
OG 1: Verwaltungsräume für VG /OG
OG 2: Ausbaureserve

Variante 1.1.: wie vor

OG 2 : verwaltungsähnliche Nutzung Polizei, Jugendamt, etc.

Variante 2: rein private Nutzung

Variante 3: gemischte Nutzung incl. Abbruch; wie V1 allerdings mit privatwirtschaftlicher Nutzung
Für private Nutzungen werden keine Fördergelder ausgeschüttet

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat entscheidet sich nach eingehender Diskussion für die Variante 1.1 und beauftragt die Verwaltung zu klären, welche Möglichkeiten der Planungsbeauftragung und Förderung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Finanzierbarkeit durch die Gemeinde bestehen.

Anlage(n):
Präsentation_MBKS_Jünkerath

MBKS Bahnhofsgebäude Jünkerath

#Planungsvarianten



Konferenz am 15.09.2022

Gliederung

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick

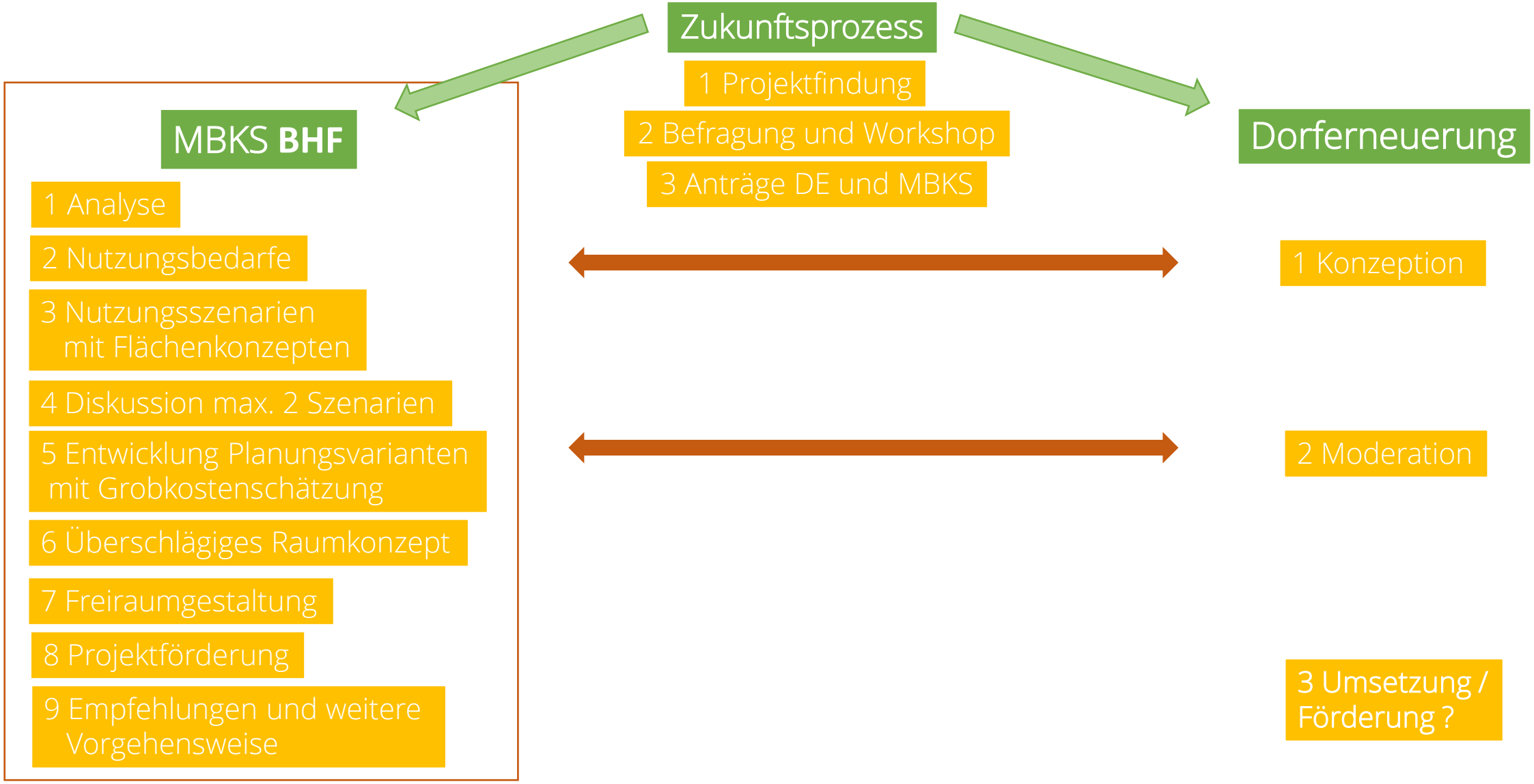


Gliederung

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand



1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand

(Gewünschte) Nutzungen	*Einordnung Trägerschaft*
▪ Öffentliche Verwaltung ▪ Sitzungssaal Gemeinde & Räumlichkeiten Gemeinde ▪ Jugendraum	*öffentlich/ gemeinnützig*
▪ Räumlichkeiten für die Dorfgemeinschaft, Veranstaltungsräumlichkeiten ▪ Tourismus ▪ Co-Working-Space	*öffentlich/ gemeinnützig oder privat / privatwirtschaftlich*
▪ Café – Kiosk – Restaurant (als wachsendes Element) ▪ Arztpraxen & Gesundheitsdienstleistungen	*privat/ privatwirtschaftlich*

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand

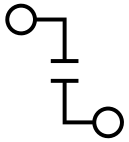


Städtebau + Architektur

Einbindung Dorfgefüge

Berücksichtigung Anforderungen Denkmalschutz, Brandschutz, Gebäudestatik

Belebung/ Einbindung in die Peripherie



Nutzung + Funktion

Nutzungsmix & Synergien

Bedarfs-Abdeckung („Wünsche“)

Strahlkraft nach Außen



Kosten + Wirtschaftlichkeit

Investition & Rendite

Nachfolgekosten & Bewirtschaftung

Gefahr Leerstand

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



2. Vertiefung Einflussgrößen – Dorferneuerung

Zukunftsthemen

Dorfgemeinschaft / Generationen	Dorfbild / Landschaft	Infrastruktur / Tourismus
Bahnhof als lebendiges Ortszentrum	Leerstände beseitigen	Touristische Angebote
Räume für Begegnung und Veranstaltungen	Sauberkeit / Pflege	Digitalisierung
Kinder- und Jugendangebote	Gestaltung Grünflächen	Medizinische Versorgung
Kultur- und Freizeitangebote für alle Generationen	Aufwertung Straßen-/ Fußwege	Einzelhandel
Gastronomie	Aufwertung Wander-/ Radwege	Zukunftsfähiges Wohnen und Arbeiten
Kommunikation und Integration		Nachhaltigkeit und Umweltschutz

2. Vertiefung Einflussgrößen – Dorferneuerung

Zukunftsthemen

- Zukunftsthemen decken viele Nutzungswünsche, insbesondere im und um das Bahnhofsgebäude ab.
- Einbindung von Wander- und Radwegen und anderer (touristischer) Angebote
- Wunsch nach Jugendraum/Seniorentreff
- Entwicklung von einem Dorfgarten und einem Dorfplatz
- Vereinsräume, Gastronomie, Co-Working, Raum für Veranstaltung im Bahnhofsgebäude
- Bahnhof als „lebendiges Ortszentrum“

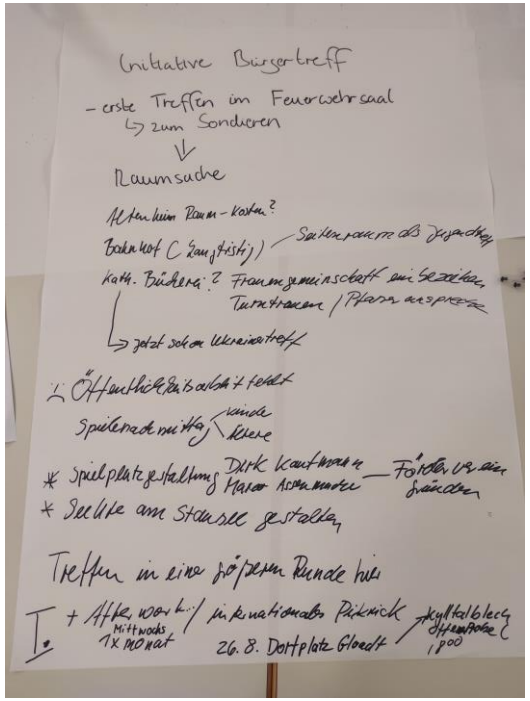


2. Vertiefung Einflussgrößen – Dorferneuerung

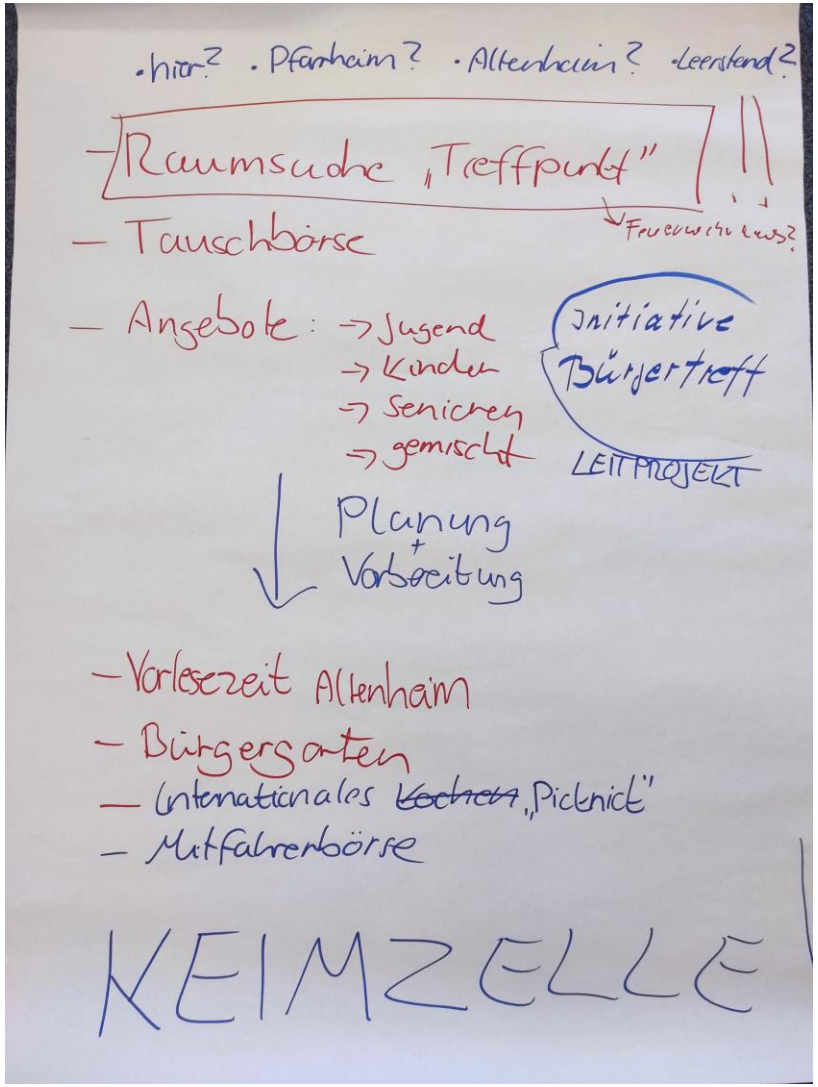
Dorfgemeinschaft & Generationen

„Initiative Bürgertreff“

- Wunsch nach einem (Bürger)treff-punkt
- „Bürgergarten“ und „Picknick“
- „Mitfahrerbörse und -bank“
- Bedarf an Angeboten des Miteinanders (z.B. Stricken oder Spielnachmittage, Frauennachmittage)
- Generationenübergreifende Angebote schaffen
- Forcierung der Öffentlichkeitsarbeit



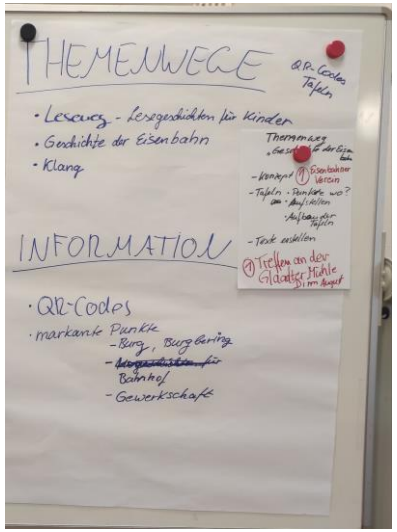




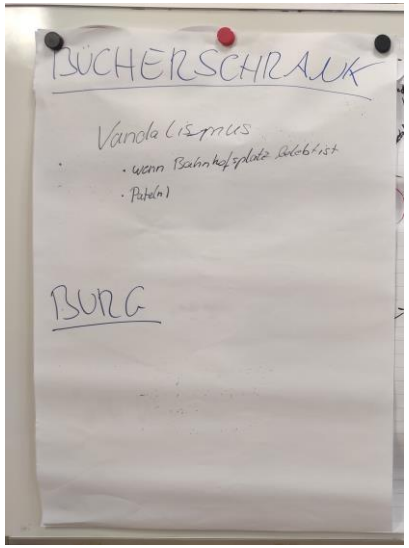
Infrastruktur & Tourismus

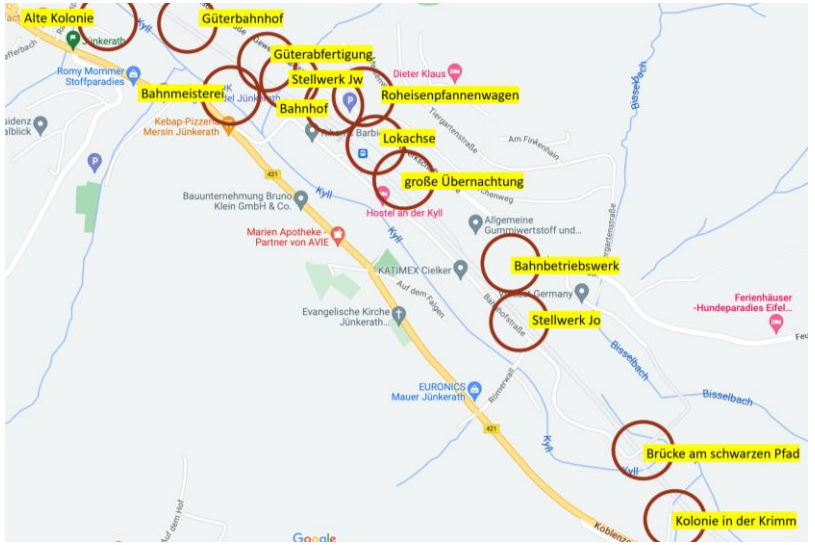
„Themenwege“

- Zentrale Lage im Ortsgefüge und entlang der wichtigsten Haltepunkte
- Informationspunkt/ Anlaufstelle
- Historischer Eisenbahnweg mit Standort u.a. am Bahnhof
- i.V.m. den Themenwegen sollen die bestehenden Wander- und Radwege aufgewertet werden
- Bücherschrank im Bereich des Bahnhofs







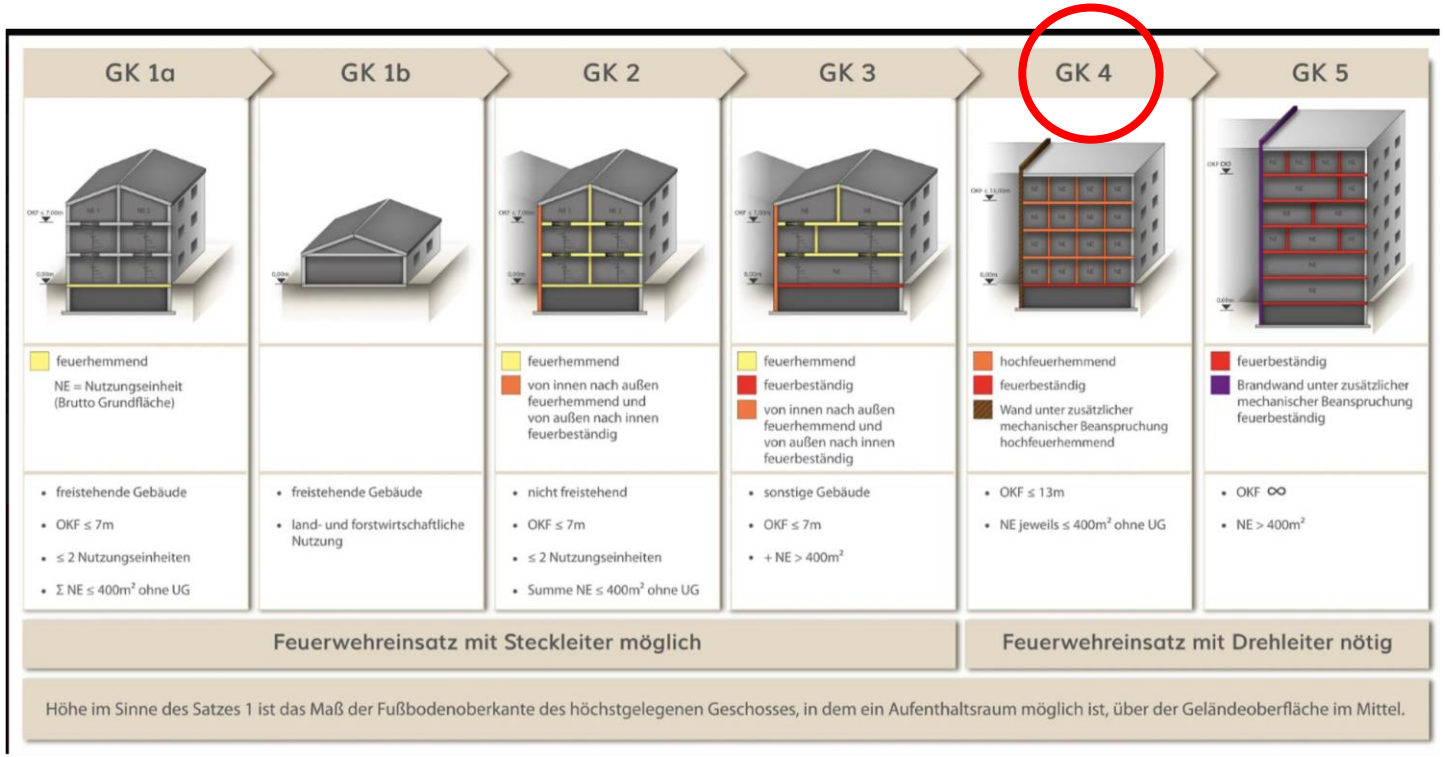


1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



Brandschutz

- Einstufung nach LBauO **Gebäudeklasse 4:** ergibt generelle Anforderungen an den Brandschutz
- **Hochfeuerhemmend**: Tragende und aussteifende Wände/ Stützen in den OG´s, Wände der Treppenräume und Brandwände, Fahrschächte
- **Feuerbeständig**: Tragende und aussteifende Wände/ Stützen in Kellergeschossen, Trennwände zu Räumen mit Explosions- oder erhöhter Brandgefahr, Flure
- Tragende Teile **notwendiger Treppen** sind aus nicht brennbaren Bauteilen auszuführen. Bei Durchführungen von Installationsleitungen durch Bauteile mit Brandschutz-anforderungen sind besondere Vorkehrungen zu treffen.



→ **Brandschutzgutachter** als Fachgutachter wird notwendig bei Weiterbeauftragung/ Umsetzung der Maßnahme



1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - 1a. Mischnutzung mit Abbruch
   - 1b. Private Nutzung ohne Abbruch
   - 1c. Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



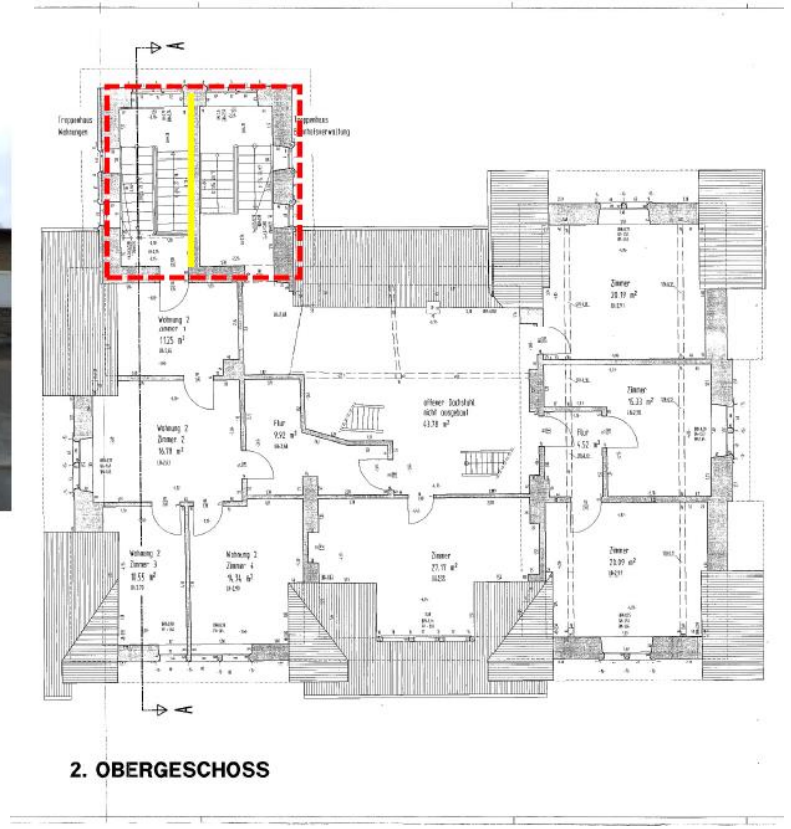
Gebäudestatik

Barrierefreie Erschließung über den Treppenturm:

- Entnahme der vorhandenen Trennwand und der Holztreppe.
- Installation eines innenliegenden Aufzugschachtes (mit aussteifenden Betonkern)
- Notwendig: Installation von neuen Gründungsteilen
- Die Auflager der Treppenläufe könnten mittels Auflagertaschen in den Bestandswänden hergestellt werden.
- Die Außenansicht des Turms würde in ihrer Ursprünglichkeit erhalten bleiben.

I. Erschließungsturm





2. Vertiefung Einflussgrößen – Gebäudestatik

- **Abriss** ist in der Regel **unkritisch**, bedarf aber in diesem Fall der **denkmalschutzrechtlichen Genehmigung**.
- **Erdgeschoss**: Geplante Nutzungen sind nach erster Einschätzung möglich: Massive Gewölbedecke in Teilen preußische Kappendecke haben i.d.R. hohe Lastreserven.
- **Obergeschosse**: Unterschiedliche Betrachtung wegen Nutzungsmix erforderlich: Die Deckenbalken sind wahrscheinlich für damalige Verhältnisse für Nutzlasten von ca. 200kg/m² ausgelegt worden. Für den öffentlichen Verwaltungsbereich werden allerdings gemäß gelt. Vorschriften höhere Nutzlasten gefordert. Verstärkungsmaßnahmen der vorh. Holzbalkendecke sind ggf. notwendig.
- Im Rahmen der Nutzungsänderung werden genaue statische Untersuchungen und Nachweise erforderlich.
- Die bauliche Herausforderung besteht bei vielen Nutzungen darin, dass die vorhandenen Holzbalkendecken unter Berücksichtigung des Brand- und Schallschutzes zu ertüchtigen sind und auch das Schwingungsverhalten der Holzbalkendecken und deren Querschnitte sowie der Allgemeinzustand zu untersuchen ist.
- Auch sollte eine Untersuchung auf evtl. Insektenbefall oder Holzschädlinge durchgeführt.

→ Nähere Ausführungen in der gutachterlichen Stellungnahme.







1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



2. Vertiefung Einflussgrößen – Denkmalschutz

- Die innere Gestaltung des Erschließungsturmes ist frei – auch die Installation eines Aufzuges ist möglich.
- Die äußere Hülle der beiden Hauptgebäude sind in Gestalt und Kubatur zu erhalten.
- Die beiden Erweiterungsbauten sind nicht zwingend erhaltenswert.
- Auch der spätere Innenausbau ist mit der Denkmalpflege abzustimmen. Hier sind Kompromisslösungen denkbar.
- Der Bahnhof besitzt Strahlkraft und erzeugt einen Ensembleschutz – auch für das direkte Umfeld. Die Fernwirkung des Einzeldenkmals ist zu beachten.
- Ökologische Gestaltelemente, auch PV-Anlagen, sind auf und an Ergänzungsbauten im Gesamtkontext denkbar.



1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz

3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung

4. Flächenbilanz
5. Ausblick



3. Planungsvarianten – Grundszenarien & Flächenkonzepte

1

Öffentliche Nutzung

Nutzung ausschließlich durch die öffentliche Verwaltung

- Allgemeine Räume & Sitzungssaal
- Prägestelle
- Dorfgemeinschaft
- Co-Working-Space (Gemeinde)
- Jugendraum

2

Private Nutzung

Ausschließlich privatwirtschaftliche Nutzung

- Café, Gastro, Kiosk
- Co-Working-Space (privat)
- Ärzte & andere Dienstleister
- FeWo, Boutique-Hotel

3

Gemischte Nutzung

Mischung aus Szenario 1 + 2

- Belebung der Erdgeschossebene inkl. Freiraum
- Erschließung von Nutzungsalternativen in den Obergeschossen

Jeweils mit Konzeptvariante Teilabriss der Ergänzungsbauten & Konzeptvariante Bestandserhaltung

3. Planungsvarianten – Grundszenarien & Flächenkonzepte

Varianten Abriss

EG	Verw. OG Dorfg., Jug	Nr. 1.1
OG 1	Verw. VG Tourist.B.	+
OG 2	Reserve, CoWork.	✓

EG	Gastro m. Veranst.	Nr. 2.1
OG 1	Wohnn./ FeW/CoW	~
OG 2	Wohnn./ FeW/CoW	✓

EG	Gastro Dorfg., Jug	Nr. 3.1
OG 1	Verw. OG + VG	++
OG 2	Reserve, CoWork.	✓

1 Öffentliche Nutzung

2 Private Nutzung

3 Gemischte Nutzung

Varianten Bestand

EG	OG, Dorfg. Tour., Jug.	Nr. 1.2
OG 1	Verw. VG	~
OG 2	Reserve, CoWork.	✓

EG	Gastro m. Ver., CoW	Nr. 2.2
OG 1	Wohnn./ FeW, Hotel	++
OG 2	Wohnn./ FeW, Hotel	✓

EG	Verw. Gastro,Jug	Nr. 3.2
OG 1	Verw. OG,VG, T.	~
OG 2	Reserve, CoWork.	✓

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz

3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung

4. Flächenbilanz
5. Ausblick



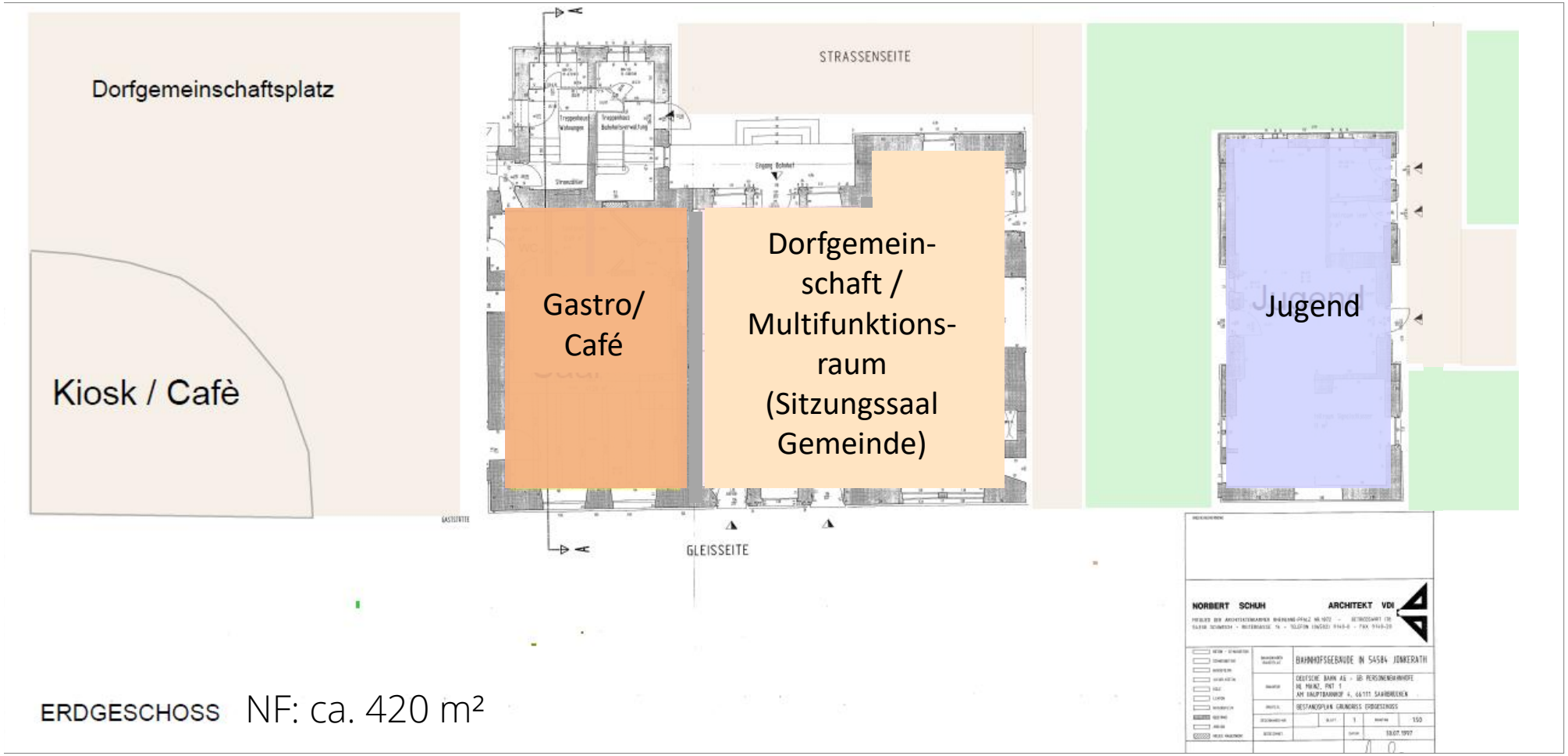
Gemischte Nutzung

3

<u>Priorität 1:</u> Planungsvariante 3.1: Abbruch der Ergänzungsbauten

3. Planungsvarianten– Mischnutzung mit Abbruch

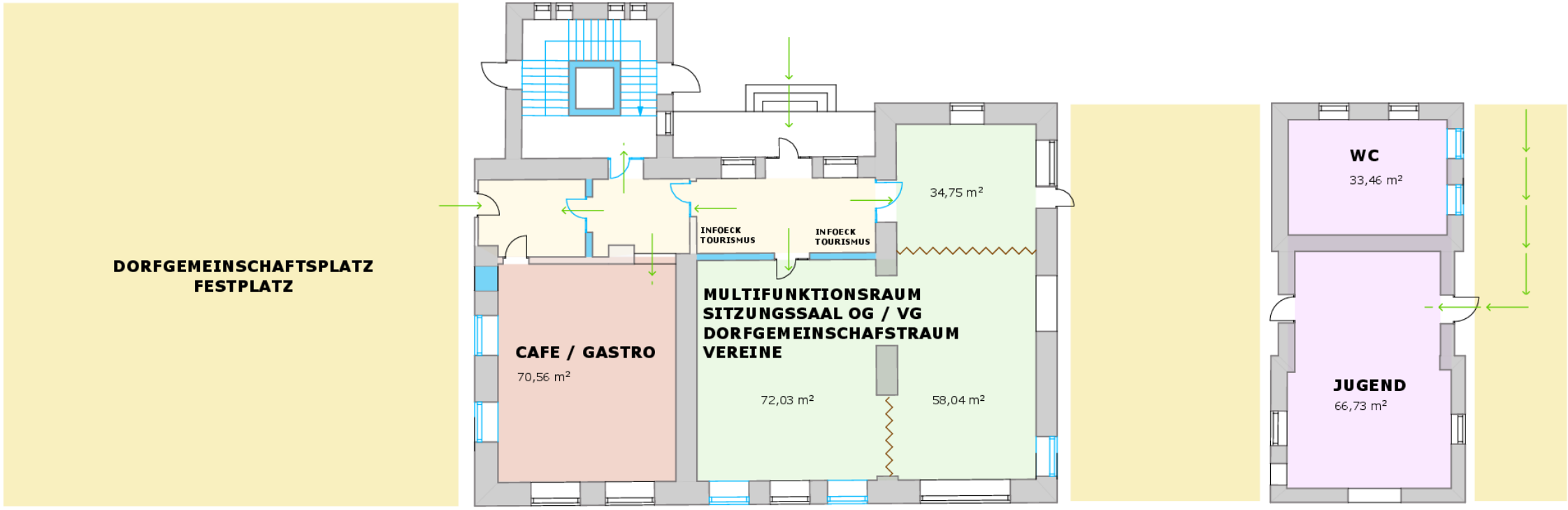
Szenarien – Grundsatzszenario GN // Flächenkonzept 3.1 // EG



ERDGESCHOSS NF: ca. 420 m²

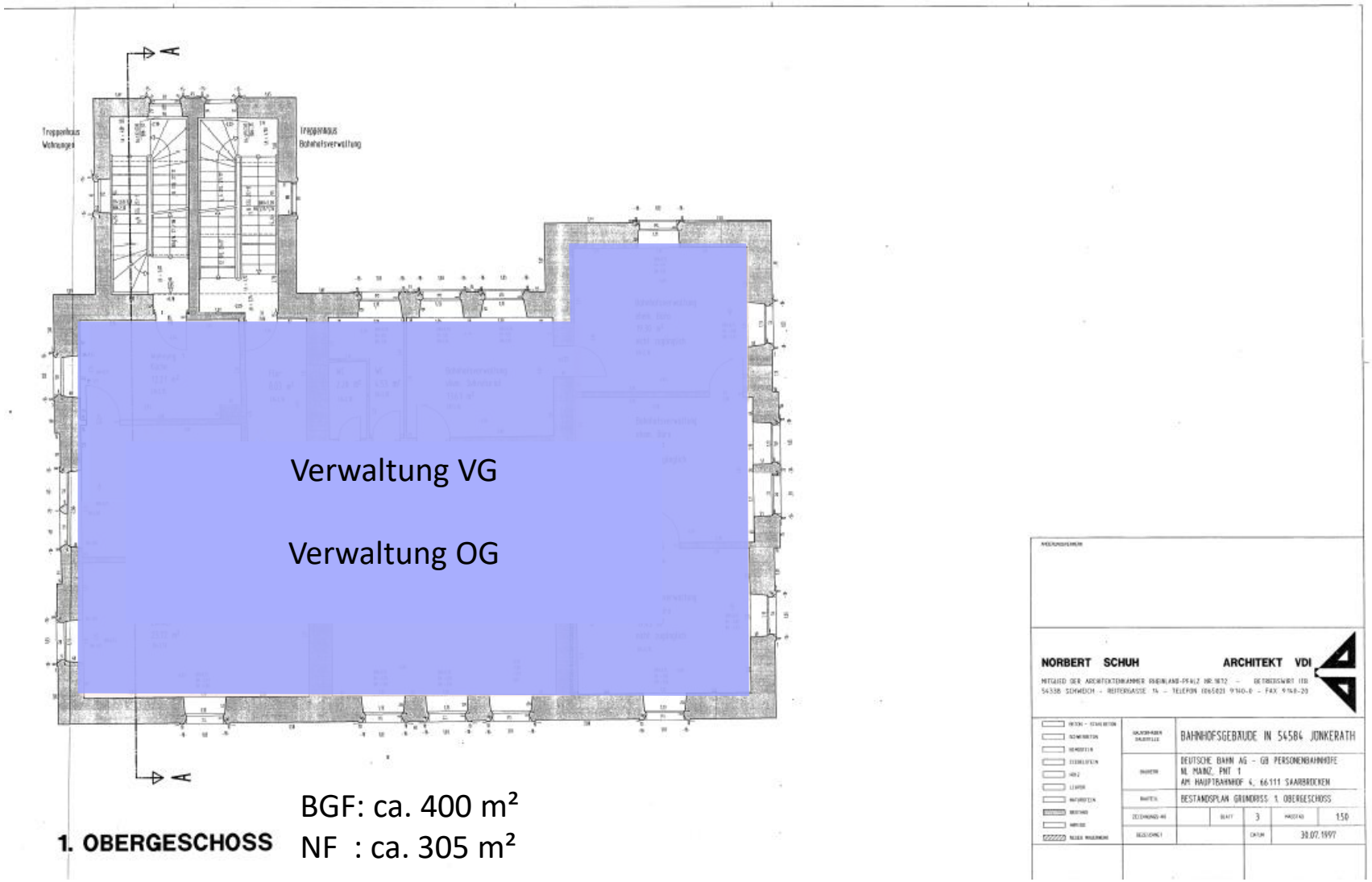
Gastro Café	ca. 90 m² / 70 m²	BGF / NF
Dorfgemeinschaft	ca. 210 m² / 160 m²	BGF / NF
Jugend	ca. 130 m² / 100 m²	BGF / NF

Planungsvariante GN // Grundriss // EG



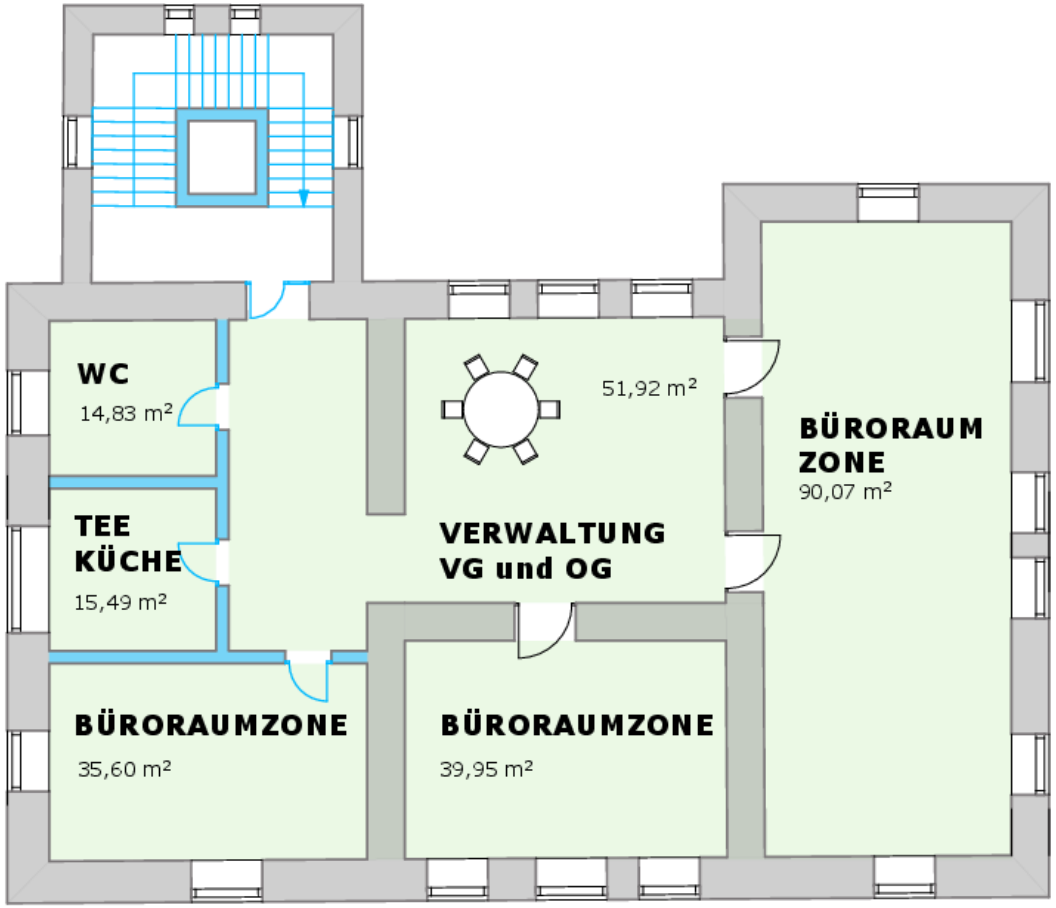
EG

Szenarien – Grundsatzszenario GN //
Flächenkonzept 3.1 // **1. OG**



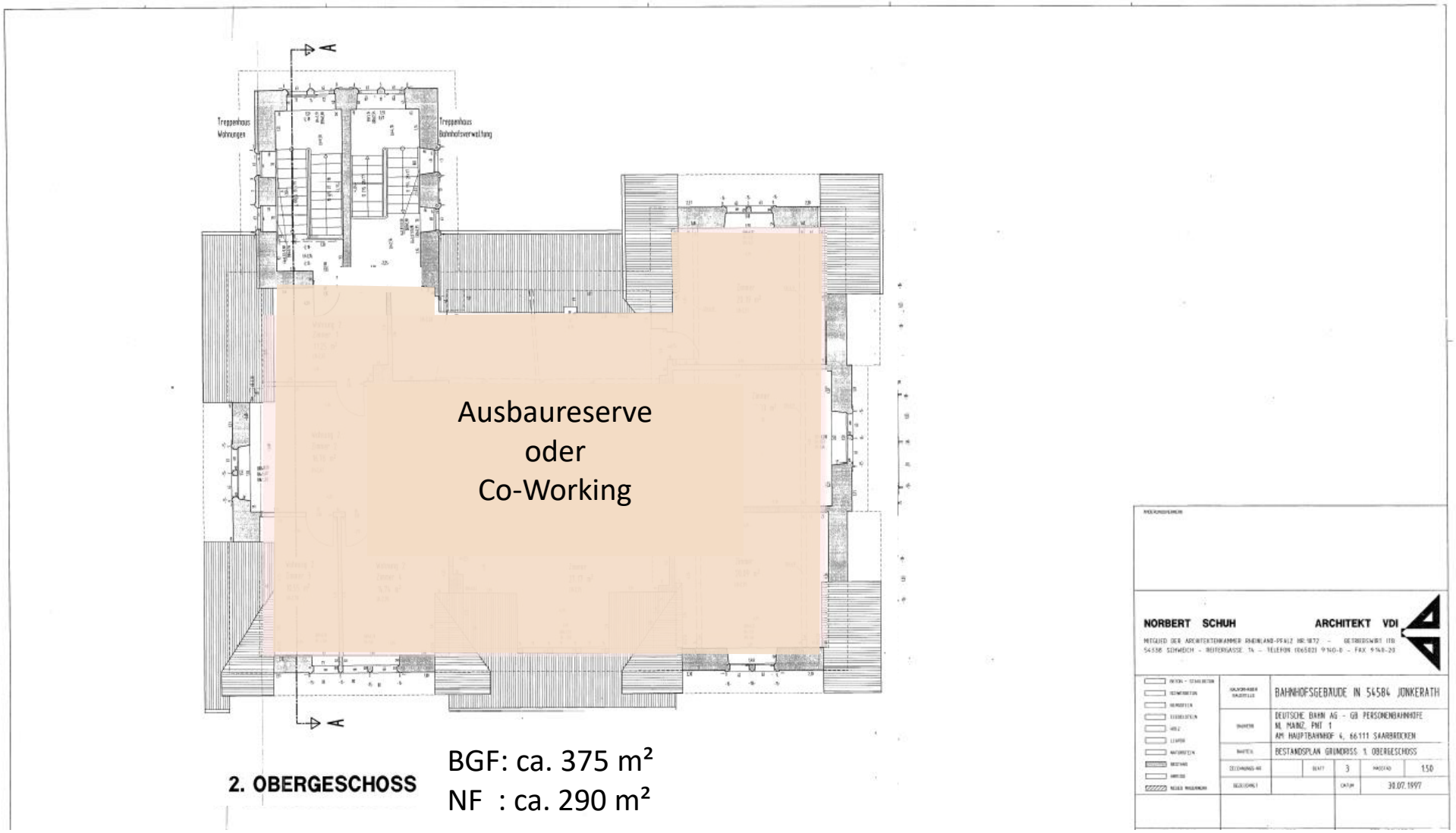
BGF: ca. 400 m²
NF : ca. 305 m²

Planungsvariante GN // Grundriss // 1. OG

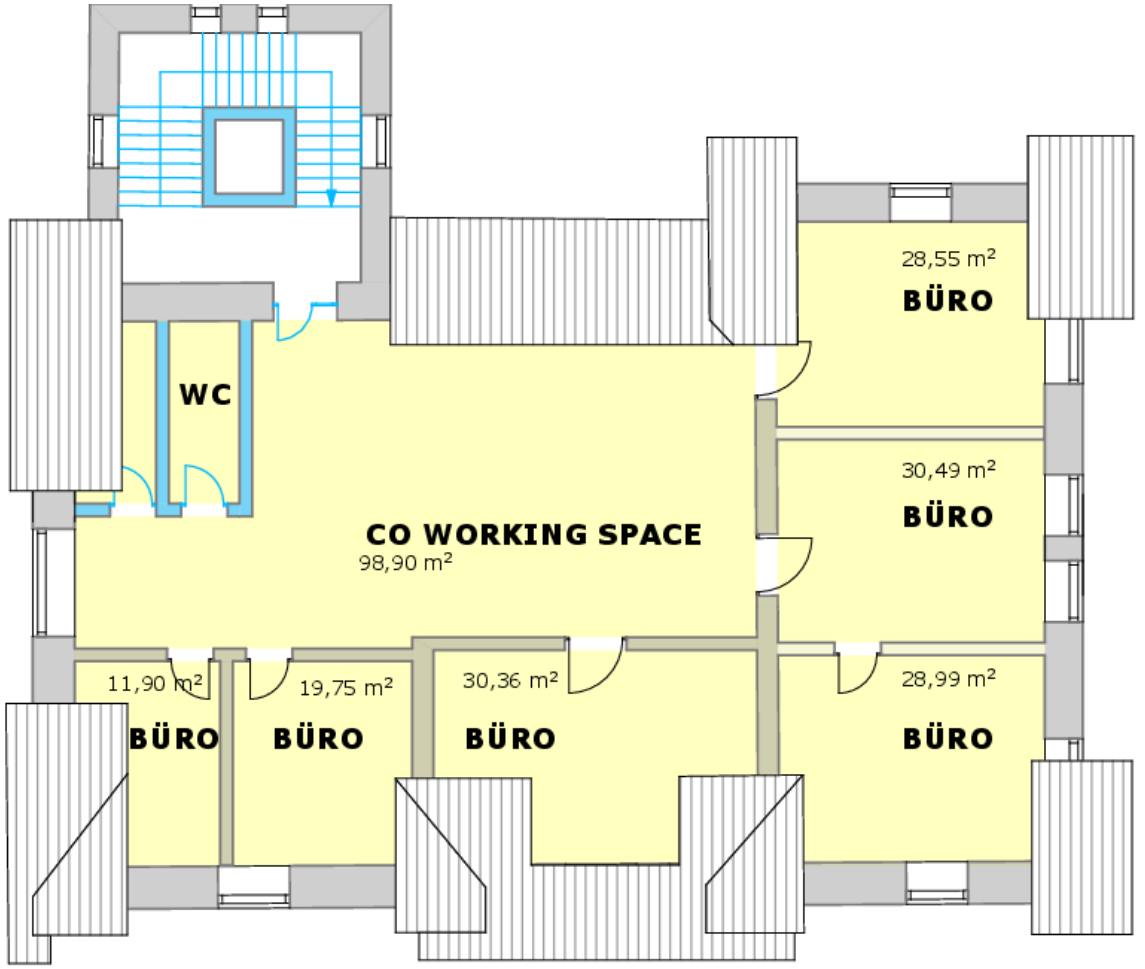


1. OG

Szenarien – Grundsatzszenario GN //
Flächenkonzept 3.1 // **2. OG**



Planungsvariante GN // Grundriss // 2. OG



2. OG

Ggf. auch für Vereine nutzbar!

3. Planungsvarianten– Mischnutzung mit Abbruch

Raum neu	Zuordnung Altbau	NF	BGF	Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Abriss	Fläche Anbau Gastro	280 m²	364,00 m²	200,00 €	70.000,00 €
Multifunktionsraum	Altbau EG	160 m²	208,00 m²	1.806,42 €	380.000,00 €
Café	Altbau EG	70 m²	91,00 m²	3.534,30 €	320.000,00 €
Abriss	Altbau EG	15 m²	19,50 m²	200,00 €	4.000,00 €
Abriss	Altbau EG	5 m²	6,50 m²	200,00 €	1.000,00 €
Abriss	Altbau EG	17 m²	22,10 m²	200,00 €	4.000,00 €
Jugend / WC	Altbau EG	100 m²	130,00 m²	1.806,42 €	230.000,00 €
Treppenraum	Altbau EG	35 m²	45,50 m²	1.806,42 €	80.000,00 €
Flur	Altbau EG	54 m²	70,20 m²	1.806,42 €	130.000,00 €
Treppenraum OG	Altbau OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Verwaltung	Altbau OG	264 m²	343,20 m²	1.806,42 €	620.000,00 €
Treppenraum	Altbau 2.OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Co-Working Space	Altbau 2.OG	245 m²	318,50 m²	1.806,42 €	580.000,00 €
Summen Gesamtflächen		**1331 m²**	**1730,30 m²**		**2.620.000,00 €**
					2.620.000,00 €

Kostenansätze aus BKI 2020 + Index 2022		
Umbau Altbau zu Büro:		
1.610,00 €	* 12,2	1.806,42 €
Umbau Altbau zu Gastro (Gebäude anderer Art)		
3.150,00 €	* 12,2	3.534,30 €
Umbau Altbau zu Wohnen		
1.840,00 €	* 12,2	2.064,48 €
Abriss 200€/ m²		

Vor- und Nachteile

+ Gemischte Nutzung ermöglicht größte Abdeckung der Bedarfe und Wünsche.
+ Abbruch der Nebengebäude verringert Folgekosten und Sanierungsaufwand.
+ Städtebaulich und aus Sicht der Architektur ergibt sich großes Aufwertungspotential.
+ Durch viele Nutzungen wird eine starke Belebung und hohe soziale Interaktion angestrebt.
+ Variable Nutzung ermöglicht auch die Einrichtung von (kleinen und großen) Vereinsräumen.

- Folgekosten der Außenanlagen werden größer.
- Höhere Sanierungs- und Modernisierungskosten im Vergleich zur rein öffentlichen Nutzung.
- Nutzungsmix erfordert vergleichsweise höhere Brandschutzauflagen und erhöhte statische Ansprüche.

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz

3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung

4. Flächenbilanz
5. Ausblick

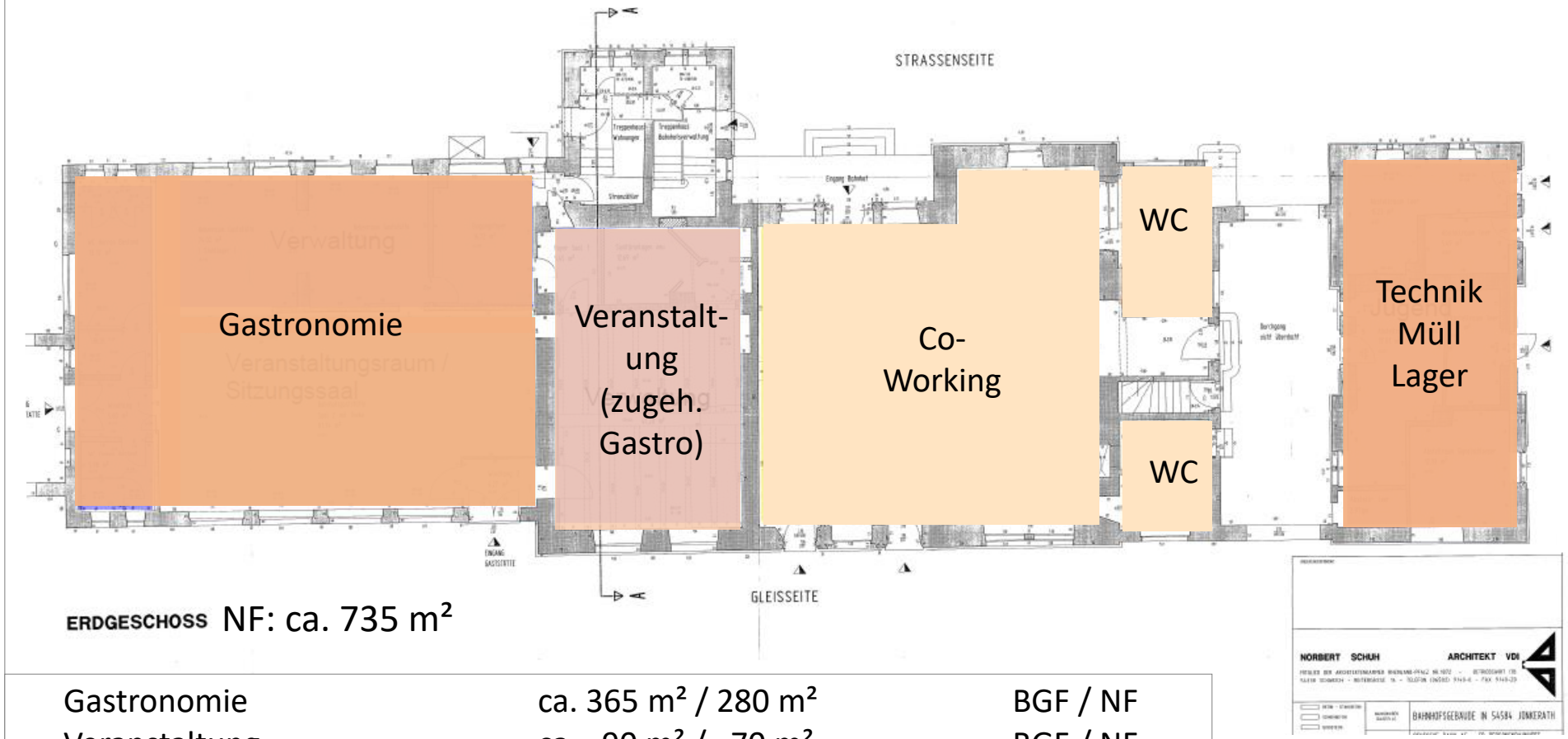


Private Nutzung

2

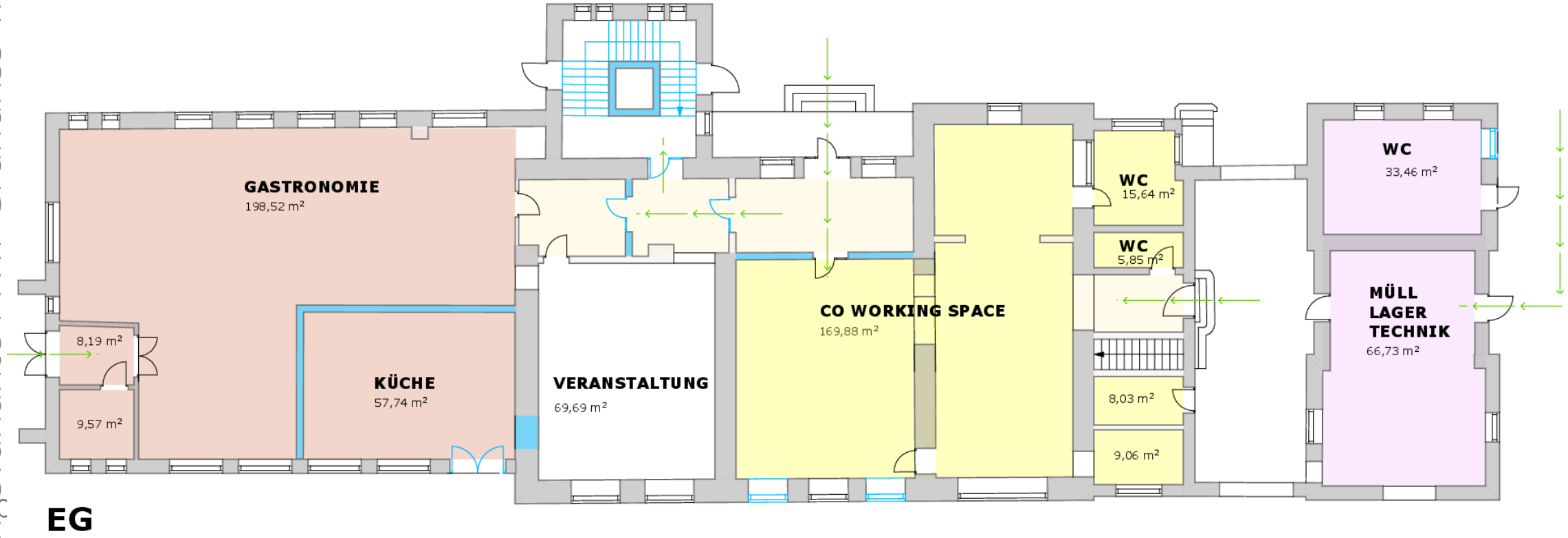
Priorität 2: Planungsvariante 2.2: Bestandserhaltung

Szenarien – Grundsatzszenario PN // Flächenkonzept 2.2 // EG

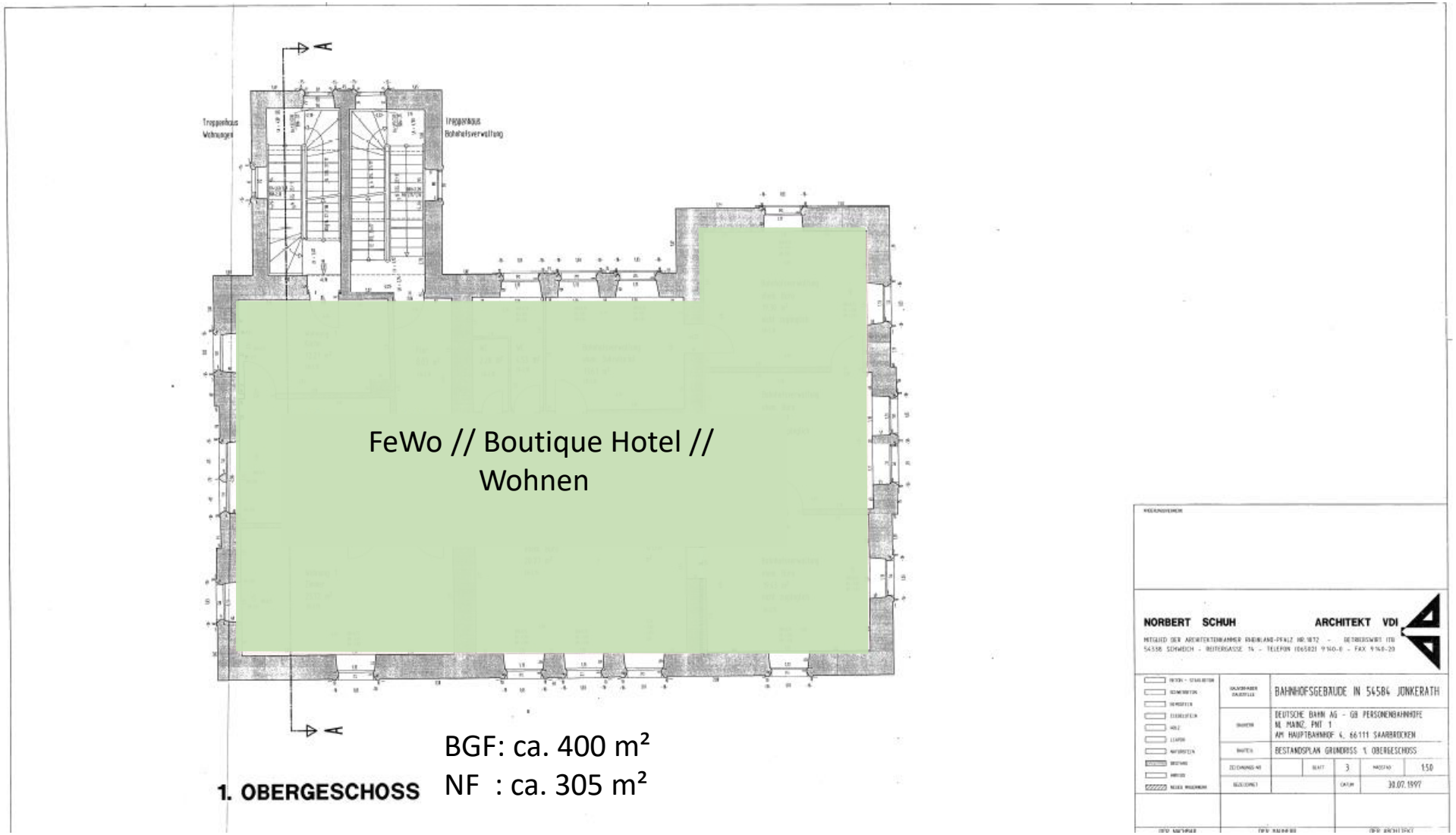


Gastronomie	ca. 365 m² / 280 m²	BGF / NF
Veranstaltung	ca. 90 m² / 70 m²	BGF / NF
Co-Working / WC	ca. 255 m² / 195 m²	BGF / NF
Technik, Müll, Lager	ca. 130 m² / 100 m²	BGF / NF

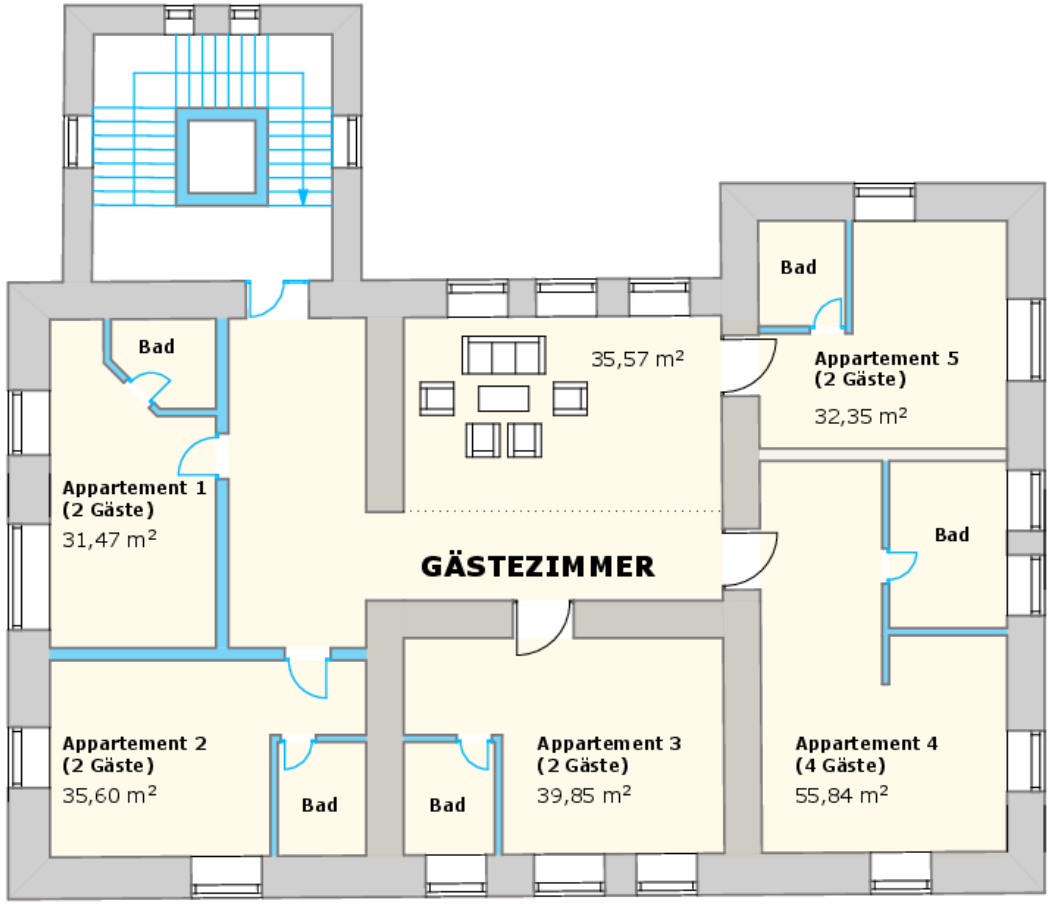
Planungsvariante PN // Grundriss // EG



Szenarien – Grundsatzszenario PN //
Flächenkonzept 2.2 // **1. OG**

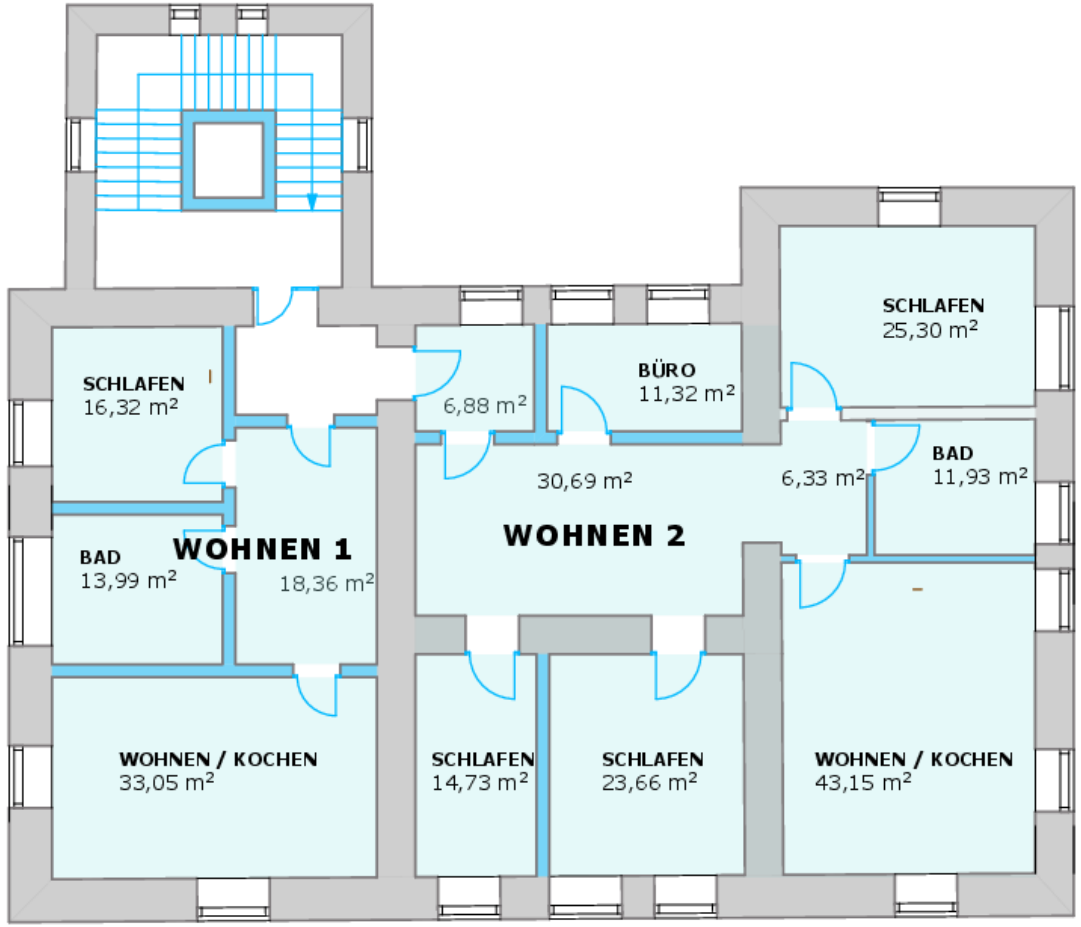


Planungsvariante PN // Grundriss // 1. OG



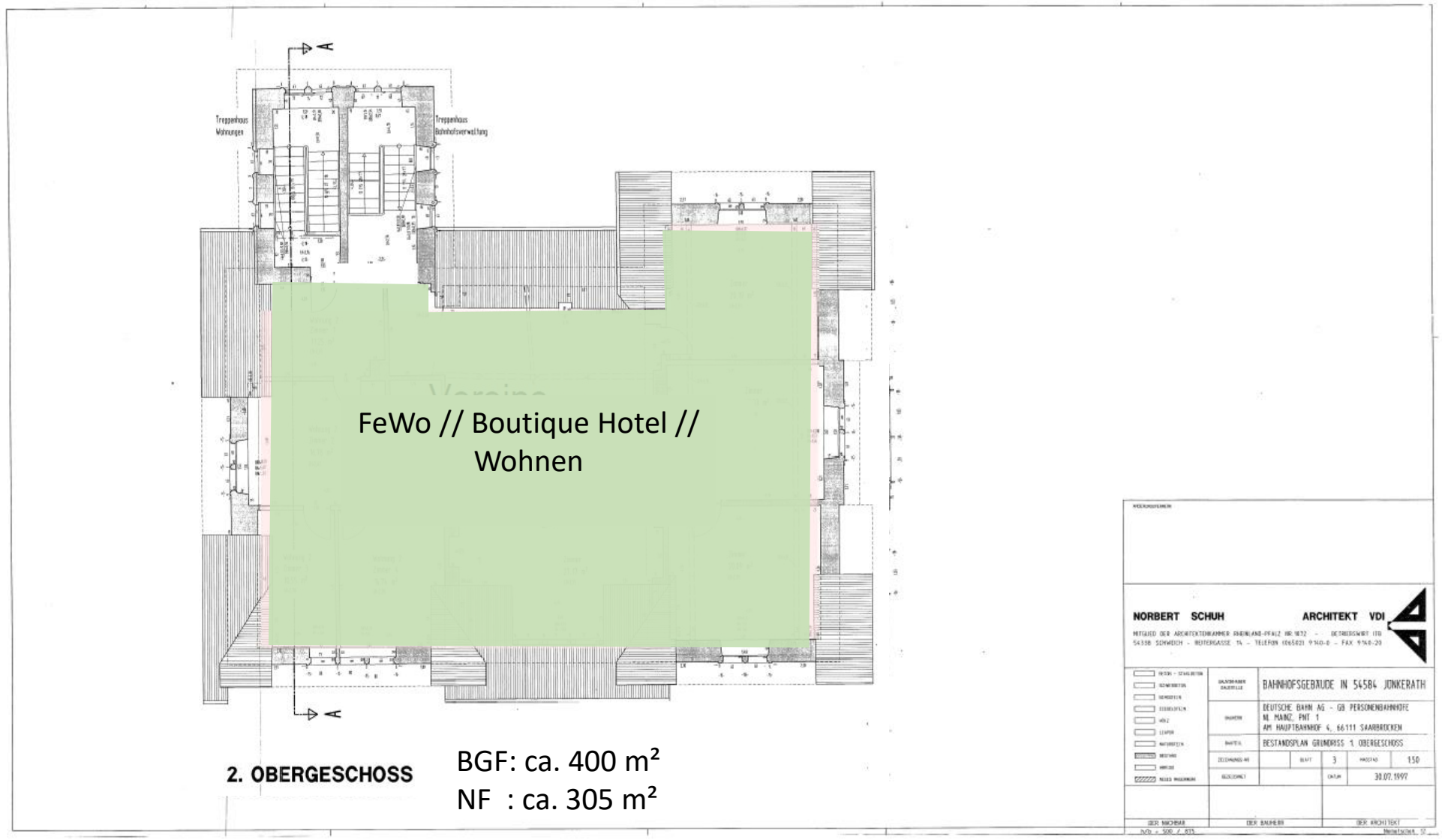
1. OG

Planungsvariante PN // Grundriss // 1. OG

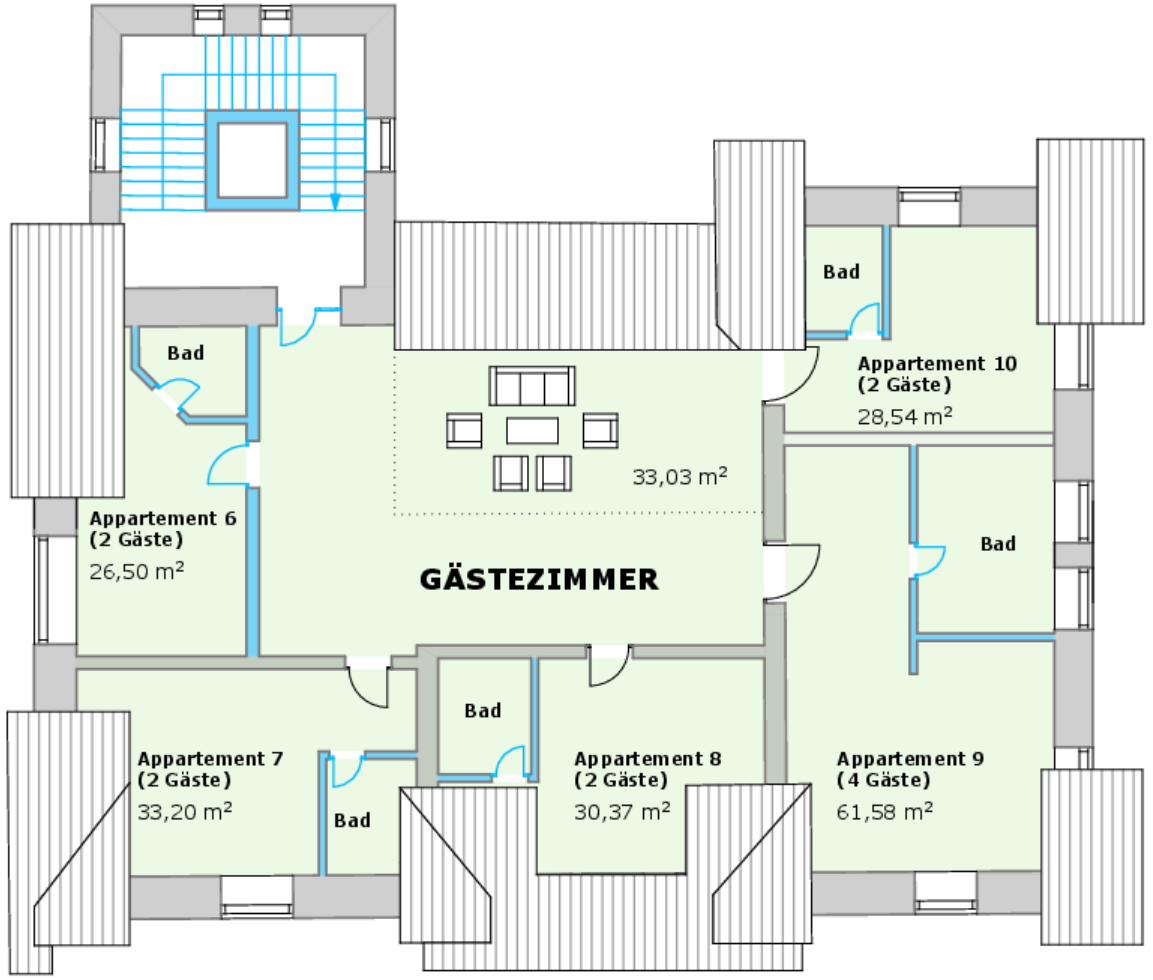


1. OG

Szenarien – Grundsatzszenario PN //
Flächenkonzept 2.2 // **2. OG**

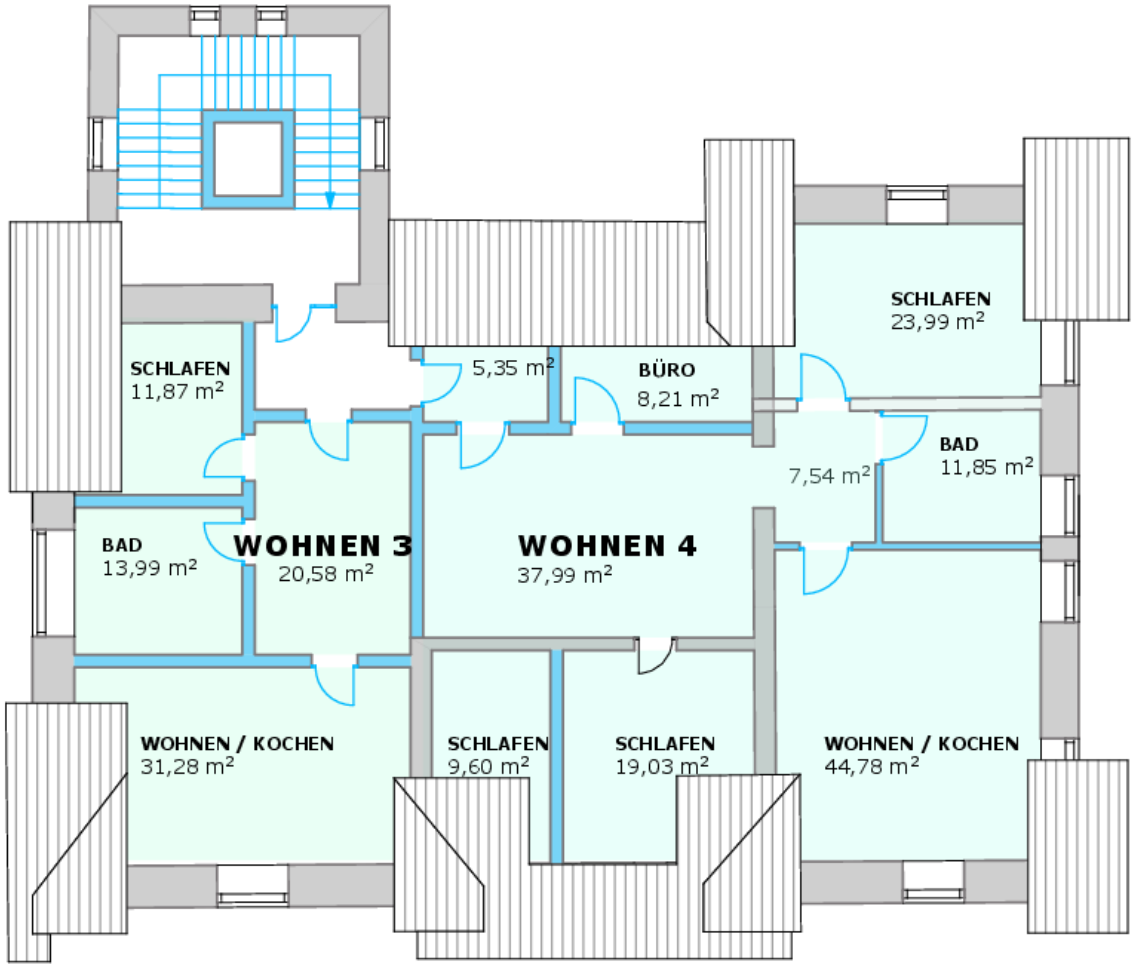


Planungsvariante PN // Grundriss // 2. OG



2. OG

Planungsvariante PN // Grundriss // 2. OG



2. OG

3. Planungsvarianten– Private Nutzung ohne Abbruch

Raum neu	Zuordnung Altbau	NF	BGF	Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Gastronomie	Fläche Anbau Gastro	280 m²	364,00 m²	3.534,30 €	1.290.000,00 €
Co-Working	Altbau EG	160 m²	208,00 m²	1.806,42 €	380.000,00 €
WC Co-Working	Altbau EG	15 m²	19,50 m²	1.806,42 €	40.000,00 €
Eingang Co-Working	Altbau EG	5 m²	6,50 m²	1.806,42 €	10.000,00 €
Lagern Co-Working	Altbau EG	17 m²	22,10 m²	1.806,42 €	40.000,00 €
Veranstaltung Gastro	Altbau EG	70 m²	91,00 m²	1.806,42 €	160.000,00 €
Müll, Lager, Technik	Altbau EG	100 m²	130,00 m²	1.806,42 €	230.000,00 €
Treppenraum	Altbau EG	35 m²	45,50 m²	1.806,42 €	80.000,00 €
Flur		54 m²	70,20 m²	1.806,42 €	130.000,00 €
Treppenraum OG	Altbau OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Gästezimmer	Altbau OG	264 m²	343,20 m²	3.534,30 €	1.210.000,00 €
Treppenraum	Altbau 2.OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Gästezimmer	Altbau 2.OG	245 m²	318,50 m²	3.534,30 €	1.130.000,00 €
Summen Gesamtflächen		**1331 m²**	**1730,30 m²**		**4.900.000,00 €**
					4.900.000,00 €

Kostenansätze aus BKI 2020 + Index 2022		
Umbau Altbau zu Büro:		
1.610,00 €	* 12,2	1.806,42 €
Umbau Altbau zu Gastro (Gebäude anderer Art)		
3.150,00 €	* 12,2	3.534,30 €
Umbau Altbau zu Wohnen		
1.840,00 €	* 12,2	2.064,48 €
Abriss 200€/ m²		

Vor- und Nachteile

+ Starke Belebung durch die gastronomische Nutzung.
+ Veranstaltungsraum kann auch durch die Öffentlichkeit genutzt/ gemietet werden.
+ Entlastung des Gemeindehaushaltes.

- Schwer abschätzbarer Bedarf an Gästezimmern.
- Keine Abdeckung von öffentlichen Nutzungen, Vereinen, Jugend etc.
- Hohe Gesamtkosten – jedoch keine (weiteren) Einflussmöglichkeiten der Gemeinde.

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz

3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung

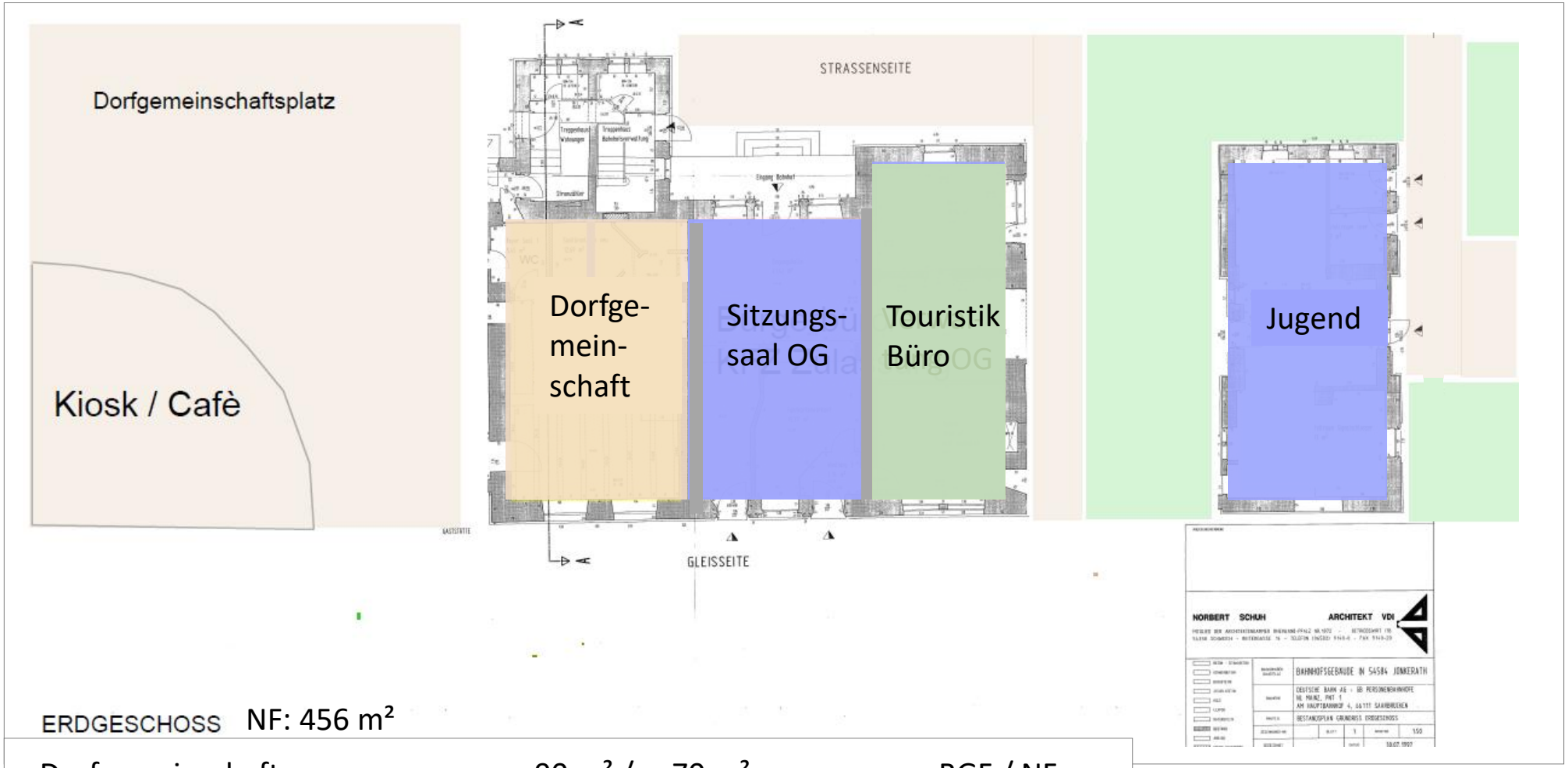
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



Öffentliche Nutzung 1

Priorität 3: Planungsvariante 1.1: Abbruch der Ergänzungsbauten

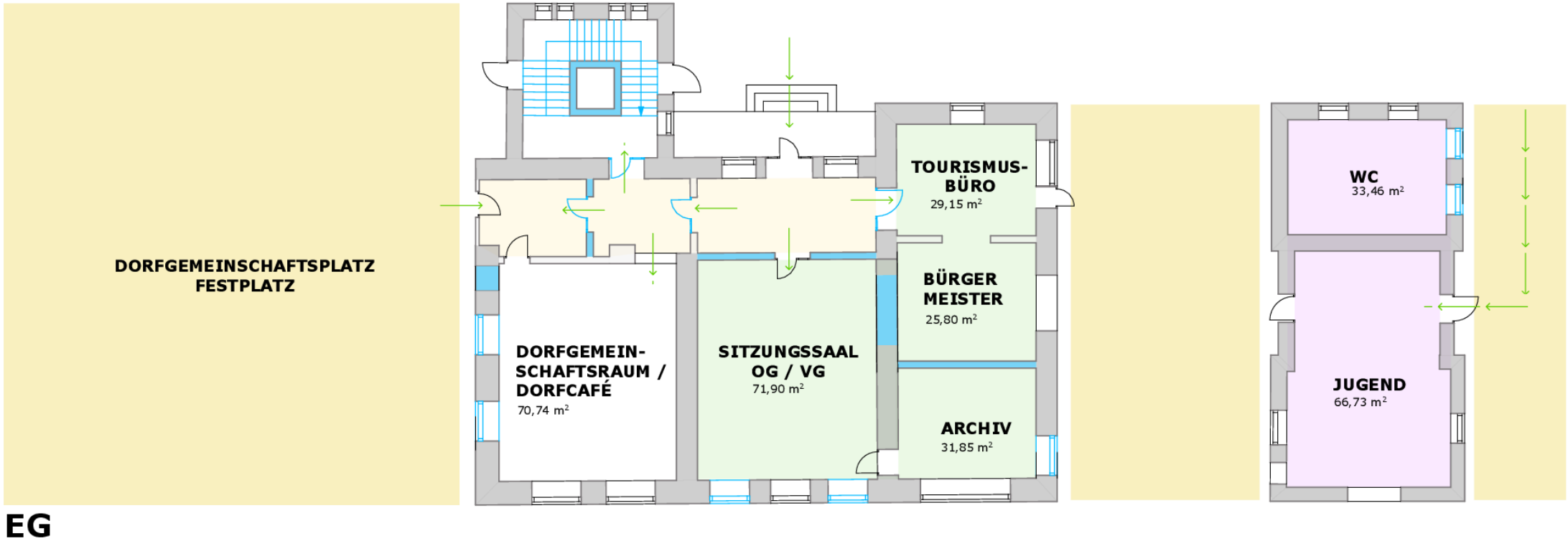
Szenarien – Grundsatzszenario ÖN // Flächenkonzept 1.1 // EG



ERDGESCHOSS NF: 456 m²

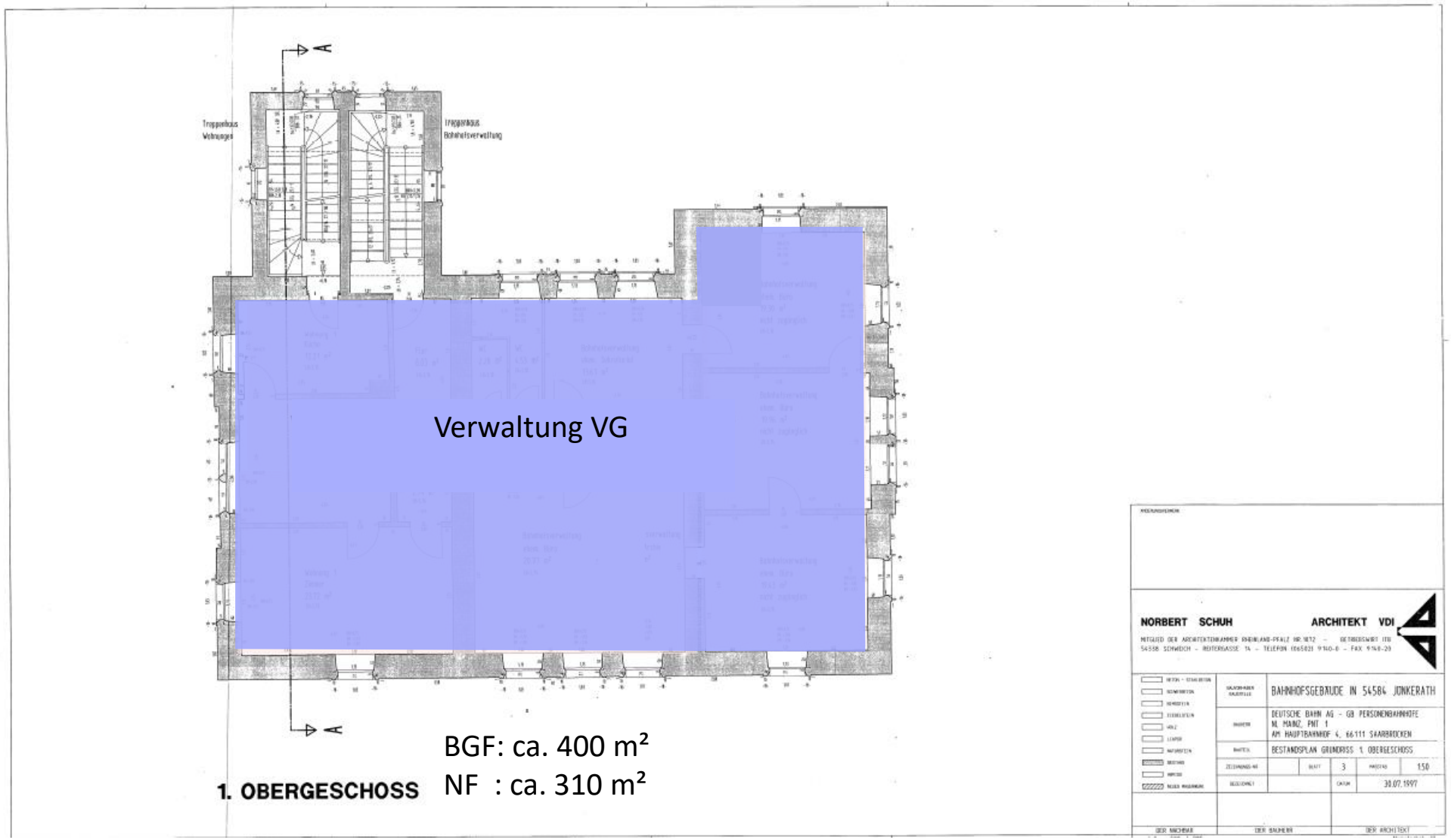
Dorfgemeinschaft	ca. 90 m² / 70 m²	BGF / NF
Ortsgemeinde / Touristik	ca. 210 m² / 160 m²	BGF / NF
Jugend:	ca. 130 m² / 100 m²	BGF / NF

Planungsvariante ÖN // Grundriss // EG

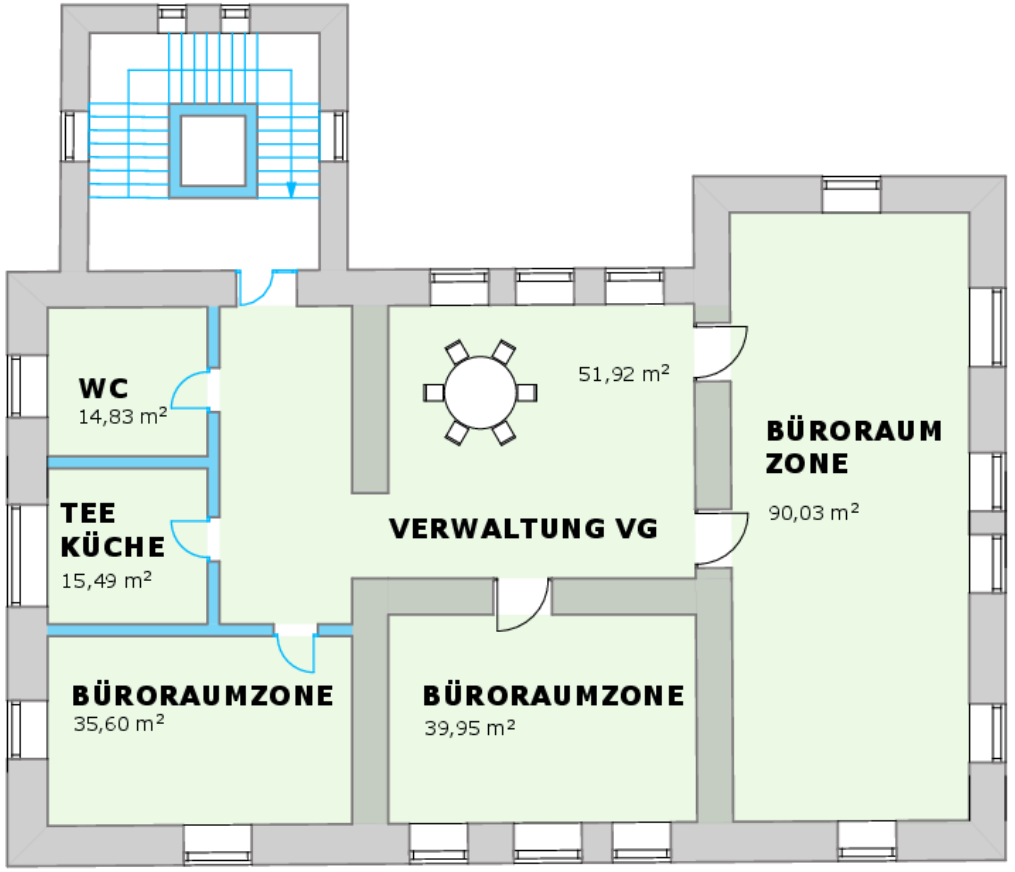


EG

Szenarien – Grundsatzszenario ÖN //
Flächenkonzept 1.1 // **1. OG**

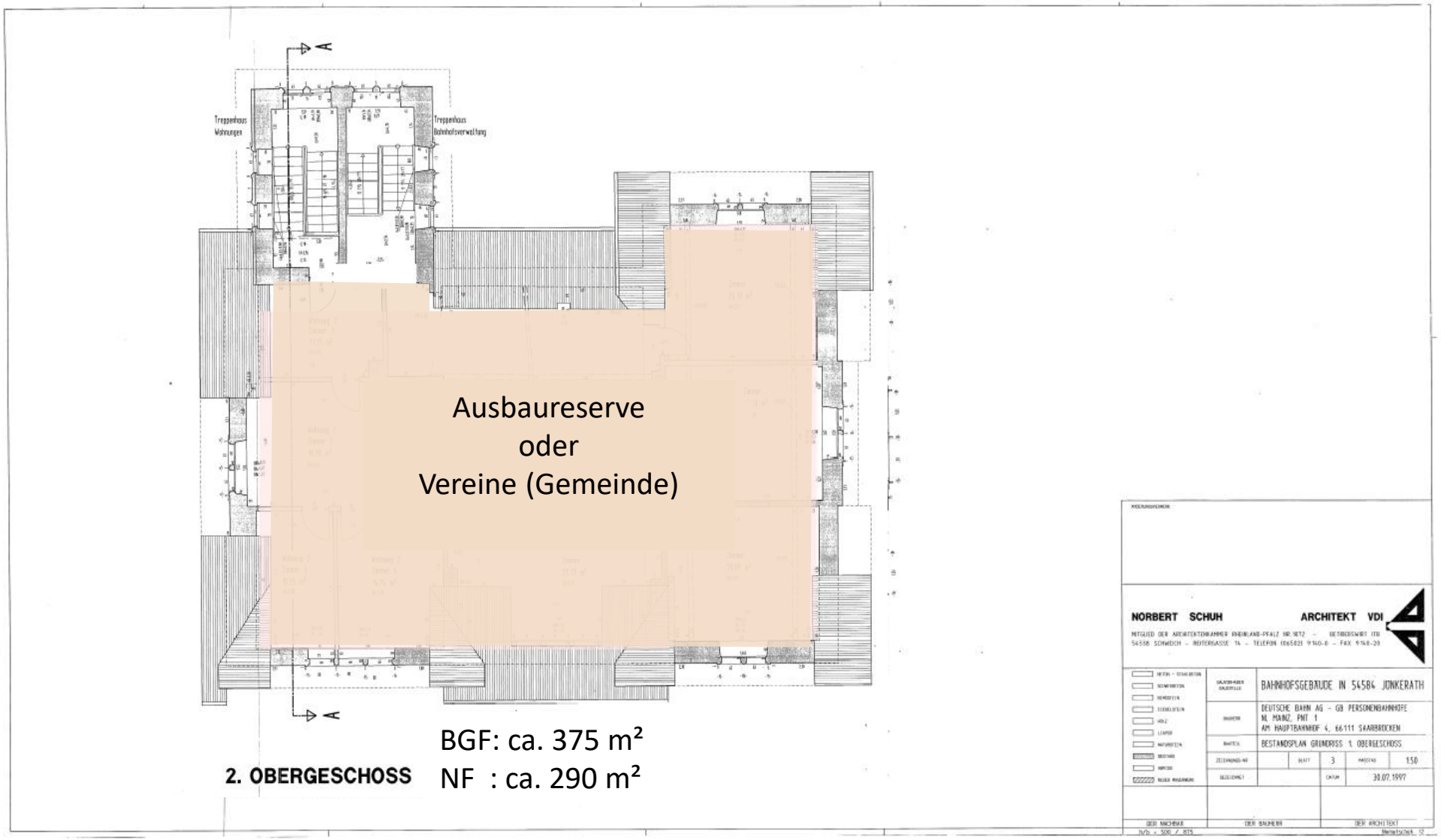


Planungsvariante ÖN // Grundriss // 1.OG

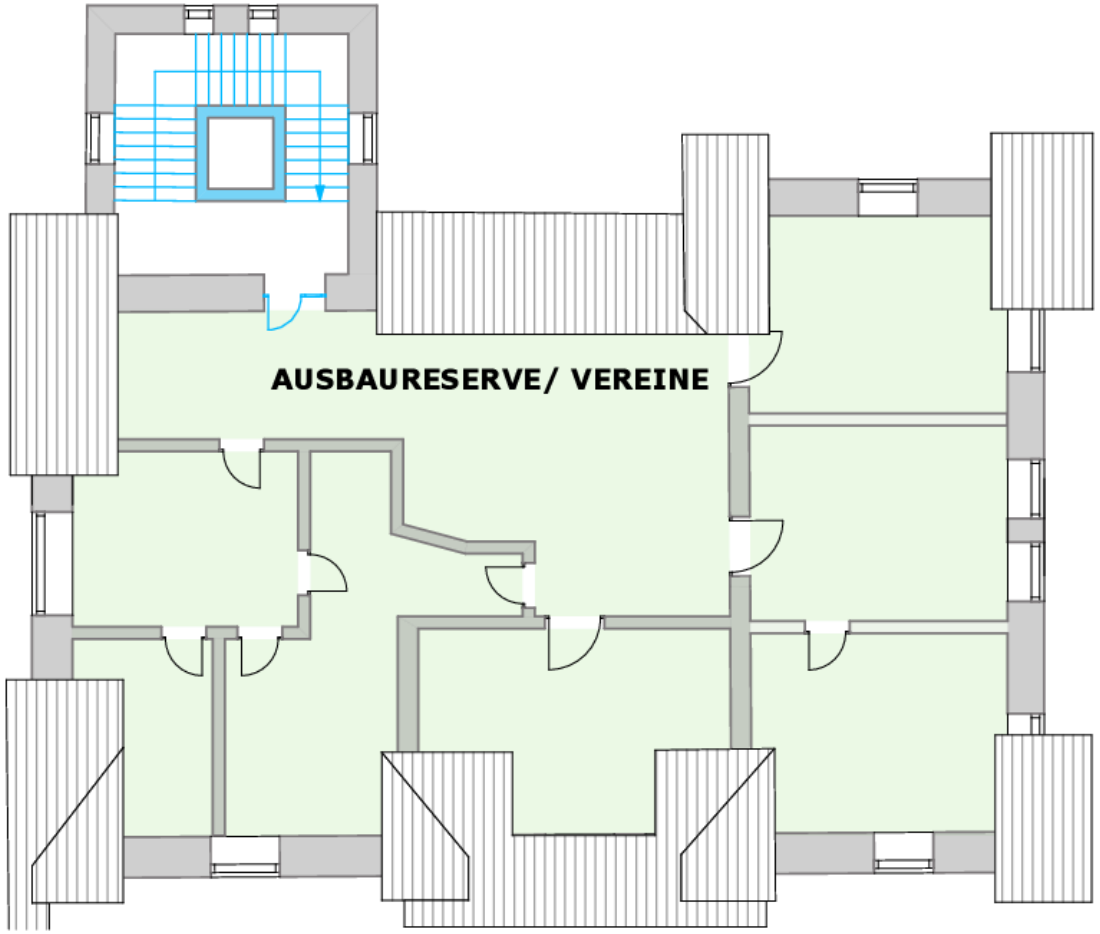


1. OG

Szenarien – Grundsatzszenario ÖN // Flächenkonzept 1.1 // **2. OG**



Planungsvariante ÖN // Grundriss // 2. OG



2. OG

3. Planungsvarianten– Öffentliche Nutzung mit Abbruch

Raum neu	Zuordnung Altbau	NF	BGF	Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Abriss	Fläche Anbau Gastro	280 m²	364,00 m²	200,00 €	70.000,00 €
Dorfgemeinschaft	Altbau EG	70 m²	91,00 m²	1.806,42 €	160.000,00 €
Saal OG/VG	Altbau EG	72 m²	93,60 m²	1.806,42 €	170.000,00 €
Archiv/ Stuhllager	Altbau EG	32 m²	41,60 m²	1.806,42 €	80.000,00 €
Bürgermeister	Altbau EG	26 m²	33,80 m²	1.806,42 €	60.000,00 €
Tourismus	Altbau EG	30 m²	39,00 m²	1.806,42 €	70.000,00 €
Abriss	Altbau EG	15 m²	19,50 m²	200,00 €	4.000,00 €
Abriss	Altbau EG	5 m²	6,50 m²	200,00 €	1.000,00 €
Abriss	Altbau EG	17 m²	22,10 m²	200,00 €	4.000,00 €
Jugend	Altbau EG	100 m²	130,00 m²	1.806,42 €	230.000,00 €
Treppenraum	Altbau EG	35 m²	45,50 m²	1.806,42 €	80.000,00 €
Flur	Altbau EG	54 m²	70,20 m²	1.806,42 €	130.000,00 €
Treppenraum OG	Altbau OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Verwaltung	Altbau OG	264 m²	343,20 m²	1.806,42 €	620.000,00 €
Treppenraum	Altbau 2.OG	43 m²	55,90 m²	1.806,42 €	100.000,00 €
Ausbaureserve	Altbau 2.OG	245 m²	318,50 m²	250,00 €	80.000,00 €
Summen Gesamtflächen		**1331 m²**	**1730,30 m²**		1.970.000,00 €
					1.970.000,00 €

Kostenansätze aus BKI 2020 + Index 2022		
Umbau Altbau zu Büro:		
1.610,00 €	* 12,2	1.806,42 €
Umbau Altbau zu Gastro (Gebäude anderer Art)		
3.150,00 €	* 12,2	3.534,30 €
Umbau Altbau zu Wohnen		
1.840,00 €	* 12,2	2.064,48 €
Abriss 200€/ m²		

Vor- und Nachteile

+ Gute, kompakte Anlaufstelle der öffentl. Verwaltung im Erdgeschoss.
+ Ausbaureserve für weitere Nutzungen möglich. Akzeptanz !
+ Städtebaulich und aus Sicht der Architektur ergibt sich großes Aufwertungspotential.
+ Geringe Sanierungskosten.

- Kein Nutzungsmix.
- Keine Anlaufstelle – wenig Belebung des Umfeldes.

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz

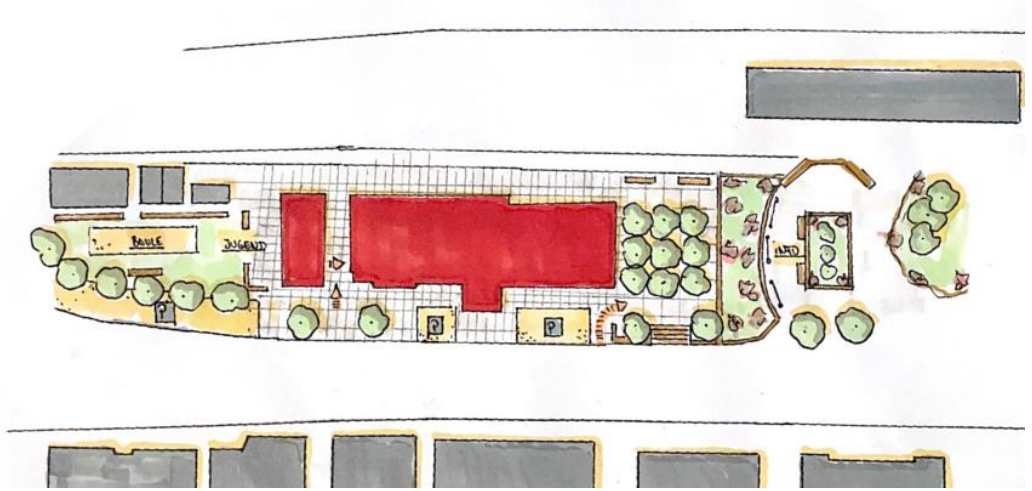
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung

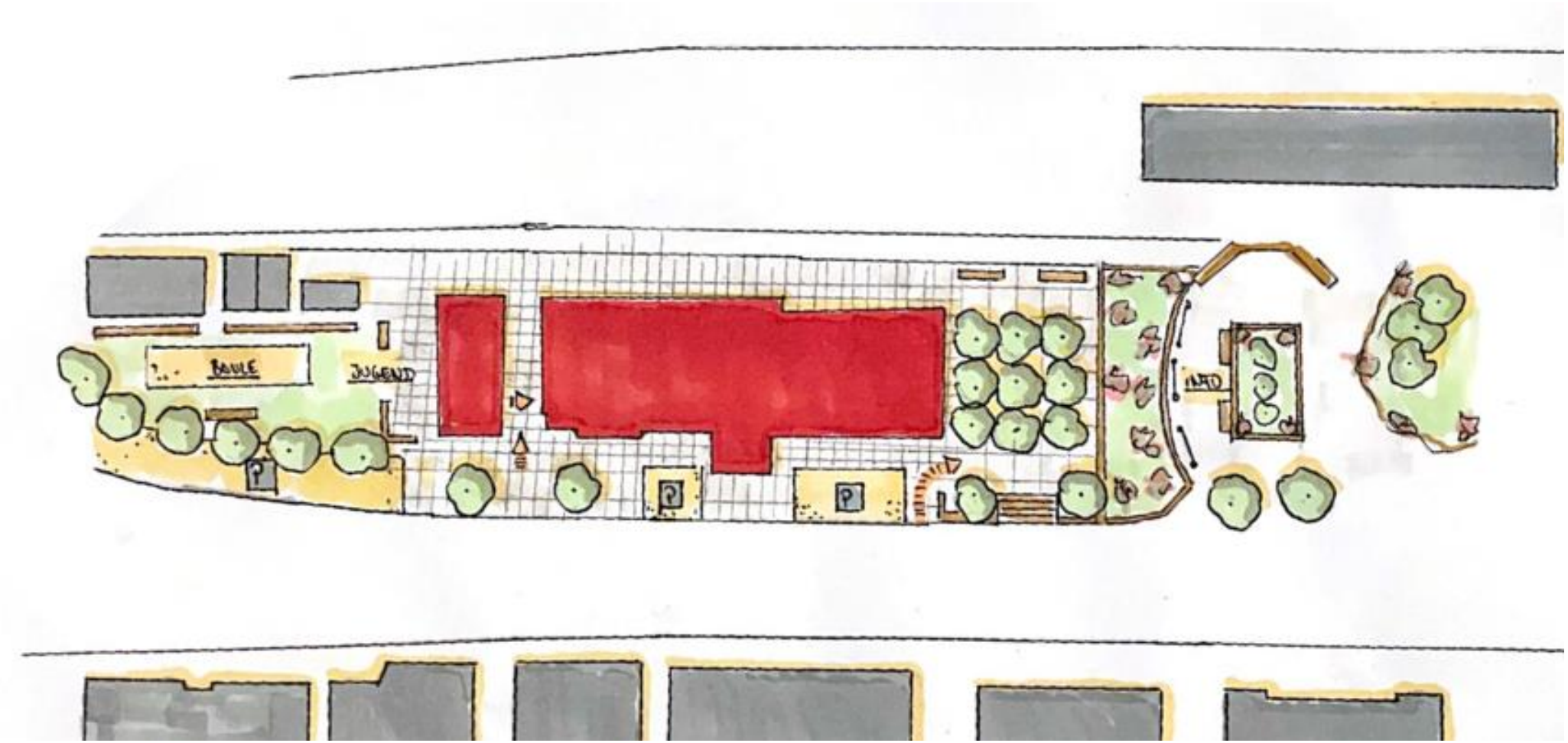
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



Variante Bestandserhalt

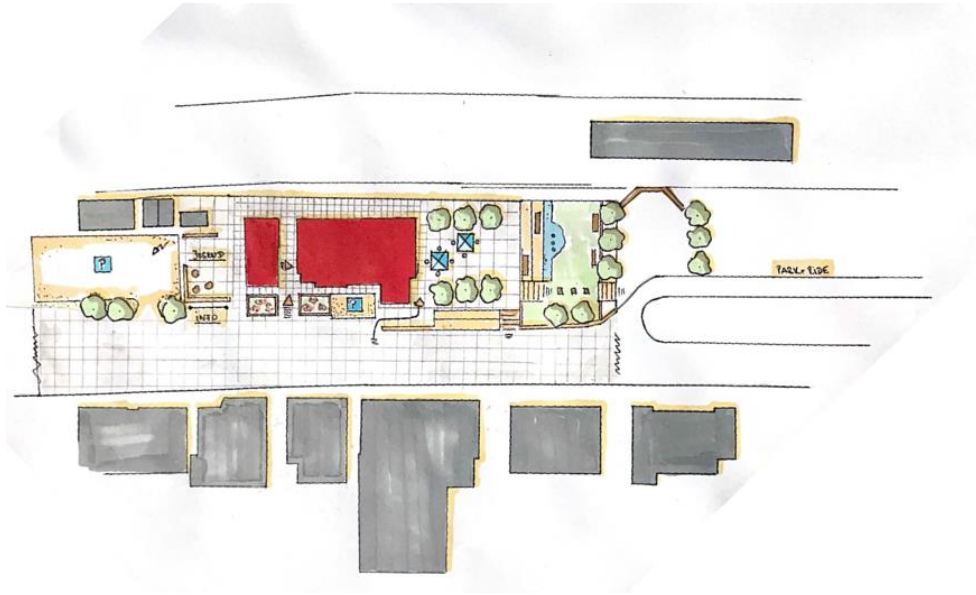
- Parken entlang der Straße
- Dorfplatzerweiterung durch Verschiebung des Höhenversprungs nach Osten
- Infopoint/ Entrée im Bereich der Unterführung
- Generationenplatz im Westen



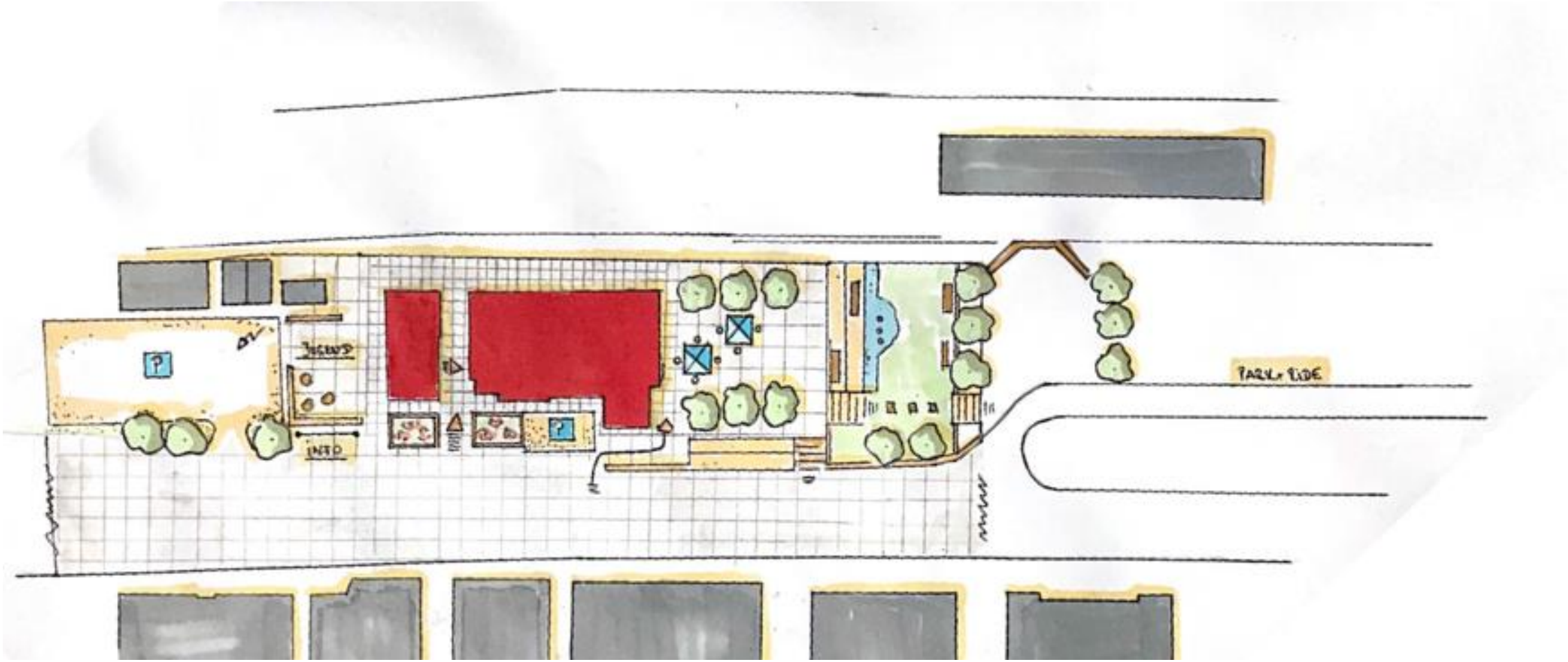

BANDE
JUGEND
NAD

Variante Abbruch

- Parken auf der „grünen Wiese“ (Bestand) im Westen – kleiner Platz für die Jugend
- Größerer, 2-stufiger Dorfplatz mit vielen Möglichkeiten der Gestaltung und Nutzung
- Infopoint/ Entrée im Bereich des Eingangs
- Große Sitzstufen also Sonderbauwerke



3. Planungsvarianten– Umfeldgestaltung



1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



Zusammenfassung Varianten (Ausbauflächen)

Flächenaufstellung Jünkerath Gemischte Nutzung mit Rückbau und Co-Working Space						
Raum neu	Zuordnung Altbau	NF		BGF		Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Summen Gesamtflächen		**1014**	**m²**	**1318,20**	**m²**		**2.620.000,00 €**
Berücksichtigung Abbruch !							
Flächenaufstellung Jünkerath Öffentliche Nutzung mit Rückbau und Ausbaureserve							
Raum neu	Zuordnung Altbau	NF		BGF		Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Summen Gesamtflächen		**769**	**m²**	**999,70**	**m²**		**1.970.000,00 €**
Berücksichtigung Abbruch + Ausbaureserve !							
Flächenaufstellung Jünkerath Private Nutzung ohne Rückbau Gästezimmer							
Raum neu	Zuordnung Altbau	NF		BGF		Kostenansatz	Baukosten (gerundet)
Summen Gesamtflächen		**1331**	**m²**	**1730,30**	**m²**		**4.900.000,00 €**

Zusammenschau Flächenbedarf Zukunftskonzept und MBKS

Abgleich Raumbedarfe (Nettoflächen/ Nutzflächen)

Berücksichtigung ohne Flure/ Erschließung !

Nutzungen	Flächenbedarf aus Zukunftskonzept/ Wünsche aus der Bürgerschaft [m²]	Planungsvariante 1: Gem. Nutzung inkl. Abbruch [m²]	Planungsvariante 2: Priv. Nutzung ohne Abbruch [m²]	Planungsvariante 3: Öffentl. Nutzung inkl. Abbruch [m²]
Verbandsgemeindeverwaltung	230	264	-	264
Ortsgemeinde+Sitzungsraum	180	zusammengefasst	-	160
Multifunktionsraum	100	160	70	70
Gastronomie/Kiosk/o.Ä.	175	70	280	-
Arztpraxis	100	-	-	-
Öffentliche Toiletten	12	33	33	33
Co-Working-Space	k.A.	245	197	-
Jugendraum	k.A.	67	67	67
Ferienwohnungen/Boutique-Hotel	k.A.	-	509	-
Ausbaureserven	k.A.	-	-	245

1. Kurzer Rückblick und Zwischenstand
2. Vertiefung Einflussgrößen
   - Dorferneuerung
   - Brandschutz
   - Gebäudestatik
   - Denkmalschutz
3. Planungsvarianten
   - Mischnutzung mit Abbruch
   - Private Nutzung ohne Abbruch
   - Öffentliche Nutzung mit Abbruch
   - Umfeldgestaltung
4. Flächenbilanz
5. Ausblick



MBKS Bahnhofsgebäude Jünkerath

#Planungsvarianten



Konferenz am 15.09.2022

SITZUNGSVORLAGE

Fachbereich:	Organisation und Finanzen	**Datum:**	17.02.2023
Aktenzeichen:	1/11111-08 - fa	**Vorlage Nr.**	**1-0139/23/17-006**

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**	**Behandlung**
Ortsgemeinderat	02.03.2023	nicht öffentlich	Entscheidung

Grundstücksangelegenheiten
Anmietung von Gargen und Freiflächen von der VG Gerolstein im ehemaligen Bauhof der VG Obere Kyll in Jünkerath

Sachverhalt:

Der Ortsbürgermeister informierte den Ortsgemeinderat über die ersten Gespräche mit der Verbandsgemeinde Gerolstein bzgl. der Anmietung von Garagen und Freiflächen auf dem Bauhof der ehem. VG Obere Kyll in Jünkerath.

Da die Ortsgemeinde seit dem 01.02.2023 über einen hauptamtlichen Bauhofmitarbeiter verfügt, ist die bisherige Garage als Bauhof für die Ortsgemeinde nicht mehr ausreichend. Da der Bauhof der VG inzwischen aufgelöst worden ist und die Gebäude aktuell weitestgehend ungenutzt sind, hat Ortsbürgermeister Bischof mit der Verwaltung Kontakt aufgenommen, ob eine Miete von Teilflächen möglich ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde steht dieser Anfrage grds. positiv gegenüber. Da gleichzeitig auch noch Teile des Bauhofes evtl. für die Waldarbeiter des Forstverbandes Obere Kyll angemietet werden sollen, werden kurzfristig Gespräche stattfinden, wie eine zukünftige Nutzung der Bauhofgebäude und Freiflächen erfolgen soll.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat begrüßt die Möglichkeit, Räumlichkeiten und Freiflächen auf dem ehemaligen Bauhofgelände der Verbandsgemeinde anmieten zu können. Der Ortsbürgermeister wird ermächtigt entsprechende Verhandlungen mit der Verwaltung zur führen und einen Mietvertrag mit der Verbandsgemeinde abzuschließen.